Heft 3 März 2002 €4,10

C 12611 E

konkret

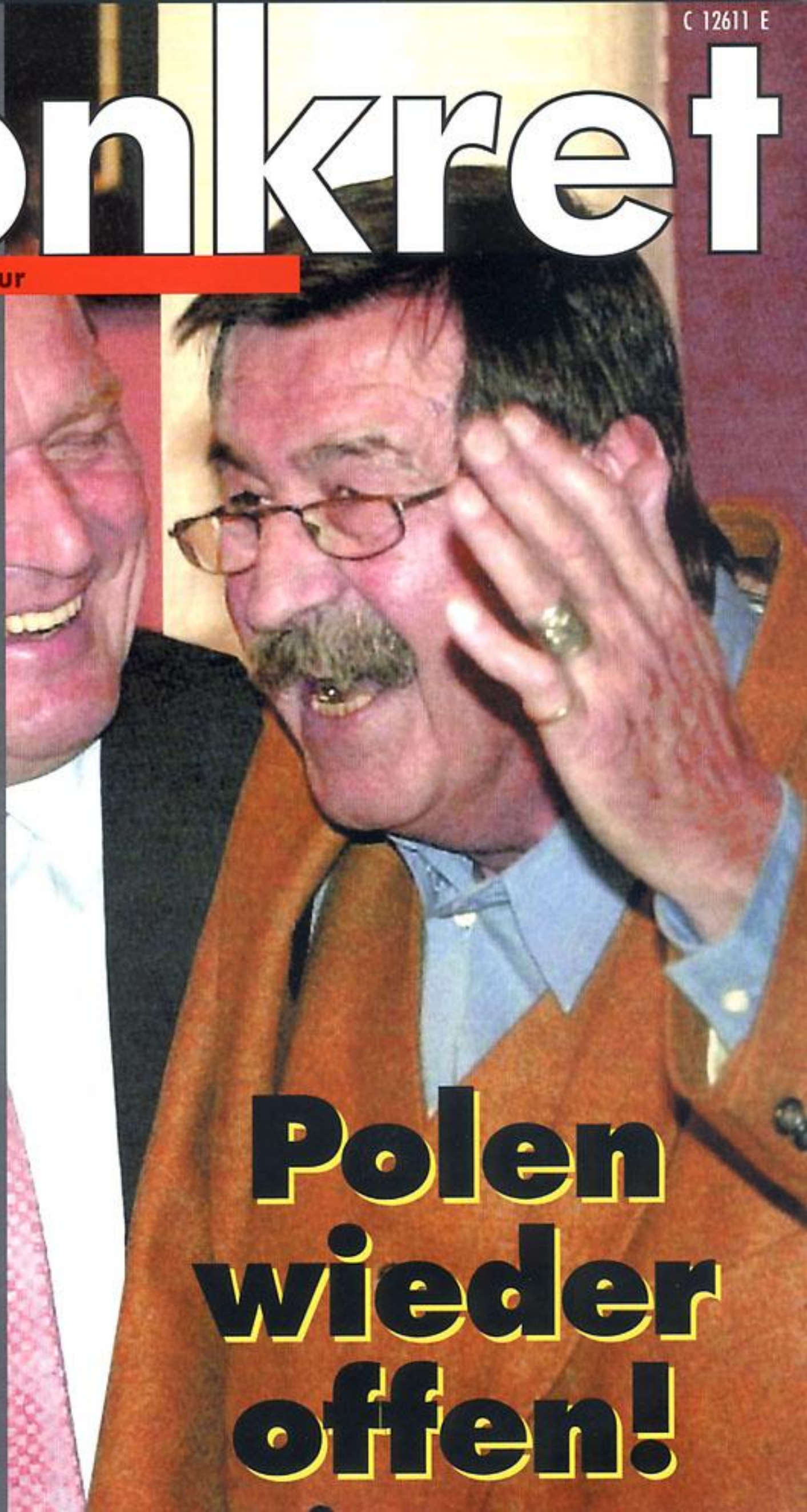
Konkret: Politik & Kultur

A € 4,95 · L € 4,95 · CH sfr. 8,–

KONKRET im Krieg: Trampert, Kunstreich, Gremliza – Eine Zäsur findet nicht statt

Kirch-Pleite: Der Kanzler und die deutsche Lösung

Vertriebene: Schafscheiß und Sudeten



Polen wieder offen!

4 191202 704103 03

in konkret März 2002

hier konkret von Jean-Charles Brisard
»Die verbotene Wahrheit – Die Verstrickung der USA mit Osama Bin Laden« heißt das Buch von Guillaume Dasquié und Jean-Charles Brisard (siehe auch: Buch des Monats S. 19). Zumindest der Titel hat sich schon bewahrheitet: Ein Mitglied des Bin Laden-Clans hat in der Schweiz die Auslieferung des Titels mit einer einstweiligen Verfügung untersagt. Kern des Buches sind die Recherchen, die Brisard im Auftrag eines französischen Nachrichtendienstes angestellt hat. KONKRET sprach mit ihm Anfang Februar in Berlin

von Konkret

an Konkret

Ein Hitlerjunge kehrt heim von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Konkret im KriegGegen den Terror negativer Gleichheit von Tjark Kunstreich, Horst Pankow, Justus Wertmüller

Konkret im KriegWaffen für wen? von Rainer Trampert
Der Geist, der schon am Anfang alles schuf, beseitigt den philosophischen Materialismus, und die Erde ist wieder eine Scheibe

Konkret im KriegEine Zäsur findet nicht statt von Hermann L. Gremliza

Buch & Deckel von Alexandra Bader
Oswald Le Winter: Desmantelar a América. Verlag Publicacoes Europa-América, Portugal 2002, europa.america@mail. telepac.pt

Buch & Deckel von Peter Köhler
Jürgen Roth: Unter keinem Wipfel ist Ruh. Eine lange Erzählung vom Land. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2001, 160 Seiten, 14,90 Euro

Buch & Deckel von Samuel Salzborn
Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. PapyRossa, Köln 2001, 436 Seiten, 26 Euro

Buch des Monats von Bernhard Schmid
Jean-Charles Brisard/Guillaume Dasquié:_Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama Bin Laden. Pendo, Zürich 2002, 284 Seiten, 18,90 Euro

Patriot Games von Georg Seeßlen
In den USA ist seit dem 11. September der Pop-Patriotismus los. Aber nicht wegen des 11. Septembers

Erst schießen, dann fragen von Konrad Ege
Verglichen mit vielen US-Gefängnissen ist das Internierungslager der Al-Qaida-Kämpfer auf Kuba ein Sanatorium

»Großmehrheitlich dagegen« von Christian Ströbele, Martin Hantke
Christian Ströbele, die linke Galionsfigur der Grünen im Bundestag, ist bei der Abstimmung über den aussichtsreichen Listenplatz 2 des Berliner Landesverbandes dem exbürgerbewegten Kriegsbefürworter Werner Schulz vom rechten Parteiflügel

unterlegen. Das Ende einer Ära? Oder einer Illusion? KONKRET-Interview

Zu Protokoll
Als Gast bei Sandra Maischberger hat der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel eine Lehrstunde in Parlamentarischer Demokratie gegeben: Wenn die Oppositionspartei Regierung wird, bleibt alles, wie es war

Deutsche Lösung von Georg Fülberth
Die derzeitigen Turbulenzen um das Eigentum von Leo Kirch sind unterhaltsamer als alles, was seine Medien senden oder drucken lassen. Sie sind zugleich ein Beitrag zur Sozialkunde

Spy vs. Spy von Michael Schilling

Ein herzloser Schwiegersohn von Rainer Trampert
Warum die US-Regierung den Energiekonzern Enron hat pleite gehen lassen. Und ob das der RWE in Deutschland auch passieren könnte?

Grundsätzlich übern Rubikon von Oliver Tolmein
Die Abgeordneten aller Parteien haben sich unterm Beifall der Leitartikler wieder einmal bestätigt, eine Debatte »auf hohem Niveau« geführt zu haben. Sie war danach

Das Recht des Stärkeren von Philipp Thiée
Der »Satanistenprozeß« zeigt, wie die Justiz von Resozialisierung auf Feindstrafrecht umstellt

Schlitzaugen und Schlitzohren von Michael Rudolf

Wieder zu Hause? von Carsten Otte
Bericht über ein Gespräch mit Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, über seine Autobiographie

Rudolf von Arabien von Thomas von der Osten-Sacken

Titanic auf der Donau von Erwin Riess
Haiders Volksbegehren, die Sudetendeutschen und die Lust am Untergang

Schafscheiß und Sudeten
DokumentationLehrstunde im Bundestag: über deutsche Geschichte, die Trauer um alte Nazis und worin sich alle deutschen Parteien so gar nicht unterscheiden

Besiegte lernen rascher von Kurt Pätzold
Auch im Krieg hören die Kapitalisten der feindlichen Staaten nicht gern auf, Geschäfte miteinander zu machen. Hat es also wirklich einen »Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt« gegeben? Oder nimmt ein Verlag zu Werbezwecken das Maul ein bißchen zu voll?

König Otto und die Großungarn von Hannes Hofbauer
Budapest destabilisiert mit seiner Volkstumspolitik die Nachbarstaaten – Schily leistet Hilfestellung

Kunst & Gewerbe
Kultur fürn Arsch 2

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Kultur fürn Arsch 1

Kunst & Gewerbe von Benjamin Schiffner
Der neue Handke

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann
Bullshit for beginners

Kunst & Gewerbe von Gert Ockert
Scheitels Himmelfahrt

Kunst & Gewerbe von Benjamin Schiffner
Das ZDF als Medium

»Bild« regiert von Christian Y. Schmidt
Kultur-Kolumne

Polen wieder offen! von Rayk Wieland
500.000 Deutsche haben in den ersten Tagen nach seinem Erscheinen das neue Buch von Günter Grass gekauft. Es ist danach

Die Serben müssen sich unterwerfen von Aleksandar Tisma, Kurt Köpruner
Aleksandar Tisma hat mit seinem Roman »Der Gebrauch des Menschen« literarischen Weltruhm erlangt. Mit dem jüdisch-serbischen Schriftsteller sprach Kurt Köpruner

Hilleriana von Georg Fülberth

Von Bullerbü nach nirgendwo von Georg Seeßlen
Notizen während der Abschaffung der Kindheit im allgemeinen und zum Tod von Astrid Lindgren im besonderen

Kraft durch Gesundheit von Magnus Klaue
Eine Darmstädter Ausstellung gratuliert der Lebensreform-Bewegung allzu herzlich zum 100. Geburtstag

FilmTheater von Marit Hofmann
Heaven

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Collateral Damage – Zeit der Vergeltung

FilmTheater von Meike Röhrig
Pakt der Wölfe

Film des Monats von Peter O. Chotjewitz
Taking Sides – Der Fall Furtwängler

Der Standpunkt des Friseurs von Jürgen Roth
Wenn dem Kanzler der Kopf gewaschen wird, kriegt er graue Haare – und sein Coiffeur reift zur Persönlichkeit

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Ultra-red: La Economia Nueva (Operation Gatekeeper). 3-Inch-CD. Fat Cat/Hausmusik

Melodie & Rhythmus von Michael Klarmann
High Mud Leader: Same. Tuba Reckorz

Melodie & Rhythmus von Jonathan Scheiner
Div.: Vorbei ... Dokumentation jüdischen Musiklebens in Berlin, 1933-1938. 11-CD-Box/1 DVD mit 516seitigem Buch. Bear Family Records

Platte des Monats von Jonathan Scheiner

Le Cinéma de Serge Gainsbourg – Musiques de Film 1958-1990. 3 CDs. Emarcy Records/Universal Jazz

Die Bewältigung der Bewältigung von Meike Röhrig
Die erste Holocaust-Ausstellung steht ganz im Dienste deutscher Normalisierung

Im Dienst der Volkskultur von Peter Kratz
In Berlin regiert jetzt die »Neue Rechte« mit. Ihr Vorarbeiter ist der Kultursenator. Ihn stellt die PDS

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/02, S. 3

Jean-Charles Brisard

hier konkret

»Die verbotene Wahrheit – Die Verstrickung der USA mit Osama Bin Laden« heißt das Buch von Guillaume Dasquié und Jean-Charles Brisard (siehe auch: Buch des Monats S. 19). Zumindest der Titel hat sich schon bewahrheitet: Ein Mitglied des Bin Laden-Clans hat in der Schweiz die Auslieferung des Titels mit einer einstweiligen Verfügung untersagt. Kern des Buches sind die Recherchen, die Brisard im Auftrag eines französischen Nachrichtendienstes angestellt hat. KONKRET sprach mit ihm Anfang Februar in Berlin

konkret: Sie haben über die Beziehungen zwischen Osama Bin Laden, Saudi-Arabien und den USA geforscht und dabei Geheimdienstquellen unter anderem aus den USA benutzt. Einer Ihrer wichtigsten Zeugen ist tot. Wie kam das?

Brisard: John O' Neill, ein ehemaliger Koordinator der Terrorismusbekämpfung in den USA, war die Nummer zwei des FBI in New York geworden und verantwortlich für die nationale Sicherheit. Am 11. September befand er sich im World Trade Center, in einer Beratung über die Sicherheit des Gebäudes, als der erste Selbstmordbomber einschlug. Als Experte verließ er das Gebäude sofort, um die Evakuierungs- und Rettungsarbeiten zu koordinieren, kehrte dann aber zurück, um im Gebäude selbst die Fluchtwege zu räumen. Er starb in den Trümmern.

konkret: Was haben Sie von O'Neill erfahren?

Brisard: Er war ungeheuer frustriert über seine Arbeit beim FBI und hatte im August 2001 gekündigt, um Sicherheitschef im World Trade Center zu werden. Er war ein Rebell in einer Welt, in der die Bürokratie das Sagen hat. Er war schon länger mit der Verfolgung von Al-Qaida betraut und fuhr zu Ermittlungen in den Jemen, nachdem am 12. Oktober 2000 das US-Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden gesprengt worden war. Dort kam es zu schwerwiegenden Differenzen zwischen den Diplomaten des State Department auf der einen und ihm und anderen FBI-Leuten auf der anderen Seite. O'Neill wollte einen schnellen Zugriff, er glaubte eine Beteiligung von Al-Qaida an dem Anschlag nachweisen zu können. Doch die US-Diplomten bremsten ihn, sie wollten die jemenitische Regierung schonen und nur Verdächtige aus der zweiten Reihe ausliefern. Als schließlich die amerikanische Botschafterin im Jemen sogar versuchte, O'Neill und seine sogenannte Rambo-Truppe gar nicht mehr einreisen zu lassen, gab der Mann entnervt auf.

konkret: Das sieht nicht gerade danach aus, als ob die US-Regierung ernsthaft gegen Al-Qaida vorgehen wollte.

Brisard: Es gibt noch ein weiteres beeindruckendes Beispiel: Im Juni 1996 wurde ein Attentat gegen einen US-Stützpunkt in Dharan verübt, 19 GIs starben. O'Neill begab sich daraufhin im Auftrag des FBI persönlich nach Saudi-Arabien, um bei König Fahd eine Zusammenarbeit bei der Fahndung zu erwirken. Aber das war vergeblich. Der saudische Nachrichtendienst nahm die Verhöre der Haupverdächtigen alleine vor, die US-Amerikaner mußten sich auf Hilfsdienste beschränken und nahmen das hin.

konkret: Was war der Grund für die Zurückhaltung beim Vorgehen gegen Al-Qaida?

Brisard: Al-Qaida ist Osama Bin Laden, Osama Bin Laden gehört zu den einflußreichsten Familien Saudi-Arabiens, Saudi-Arabien ist der wichtigste Öllieferant der USA. O'Neill sagte mir noch wenige Wochen vor seinem Tod: »Alle Antworten, alle Schlüssel zur Zerschlagung von Osama Bin Ladens Organisation liegen in Saudi-Arabien.«

konkret: Man hört aber immer wieder, die Familie Bin Laden habe mit ihrem schwarzen Schaf Osama gebrochen?

Brisard: Das ist der »Mythos des Abtrünnigen«, dem ich in meinem Buch ein ganzes Kapitel gewidmet habe. Unter anderem bin ich auf ein unveröffentlichtes Interview mit der französischen Tageszeitung »France Soir« vom April 1995 gestoßen, in dem Osama Bin Laden gesagt hat, daß »die Saudi-Arabier ihn zu ihrem Vertreter in Afghanistan auserkoren« hätten. Noch spannender sind seine wirtschaftlichen Verflechtungen. Die Spinne im Netz ist dabei der Saudi Khalid Bin Mahfouz. Seine Familie besitzt eines der größten Vermögen der Welt, man spricht von knapp 2,5 Milliarden Dollar. Sie kontrolliert die National Commercial Bank Saudi-Arabiens, Khalid selbst war von 1986 bis 1990 im Vorstand der Bank for Credit und Commerce International (BCCI), die dann wegen dunkler Geschäfte im Drogenhandel und bei der Terrorfinanzierung geschlossen wurde. Der Mann hat also Geld, und er hat einschlägige Erfahrung. Nun habe ich herausgefunden, daß sein aktuelles Firmen- und Bankimperium zahlreiche Berührungspunkte mit dem Netz von Osama Bin Laden aufweist – also nicht nur mit der angeblich unverdächtigen Familie Bin Laden im allgemeinen. Außerdem soll nach Angaben des ehemaligen CIA Direktors James Woolsey die Schwester Khalid Bin Mahfouz' mit Osama Bin Laden verheiratet sein. Derselbe Herr Mahfouz hat auch zum US-Präsidenten Verbindungen: Ein saudischer Geschäftspartner erwarb 1987 eine Aktienbeteiligung von 11,5 Prozent beim US-Energiekonzern Harken; dieser Konzern wurde von 1986 bis 1993 von George W. Bush geleitet.

konkret: Also handelt es sich um einen Drachen mit drei Köpfen – Osama, Khalid und George W.?

Brisard: Soweit würde ich nicht gehen. Wenn die USA Bin Laden unterstützt haben, so war dies weitestgehend die unbeabsichtigte Folge ihrer eigenen Ambitionen und Ölinteressen in der Region. Dagegen ist die Unterstützung durch die saudischen Eliten Teil einer bewußten Strategie zur weltweiten Stärkung des radikalen Islamismus.

Konkret 03/02, S. 4

von Konkret

»Darf ein Linker Deutschland lieben?« überschrieb die »Frankfurter Allgemeine« ihren Bericht über eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zu der die PDS Anfang Februar nach Berlin eingeladen hatte. Gabi Zimmer, Vorsitzende, Peter Porsch, PDS-Sachsen, zwei Autoren namens Crome und Lötzsch sowie Tilman Fichter, Nationalsozialdemokrat, ehemaliger Schulungsleiter der SPD, waren sich mit dem Berichterstatter der »FAZ« heftig einig, daß ein Linker nicht nur darf, sondern muß, und denen, die es nicht tun, Nachhilft not tut, besonders der »westlichen Linken«:

Denn diese bedarf einer Versöhnung mit dem Nationenbegriff am dringlichsten, da waren sich die Autoren Crome und Lötzsch mit der Parteivorsitzenden Zimmer einig. Die Internationalisten, die Versprengten, die allenfalls noch in der Zeitschrift KONKRET eine Heimat fänden, die ostentativen Deutschland-Hasser sollen möglichst weit Abstand halten von der PDS in Ost und West. Die PDS-Vorsitzende schilderte den Ärger, der sie überkommen habe, als sie in der Menge der großen Anti-Rassismus-Demonstration des 9. November 2000 ein Plakat entdeckte mit der Aufschrift »Deutschland verrecke – PDS«.

Der Internationalist Marx, hätte er die letzten hundert Jahre Deutschland miterleben dürfen, hätte den Ausruf des Plakats vermutlich für das einzig vernünftige Wort gehalten, das ihm in der Nähe zu den Zeichen PDS untergekommen wäre.

»Verstummt« sei in KONKRET nach dem 11. September »jede Kritik am islamischen Faschismus«, meinen Kunstreich/Pankow/Wertmüller in diesem Heft. Das sehen die Islamisten ein wenig anders, die mit einiger Verspätung auf das sechzehnseitige KONKRET-Extra »Krieg, Koran und Kapital« im Dezemberheft und insbesondere auf die Koranrezension von Gerhard Henschel (»Sei doch kein Muselmann«) reagierten. Weil KONKRET der Aufforderung der »Muslim-Protest Redaktion«, Hamburg, »sich bei den Muslimen zu entschuldigen und sich von dem Artikel zu distanzieren«, nicht nachgekommen war, hatte die Organisation ihre »über 3.000« Mitglieder zu der Aktion aufgerufen. Aus den unzähligen Anrufen, Mails, Faxen und Briefen ein Beispiel:

Herr Henschel hat auf keinem Fall das Recht, Muslime auf diese Art zu beleidigen! Auch wenn jemand ungläubig ist, sollte er sich für etwas Unwahres entschuldigen, im christlichen Sinne der Nächstenliebe.

Die Redaktion kommt den Beschwerdeführern entgegen. Sie räumt ein, daß ihr der christliche Aberglaube genauso gestohlen bleiben kann wie der islamische, und daß der Islam sich mächtig ins Zeug legen muß, wenn er welthistorisch rein greuelmäßig zum Christentum aufschließen will, in den letzten Jahren aber mächtige Fortschritte gemacht hat.

Jürgen Elsässer ist von verschiedenen Seiten kritisiert worden, weil er den ehemaligen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Andreas v. Bülow zu Vorgängen in Milieus befragt hat, die dieser dienstlich kennengelernt hatte. Den Einfall freilich hatte Gremliza. Prügel wem Prügel gebühren.

Zum Nachweis, daß das westliche Bündnis für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich war und sich seine Kriegsgründe zusammengelogen hat, las der frühere jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic vor dem Haager Tribunal längere Passagen aus Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (konkret-texte 27) vor, das unter dem Titel *Ratni Zlocini* im März auch in Jugoslawien erscheinen wird.

Über Elsässers neues Buch *Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern* (Pahl-Rugenstein) schreibt die »Zeit«: »Anhand des Aufstiegs des grünen Führungspersonals demonstriert er, wie den ›Armani-Intellektuellen‹, von denen die meisten nie eine Ausbildung beendet und fast alle einen Beruf nur kurze Zeit ausgeübt haben, gar nichts anderes übrig blieb, als Politik zu ihrer Einnahmequelle zu machen.« Der Autor leite »aus der existenziellen Abhängigkeit der grünen Spitzenleute von der Politik in der Manier von Vulgärmarxisten ›ein ganz direktes Interesse an der Ausdehnung des deutschen Herrschaftsbereiches‹« ab. Leider ist die Wirklichkeit manchmal außerordentlich vulgärmarxistisch.

Termine: Elsässer liest am 02.03. in Dessau (15.00 Uhr, AJZ, Schlachthofstr. 25), ebenfalls am 02.03. in Hannover (20.30 Uhr), am 12.03. in Frankfurt (19.30 Uhr, BCN-Café, Fachhochschule am Nibelungenplatz), am 14.03. in Darmstadt (20.00 Uhr, Schloß), am 20.03. in Mannheim/Ludwigshafen, am 21.03. in Aachen (19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41) (Aktuelle Details unter www.juergen-elsaesser.de)

»Die schöne Halbsudanesin oder SOS Fellatio« heißt das Programm, mit dem das sehr gemischte Doppel Gremliza/Tomayer auf Reisen ist. Ab 20. März sind noch Termine frei. Intreressenten melden sich bei Katrin Gremliza.

Konkret 03/02, S. 6

an Konkret

Die Wiedervereinigung

KONKRET 2/02: »Smoke gets in your eyes« von Knut Mellenthin

Blut ist dicker als Wasser, alte Seilschaften stärker als Einstehen für Wahrheit und antiamerikansiche Ressentiments haltbarer als Erkenntnis. Als wäre der Streit um die deutsche Vereinigung und ihre Konsequenzen nichts anderes gewesen als eine harm- und folgenlose Klassenkeilerei, findet man in KONKRET zwei ehemalige Kontrahenten einträchtig zwischen zwei Umschlagseiten vereint. Zur Erinnerung: Jürgen Elsässer und Knut Mellenthin waren als Kader jenes nichtswürdigen Vereins namens Kommunistischer Bund damit beschäftigt, nach besten Kräften dem Volke zu dienen, bis sich im Gefolge der deutschen Intifada von 1989 ihre Wege zu trennen schienen: Elsässer wurde ein Exponent der antideutschen Minderheit des KB, während Mellenthin, der schon 1982 für die »AK«-Titelzeile »Endlösung der Palästinenserfrage« verantwortlich war, sein nationalrevolutionäres Coming out hatte. Elsässers anti-aufklärerische Methode, die »wahren« Interessen und Machenschaften zu erforschen, die sich angeblich *hinter* dem lügenhaften Gespinst der Erscheinungswelt verbergen, ließen ihn dem manischen Enthüllungsdrang eines Mellenthin zuneigen, der jetzt all sein investigatives Talent aufbietet, um den Faschisten Bin Laden gegen Anwürfe der USA in Schutz zu nehmen. Daß ein Nationalrevolutionär und einer, dessen antideutsche Bekenntisse wohl nie mehr waren als ordinärer Antiimperialismus, nur diesmal gegen Deutschland, sich nun im Geiste eines verhärteten und ressentimentgetränkten Positivismus die Hand reichen, mag symbolisch dafür stehen, daß zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung der Deutschen die Wiedervereinigung der deutschen Linken im Gange ist.

Clemens Nachtmann

Berlin

Die Verschwörung

KONKRET 12/01: »Wer waren die Insider?« Gespräch mit Andreas von Bülow

In der Kritik an von Bülow wird zu Recht darauf hingewiesen, in welch hohem Maße seine Ausführungen kompatibel für ausgesprochen rechte und auch nazistische Positionen sind. Er selbst ist aber ebenso kompatibel. In der Ausgabe 6/02 gibt von Bülow der rechtsextremen Wochenzeitung »Junge Freiheit« ein Interview. Von Bülow bedient nicht nur den rechten Antiamerikanismus, er gibt sich u. a. auch dafür her, die Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen in Köln 1959 der Stasi anzulasten.

Seine Weltverschwörungstheorien haben Barrieren des Denkens weggespült. Für die nächste »JF« ist angekündigt: »Andreas von Bülow über das weltweite Hegemoniestreben der USA sowie die notwendige Abkehr und Selbstbehauptung Deutschlands.« Damit wäre er endgültig angekommen.

i. A. Kurt Heiler

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisverband Aachen

Die Nahrung

KONKRET 1/02: »Unter Bauern« von Justus Wertmüller

Zunächst einmal gefallen mir die Ausführungen des Autors zur die Lebensfreude entdeckenden iranischen Jugend gut. Bereits als ich mich 1992 länger im Iran aufhielt, war dieses Phänomen zu beobachten. Wertmüller hätte freilich hinzu setzen müssen, daß die soziale Lage stark mit den Möglichkeiten, diese Lebenslust auszuleben, verbunden ist. Während die illegalen Partys im wohlhabenderen Norden von Teheran allgegenwärtig sind, sieht dies in den ärmlichen Südbezirken völlig anders aus. Und hieran ist es nicht einmal zuerst der Staatsterror schuld, sondern extrem beengte Wohnverhältnisse.

Unsinn sind Wertmüllers Ausführungen zum französischen linksalternativen Bauernaktivisten José Bové und der von ihm repräsentierten Bewegung. Wertmüller spricht davon, wie »der Bauernmob sich an einem Mc Donalds sein Mütchen

kühlt«. Er spielt damit auf die berühmt gewordene Demontage einer noch im Bau befindlichen McDonalds-Filiale im südfranzösischen Millau am 12. August 1999 an. Diese schildert er als eine Art Pogrom. Das jedoch ist Unfug: Es handelte sich um eine eher spielerische, vorab angekündigte und vor allem rational determinierte politische Aktion. Der Protest war auch weder gegen »Amerika« als solches noch gegen den internationalen Handel gerichtet. Er firmierte als Protest gegen die damalige Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO), den USA Handelssanktionen gegen Frankreich zu erlauben, weil dieses die Einfuhr von Hormonfleisch aus den USA abgelehnt hatte. Daraufhin war die Einfuhr von französischem Käse in die USA zusammengebrochen, was der unmittelbare Anlaß für die Proteste war. Zugleich war die symbolische Aktion eine PR-wirksame Vorbereitung auf die Proteste gegen die WTO-Tagung in Seattle. Aus Anlaß der Prozesse gegen Bové strömten 2000 und 2001 mehrere Zehntausend Menschen nach Millau und Montpellier. Dort ließ Bové eine Reihe von Zeugen etwa aus Afrika schildern, welche Folgen die Politik internationaler Konzerne dort zeitigt.

Doch Wertmüller kann sich anscheinend soziale Bewegungen kaum mehr anders denn als Pogrom vorstellen. In diese Richtung geht es auch, wenn Wertmüller Bové mit den Worten zitiert, er habe sich in Genua gefühlt wie in Ramallah, und ihm unterstellt, er fühle sich weltweit von Zionisten verfolgt. Dabei unterschlägt er ein Detail: Kurz zuvor, Ende Juni 2001, hatte Bové an einer Beobachtermission französischer Linker in den palästinensischen Gebieten teilgenommen. Einige von deren Teilnehmern waren an einer israelischen Militärsperre physisch malträtiert worden. Tatsache ist, daß Bové in Genua lediglich auf dieses frische Erlebnis anspielte und mitnichten von einer jüdischen Weltverschwörung faselte.

Bernhard Schmid

Paris

Die Verordnung

KONKRET 2/02: »Geschlecht? Keins« von Connie Uschtrin

Es ist lobenswert, daß über den Film »Das verordnete Geschlecht« und die darin verhandelte Thematik geschrieben wurde. Der Beitrag scheint seiner Zeit voraus zu sein.

Anzumerken ist jedoch, daß die Perspektive der Dekonstruktion nur jenen dient, für die die Frage »Was ist’s denn?« positiv beantwortet wurde. Sie dient nicht jenen, die realiter trotz der Eingriffe mit »Geschlecht« im heutigen dimorphisierten Sinne nichts anfangen können. Daher ist es korrekt, wenn der Film auf ein drittes Geschlecht abhebt. Diese Option läßt gänzlich andere Diskussionen zu.

Die Dekonstruktion ist sexualwissenschaftlicher Schnee von 1950, und die Diskussionen um Butler sind medizinkompatibel. Daß Geschlecht tatsächlich zu verlassen, wie es die Dekonstruktion vorschlägt, würde in eine Ich-Auflösung führen, und die ist potentiell tödlich.

Schließlich fehlte mir der Verweis darauf, daß die Idee, kein Geschlecht zu haben, kompatibel mit neoliberalen Ansätzen ist. Feministische Theoretikerinnen und Dekonstruktivisten sind allerdings ungünstige Kooperationspartner, wenn es darum geht, reale Umstrukturierungen zu erreichen. Diese aber brauchen »Intersexuelle«, weil viele an den Eingriffen sterben.

Michel Reiter

Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie

Die Krönung

KONKRET 12/01: Kunst & Gewerbe

Von der gewollten Harmlosigkeit der anderen Beiträger zum ganz und gar verfehlten Thema »Terror in Deutschland« hebt sich der Beitrag von René Martens deutlich ab. Ein Mitglied der im Mai 1991 aufgelösten Marxistischen Gruppe habe ihn seinerzeit bedroht. Anlaß: Eine »ungebührliche publizistische Tätigkeit«. Martens verschweigt, womit er seine damalige Tätigkeit als Redaktionsleiter des Stadtmagazins »Szene Hamburg« gekrönt hatte. Dort erschien im November 1990 ein widerlicher Artikel von dem Hamburger Journalisten Reinhard Schwarz gegen die MG, der diese unter Berufung auf den Verfassungsschutzbericht als »streng hierarchisch aufgebaute Geheimorganisation« kriminalisierte und zu ihrer öffentlichen Ausgrenzung aufrief. Obwohl es nur zu verständlich gewesen wäre, sollten die MGler Martens Prügel angeboten haben, waren sie eigentlich gekommen, um eine Gegendarstellung zu erwirken oder eine Anzeigenseite zu bekommen. Beides wurde ihnen verweigert. Daß Martens sowas in KONKRET rechtfertigen darf, geht definitiv zu weit.

Günther Jacob

Hamburg

Konkret 03/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Ein Hitlerjunge kehrt heim

Kennen Sie Heyse? Paul Heyse? Den ersten deutschen Dichter, der den Nobelpreis für Literatur bekommen hat? Dies nur für den Fall, einer wollte den Osloer Elferrat zugunsten des letzten deutschen Preisträgers ins Spiel bringen. Es geht hier nicht um Literatur. Ich jedenfalls kenne keinen Verehrer der Sprache, der einen Roman von Grass oder eine Rezension von Reich-Ranicki lesen kann.

So wenig Grass und Reich-Ranicki in der Sprachkunst zählen, so viel zählen sie für die Politik: der eine als ein Anführer der mosernden Mitläufer, die hierzulande als linke, gar kritische Intellektuelle im Handel sind, der andere als ein Zensor, der die Äußerungen dieser Rasselbande in politisch erwünschte und unerwünschte teilt. Der jüngste Grass, sagt Reich-Ranicki, sei sehrsehr brauchbar.

Man hätte es bei dem Thema nicht für möglich gehalten. Hatte die deutsche Vergangenheit ihre Schuldigkeit nicht getan? Von Bitburg, wo der Kanzler 1985 den Präsidenten der USA vor Gräbern der Waffen-SS strammstehen ließ, bis in die Paulskirche, wo Martin Walser 1998 sein Schippchen braune Heimaterde hinterherwarf? Es schien alles aufs beste bestellt: die Verbrechen der Wehrmacht durch eine Ausstellung gesühnt, der Holocaust in eine Touristenattraktion verwandelt, Buchenwald in den Archipel Gulag verlegt, das letzte überlebende Zehntel der Zwangsarbeiter mit einem Handgeld abgefunden. Was sollte da noch fehlen?

Es war die »Tageszeitung«, der Spürhund einer sich suchenden Nation, die 1995, zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, an einem Markstein, den die Deutschen auf dem Weg in eine große Zukunft noch zu passieren hätten, das Bein hob: »Das eigene Leid – auch das selbstverschuldete – muß erzählt und betrauert werden.«

Wer sich in der Tür der Gaskammer den Finger eingeklemmt hat, erzähle sein Leid und weine. Die sarkastische Antwort schien mir damals geeignet, Hinterbliebene abzuschrecken. Irrtum. Nur sechs Jahre später hat Grass den Satz der »Taz« in sein etwas schlechteres Deutsch übersetzt: »Da die von uns Deutschen zu verantwortenden Verbrechen so überlastig waren, ist offenbar auch keine Kraft übrig gewesen, die eigene Leidensgeschichte in ausreichendem Maße mitzuberichten.«

Das ist zwar insoweit gelogen, als das Werk von Arno Schmidt, also die bessere Hälfte der deutschen Literatur nach 1945, größtenteils diesen Leiden sich widmet, und die ganze Nation den Untergang der Gustloff, ein paar Jahrzehnte bevor Grass ihn entdeckte, mit Brigitte Horney in der Hauptrolle im Kino gesehen hat. Wahr aber ist, daß die An- und Aufrechnung von schwersten Verbrechen an Deutschen gegen die »überlastigen« (vom Tüv nicht zugelassenen?), unter deutschen Pen-Brüdern lange Zeit als unfein galt. Für die diesbezüglichen Bedürfnisse der alten NSDAP-Wähler, Wehrmachtsveteranen, Kriegerwitwen und Vertriebenen hatte man seine Konsaliks, für die Promovierten unter ihnen einen Autoren, der 1987 im Anzeigenteil der »Zeit« inserierte: »Pommern – Ich suche Autobiographien sowie Erlebnisberichte und Tagebücher von Flucht und Vertreibung, Walter Kempowski, Nartum.«

Warum hat Grass die Arbeitsteilung aufgekündigt? Er selber sagt: »Daß ich über die deutsche Vertreibung geschwiegen habe, ist meine große Schuld.« Das kann man also vergessen. Näher an der Wahrheit ist seine zweite Ausrede: »Das Thema« sei zu lange »den Rechtsgestrickten überlassen« worden. Man braucht nur »das Thema« durch »das Geschäft« ersetzten, schon ist man beim Buchhandel und 400.000 Vormerkungen. Bei der Konjunktur also und deren Verlauf.

Ihren Anfang genommen hatte die Trauer der mosernden Mitläufer über die Leiden der Täter im Gedenkjahr 1995, als Antje Vollmer auf dem Sudetentag um Aufnahme in die Volksgemeinschaft bat und sich auch durch folkloristische »Hängt sie auf!«-Rufe nicht irritieren ließ. Richtig in Schwung kam die Sache nach dem Regierungsantritt der Achtundsechziger. Zum ersten Mal sprach ein SPD-Kanzler beim Tag der Heimatvertriebenen, Innenminister Schily gab den »Schlesien ist unser«-Schlesiern die Ehre, und das ganze rotgrüne Personal schlug sich an die Brust, weil es nicht schon viel früher den rechten Weg gefunden habe.

Grass, so konnte Erika Steinbach, die durch späte Geburt begnadete, im übrigen kongeniale Nachfolgerin der alten Berufsflüchtlingsgarde aller NS-Grade, teils zufrieden, teils spöttisch resümieren, sei »durch eine Tür gegangen, die die politische Linke vor ihm längst aufgestoßen hat, so daß er sich keine blutige Stirn dabei holt«. Den feierlichen Höhepunkt der Entwicklung bildete das Tribunal, das der Bundestag, pünktlich zum Erscheinen des Grass-Buchs, über den tschechischen Ministerpräsidenten Zeman veranstaltet hat, mit Joschka Fischer in der Rolle des armen donauschwäbischen Flüchtlingskinds (siehe Seite 38).

Um zu verstehen, warum das geschieht, muß man verstanden haben, was der Zweck all der elenden Selbstgeißelung war, die man Bewältigung der Vergangenheit genannt hat. Als Verbrecher oder deren nutznießende Kinder konnten die Deutschen nicht zur Weltmacht zurück. Es bedurfte internationaler Absolution und also der Beichte. Sehr kurz und doch

nicht falsch: Ohne 20. Juli-Feiern und ohne Ausstellung der Wehrmachtsverbrechen kein Einmarsch deutscher Soldaten in Serbien.

Und morgen in der ganzen Welt? Fast in der ganzen. Einen schmalen Streifen Land gibt es, der für deutsche Soldaten auch heute noch tabu ist: zwischen der Mittelmeerküste und den Höhen des Golan. Das Gefühl, dort ausgeschlossen zu sein, wurmt (und eint) die ganze Nation.

Was ist zu tun? Die deutschen Verbrechen sind gebeichtet und zum politischen Exportartikel veredelt. Ungenutzt herum aber liegen die Verbrechen, die an Deutschen begangen worden sind. Mögen sie, mit Grass zu reden, auch ein wenig unterlastig sein – sie zählen nach Millionen. Der Untergang der Gustloff, sagt der »Spiegel«, sei die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten gewesen. Eine gewisse Singularität ist nicht zu bestreiten. Schon nennt ein Hartmuth Hanisch, Pastor aus Braunschweig, die Schlacht von Stalingrad einen »schrecklichen Holocaust«. Pioniere kommen meist aus der Provinz.

Wer, gleich wo und wodurch, seinen Vater, seine Mutter, sein Kind verloren hat, möge trauern. Niemand hat ihn je daran gehindert. Um Karlheinz Mustermann trauert seine Familie, ob er unter die Straßenbahn gekommen oder auf der Flucht in der Ostsee ertrunken ist. Grass will, daß im zweiten Fall die Nation trauert. Trauern aber kann nur, wer dem toten Mustermann sich nah fühlt, wer also in dem ihm ganz Unbekannten einen irgendwie Verwandten, Artverwandten sieht. Worauf Grass abzielt und wofür Walsers Freund Augstein ihn gerührt in die Arme schließt, ist die Belebung völkischer Empfindungen. Drei Greise haben nach allerlei Gezänk am Ende wieder so nah zueinander gefunden, wie sie sich am Anfang gewesen sein dürften: in den kurzen Hosen der Hitlerjugend.

Die Deutschen haben sich mit ihren historischen Gläubigern schließlich verglichen: mit den Sowjets, aus denen sie wieder Russen gemacht haben, den Polacken und Resttschechen, denen sie erlaubt haben, sich mit uns zu versöhnen, den Franzosen, die am Geschäft beteiligt wurden, und den Amis, die das noch vor sich haben. Eine Rechnung blieb offen. Sie wird erst beglichen sein, wenn die Deutschen nicht nur sich selber, sondern auch der Welt leid genug tun, um es einem Kommando aus einer Rommel- oder Manstein-Kaserne zu erlauben, das jüdische »Siedlerpack« (»UZ«) aus dem Staat Palästina zu evakuieren – als friedenschaffende Maßnahme. Grass hat sein Scherflein beigetragen.

Konkret 03/02, S. 11

Herrschaftszeiten

Lästige Erscheinung

27. Januar, »Die Welt« (Kolumne des Politologen Lord Weidenfeld):

Daß Fremdenhaß, rassische und religiöse Vorurteile »lästige Begleiterscheinungen« des Krieges gegen Terror sind, beweist das neuerliche Aufflackern des Antisemitismus in Europa. Dieser tritt nicht nur in seinen latenten und üblichen Formen auf. Die Nahost-Krise dient ihm als Aufhänger. Obwohl die Intifada lange vor dem 11. September begann und einflußreiche Persönlichkeiten wie der amerikanische Präsident George W. Bush, der britische Premier Tony Blair und der deutsche Außenminister Joschka Fischer darauf hingewiesen haben, daß es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der New Yorker Katastrophe und Israels Zwist mit den Palästinensern gibt, nährt sich der Antisemitismus in seiner jüngsten Form von dem Argument, die Juden seien hier wieder einmal schuld. In Europa, meint Rabbi Melchior, Israels stellvertretender Außenminister, ein gemäßigter Politiker und gebürtiger Däne, würden Juden jetzt hemmungsloser angegriffen als vorher – sowohl in intellektuellen Milieus als auch am Stammtisch und auf der Straße.

Wenn’s nach mir geht, könnt ihr ihn auch aufhängen

US-Vizepräsident Cheney zu Israels Verteidigungsminister Ben-Elieser

über Yasser Arafat

Grass drüber

29. Januar, »Frankfurter Rundschau«:

Wenn der frühere Redakteur der angesehenen Breslauer Kulturzeitschrift »Odra«, Andrzej Wieckowski, ein Buch mit dem Titel »Den Deutschen den Krieg erklären« vorlegt, geht es nicht darum, noch ein Buch gegen ein »deutschdominiertes Europa« auf den Markt zu werfen. Sein Anliegen ist die Emanzipation der polnischen Politik und Öffentlichkeit von Denkmustern und Verhaltensweisen, die diese unkritisch und oft unbewußt von Deutschlands Eliten und Deutschlands Öffentlichkeit übernommen habe. Warum lasse sich die polnische Öffentlichkeit so einfach eine Debatte über die Parallelität deutscher und polnischer Vertriebenenschicksale aufzwingen, »was nur dazu führt, daß am Ende nur noch Opfer übrigbleiben, deutsche Vertriebene, polnische Vertriebene, und die Täter ausgeblendet bleiben?« Woher es komme, daß der inzwischen verstorbene Schriftsteller Andrzej Szczypiorski ausgerechnet mit einem seiner schwächsten Werke (»Die schöne Frau Seidenmann«) einen so viel größeren Erfolg in Deutschland als in Polen gehabt habe? Nicht weil er mit seiner Erzählung über eine polnische Jüdin, die von einem »guten Deutschen« vor »schlechten Deutschen« und »schlechten Polen« gerettet wird, Deutschland habe entlasten wollen, sondern weil er sich eine Themenstellung ausgesucht habe, wie sie von deutscher Seite sehr häufig selbst bei Debatten und Konferenzen lanciert werde, für die polnische Öffentlichkeit aber unannehmbar sei: das Dritte Reich als unpersönliches Übel, das über Deutsche und Polen gleichermaßen hereingebrochen sei und sie zu Opfern gemacht habe.

Bei seinen Landsleuten konstatiert Wieckowski einen Drang, sich dieser Art »nichtkonfrontativer Vergangenheitsdebatte« auch dann zu unterwerfen, wenn sie der eigenen Erfahrung und Überlieferung widerspreche. Von der Diagnose einer »für die Zukunft gefährlichen« deutschen Vergangenheitsverdrängung bis zu brennenden Asylbewerberheimen und »national befreiten Zonen« führt für ihn eine direkte Verbindung.

»Mr. Ghandi, what do you think about western civilization?« – »Oh, that would be a good idea.«

Mahatma Ghandi im Gespräch mit einem britischen Journalisten

Täterschutz

30. Januar, »Frankfurter Rundschau«:

In der Gemeinde Messel (Kreis Darmstadt-Dieburg) werden die NS-Opfer weiter anonym bleiben. Das Parlament hat eine Gedenktafel mit Namensnennung abgelehnt. Sie würde die Nachfahren der Tätergeneration »traumatisieren«, meint die CDU. Während sich die CDU um die psychische Verfassung von Verwandten möglicher Täter sorgt, beruft sich die SPD auf einen Grundsatzbeschluß von 1996, keine Namen zu nennen. Man wolle allen NS-Opfern gerecht werden und nicht einige hervorheben.

Folteri, Foltera

31. Januar, »Rheinische Post«:

Ein futuristisch gestylter Stahlstuhl gleitet über eine unsichtbare Schiene aus dem Innern »der Kammer« heraus, umgeben von einer dichten weißen Nebelwand. »Möchtest du es dir noch einmal anders überlegen und mit 500 Dollar nach Hause gehen?« fragt der Moderator mit sichtbarer Freude an den bevorstehenden Qualen. Tony schüttelt mit dem Kopf. »Ich brauche das«, gibt er mit gepreßten Lippen zu Protokoll, ehe die Hydraulik ihn der Stahlhölle zuführt. Die Anspannung ist echt, die Furcht berechtigt, denn das, was den 30jährigen Schwarzen jetzt erwartet, ist mehr als ein neues Fernsehspiel. Die amerikanische Presse spricht wenig respektvoll von »Folter-TV«. Nicht ohne Grund, denn die Show mit dem Namen »The Chamber« (Die Kammer) basiert allein auf der Idee, einen Kandidaten so lange physisch extremen Bedingungen auszusetzen, bis sein Körper nicht mehr mitmacht oder er die Fragen nicht beantworten kann. Für ein Preisgeld von maximal 100.000 Dollar lassen sich die Kandidaten in »der Kammer« mit Eiswasser besprühen, auf Temperaturen von minus vierzig Grad Celsius tiefkühlen oder wie ein Schaschlik über einem Flammenteppich rösten. Für den Hauptgewinn muß ein Kandidat sieben »Folter«-Stufen überstehen.

Solche Shows sind in Deutschland derzeit undenkbar, sagt Borris Brandt, Geschäftsführer von Endemol Deutschland (»Big Brother«, »Wer wird Millionär«). »Ich glaube, daß die Markenartikler so etwas nicht gut finden, und wenn der Sender keine Spots unterbringen kann, macht er solche Shows nicht.« In Amerika ist die Foltershow für den als Haussender der Republikaner bekannten Kanal Fox einträglich. Bei Serienstart von »The Chamber« erzielte der Sender auf Anhieb Zuschauerrekord. Die Konkurrenz von ABC ging gleichzeitig mit einem ähnlichen Konzept und vergleichbaren Quoten an den Start.

Langsam kehrt die Normalität zurück in ein Land, das vor allem auf eines hofft: auf die Deutschen

---

»Welt am Sonntag« über Afghanistan

Augusto Pinochet School

1. Februar, »Die Woche«:

Unbestrittene Fakten: 63.000 südamerikanische Militärs, Polizisten und Guerilleros haben die USA seit 1946 an der berüchtigten School of the Americas (SOA), drei Autostunden südlich von Atlanta, in der Kriegführung gegen das eigene Volk unterwiesen. 600 bis 700 SOA-Absolventen haben ihre Heimat später als Massenmörder, Folterknechte und Putschisten terrorisiert – US-geschulte Drahtzieher des »schmutzigen Krieges« in Lateinamerika. Viele sind bis heute auf freiem Fuß; die jüngsten Fälle liegen nur Monate zurück. Weltweite Proteste, darunter von Amnesty International und Prominenten wie den Hollywood-Stars Susan Sarandon und Martin Sheen, bewegten den Kongreß bisher nicht zur Abschaffung des Trainungslagers. Die 900 Studenten des laufenden Jahrgangs, (sagt) Schuldekan Donald Harrington, seien »die neuen Führungskader« der Welt: »Auf die können wir uns verlassen. Sie garantieren, daß ihre Länder militärisch auf unserer Linie bleiben.« Das Camp bekam einen neuen Namen, einen neuen Lehrplan, neue Dozenten und einen »Menschenrechtsbeauftragten«. Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (Whinsec) heißt die SOA jetzt hochtrabend.

Der Renommator

1. Februar, »Süddeutsche Zeitung«:

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Kanzler tönt seine Haare nicht. Sagen jedenfalls alle, die eng mit ihm zu tun haben. Sagen auch seine zwei Friseure, darunter Starfigaro Udo Walz, in eidesstattlichen Versicherungen. Trotzdem ist eine Debatte von enormer Bedeutungsschwere über die Farbe von Gerhard Schröders Schopf entstanden. Die Zeitschrift »Gala«, die ihn einst immerhin im Cashmere-Look zeigen durfte, behauptet apodiktisch: »Tönt sich die Haare.« Dagegen läßt der Kanzler, gar nicht farblos, den renommierten Hamburger Medienanwalt Michael Nesselhaufe vorgehen, der eine einstweilige Verfügung erwirken will. »Gala« ließ die Frist zur Abgabe einer Unterlassungserklärung verstreichen, ebenso wie die Nachrichtenagentur ddp, die immerhin eine Richtigstellung in die Redaktionen geschickt hat. Der Kanzler wähnt eine Kampagne. Ist es aber klug, so zu reagieren? In Deutschland entscheiden nun die Gerichte. Liefert der Kanzler bald eine Haarprobe ab?

Braune Mengenlehre 1

2. Februar, »Südwest-Presse«:

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland von offiziellen Stellen 10.113 rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten registriert. 6.823 Fälle entfielen laut Verfassungsschutzbericht 2001 auf Propagandadelikte. Die Statistik zählte 579 Gewaltdelikte und 508 Angriffe gegen Personen. 385 Menschen sind von Rechtsextremisten verletzt worden.

Braune Mengenlehre 2

2. Februar, »Kölner Stadtanzeiger«:

Laut Ulla Jelpke (PDS) sind 5 Todesopfer rechter Gewalt nicht erfaßt worden. Jelpke wies auf Differenzen in den Statistiken von Bund und Ländern hin. Brandenburg zähle für das gesamte Jahr 2001 rund 1.900 rechte Taten, die Bundesregierung nur 930. Für Berlin weise die Regierungsstatistik 82 rechte Straf- und Gewalttaten aus. Die Berliner Sicherheitsbehörden hätten 504 rechte Delikte erfaßt.

Vom Hofe 1

3. Februar, »Bild am Sonntag«:

Auf die Kunststücke seiner Schäferhündin Blondi war Adolf Hitler, wie Traudl Junge in ihrer Erinnerungen schreibt, ungeheuer stolz. Wenn er befahl: »Blondi, sing tiefer, wie Zarah Leander«, heulte sie wie ein Wolf. Jeden Abend bekam der Hund drei Stückchen Kuchen. »Sie ist wirklich der gescheiteste Hund, den ich kenne«, schwärmte Hitler.

Vom Hofe 2

3. Februar, »Bild am Sonntag«, Professor Dr. Guido Knopp, »Chefhistoriker des ZDF«:

Der Wert des Buches liegt für mich ... in den vielen Einzelheiten, die Frau Junge im täglichen Umgang mit ihrem Chef Adolf Hitler beobachtet hat. Ob er gegen das Rauchen oder gegen das Fleischessen wettert, sich über die Diät seiner Geliebten Eva Braun lustig macht oder die bittere Wirklichkeit des Krieges schlicht verdrängt – viele Beobachtungen aus der Sicht einer damals jungen Frau machen das Buch lesenswert und für jeden Historiker, der sich mit dem Dritten Reich befaßt, zu eine Quelle.

Die vielbeschworene jüdische Intelligenz existiert manchmal leider nur als positives Vorurteil. Denken Sie mal an Michel Friedman

---

»Die Tageszeitung«

Hauptstadt der Bewegung

4. Februar, Pressemitteilung der GEW-Jugend Bayern:

Die Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz und die Versuche, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, erreichten Samstagnachmittag ihren Höhepunkt, als sich trotz Verbots ein Demonstrationszug von 10.000 Menschen am Marienplatz formierte. Ein massives und martialisches Polizeiaufgebot konnte nicht verhindern, daß es bis spät in den Abend immer wieder zu Protestaktionen kam.

Allerdings überspannten einige Polizeiführer, im Rausch des Ausnahmezustands, den Bogen, als sie das Gewerkschaftshaus als Angriffsziel wählten. Dort fand eine Veranstaltung des Bündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz mit über 300 Leuten statt. Mit der Begründung, es gebe »gesicherte Erkenntnisse«, daß diese Leute Straftaten planten, sollten sie einzeln das Gewerkschaftshaus verlassen und sich der Polizei ergeben. In gemeinsamer Diskussion kamen die Eingeschlossenen schnell überein, sich und das Gewerkschaftshaus zu verteidigen.

Der Abbau an bürgerlich-demokratischen Grundrechten erreicht von Tag zu Tag ein immer schauerlicheres Ausmaß. Das Beispiel München hat gezeigt, wie dünn die Fassade der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist ...

Die letzten, die sich so etwas Ähnliches getraut haben, waren im Mai 1933 die SA und SS, als die Gewerkschaften endgültig zerschlagen wurden.

Sie sind ein Volk

6. Februar, »Hamburger Abendblatt«:

Unterdessen haben Hunderte von aufgebrachten Palästinensern ein Gericht im Westjordanland gestürmt und die drei Angeklagten gelyncht, die ihrerseits ein Mitglied der palästinensischen Sicherheitskräfte umgebracht hatten. Die zuvor

verhängten Haftstrafen von jeweils 15 Jahren Gefängnis erschien der Masse zu niedrig.

Pretty Christa

11. Februar, »Der Spiegel«:

Um die Lage in Tibet besser beurteilen zu können, hat der Bundestag einen prominenten Sachverständigen aus Hollywood angefordert. Nach einer Sitzung des Menschenrechtsausschusses am 17. April wollen Abgeordnete mit dem US-Schauspieler Richard Gere (»Pretty Woman«, »Ein Mann für gewisse Stunden«) debattieren. Als Anhänger des Dalai Lama sei Gere ein »Kenner der politischen Verhältnisse« in der von China besetzten Himalaja-Region, lobt die Grünen-Abgeordnete Christa Nickels, Vorsitzende des Ausschusses. Vor allem unter den Frauen habe sich die Nachricht vom geplanten Besuch des Darstellers »wie ein Lauffeuer« (Nickels) verbreitet.

Konkret 03/02, S. 12

Tjark Kunstreich, Horst Pankow, Justus Wertmüller

Konkret im Krieg
Gegen den Terror negativer Gleichheit

Solidarität mit den Opfern des islamischen Faschimus

Soviel ist nach vier Kriegsausgaben und einem völlig mißratenen Kongreß klar: Die Mehrheit der Einschätzungen des Weltgeschehens, die seit dem Novemberheft in KONKRET erschienen sind, liegen nicht nur ein bißchen neben der Wahrheit, sondern schlagen ihr ins Gesicht. Das betrifft nicht nur kritisch gemeinte Kommentare, sondern auch die in KONKRET immer höher im Kurs stehenden Faktenartikel aus der Feder sogenannter Experten. Darum zunächst etwas zu den Fakten:

1. Weder Regierung noch öffentliche Meinung in Deutschland waren jemals für ein militärisches Vorgehen gegen islamische Zentren. Als wäre bei den meisten KONKRET-Mitarbeitern und allen Redakteuren seit Mitte September der Fernseher ausgefallen und einzige Informationsquelle die einschlägig bekannte »Junge Welt«, wurde und wird unterschlagen, was in allen Talkshows, Expertenrunden und im Leitartikel der bürgerlichen Presse (mit Ausnahme der Springer-Presse) unisono verbreitet wurde: Bis zum Beginn des Bombardements Afghanistans wurden die USA gewarnt, keine »Alleingänge« zu wagen und bloß nicht »Rache« zu üben; während des Bombardements wurde ein Mißerfolg der Intervention inständig herbeigewünscht, und als die Taliban von der Macht vertrieben waren, phantasierte man Völkermordgeschichten, die weniger mit der durchaus unschönen Wirklichkeit dieses Krieges als mit der Projektion »anglo-amerikanischen« Bombenterrors zu tun hatten.

2. Zu keinem Zeitpunkt bestand eine imperialistische Interessenidentität zwischen den USA und Deutschland in einem »Krieg gegen die Dritte Welt«. Tatsächlich rüstet Deutschland seit zehn Jahren ideologisch, entwicklungspolitisch und diplomatisch für einen Krieg mit der Dritten Welt gegen den US-Imperialismus. Wichtigster Bündnispartner dafür war und ist die islamische Welt. Die Entscheidung, sich an der Anti-Terror-Allianz zu beteiligen, verdankt sich allein der Befürchtung, anderenfalls auf unabsehbare Zeit aus den zunehmend militärisch ausgetragenen Aktivitäten der Weltinnenpolitik gedrängt zu werden.

3. Ebensowenig gab oder gibt es hierzulande ein »Feindbild Islam« oder gar »antiislamischen Rassismus«, im Gegenteil: Der Islamismus wird als unbedingt zu würdigender Ausdruck einer Kultur genommen, die nun einmal ihren eigenen Gesetzen folge und das Recht habe, sich gegen ihre selbst gewählten Feinde zu verteidigen, auch wenn diese israelische Zivilisten sind. In der irren Annahme, jede Kritik am Islamismus sei eurozentristisch oder rassistisch, wurde in KONKRET die Zerstörung repressiver Strukturen von Sippe und Familie als kolonialistisches und sexistisches Verbrechen gebrandmarkt. Interessanterweise verstummte jede Kritik am islamischen Faschismus in KONKRET genau zu dem Zeitpunkt als dieser einen Massenmord an amerikanischen Zivilisten verübte.

4. Obwohl KONKRET vorgibt, sich von der deutschen Friedensbewegung der letzten Monate abzugrenzen, wird, anders als noch während des Golfkrieges vor elf Jahren, das antiamerikanische Bündnis aus völkischen Ideologen, moralischen Verzichtsaposteln und Ethno-Zoologen ideologisch bedient. Während Jürgen Elsässer sich längst an die Spitze dieser Bewegung gesetzt hat, erfährt Hermann Gremliza bei fast jeder Lesung aus dem Buch *Hat Israel noch eine Chance?*, worum es diesen Friedensfreunden tatsächlich geht. Aber den augenfälligen Zusammenhang zwischen dem neuesten Antiimperialismus und dem zunehmenden Haß auf Israel will Gremliza nicht sehen, wohl weil er die Konsequenzen scheut. Denn um Lobredner wie den folgenden wäre es sonst wohl geschehen: »Als politische Tagesaufgabe benannte er (Elsässer auf dem KONKRET-Kongreß; d. Verf.) eine ›gesellschaftliche Sperrminorität‹ gegen die Kriegstreiber zu schaffen. ›Eine neue relevante Linke kann nur im Kampf gegen den imperialistischen Krieg entstehen.‹ Die vom SPD- und Gewerkschaftsmainstream abweichende Erklärung der IG Metall zum Afghanistankrieg sieht Elsässer als Hoffnungszeichen. ›Vielleicht ist die Arbeiterbewegung doch ein nicht ganz so toter Hund, wie uns die Antideutschen immer einreden wollen.‹ Generell gelte es, an jedem Ort und auch im privaten Umfeld in der Frage des Krieges ›Tacheles zu reden‹.« Diese Verbeugung vor der neuen Linie von KONKRET stammt aus der Zeitung, deren Leser Gremliza bei seinen Veranstaltungen für Israel anpöbeln: der offen antisemitischen »Jungen Welt«.

Die Rede von Geld, Macht und Öl

Obwohl es in den späten achtziger Jahren und mehr noch Anfang der neunziger Jahre zeitweilig so aussah: KONKRET hat sich zu keinem Zeitpunkt wirklich vom deutschlinksradikalen Solidarpakt verabschiedet. Was Wolfgang Pohrt, Eike Geisel und auch Gremliza zur Zerschlagung dieser Notgemeinschaft besserer Deutscher beigetragen haben, kassierte der

antiimperialistische Durchmarsch unter der Federführung des ex-antideutschen Populisten Elsässer inzwischen fast vollständig. Hinter Fakten und Meinungen steht bei allen Linken immer irgendein Existential, eine Art Urerlebnis, das den einzelnen über Nacht zum besseren Menschen, zum Revolutionär hat werden lassen. Das wäre noch nicht einmal unsympathisch, schließlich steht am Anfang jeder Entwicklung zum radikalen Kritiker der (nicht nur) deutschen Verhältnisse ein biographischer Bruch, der relativ zufällig einen bis dahin normalen Menschen in radikalen Widerspruch zur bis dahin für unhinterfragbar gehaltenen gesellschaftlichen Wahrheit setzt. Nur beginnt die wirkliche Mühe erst an diesem Punkt, der ja nicht mehr als eine Entscheidung zum Dagegensein markiert. Der Gang der kritischen Erkenntnis endet jedoch allzu häufig bereits mit der unterlassenen Selbstkritik. Als wären neu entschlossene Linke schon kraft ihres Entschlusses fertige Subjekte des Widerstands, gilt ihre Kritik allein den Kapitalisten, zu denen sie scheinbar nicht gehören, und den vermeintlichen Imperialisten, die sie bekämpfen. Daß es mit ihrer Subjektivität möglicherweise ähnlich bescheiden aussieht wie mit ihrer Kritik, die sie aus dritter Hand übernommen haben, daß sie gar in der Bestimmung des Feindes wie in der Selbststilisierung ihrer unverwechselbaren Persönlichkeiten viel näher an der Befindlichkeit des deutschen Durchschnittsbürgers sind, als sie je für möglich gehalten haben, das stand im Selbstfindungsprozeß deutscher Linker nie zur Debatte.

Statt aus einer Mischung von deutscher Ontologie und positivistischer Wissenschaft sich eine linke Identität zuzulegen, sollte es doch um die Erkenntnis gehen, daß es um einen selbst kaum weniger schlecht bestellt ist, als um den unbelehrbaren Rest, daß man weder unverwechselbares Individuum noch schöne Seele ist, daß man bei allem guten Willen doch zur privaten und gesellschaftlichen Ohnmacht verurteilt ist und trotzdem kämpfen muß, gegen eine Welt, die so eingerichtet ist, daß nicht nur die anderen im Trikont oder sonstwo, sondern man auch höchstpersönlich um das immerhin denkbare oder erträumbare private Glück fast vollständig betrogen ist. Dieser unerhörten Zumutung, die doch die Voraussetzung jeder Kritik ist, solchem Zweifel haben sich deutsche Linke stets entzogen. Ihnen reicht es, daß die Umwelt, der Staat, die Dritte Welt etc. sich in einem erbärmlichen Zustand befinden und sogleich begeben sie sich auf Tätersuche. Fürs eigene Selbstbewußtsein reicht das, was der Normalbürger auch gerne vorbringt: Man ist betrogen worden, seiner schönsten Hoffnungen beraubt, die Umwelt geht kaputt, die Welt versinkt in Krieg und Bürgerkrieg, und selbst ist man nichts als Opfer. Zwar lebenslang im Widerstand, aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, gegen sogenannte Strukturen, die abstrakte Namen wie Kapital, Staat, Patriarchat oder Globalisierung tragen, aber sich dann plötzlich alle in Macht verwandeln, die wiederum scheinbar konkrete Ausprägungen hat, wie Bullen, Soldaten, Geheimdienstler, Banker oder einfach Männer, eben: Imperialisten.

Dem Bürger wähnt man eine Eigenschaft vorauszuhaben. Zwar ist man genauso ohnmächtig und ausgeliefert, aber man kennt die Spielregeln, man vermag hinter die Kulissen zu schauen, wo Schach- und Puppenspieler mit der Menschheit ihre bösen Machtspiele spielen, in denen es um Pipelines oder Ölquellen geht. Daß unter den wirklichen und verhinderten Drahtziehern der Weltpolitik und -ökonomie immer und notwendig die USA ganz vorne stehen, einigt ganz unterschiedliche Geostrategen, die in KONKRET oder »Junge Welt« der Gemeinde das Weltgeschehen erklären. Als ob man nicht seit Jahrzehnten auf die immer gleiche Weise den imperialistischen Lauf der Welt »analysiert« hätte, verspricht KONKRET in der Ankündigung seines Kongresses ganz neue Einsichten: »Von Geld und Macht, von Öl und Hegemonie war und ist nie die Rede.«

Haß auf Individualität und Eigensinn

Wohl wissend, daß eine antisemitische Motivation für den 11. September von Anfang an auf der Hand lag, wird sie dennoch geleugnet. Weder der Name von Bin Ladens Organisation »gegen Kreuzfahrer und Juden« noch die Äußerungen Bin Ladens auf »Al Jazeera«, die nicht nur als authentisch, sondern als autorisiert angesehen werden müssen, in denen er die USA sowohl für die Unterstützung Saudi-Arabiens als eben auch die Israels angreift, konnten Faktenfreunde überzeugen. Im Gegenteil: Je mehr Fakten sie zur Kenntnis nehmen könnten, desto heftiger wird der Abwehrreflex. Ausgerechnet das Fehlen einer antisemitischen Kommandoerklärung gilt Elsässer als Gegenbeweis, obwohl genau das ein weiterer Beleg ist: Typischerweise fehlen bei solchen Anschlägen meistens Bekennerschreiben, das war im Italien der siebziger Jahre genauso wie im Deutschland der neunziger. Der 11. September wurde auch von Elsässer ohne eine Selbstbezichtigung verstanden, denn auch er sieht in den angegriffenen Gebäuden »Symbole« des US-Imperialismus. Symbole können aber mit vielerlei verbunden werden. Wenn die Tatsache verdrängt wird, daß nach dem 11. September in vielen Teilen der Welt beinahe automatisch die Linie vom World Trade Center zur Al-Aksa-Moschee gezogen wurde – und selbst in KONKRET ein Experte (A. v. Bülow, 12/01) auftritt, bei dem alle Wege zum Mossad führen – , zugleich aber der Tat so viel antiimperialistische Symbolik zugestanden wird, daß sie sich ganz ohne Worte mitteilen konnte, ist das ein sehr viel verwickelterer Gedankengang als die Überlegung, Antisemitismus sei ein zentrales Motiv für den 11. September gewesen. So verwickelt, daß man es eben mit den Fakten nicht so genau nimmt: Taliban-Afghanistan war ein internationales Ausbildungscamp für Dschihadisten, auch für den Kampf gegen Israel – in diesem Sinne war das Regime durchaus eine Bedrohung für Israel.

Außerdem tut die Behauptung, KONKRET und »Junge Welt« seien die einzigen Antikriegsblätter, der »Zeit«, der »Süddeutschen Zeitung«, der »Frankfurter Rundschau«, dem »Tagesspiegel«, der »Woche«, dem »Spiegel« usw. usf. wirklich Unrecht. Notwendig sind diese Verdrehungen, weil der Antiamerikanismus unbefleckt bleiben muß, schließlich ist er das grüne Band der Sympathie zwischen den Völkern im Süden und den Linken in den Metropolen, das es dem linken Bewegungspolitiker erlaubt, mal wieder von einer internationalen Befreiungsbewegung zu träumen. Der Antiamerikanismus war schon in den sechziger Jahren der Konsens zwischen den alten Nazis und ihren rebellierenden Kindern. In der K-Gruppen-Zeit ermöglichte er der maoistischen Linken die Wiederentdeckung der Nation und avancierte so zum Konsens der nationalen Erweckung in der deutschen Friedensbewegung, die heute an der Macht ist. Heute ist der Antiamerikanismus von links bis rechts, von Opposition bis Koalition, von oben bis unten wieder der gemeinsame Nenner. Radikale Linke dementieren dies mit der Behauptung, Deutschland stünde stramm an der Seite der USA – hat der Kanzler schließlich gesagt – , um so den Eindruck zu vermeiden, man betreibe das Geschäft Deutschlands. Man will doch mehr sein als nur gesinnungspazifistische Opposition, die für die Moral zuständige fünfte Kolonne des deutschen Antiimperialismus. Aber eigentlich erfüllt man längst nicht einmal mehr diese Rolle, wie die Gleichzeitigkeit der herzzerreißenden Wehklage über das Schicksal irgendwelcher ethnischer Minderheiten und der Ignoranz gegenüber den Opfern der Islamisten nicht nur in Afghanistan zeigt. Es wird nur wahrgenommen, was sich den Stempel »Volk« aufdrücken läßt, das Leid von Individuen, zumal von solchen, die sich in einer völkisch verfaßten Gesellschaft den Luxus individueller Bedürfnisse leisten und dafür bestraft werden, interessiert nicht. Die merkwürdige Gleichgültigkeit gegenüber den täglichen Opfern des islamischen Faschismus scheint daher zu rühren, daß man sich mit ihren Peinigern insgeheim im Bunde weiß.

Ein Schwuler wird nicht verfolgt, weil er Linker wäre oder Angehöriger einer Minderheit: Ein Schwuler wird wegen seines höchstpersönlichen Anliegens, dem Wunsch, seine Lust zu befriedigen, verdächtigt und verfolgt. Ihm zur Seite steht die Ehebrecherin, die sich unfreiwillig gegen eine heilige Institution auflehnt, in Wirklichkeit aber nur ihrer individuellen Begierde folgt. Noch suspekter ist die Prostituierte, die bestenfalls als armes Opfer imperialistischer und patriarchaler Ordnung etwas Mitleid erfährt, aber als Personifikation unreglementierter Lust und Beweis des Scheiterns der nicht nur islamischen Liebeshölle in Ehe oder Beziehung Verdacht und Haß auf sich zieht. Aber auch der Egoist, der Privatmensch also, der allein seinen Interessen und Geschäften nachgehen will, erregt das Mißtrauen seiner um identitäre Gemeinschaft ringenden islamischen Mitbürger und ihres antiimperialistischen Anhangs im Westen. Für den bekennenden Atheisten, dem der heilige Koran und seine praktizierenden Anhänger ein Graus sind und der das öffentlich bekundet, gilt längst das gleiche wie für den Privatier. Gerade diese freiwillig oder unfreiwillig Volksfremden sind es, denen alle Solidarität von Kommunisten gelten muß. Sie sind es, die noch einen Rest von Individualität und Eigensinn, von privater Lebenslust repräsentieren und damit die Hoffnung auf etwas Besseres als die Hölle der negativen Gleichheit, die ihre Mitbürger so mörderisch vollstrecken.

Solidarität mit den scheinbar so »unpolitischen« Opfern der islamischen Herrschaft verweigern deutsche Linke – auch in KONKRET. Sie wähnen in ihnen den verlängerten Arm jener Krake, die früher in den Türmen des World Trade Center untergebracht gewesen sei, der es allein um die Verewigung von Fremdbestimmung und die Entsolidarisierung der Massen gehe. Im Opfer des islamischen Faschismus erkennt der Antiimperialist die Figur seines lebenslangen Hasses auf Betriebsamkeit und Genuß, Privatheit und Selbstbewußtsein, auf Eigenschaften, die den letzten Bürger, den es nicht mehr gibt, auszeichnen, und die man nun stellvertretend totzuschlagen zuläßt, um die Unruhe in sich selbst, angesichts des Terrors der Gleichheit, den man selbst tatkräftig unterstützt, niederzuhalten. Die Entscheidung gegen den Faschismus und daher gegen den Islam geschieht hingegen in Solidarität mit seinen konkreten Opfern und in Hochachtung vor den individuellen Zielen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden. Diese Entscheidung hat in den letzten Monaten nur ein Bruchteil der deutschen Linken konsequent getroffen: für einen Krieg gegen den Islamismus, und sei er unter Führung der USA, gegen das mörderische Unwesen dieser letztlich doch deutschen Ideologie.

Auf dem KONKRET-Kongreß bekam man vom geläuterten Antideutschen Elsässer die Begründung für eine ganz andere Solidarität. Was bislang eher die Domäne des sich selbst in grotesker Fehleinschätzung für einen »Wertkritiker« haltenden Robert Kurz oder verbitterter Funktionäre der untergegangenen DDR war und die letzte DKP-Ortsgruppe an die Seite palästinensischer Antisemiten trieb, jetzt ist es KONKRET-offiziell: Zuviel Freiheit ist der Beginn von Unterdrückung, Imperialismus, ja Völkermord. Freiheit muß gegängelt werden durch das hohe Prinzip der Gleichheit, denn dem pursuit of happiness, jenem vermessenen Anspruch der großen bürgerlichen Revolutionen, ist zu mißtrauen. Wer so argumentiert, bringt es im besseren Fall zum Parteigänger des schwedischen Sozialstaats, wie er in den siebziger Jahren eine ganze Gesellschaft fürsorglich bevormundet hat. Im schlechteren Fall aber ist die Aggression gegen den pursuit of happiness der Anschluß an die völkischen Massenbewegungen in Palästina und anderswo gegen große und kleine Erzteufel, heißen sie nun USA oder Israel. Mitleid und Idealismus kennen solche Linke nur noch als Merkmale jenes Typus selbsternannter Revolutionäre, die ihre Niederlagen nur damit erklären können, daß sie noch nicht selbstlos und aufopferungsvoll genug gekämpft haben, und jedes Mal wieder versuchen, die eigenen Defizite mit einem Mehr an Fanatismus zu kompensieren. Letztlich bleibt ihnen nichts anderes übrig, als Gleichheit tugendterroristisch durchzusetzen.

Der Antiamerikanismus kommt bezeichnenderweise nicht ohne die Negation des Individuums und das Lob des Kollektivs aus, und es ist nur konsequent, wenn Elsässer die Gegenüberstellung von französischer und amerikanischer Revolution solchermaßen begründet: »Anders als die Begriffe ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹, die als klassische Ideale jeder Zivilisation bezeichnet werden können, ist der ›Verfolg des Glücks‹ bereits eine kapitalistische Deformation dieser Ideale unter der Prämisse gegeneinander konkurrierender Marktsubjekte und Konsummonaden.« Aber gerade in diesem Sinne ist selbst Marx ein Amerikaner, wenn er die Emanzipation des einzelnen als die Voraussetzung der Emanzipation aller beschreibt, und selbst die französische Revolution setzte die Freiheit, unter der die individuelle Freiheit des bösen Marktsubjekts verstanden wurde, an den Anfang. Daß die Gleichheit die Freiheit zähmen müsse, das ist weder französisch noch amerikanisch noch marxistisch, sondern das Modell Deutschland, das heute deswegen weltweit erfolgreich ist, weil es schon einmal beispielhaft gezeigt hat, wie weit man es mit der Gleichheit treiben kann.

Kunstreich, Pankow und Wertmüller sind

Mitarbeiter der Zeitschrift »Bahamas«

und KONKRET-Autoren

Konkret 03/02, S. 14

Rainer Trampert

Konkret im Krieg
Waffen für wen?

Der Geist, der schon am Anfang alles schuf, beseitigt den philosophischen Materialismus, und die Erde ist wieder eine Scheibe

Joachim Rohloff hat sich (in »Jungle World«) über den KONKRET-Kongreß hergemacht und aus meinem Vortrag über Krieg und Ökonomie wörtlich herausgehört: »Es geht nur um eine Röhre.« Warum muß er das erfinden? Vielleicht beantwortet sich die Frage, wenn einige andere Fragen beantwortet sind, von selbst. Nämlich: Warum ziehen Linke im Namen der Zivilisation in den Krieg, als gäbe es dafür einen Preis? Warum antizipieren sie fröhlich schon den nächsten Krieg? Warum leugnen sie jedes imperiale Interesse und meiden die Kritik der politischen Ökonomie wie jeder Trottel der Spaßgesellschaft?

Der wundersame Geist, dem Empirie und kritisches Denken nichts anhaben können, ist kein neues Phänomen. Christoph Türcke hatte die Idee, an der Hautfarbe lasse sich ein kollektiver Charakter ablesen. Dann gab es die Idee vom Ende des warenproduzierenden Kapitalismus, der 40.000 vollbeladene Schiffe, 50 Millionen neue Autos jedes Jahr, die Verwandlung der Wohnungen in moderne Fabriken und die Verdoppelung der Warenproduktion in China alle zehn Jahre nichts anhaben können. Auch die Idee von den wuchernden Finanzen als dem Bösen an sich ist kaum durch den Einwurf zu erschüttern, daß die Kapitale verschmolzen sind und die Idee sie nun wieder trennt in ein böses raffendes aus Amerika und ein gutes schaffendes in der Heimat.

Ich muß einige Thesen meines Vortrags vorstellen, damit Leute, die nicht auf dem Kongreß waren, besser verstehen, was Rohloffs Röhrenwitz bezweckte. Es ging mir um den Nachweis, daß die Beseitigung der Taliban schon vor dem Massaker in New York geplant war, weil die heiligen Krieger Zentralasien und den Nahen Osten in ein Chaos zu stürzen drohten, was, wie der US-Geostratege Brzezinski 1999 schrieb, Amerikas Rolle als Weltmacht gefährde. Bill Clinton hatte schon im Krieg gegen die Serben angekündigt, Jugoslawien sei »kein Einzelfall, ein Großteil der früheren SU steht vor ähnlichen Herausforderungen: Darunter Südrußland, der Kaukasus sowie die neuen Nationen Zentralasiens«.

Warum soll der Mann das nicht ernst gemeint haben? So ernst wie das deutsche Außenamt im Mai 2001 seine Aufforderung, die Taliban zu beseitigen, weil Europa wegen der versiegenden Nordseequellen bald auf Zentralasien angewiesen sei und einen ungehinderten Weg nach Asien benötige? Die Sache stehe gut, weil die USA »neben der Rohstoffsicherung und Erschließung neuer Vorkommen ... Zentralasien stabilisieren und die Entwicklung einer Ost-West-Energie- und -Transportverbindung voranbringen« wollten.

Die USA haben den Anschlag vom 11. September nicht gewollt. (Dies zu den Verschwörungstheorien.) Aber sie haben ihn als günstige Gelegenheit ergriffen. Die USA erwirtschaften 29 Prozent des Weltsozialprodukts und verfügen über 36 Prozent des weltweiten Militärpotentials. Das begründet hegemoniale Ansprüche. Die Zeit war reif für die Annexion der sowjetischen Erbschaft und anderer Regionen aus der Masse der gewachsenen deutschen, französischen oder chinesischen Expansionen. Nach der Auflösung der Block-Konfrontation regrediert der Imperialismus zu seiner klassischen Form, der Konkurrenz verschiedener imperialistischer Staaten. Der Ausschluß der UNO und die Reduktion der NATO auf ein Akklamationsorgan kündigen die Renationalisierung der Konflikte an. Kanzler Schröder fürchtet zu Recht, daß Deutschland bei der Neuaufteilung der Welt zu kurz kommen könnte. Deshalb bot er Truppen an wie Sauerbier und sagte: Es gehe eben »nicht nur um Bündnissolidarität«, sondern um Deutschlands »Existenz«. Der Kriegseinsatz sei im »nationalen Interesse« wegen der Korrektur von »Strukturen in vielen Ländern« der Erde.

Außenpolitik ist das ständige Ringen, wer sich wieviel von der weltweit produzierten Mehrwertmasse auf Kosten anderer unter den Nagel reißen kann. Die Verfügungsgewalt bestimmt den Anteil, der in Rohstoffräumen und in den steinreichen, konkurrierenden Verbraucherländern abgeschöpft wird. Weil Mehrwert, der im Inneren nicht abgepreßt werden kann, aus dem Weltmarkt geholt werden muß, reist Schröder mit deutschen Konzernchefs nach China oder Südamerika und Fischer überall hin, wo es etwas zu holen gibt. Und weil dies auch die anderen tun, gibt es Konkurrenz.

Ein nicht kriegfähiger Imperialismus ist nur ein halber, und so soll Europa schnell aufgerüstet werden. Kriege oder ihre Androhung können Staaten gefügig machen. Meistens genügt die Drohung. Libyen exportiert Öl und Gas nach Italien, Deutschland, Spanien und Frankreich. Gaddafi, der den Tod fürchtet oder daß ihm, wie Milosevic, der Staat abhanden kommt, hat den USA zugesichert, keine Ölkonzession an Europäer zu vergeben, seine Erdöltechnik, Flugzeuge, Lebensmittel und Medikamente nur aus den USA zu beziehen und deren Kriege als legitime Selbstverteidigung zu billigen. Dafür haben die USA eine mit Gaddafi verfeindete »Islamische Gruppe« auf die »Liste der Terroristen« gesetzt.

Was sagt uns das? Erstens: Die Ziele »Terrorismusbekämpfung« und »Neuaufteilung der Welt« passen zusammen. Zweitens: Wer Terrorist ist, hängt auch von der Geschäftslage ab. Als Saddam die Kommunisten beseitigte und Krieg gegen den Iran machte, war er der Retter des Abendlandes. Solange die Taliban den Raum von Turkmenistan bis Pakistan zu stabilisieren schienen, durften sie Frauen verprügeln und ermorden wie sie wollten. Das ist die Moral der reichen Zivilisation, die durch die Brille der Verwertbarkeit auf die Welt blickt.

Soviel zu den Fragen, über die ich gerne streiten würde. Und nur die blöde Behauptung, der Westen wolle mit seinen mörderischen Freunden Afghanistan zivilisieren, habe ich mit dem sarkastischen Wort bedacht: »Statt blühende Landschaften wird es in Afghanistan allenfalls eine Röhre geben.« Rohloff wollte »Röhre« hören. Er wollte einen Gedanken lächerlich machen, dem er nicht widersprechen konnte.

Bei der Beseitigung materialistischer Kritik treffen sich linke Befürworter des Kriegs und Gegner. Robert Kurz läßt den Krieg ausbrechen, weil die Wertvergesellschaftung alle Menschen in Todeswahn versetzt. Auch die Vierteljahresschrift »Bahamas« läßt das »warenproduzierende Weltsystem« zusammenstürzen. Der Kapitalismus habe in einer »unbrauchbar gewordenen Welt keine Ziele« mehr. Politiker machten Kriege nur als »ziellose Rivalität um ihrer selbst willen«, und so komme es, daß »absolut niemand nach Baku vordringen will, aber es durchaus möglich ist, daß plötzlich alle so tun, als ob sie es wollen, nur um zu zeigen, daß sie es könnten«.

Die Erde ist nur deshalb wieder eine Scheibe, weil sie zeigen will, daß sie es kann. Die Unbegreifbarkeit der mythologisierten Welt macht den Meister zum Eingeweihten und immunisiert die Jünger. Wer das Dogma widerlegt, ist vom Geldfetisch heimgesucht. Bei Kopernikus war es der Teufel.

Mit dem Geist, der alles ist, läßt sich alles machen. Robert Kurz, der gegen den Krieg ist, läßt den Holocaust in seiner aufgelösten Welt nicht mehr von Deutschen, sondern »von der Logik der warenproduzierenden Moderne« anrichten, und US-Fordismus, Sowjetunion und Nationalsozialismus zu einer »Katastrophenphase« zusammenwachsen. Nicht klug, nur neu muß die Idee sein. »Alles dasselbe in der Moderne«, hatten schon Heidegger und rechte Historiker gesagt und den Nationalsozialismus dahinter verschwinden lassen. Heute verschwinden die Kriege der Imperien, ihrer Statthalter oder der regionalen Großfürsten hinter dem Todeswahn. Die andere Fraktion der aufgelösten Materie verwandelt den Kapitalismus und seine Kriege in eine spaßige Zivilisation. Sie lieben »Fanta statt Fatwa«, also die angemessene Billigversion des Herrenmenschen, der auf den Krieg mit Champagner anstößt. Darin sind ihnen alte Kriegspoeten wie Ernst Jünger und begüterte neue Spaßmacher voraus.

Der große Geist, der die Welt entmaterialisiert, verfolgt fast immer ein schnödes Kalkül. Wenn etwa die Tatsache, daß Diamantenkonzerne die Unita in Angola für ihre Diamantenfelder fechten lassen, als billige Empirie beseitigt ist, bleibt die Lüge, daß »Stämme« sich dort irgendwie gegenseitig ermorden, weshalb dieselbe »Zivilisation«, die das mit anrichtet, für Ordnung sorgen soll. Marx analysierte die Ausrottung und Versklavung der eingeborenen Bevölkerungen, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute als Geburtsstunde der reichen Zivilisation, die seitdem ohne den weißen »Herrenmenschen« nicht zu haben ist. Hinter der Diffamierung dieses Wissens verbirgt sich das Privileg der schmarotzenden Gesellschaft, die den Kitt der Volksgemeinschaft im Zentrum bildet. Bald ist der nächste Krieg. Dann sind die Bilder aus Afghanistan verschwunden und Linke mit den Bomben weitergezogen. Die Welt ist voller Diktatur und Entrechtung und bietet Anlaß, 80 Länder wegzubomben, damit die Pinochets und Dostums antreten können. Es dürfen auch weniger Grausame sein, nur funktionieren müssen sie.

Nicht alle mögen abwarten, bis der Imperialismus ihnen vorgeschrieben hat, gegen wen sie in den Krieg müssen. Thomas von der Osten-Sacken ahnt, daß es dem Irak an den Kragen gehen wird. Nun müssen lautere Gründe antizipiert werden. Die USA können ihm da nicht folgen: Der Angriff auf den Irak habe Motive, die »nicht aus dem legalistischen Grund ignoriert werden (können), daß Beweise für eine Verwicklung in die Anschläge nicht vorliegen«, sagt Brzezinski. Einmal in Fahrt gekommen, dichtet Thomas den Falken in der US-Regierung an, sie würden »für eine Demokratisierung des Nahen Ostens ... werben«. Das bringt S. W. Garnett, den US-Berichterstatter für die Trilaterale Kommission, auf die Palme. »Öl und Gas bleiben bei weitem das klarste Interesse und der kräftigste Antriebsfaktor der amerikanischen Politik. Die Stabilität des Persischen Golfs« und »Wirtschaftsinteressen erfordern den Flirt mit Regimen«, und die Unabhängigkeit der Staaten in Zentralasien von Rußland sei wichtiger »als die Achtung der Menschenrechte«.

Warum müssen deutsche Linke den USA das Gute beibringen? Sie trauen ihnen nicht über den Weg. Das liegt am differenten Bild vom Guten. Der deutsche Humanist läßt bomben und parliert abends am Kaminfeuer über Humboldt und Demokratie. Der deutscheste Mann, schrieb Heinrich Heine, sei Martin Luther: Tagsüber Juden und Bauern den Tod wünschen und abends zur Flöte greifen. Diese Perfidie ist US-Strategen manchmal fremd. Für sie sind Öl und Gas das Gute, weil solche Sachen wärmen, Autos und die ganze Wirtschaft antreiben und weil mit ihnen Profit zu machen ist. Das ist ihren linken Freunden zu gering. Für die Propaganda und den Seelenfrieden müssen sie Amerikanern solche Interessen austreiben. US-Strategen und Präsidenten können noch so oft von Hegemonie reden und mit den Taliban oder dem Schlächter von Kabul sich verbünden, deutsche Linke unterstellen ihnen, mit ihren Bomben »Rock 'n' roll« verbreiten zu wollen.

Ich kann Rock 'n' roll gut und die Unterjochung der Welt schlecht finden. Nicht die Kritik ist Antiamerikanismus, sondern die Wahnvorstellung, die mit dem Angriff auf den angloamerikanischen Kommerzgedanken das Opfer fürs eigene Vaterland meint, die Amerika und Weltjudentum phantasiert und dem »Schmelztigel« Kulturlosigkeit unterstellen muß, damit der eigene Rassen- und Größenwahn blühen und Europa in Stellung gebracht werden kann.

Wenn der Ruf nach »Waffen für ...« (bessere oder schlechtere Befreiungskämpfer) durch den Ruf nach Waffen für die USA und Deutschland abgelöst ist, hat das zu tun mit einer die Weltlage spiegelnden Demoralisierung, bei der Linke, um dabei zu sein, nur noch den Propagandaidioten spielen. Die militärische Stärke zieht sie an. Die USA sollen die beleidigte linke Machtphantasie materialisieren. Sie haben sich zu Hause eingelebt und wünschen jedem, der ihren Gemütszustand stört, Splitterbomben auf den Kopf. Immerfort entdecken sie einen Hitler. Sehr oft wollen sie Juden retten. Israel ist darauf nicht angewiesen. Wer Afghanen, Araber oder Afrikaner für die Zivilisation draufgehen lassen möchte, wird zu manchem bereit sein, wenn es einmal heißt, Israel gefährde durch eine abenteuerliche Politik die Sicherheit der Zivilisation. Noch übernimmt das Möllemann.

Die Erkenntnis, daß nicht jedes staatliche Handeln und noch weniger jedes gesellschaftliche Bewußtsein mit ökonomischen Zwängen und Interessen zu erklären sind, macht aus dem Attentat von Sarajewo nicht die Ursache des Ersten Weltkriegs. Die Ignoranz von Interessen ist in Mode. Was aber bleibt, wenn die Unmöglichkeit, Auschwitz mit dem rationalen Muster »Imperialismus« zu erklärenn, dazu mißbraucht wird, die instrumentelle Vernunft als blöde Empirie zu denunzieren? Die Staat gewordene Kollektivpsychose mit der unökonomischen Wahnidee, jüdisches Leben im Auftrag der Vorsehung zu ermorden, ist deutsche Geschichte. Eine kritische Theorie erfaßt die Differenz, statt mit der diffamatorischen Beseitigung der Interessen den Wahn subtil auf alle auszubreiten. Das freut jene, die bei Amerikanern schon immer dunkle Kräfte zu Hause wähnten und den Mord an Indianern mit Auschwitz gleichsetzen. Die von mir nachgewiesenen Interessen der USA sind der Kontrast zu Auschwitz und zur falschen Gleichsetzung der Gewalt in der Moderne.

Bei Justus Wertmüller wird der Positivismus zum Pathos, wenn er die durch den Markt Befreiten tanzen läßt. Er kotzt auf diese »Antikapitalisten« mit ihrer »Denunziation ausgelebter Individualität« und ihrem »Hohelied auf das einfache und gerechte Leben jenseits der dauernden Herausforderung an den einzelnen, sich tätig vergleichen zu müssen«. Ob Pop oder Luxus, es sei der Kapitalismus, der »nicht irgendwelche ewigen, natürlichen Gesetze postuliert, sondern die Marktkonkurrenz«, eben jenen tätigen Vergleich. Wer daran zu erinnern wagt, daß Millionen Menschen jedes Jahr die tätige Vergleichung nicht überleben, wird als Moralapostel verhöhnt. Aber das ist keine Moral, sondern die Wahrheit. Genauso wie es wahr ist, daß es dem Kapitalismus bei seiner Partnerwahl von Saudi-Arabien bis Afghanistan nicht um Pop geht, und daß er nur ein ewiges, natürliches Gesetz postuliert: die Übertragung der darwinistischen Naturordnung auf die menschlichen Gesellschaften. Seine einzige Philosophie ist »fressen und gefressen werden«, die Selektion von Starken und Schwachen in permanenter Konkurrenz als Weltsystem. Die Selektion setzt sich unten fort als Jagd auf die mit Schwäche Geschlagenen.

Die Essenz des freien Marktes ist der Tod der Schwachen, der in der armen Welt täglich ist. Unterstützt vom höheren ökonomischen Wert haben die von Wertmüller verunglimpften Antikapitalisten die Reinheit seines Naturgesetzes abzufedern vermocht. Seit das Bewußtsein keine Kämpfe mehr hergibt, bricht die Beseitigung der Unproduktiven sich auch in den Zentren wieder Bahn. Schon wer die Lohnnebenkosten senken will, meint die Senkung der Rentner, Arbeitslosen und Kranken, weil sie Mehrwert fressen, ohne selbst einen zu schaffen. Selten wurde die Tierwelt mit so viel – wie schrieb Wertmüller? – »Pop, Tuborg, Luxus und Lust« als Natur der menschlichen Gesellschaften gepriesen. Dagegen sind Antikapitalisten liebenswert lebenswichtig. Wären sie da, würde man sich mit ihren Fehlern, der Kritik der Verhältnisse und befreienden Visionen beschäftigen und etwas weniger mit dem großen Gehabe des angepaßten Denkens.

Konkret 03/02, S. 16

Hermann L. Gremliza

Konkret im Krieg
Eine Zäsur findet nicht statt

Nach diesem 11. September 2001 wird nichts mehr sein, wie es war. Wer hat die Parole zuerst ausgegeben? Das Feuilleton? Das Pentagon? Wer immer es war, beide haben ihr Bestes gegeben, an diesem Datum die Weltgeschichte beginnen und alle Vergangenheit enden zu lassen.

Das Feuilleton machte dickste Backen, den letzten Verwesungshauch einer vorbildlich kompostierten deutschen Geschichte fortzublasen; die USA haben die Leichen der mehr als hundert Kriege und Überfälle, die sie in den letzten fünfzig Jahren rund um die Welt aufgehäuft haben, unter den Trümmern des World Trade Center begraben. War erst der Anschlag vom 11. September der Urknall der Menschheitsgeschichte, gab er den getroffenen USA wie den betroffenen Deutschen freie Hand zu jedem Rück- und Vorschlag.

Und nicht nur den Großen, auch den Kleinen. Eine günstigere Gelegenheit, die eigene, insonders eine linke, längst als miserabel empfundene Vergangenheit los zu werden, war nie. Günstiger als Chruschtschows Geheimrede, der Prager Frühling und Biermanns Ausbürgerung zusammen.

Der Tag, an dem die Weltgeschichte zwar auch nicht neu begonnen, aber eine wirkliche Zäsur erlebt hat, war nicht der 11. September, sondern der 9. November, jener Tag im Jahr 1989, an dem die Berliner Mauer fiel – und mit ihr die Herrschaft über den Globus, die siebzig Jahre lang umstritten schien, endlich und restlos an die kapitalistische Halbwelt. Was nun folgen würde, das wären, wie jeder hätte ahnen können und wenige geahnt haben, Verteilungskämpfe unter den Siegern: den USA einer- und den von den Deutschen geführten Europäern andererseits. Wie darauf zu antworten wäre, habe ich vier Monate vor der Öffnung der Mauer, im Juli 1989, vorgeschlagen. Es markierte den Beginn dessen, was in den folgenden Jahren den Namen »antideutsche Linke« erhielt:

*Die USA waren und sind, spätestens seit dem Korea-Krieg, die bei weitem aggressivste imperialistische Macht; ihre Opfer zählen nach Millionen; wer, wie ich, ihr mörderisches, verhaßtes Militär auffordert, in der BRD zu bleiben und die Reste des Besatzungsrechts nicht aufzugeben, sondern notfalls mit aller Macht wahrzunehmen, muß Schlimmeres fürchten: eine große Koalition der Wähler von Kohl, Mayer-Vorfelder, Schönhuber und Gorbatschow, den Abriß der Mauer, die Wiedervereinigung, »die Deutschen« und Deutschland, Deutschland über alles. Ami stay here!*_Das erste große Spektakel, das der Welt ihren neuen Zustand vorführen sollte, war der Golfkrieg des Jahres 1991. Er offenbarte, daß der Antiimperialismus seine bis dahin selbstverständliche moralische Deckung verloren hatte; daß mit Deutschland ein Akteur in die Weltpolitik zurückgekehrt war, der die USA an Bösartigkeit schon einmal aufs unvergleichlichste übertroffen hatte und wieder übertreffen würde; und daß eine Linke, die ihre letzte realpolitische, weil realsozialistisch geförderte Potenz verloren hatte, sich neu orientieren müßte im neuen Kalten Krieg zwischen Deutsch-Europa und den USA.

Als Saddam Hussein damit drohte, Israel mit Gas aus deutschen Labors zu beseitigen, und die Deutschen aller Richtungen kein Wort für die bedrängten Juden fanden, sondern gegen die den Irak angreifenden USA im Leitartikel intrigierten und auf der Straße demonstrierten, schlug ich (in KONKRET 3/91) vor, die Lage so zu sehen,

daß hier einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint. Natürlich geht es nicht um die Befreiung Kuweits und die Wiederherstellung des Völkerrechts im Auftrag der Vereinten Nationen ... Es geht den USA und ihren nördlichen Verbündeten ganz platt um »unser Öl« und um das, was George Bush die »neue Weltordnung« nennt, die anstandslose Unterordnung der drei hungernden Kontinente unter die Prinzipien und Interessen der führenden imperialistischen Staaten.

Auf dem KONKRET-Kongreß im Januar hat Jürgen Elsässer mein damaliges Votum plausibel wenn auch falsch genannt, Thomas Ebermann nannte es falsch wenn auch nicht unehrenhaft. Richtig ist das Gegenteil: Was Elsässer und Ebermann damals schrieben (und noch heute darüber denken), war plausibel und – im Unterschied zur antisemitischen Mehrheit der damaligen Friedensfreunde – auch honorig, aber falsch. Der Staat, in den sich die den deutschen Mördern entkommenen Juden gerettet hatten, war in tödlicher Gefahr. Es gibt kein Prinzip, das es Mitgliedern des Kollektivs »die Deutschen« erlaubte, in solcher Lage anderes zu tun, als Israels Partei zu ergreifen.

Der Krieg, der heute gegen die Taliban und demnächst gegen andere Schurken geführt wird, tut nicht einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige: Gefahr von Israel abwenden. Und doch hat der Gegner dieses Krieges darauf zu achten, nicht in jenen völkischen Sumpf zu geraten, der von der NPD quer durch Regierung und Opposition bis zur PDS und in kommunistische Milieus reicht.

Wenn also Jürgen Elsässer meint, »wir« sollten zusammen mit anderen Kriegsgegnern wie etwa der IG Metall, der »Jungen Welt« und ähnlichen Vertretern der »Arbeiterklasse« eine »Sperrminorität« bilden, muß ich den auf dem KONKRET-Kongreß überhörten Zwischenruf »Dissens« in etwas größerer Lautstärke wiederholen: Es gibt kein »Wir« bei KONKRET, und wenn doch, dann als Pluralis majestatis für den, der seit 1974 entscheidet, was in der Zeitschrift steht und was nicht. (Manchmal entscheidet er falsch und muß sich korrigieren.) KONKRET braucht keine Bündnisse, sondern Autoren, die etwas zu sagen haben, auch wenn es mal das Falsche ist.

Der Grat zwischen Bellizisten und Kriegsgegnern meiner Sorte – also nicht der zwischen den Enzensbergern und den Walsern – ist schmal. Der Entscheidung für den Krieg standen 1991 fast so viele gute Argumente entgegen wie 2002 der Entscheidung gegen den Krieg. Tjark Kunstreich, der die US-Bombardements verteidigt, ist mir näher als Walter Jens, der die Vasallentreue der Bundesregierung zu den USA geißelt. Warum aber muß, wer für diesen Krieg ist, den Anteil imperialistischer Politik und Ökonomie an der Herstellung der Zustände, die zu ihm geführt haben und immer wieder führen werden, verschweigen? Warum muß Kabul »befreit« worden sein, wenn es den (ebenso antisemitischen) Banden zurückgegeben wird, die aus der Stadt eine Wüste gemacht haben? Warum dürfen die falschen Gründe der für richtig gehaltenen Tat diesmal nicht genannt werden? Warum muß MacDonalds – nichts gegen MacDonalds! – eine kommunistische Errungenschaft heißen? Woher dieser Zwang, aus der Kritik der Verhältnisse in das Bekenntnis zu den Guten zu flüchten, die es doch nicht gibt?

Einige, die Prognose ist nicht riskant, suchen auf diesem küntzlichen Umweg den Anschluß ans teure Vaterland. Die andern? See you again.

Konkret 03/02, S. 18

Alexandra Bader

Buch & Deckel

Oswald Le Winter: Desmantelar a América. Verlag Publicacoes Europa-América, Portugal 2002, europa.america@mail.telepac.pt

Es sei nicht entscheidend, ob die Attentäter des 11. Septembers Verbindungen zum islamischen Fundamentalismus hatten, meint Oswald Le Winter. Der Autor interessiert sich vielmehr für die Frage, inwieweit der Islamismus für das Attentat verantwortlich ist, ob er von einer größeren Macht gelenkt wird und wenn ja, welche dies sein könnte. Mit diesen und anderen unorthodoxen Überlegungen hebt sich Le Winters Essay *Desmantelar a América* von anderen Werken zum Thema ab. Während etwa für Pohly und Durán (*Osama bin Laden, Nach den Taliban*) keinerlei Zweifel an der offiziellen Version bestehen, artikuliert der Autor dieses Buches seine Zweifel in Frageform.

Er weiß, wovon er spricht, denn der in Portugal lebende Le Winter war lange Jahre Agent der CIA. Daß widersprüchlichen Informationen nicht nachgegangen wird, nimmt er als Indiz dafür, daß die Hintergründe des 11. Septembers komplexer sind, als man wahrhaben will. Er wundert sich, warum die Nachrichtendienste angeblich keine Ahnung hatten, aber die Regierung nach den Anschlägen binnen Stunden bereits eine kohärente und umfassende Erklärung präsentierte, ohne daß dem eine – bei jedem Kriminalfall obligatorische – Untersuchung vorausgegangen wäre.

Anders als andere Skeptiker führt Le Winter die Einmischung der USA in die Angelegenheiten souveräner Staaten und den »ökonomischen Imperialismus« des vorgeblich freien Handels nicht als Erklärung für Terrorismus an. Sondern er macht begreiflich, auf welche Weise Interessen durchgesetzt und Marionetten (wie die Mudjahedin) benutzt werden. Über den pakistanischen Geheimdienst ISI wurden fundamentalistische »Rebellen« ausgebildet und finanziert, wobei nur die Anführer wußten, daß sie im Dienst der USA gegen die Sowjetunion kämpften. Nach Ende des Kalten Krieges gab es neue Aufgaben auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien.

Zur Illustration der politischen Interessen, denen Präsident Bush dient, schildert Le Winter exemplarisch Eingriffe der USA in die demokratisch gewählten Regierungen anderer Staaten. Er unterscheidet zwischen Putsch (Chile) und Staatsstreich. Letzterem kommt in der verdeckten Außenpolitik der USA ebenfalls großer Stellenwert zu, wobei keinesfalls vor dem eigenen Land haltgemacht wurde, wie die Wahl von Reagan und Bush senior zeigte. Entlarvend war ein Statement des heutigen Präsidenten Bush nach der Wahl 2000, wonach sein Bruder Jeb versprochen habe, »den Staat Florida zu liefern«, wo er Gouverneur ist.

Konkret 03/02, S. 18

Peter Köhler

Buch & Deckel

Jürgen Roth: Unter keinem Wipfel ist Ruh. Eine lange Erzählung vom Land. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2001, 160 Seiten, 14,90 Euro

Da ich mit Jürgen Roth soeben die Spitzenbiographie eines akuten deutschen Megapolitikers hingefriemelt habe (*Edmund G. Stoiber – Weltstaatsmann und Freund des Volkes,* Eichborn), und wir gerade weitere Gemeinschaftswerke ausbaldowern, hat das hier anzuzeigende Buch nur einen Nachteil: Es ist von Roth allein. Allerdings so glücklich allein, daß selbst Roths literarischer Übervater Eckhard Henscheid – der sich sonst bei den Werken seines Meisterschülers hin und wieder an sich selbst erinnert fühlen mag – nicht im Geiste mitgeschrieben hat. Allenfalls von sehr fern lugt die Bergkapelle *Maria Schnee* in jene abgeschiedene fränkische Provinz, von der Jürgen Roth hier mit inniger Präzision und ironisch überwölbter Behaglichkeit erzählt.

Denn das ist die Überraschung: Der Kulturpolemiker, Literaturinsurgent und Alleszermalmer, zudem Fußballexeget, Bierkomparatist und Wurstwirkungsästhet schreibt eine Idylle. Aus liebevoll gewahrtem Abstand heraus erinnert sich Roth an ein ländliches Dasein in den siebziger, achtziger Jahren. Er zeigt den Großvater im Garten, den Vater im Haus, die Brüder auf dem Hof, den Nachbarn, den Pfarrer und den Dorffriseur. Er berichtet von dem altmodischen Lebensmittelhändler, dem es schlecht geht, und beschreibt den modernen Lebensmittelladen, der floriert, weil er Bäckerei, Metzgerei und Obsthandel zugleich geworden ist. Er besucht die Werkstatt eines furios auf den Weltlauf schimpfenden Schusters, feiert seine Konfirmation und versenkt in sich »den ersten Schnaps seines nun ernstzunehmenden Lebens«. Man schießt mit dem Luftgewehr auf Spatzen, eine Sau wird abgestochen, ein Onkel raucht sich mit selbstgezogenem Tabak tot.

Es ist ein patriarchalisches Leben, in dem die Männer trinken und reden, die Frauen backen und rackern. Eine von der Nazivergangenheit beschädigte Gegenwart, personifiziert ausgerechnet im verehrten Großvater, der für ein Pflegeheim arbeitete, das seine Schutzbefohlenen ermorden ließ. Eine lädierte Welt im Sog der Ökonomie, die das Dorf verwandelt und die Beweglicheren hinaustreibt, ihr Glück woanders zu machen. Denn, so lautet wohl eine schmerzliche Botschaft von Roths schön poröser Idylle, kein Flecken auf dieser Erde bietet Zuflucht vor dem großen Räumfahrzeug des geschichtlichen Fortschritts.

Jürgen Roth beschwört eine Idylle, die nie eine war und längst zerbröselt ist. Er tut das anrührend und doch distanziert, mit Zuneigung und Wachsamkeit zugleich.

Konkret 03/02, S. 18

Samuel Salzborn

Buch & Deckel

Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. PapyRossa, Köln 2001, 436 Seiten, 26 Euro

Eine geschichtsvergessene Kultur und Politik, dozierte Gerhard Schröder anläßlich der Eröffnung der neu gestalteten Dauerausstellung im Bonner Haus der Geschichte vor einigen Monaten, würde an der Aufgabe, Gegenwart zu begreifen und auf dieser Basis Zukunft zu gestalten, notwendig scheitern. Und um die Zukunft zu gewinnen, möchte man mit Michael Stürmer ergänzen, muß man die Erinnerung füllen, die Begriffe prägen und die Vergangenheit deuten.

Im Kampf ums Geschichtsbild, den konservative Historiker in den vergangenen zwanzig Jahren geführt haben, wurde das Ziel einer »Normalisierung« der deutschen Geschichte weitestgehend erreicht. Gerd Wiegel spricht in seiner jüngst vorgelegten Studie zur konservativen Geschichtspolitik sogar von einer »Einebnung der NS-Vergangenheit« im Geschichtsbewußtsein. Diese habe zwar nicht zu einer uneingeschränkten konservativen Hegemonie im wissenschaftlichen Kontext geführt, war dafür aber realpolitisch erfolgreich. Denn die aus der NS-Vergangenheit begründeten Beschränkungen deutscher Hegemonialpolitik wurden in den letzten zwanzig Jahren systematisch beseitigt.

Wiegel zeichnet detailgenau die einzelnen Etappen des dieser Entwicklung zugrundeliegenden geschichtspolitischen Diskurses nach. Bei der Analyse der jeweiligen Kontroversen wie dem Historikerstreit, der Goldhagen-Debatte oder der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung stößt er auf zwei Grundmuster konservativer Geschichtsinterpretation: Auf der einen Seite handelt es sich um einen eher defensiv ausgerichteten Ansatz, der unter Rückgriff auf totalitarismustheoretische Argumentationsmuster versucht, die Sonderstellung des Nationalsozialismus zu negieren und somit einen entlastenden Blick auf die deutsche Vergangenheit zu ermöglichen. Die offensivere Variante erstrebt die Bereitstellung von historischem Material für das künftige Auftreten als »selbstbewußte Nation«. Deutlich wird so auch der instrumentelle Charakter konservativer Geschichtspolitik, die, wie Wiegel betont, »nie Selbstzweck, sondern immer Mittel zum Zweck« gewesen sei, nämlich zur Legitimation deutscher Hegemonialpolitik.

Konkret 03/02, S. 19

Bernhard Schmid

Buch des Monats

Jean-Charles Brisard/Guillaume Dasquié:_Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama Bin Laden. Pendo, Zürich 2002, 284 Seiten, 18,90 Euro

Es gibt zahlreiche Verschwörungstheorien über den 11. September. Für die einen waren's »die Juden«, für andere, die das gleiche meinen, sich aber nicht trauen, war's der Mossad. Der rechtsextreme US-Multimillionär Lyndon LaRouche vermutet hinter dem Anschlag einen Putsch(versuch) von Militärs und Geheimdienstlern gegen die derzeitige US-Regierung, in Internet-Diskussionsforen ultraorthodoxer Kommunisten Frankreichs und Belgiens wird LaRouches »Information« herumgereicht.

Es ist nicht ganz leicht, solchen Verschwörungskram aus den Diskussionen der Linken zu verbannen und dennoch bei der richtigen Einsicht zu bleiben, daß mächtige Interessen (politischer, ökonomischer und militärischer Natur) jedenfalls die Folgen des 11. Septembers in hohem Maße bestimmten, und der Frage nachzugehen, ob und wieweit die Interessen der beiden zentralen Akteure – militante Islamisten und US-Politik – sich überschneiden oder, bis in jüngere Vergangenheit, überschnitten haben.

Ein Buch, das im November vorigen Jahres in Frankreich auf den Markt kam und jetzt auch in deutscher Übersetzung – unter dem Titel *Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickung der USA mit Osama Bin Laden* – vorliegt, versucht den Faden dieser Verbindungen aufzurollen, ohne in verschwörungstheoretische Hirngespinste zu verfallen. Die Autoren, Jean-Charles Brisard und Guillaume Dasquié, sind zwei junge Aufsteiger aus dem Milieu der Strategen: Der erste, 33 Jahre alt, ist Spezialist für Wirtschaftsspionage und leitete die entsprechende Abteilung eines multinationalen Großunternehmens, nachdem er zwei US-amerikanischen Parlamentariern – je einem Mitglied des Repräsentantenhauses und des Senats – als Berater gedient hatte. Der zweite, 35 Jahre alt, ist Journalist. (Ich zitiere im folgenden nach der französischen Originalausgabe *Ben Laden: La vérité interdite*.)

Der offiziellen Geschichtsversion, wonach ein gnadenloser Kampf »zwischen Fundamentalisten und aufgeklärtem Westen« tobe, weisen die Autoren eine Reihe von Ungereimtheiten nach. Eine davon besteht darin, daß Interpol den ersten internationalen Haftbefehl gegen den islamistischen Terroristen Bin Laden am 15. April 1998 ausgerechnet auf Antrag des libyschen Innenministeriums ausgestellt hat. Vorausgegangen war der 1994 auf libyschem Boden begangene Mord an zwei deutschen Staatsbürgern, dem Verfassungsschutz-Mitarbeiter Silvan Becker (zuständig für »Schwarzafrika« und Terrorismusabwehr) und seiner Ehefrau. Als Interpol 1998 Haftbefehl gegen den Terroristenführer erließ, wurden diesem bereits mehrere Attentate auf saudi-arabischem, jemetischem und somalischem Boden zugeschrieben, bei denen Dutzende amerikanischer GIs sowie zwei österreichische Touristen zu Tode gekommen waren. Doch die US-Politik zeigte sich bis dahin nicht geneigt, öffentlich gegen ihren alten Freund aus der Zeit des Afghanistankriegs vorzugehen. Dies sollte sich erst zur Jahresmitte 1998 ändern, kurz vor und vor allem nach den verheerenden Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam.

Brisard und Dasquié zeichnen die Geschichte der Beziehungen zwischen der US-amerikanischen Politik und dem Regime der Taliban in Afghanistan nach, und sie tun dies nicht auf monoschematische Weise. An dieser Stelle läßt sich auch die Frage nach den Öl- und Pipeline-Interessen in Zentralasien – die anzuführen manche Autoren wie etwa Joachim Rohloff nachgerade zum psychischen Defekt erklärt haben – präziser erörtern. Denn tatsächlich erwähnen die beiden Autoren nicht nur über Afghanistan laufende Pipeline-Projekte und die Konkurrenzbeziehung, in welcher diese zu russischen und chinesischen Ölförderrouten im Raum Zentralasien stehen. Sie weisen sie vor allem auch durch präzise Bezüge auf Nachrichten in der wirtschaftlichen Fachpresse der neunziger Jahre nach. Dennoch bauen sie keinen monokausalen Zusammenhang zum Verhältnis zwischen US-Politik und Taliban auf, sondern zeichnen die Geschichte dieser Beziehung in ihren Entwicklungslinien und Brüchen nach – von einer ersten Phase, in der die Taliban, die am 27. September 1996 die Macht in Kabul ergriffen, als »Stabilitätsfaktor« für die Region begrüßt und hofiert wurden, und einer zweiten Phase zwischen 1997 und 1999, in der sich das Verhältnis rapide verschlechterte. Dazu trug einerseits das Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen Taliban und afghanischer Nordallianz bei, andererseits aber auch der Druck der öffentlichen Meinung. Die Taliban hatten die EU-Beauftragte Emma Bonino im September 1997 durch die Verhaftung mehrerer ihrer Mitarbeiter begrüßt und ihr ein fürchterliches Bild der Lage von Menschenrechten und Frauen im Land dargeboten.

Im Jahr 2000 und auch 2001, nach dem Antritt der Bush-Administration, versuchte die US-Politik noch einmal, mit Kabul ins Geschäft zu kommen. Washington stellte den Taliban die schrittweise internationale Anerkennung ihres Regimes in Aussicht, unter zwei Bedingungen: der Auslieferung Osama Bin Ladens und des Friedensschlusses mit der Nordallianz. Von der Situation der Frauen, von Menschenrechten und ähnlichen Petitessen war zu keinem Zeitpunkt die Rede. Zwischen dem 5. Februar und dem 17. August 2001 wird intensiv verhandelt, allein dreimal in Berlin, wohin man ausgewichen war, weil man in Washington zu-viel Aufsehen erregt hätte. Doch der Prozeß geriet ins Stocken, im Juli 2001 erschien der

Taliban-Verhandlungsführer nicht zum Termin in Berlin. Zu dem Zeitpunkt fingen die US-Vertreter an, laut über »militärische Optionen« gegen die Taliban nachzudenken. In einem Interview mit *Libération* zitieren die Autoren einen US-Teilnehmer mit den Worten, die Taliban hätten die Wahl zwischen »einem roten Teppich« und »einem Bombenteppich«.

Ein umfangreicher Teil des Buches besteht aus detaillierten Schilderungen jener engen Verflechtung, die innerhalb der saudischen Petrodollar-Oligarchie zwischen profitablen Geschäften, Bankensystem, Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und Finanzierung des islamistischen Extremismus weltweit besteht. Zwei Gründe dafür nennen die Autoren implizit. Der erste ist eine Art »Ablaßhandel« – die teilweise aus feudalen Strukturen bestehende Oligarchie, die zugleich intensiv in den internationalen Kapitalismus eingebettet ist, kauft sich so zu Hause ein »islamisches« Gewissen. Osama Bin Laden, so die Autoren, sei das pure Produkt dieses Systems. Die Verbindung zu jenem sei dermaßen eng gewesen, daß westliche und israelische Geheimdienstler Osama Bin Laden lange Zeit für einen Mitarbeiter, ja den Chef der saudischen Nachrichtendienste gehalten hätten. Und sie sei nie wirklich abgerissen. Der zweite Grund besteht darin, daß Saudi-Arabien den radikalen Islamismus als Aktivposten seiner Außenpolitik benutzt.

Die Wahrheit ist manchmal wirklich verboten. Dem Schweizer Publikum wird der Buchtitel von Brisard und Dasquié zunächst vorenthalten bleiben: Sowohl der französische Originaltitel als auch die deutsche Version sind dort durch Gerichtsentscheidungen einstweilig mit Vertriebsverbot belegt. Yeslam Bin Laden, Osamas Bruder, hatte gegen den Titel geklagt, weil er dort fälschlich in Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten gerückt werde. Yeslam Bin Laden ist in der Schweiz ein großer Investor, unter anderem in eine Luftfahrtgesellschaft für Busineß-Jets. Letztere, behaupteten die Autoren, habe Flugstunden unter anderem in jenen Pilotenschulen angeboten, in denen auch einige der Attentäter des 11. Septembers ausgebildet wurden.

Konkret 03/02, S. 20

Georg Seeßlen

Patriot Games

In den USA ist seit dem 11. September der Pop-Patriotismus los. Aber nicht wegen des 11. Septembers

Was machen Mainstream-Medien in Zeiten der Katastrophe? Sie kommen in eine Situation, die ihren Inhabern und Maschinisten selbst ein bißchen unheimlich ist: Sie sind Verlierer und Gewinner zugleich. Zum einen macht die Katastrophe Quote, ganz generell. Erst ist man süchtig nach Bildern und Nachrichten von der Katastrophe selber, dann wird man süchtig nach Tröstungen. (Und kaum ist man ein bißchen getröstet, verlangt einen schon auch wieder nach neuen Schamlosigkeiten.)

Aber das, womit die Katastrophe Quote macht, widerspricht auch den primären Aufgaben der Mainstream-Medien, nämlich ein verkaufsförderndes Umfeld für Werbung zu bieten, die wundervolle Welt der freien Marktwirtschaft zu preisen. Denn diese Medien sind längst nicht mehr Sinnwaren, die sich auf einem Markt behaupten müßten, gegen eine Konkurrenz, die auf nicht minder direkte Art mit den niederen Instinkten ihrer möglichen Abnehmer spielt. Im Normalfall sagen sie dem Abnehmer nichts anderes als das, was in ihren Köpfen im gerade noch erlaubten Sektor rumort, kurz gesagt: Sie geben den Wunsch als Fetisch zurück, im Fall der Katastrophe indes nehmen uns unsere Leitmedien, wie Jean Baudrillard das formuliert hat, in kollektive Geiselhaft. Wir hocken auch dann vor dem Fernseher fest, wenn wir ahnen, daß es entweder nichts oder allenfalls das Falsche zu sehen gibt.

Die zyklische Kunst der Mainstream-Medien ist es, Normal- und Katastrophenfall gewinnbringend miteinander zu verbinden. Das ist einerseits: allgemeine Apathie, die Gier in kleinen Happen (nach den Titten der Nachbarin, der Möblierung des Genusses, der schmutzigen Wäsche im Königshaus, dem idealen Körper und dem richtig Handy), und andrerseits: schubweise Hysterie. Der kollektive Rausch, das eruptive Wir-Gefühl, was sich unter anderem in einer Unterwerfung der kollektiven Wünsche unter nationale und rasch und gern auch militaristische Rhetorik äußert. Der Rausch, wie gesagt, drückt sich auch in den Quoten der Mediennutzung aus, aber weniger im Sinne des Marktes. Wer möchte schon Werbung treiben für Pralinen zwischen Bildern brennender Hochhäuser?

Nun also sind die Medien nicht mehr so sehr von ihrem eigenen Verkauf abhängig wie von ihrer Attraktion für die Werbekundschaft. Für die Rettung der Fernsehzeitschrift »Hör zu«, so gibt man bereitwillig zu, errechnet man gerade, auf wie viele Leser man verzichten kann, um die Werbekunden dafür zufriedener zu machen. Der letzte Mediennutzer also ist im wesentlichen eigentlich Störfaktor. Fast so nahe wie die Fabrik ohne Arbeiter ist das Medium ohne Nutzer; die werbetreibende Wirtschaft (selbst schon beinahe nur noch als Phantasma zu beschreiben) wendet sich in den Medien nicht mehr so sehr an ein Publikum, als sich vielmehr gegenseitig zu neutralisieren und, das offensichtlich wird immer wichtiger, eine narzißtische Verstärkung der eigenen Impulse zu erhalten.

Das Medium wird, hier mehr und dort weniger, von einem Fenster zwischen dem aufnehmenden Subjekt und der suggestiven Welt zu einem doppelt einseitigen Spiegel: das Subjekt (als Mediennutzer) sieht nur sich selbst, während der Markt und wer es mit ihm treibt, ebenfalls nur sich selbst sieht. Und die Welt?

Sie geht, wie wir wissen, immer mal wieder in Trümmer. Zum Beispiel am 11. September in den USA. Eine einzige Sequenz (bestehend aus Einstellungen auf die brennenden Hochhäuser, auf die flüchtenden Menschen und auf Bilder des »Feindes«) wurde für eine Zeit zum wahren Weltkino. Aus dem rauschhaften Konsens, den die Schlüsselbilder auszulösen hatten, entwickelten sich zwei Strategien, die nur scheinbar gegenläufig sind: Patriotisierung, Militarisierung, Propaganda in der Rhetorik einerseits, Abkühlung und »Normalisierung« auf der anderen Seite.

George Bush jr. schickte in einer einzigen Geste seine Landsleute an drei magische Orte der Selbstvergewisserung: an den Arbeits-(und Handels-)platz, in den Krieg und nach Disneyland. Diese Dreieinigkeit der Impulse ist auch die Strategie der Mainstream-Medien, den Schub der Hysterisierung auszunutzen und zugleich zur Normalität zurückzukehren. Der Krieg gegen den Terror spaltet die Menschen, statt sie, wie in einem »totalen Krieg« zu verdichten; sie amüsieren sich, sie treiben Handel, sie führen Krieg. (Möglicherweise ist das ja auch bereits das neue Menschenbild des Nachkapitalismus; im Kino kennen wir das längst.)

Die Propagandamaschine des deutschen Nationalsozialismus wirkte am ehesten durch eine Aufspaltung von »harter« eliminatorischer Rhetorik und »unpolitischer« Unterhaltung. Selbst ein Kinoprogramm der Kriegsjahre funktionierte als Nacheinander von martialischer Wochenschau, rassistischem »Kulturfilm« und Hans Moser/Heinz Rühmann-Klamauk oder Zarah Leander/Hans Albers-Glamour. Die Trennung von Politik und Unterhaltung blieb ein Ideal in der Wiederaufbaugesellschaft, im Wirtschaftswunder, in den Krisen bis heute, eine Art medialer Mülltrennung, die merkwürdigerweise auch halbwegs kritischen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als zivilisatorischer Fortschritt erscheint, als wäre Hierarchie schon der ideale Abwehrfaktor für den unseligen barbarischen Müll, den die Bildermaschinen produzieren.

Die Rückkehr zur Normalität nach dem rauschhaften Konsens bringt also einerseits die auch nicht wenig berauschten Produzenten der Fakten- und Analyse-Fraktion ein wenig zur Performanz ihrer kühlen Contenance zurück; auf der anderen Seite fordert die Unterhaltung massiv ihr Recht, so daß nicht nur vom Ende der »Spaßgesellschaft« – euphemistisch für eine Gesellschaft der kontrollierten Dauerregression – keine Rede sein kann, sondern im Gegenteil auch ein regelrechter Trotzeffekt zu beobachten ist: Jetzt erst recht!

Nur zum Beispiel: Acht Wochen nach der Katastrophe von New York erreichte im deutschen Fernsehen aller Programme der Pegel von Gewalt und Geschmacklosigkeit nicht nur wieder Normalstand, es häuften sich nun gar die Angebote von Kriegs- und Katastrophenfilmen, denen man kurzfristig Aufführungsverbote erteilt hatte, in einem Maße, daß es sogar den unverdächtigsten Medienkritikern auffallen mußte. Am Ende ist daher eine Illusion von der neuerlichen Gewinnung der Trennung von Politik und Unterhaltung nach den Gesten des rauschhaften Konsenses (einschließlich der begeisterten Kriegsteilnahme) in den europäischen Mediengesellschaften zu beobachten; aus der Geiselhaft ihrer Leitmedien entlassen strömen die Menschen wieder zu ihren Regressionsmaschinen, und es ist allenfalls ein kurzer Nachhall, daß sie für eine Zeit ihre Präferenz den geschlossenen fiktionalen Welten der Soap Operas, der (insbesondere hierzulande verdächtig gehäuften) Serien aus dem Milieu heimatlicher Provinz, mit gütigen Ärzten, Förstern und nicht zuletzt Pfarrern und Nonnen geben, bevor sie sich wieder den »wirklichen« Katastrophen auf den Straßen und in den Containern zuwenden. Das »Atmen« unserer Traumfabriken wendet die Gier immer abwechselnd nach innen und nach außen.

Diese Neuordnung von Hysterie und Apathie (in den und durch die Medien) scheint die amerikanische Gesellschaft so nicht vorzunehmen. Die Trennung von Politik und Unterhaltung hat in der US-amerikanischen Gesellschaft in der Tat keine Tradition; Warner Bros. entwickelten mit ihrer Formel vom »guten Amerikanertum plus guter Unterhaltung« in den *flagwavern* eine Erzähl- und Bildform, die beides gleichzeitig schaffte: sich auf dem Markt des Entertainment durchzusetzen und das nationale Anliegen zu verbreiten.

Damals wie heute zogen die Helden von Comicserien, Radio-Serials und Pulp Fiction in den Krieg: Die Welt erzählte sich als Endlosschleife in einem Genre, und das Genre wand seine Endlosschleife in die Welt hinein. Popular culture wurde auf diese Weise zu einem Ersatz eines Denk- und Sprachsystems zur Organisation der Welt vor unseren Augen. Die innige Verbindung von Propaganda und Entertainment machte dieses mythische System wesentlich dynamischer und flexibler als es die Trennung und Neukopplung von Propaganda und Unterhaltung in Europa vermochte. Die auch hier in den Medien des Marktes nicht endlos aufzuhaltende Vermischung der Diskurse (am augenfälligsten in den Wahlkämpfen, aber eben auch in der medialen »Bewältigung« von Katastrophe und Krieg) wird in der Regel von allerlei Seiten als »Amerikanisierung« verurteilt. Eine eingehendere Analyse der beiden Tendenzen (Entertainment plus Propaganda gegenüber Entertainment als Propaganda) findet indes nicht statt.

Unser Befremden gegenüber der »hemmungslosen« Vermischung von Propaganda, politischer Symbolik und regressivem Entertainment kippt in der Regel dort in ein klein bißchen Empörung, wo sie uns so unverschämt aufgezwungen wird wie bei der Eröffnung der olympischen Spiele oder in der Exportmacht Hollywoods. Ansonsten begnügen wir uns mit der leichten Arroganz gegenüber dem barbarischen Vermischen der Diskurse, die offensichtlich von der politischen Symbolik immer wieder zu einer symbolischen Politik führt, das Verständnis der Welt in der Form von Matineefilm, Fernsehserie und Comic Book. Der inneren Bigotterie von middle America entspricht also so etwas wie eine nationale Bigotterie, die den Mythos direkt in die alltäglichen Riten, in die Kultur selbst einschreibt.

Aber natürlich hat diese Kultur der Vermischung von Entertainment und Propaganda auch ihre Vorteile: Sie ist in der Regel auch vom einzelnen steuerbar, sie ist vollständig offen und sie bietet, wie wir sehen konnten, der Dissidenz nicht weniger Möglichkeiten als das europäische System. Tatsächlich kommt ja ernstzunehmende Kritik am Pop-Patriotismus fast ausschließlich aus den USA selbst, während in Europa nur die Wahl zwischen kultureller Arroganz und wollüstiger Identifikation bleibt. Es wäre wohl notwendig, so etwas wie eine Kulturanthropologie des Pop-Patriotismus zu entwerfen, um zu begreifen, was da über die Welt kommt. Denn natürlich hat auch diese Kultur ihren Fundamentalismus in sich. Das ist freilich kein Grund für europäische Überheblichkeit.

Nun scheint es, daß Hollywood, zum Beispiel, die Ereignisse nach dem 11. September mit einer Welle von militaristischen und aggressiven bis rassistischen Filmen begleitete: Filme wie »Collateral Damage« oder »Black Hawk Down«; aber bei genauerem Hinsehen ist klar, daß das Produktionsdatum mit einem ganz anderen Datum zusammenhängt, nämlich mit dem Wechsel der Präsidentschaft. Das bringt uns auf einen weiteren Verdacht: Dieser Schub von Patriotisierung und Militarisierung der populären Kultur war schon vor den Ereignissen des 11. Septembers »beschlossen«.

Den gleichen Effekt konnte man bei den Amtsübernahmen von Reagan und Bush sr. beobachten; es ist nicht zuletzt ein Druck, den das Entertainment auf das Militärbudget und damit zugunsten des besten Verbündeten in der Ausdehnungsphase ausübt. Auf den Clintonianismus der Unterhaltung (die Ideologie der heilen Familien und der guten Nachbarschaft, nationaler Versöhnung auf dem Weg nach innen) folgt der Bushismus (die Ideologie der phallischen Selbstdarstellung, der männerbündischen Organisation – auch für Frauen – nationaler Versöhnung in der Konstruktion des

Feindes und der Wunde). Das Begehren wendet sich vom Innen wieder nach außen. Die Katastrophe hat diesen Zyklus nur beschleunigt.

Das mag einerseits unserer Verschwörungsphantasie Nahrung geben (Verschwörungsphantasien sind übrigens eine notwendige Schattenseite des Pop-Patriotismus), andrerseits einen noch furchtbareren Verdacht bestärken: Die Zyklen von politischer Ökonomie und dem Wechsel zwischen clintonianischem Vorgarten- und bushistischem Kreuzzugs-Patriotismus sind so trivial selbstbezogen, daß ihnen der Rest der Welt nur negative Projektionsfläche ist. Das Reich des Bösen fängt manchmal schon an der Garageneinfahrt an, und manchmal muß das ganze Universum daran glauben. Das Imperium kann sich nicht von einem Einfamilienhaus unterscheiden.

So divergieren nun also auch die Mainstream-Medien wieder, die sich in einer so rauschhaften Verschmelzung gefielen. Dem Pop-Patriotismus kann man sich weder kulturell noch ökonomisch länger als in der Phase des rauschhaften Konsenses anschließen. Dann wird einem, so oder so, diese andere Kultur wieder sehr fremd. Und man hegt den Verdacht: Die wollen uns gar nicht. Wir sind gar nicht alle Amerikaner. Dann ist wieder Zeit für den unerklärten Antiamerikanismus der Mitte.

Georg Seeßlen hat zuletzt die Bücher »Steven Spielberg und seine Filme« (Schüren) und »Der Tag, als Mutter Beimer starb – Glück und Elend der deutschen Fernsehfamilie« veröffentlicht

Konkret 03/02, S. 22

Konrad Ege

Erst schießen, dann fragen

Verglichen mit vielen US-Gefängnissen ist das Internierungslager der Al-Qaida-Kämpfer auf Kuba ein Sanatorium

Bei der Diskussion über Guantanamo, die Kriegsgefangenen und die Genfer Konvention liegen Welten zwischen Amerika und Europa. Aus europäischer Sicht symbolisiert die Mißhandlung der in Ketten gelegten, bei Bedarf mit Beruhigungsmitteln vollgepumpten und in Käfigen eingesperrten Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer die Arroganz der Megamacht USA. Dem offiziellen Washington erscheinen die europäischen Vorwürfe als verzweifelte Versuche, dem ungeliebten Sieger von Afghanistan jetzt noch über die Menschenrechtsschiene eins reinzuwürgen. Sei ihm scheißegal, was mit den Gefangenen passiere, sagte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Mitte Januar. Natürlich hat er nicht »scheißegal« gesagt, sondern »I do not feel the slightest concern over their treatment«, er mache sich nicht die geringsten Sorgen über die Behandlung der Gefangenen.

Inzwischen hat Rumsfeld das revidiert. Die Männer würden so gut behandelt wie Kriegsgefangene. Pressedelegationen sind ins Camp X-Ray geflogen worden, amerikanische Politiker haben das Internierungslager besucht und sind mit durchweg positiven Berichten nach Hause gekommen. Es gebe ein modern ausgestattetes Krankenhaus, einen muslimischen Militärkaplan namens Abuhena Saiful-Islam, der Koran sei verteilt worden, und die Gefangenen dürften die zwangsweise abrasierten Bärte wieder wachsen lassen. Die Guantanamo-PR funktioniert wie das Medienmanagement während des Krieges: Die Besucher sehen, was das Verteidigungsministerium vorführt, und sind froh, daß sie überhaupt etwas zu melden haben. Der Rest ist Interpretation: Europäische Medien zeigen sich entsetzt über die Fotos von Gefangenenen, die auf fahrbare Pritschen gefesselt zum Verhör gekarrt werden. In den USA gilt der mobile Transport als Beweis der Fürsorglichkeit.

Alles ist eben relativ. Verglichen mit amerikanischen Todestrakten oder Kleinstadtknästen ist Camp X-Ray ein Sanatorium. Der Justizvollzug mit seinen mehr als zwei Millionen Häftlingen ist ein einziger Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards. Fensterlose und überbelegte Zellen, minimaler Hofgang, zum Arbeitseinsatz außerhalb der Haftanstalt aneinandergekettete Häftlinge, mangelnde Gesundheitsfürsorge, kein Schutz vor tätlichen Angriffen anderer Insassen, routinemäßiger Einsatz von Elektroschockgeräten, chemischen Sprays und des »Sicherungsstuhls«, auf dem Häftlinge bewegungsunfähig gemacht werden. Wie soll eine Gesellschaft, die das toleriert, sich über Camp X-Ray empören.

Wer es nach Guantanamo geschafft hat, lebt wenigstens noch. Für die Kriegsgefangenen in Afghanistan selbst sieht es böser aus. Im Militärgefängnis der nordafghanischen Stadt Schebarghan sind nach Angaben des US-amerikanischen Verbandes »Ärzte für Menschenrechte« zahlreiche Kriegsgefangene wegen der »erbärmlich schlechten« Haftbedingungen ums Leben gekommen. Eine Delegation des Verbandes besuchte die Anstalt am 20. Januar. Die meisten der 3.000 bis 3.500 Afghanen und Pakistanis seien im Dezember in Kundus gefangengenommen worden. Sie lebten zu 80 bis 110 Mann in Zellen für 15 Personen. Die Lebensmittelversorgung und die sanitären Einrichtungen seien vollkommen unzureichend. Nach Angaben von Gefängniskommandeur General Jarobak seien »viele, viele, viele Gefangenen« gestorben.

Jarobak wurde von dem Warlord General Dostum eingesetzt. Noch kurz vor dem Besuch der Delegation hätten aber US-amerikanische Soldaten den Zugang zum Gefängnis kontrolliert. Die US-Regierung könne sich der Verantwortung für das Schicksal der Insassen nicht entziehen, betonte Physicians for Human Rights. US-Streitkräfte hätten zusammen mit der Nordallianz in Kundus gekämpft und die Gefangenen gemacht. Dostum und die afghanische Interimsregierung hätten nicht die nötigen Mittel, die Gefangenen entsprechend der Genfer Konvention zu behandeln. Jarobak selbst bat die Delegation um Hilfe. Er brauche Zelte, warme Kleidung, Medikamente und Lebensmittel. Auch gebe es kein sauberes Trinkwasser.

Ganz gelingt die Kontrolle der Medien nicht immer. Drei große US-Tageszeitungen veröffentlichten Mitte Februar Berichte über einen Einsatz der Special Operations zur Gefangennahme verdächtigter Taliban und Al-Qaida-Männer nach dem Motto: Erst schießen, dann fragen. Bei einer Aktion in der Region Uruzgan am 24. Januar hätten die Amerikaner versehentlich Regierungstreue angegriffen. 19 Männer seien erschossen worden, darunter der örtliche Chef der Entwaffnungskommission und der Polizeichef, berichtete die »Washington Post«. Nach Zeugenaussagen wurden neun der Erschossenen mit Handschellen gefesselt vorgefunden. 27 Männer wurden nach Kandahar transportiert und zwei Wochen festgehalten. Die amerikanischen Soldaten hätten sie geschlagen und schwer mißhandelt, obwohl die Afghanen laufend beteuert hätten, »Freunde« zu sein. Das US-Verteidigungsministerium hat mitgeteilt, die Vorfälle würden »untersucht«.

US-Politiker sprechen gerne von dem »neuen« Krieg, in dem die USA jetzt bei der Anti-Terror-Kampagne steckten. Das soll heißen, daß die Regeln des »alten« Kriegs nicht mehr gelten. Die Forderung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, die Genfer Konvention auch auf die Al-Qaida-Kämpfer anzuwenden, wird in der amerikanischen Öffentlichkeit kaum beachtet. Darin liegt eine gewisse Logik: Afghanistan wurde ohne Kriegserklärung bombardiert. Und wo kein Krieg war, kann es auch keine Kriegsgefangenen geben.

Konrad Ege schrieb in KONKRET 2/02 über den USA Patriot Act

Konkret 03/02, S. 23

Christian Ströbele, Martin Hantke

»Großmehrheitlich dagegen«

Christian Ströbele, die linke Galionsfigur der Grünen im Bundestag, ist bei der Abstimmung über den aussichtsreichen Listenplatz 2 des Berliner Landesverbandes dem exbürgerbewegten Kriegsbefürworter Werner Schulz vom rechten Parteiflügel unterlegen. Das Ende einer Ära? Oder einer Illusion?
KONKRET-Interview

KONKRET: Sie sind vom Berliner Landesverband nicht mehr für den Bundestag aufgestellt worden. Was hat das zu bedeuten?

Ströbele: Mir wird von vielen aus dem Berliner Landesverband immer wieder versichert, das sei überhaupt keine Entscheidung gegen die politische Richtung, die ich innerhalb der Grünen vertrete oder gegen meine Person gewesen. Das mag ja sein, aber faktisch ist durch die mediale Berichterstattung eine eigene Dynamik entstanden, die Tatsachen schafft. So wird es als schwerer Schlag, wenn nicht als das Aus für die Linken bei den Grünen wahrgenommen.

KONKRET: Sehen Sie das persönlich auch so?

Ströbele: Es ist nicht zu übersehen und scheint sich zu einer Art Selbstlauf zu entwickeln. Aber ich schätze es nicht so ein. Viele, die bei den Grünen die Antikriegsposition hochhalten, sind ja schließlich noch dabei.

KONKRET: Auf den verschiedenen Parteitagen – von Bielefeld bis Rostock – haben die Kriegsgegner bei den Grünen doch immer weniger Stimmen für ihre Position erhalten.

Ströbele: Es scheint nur so. Die wirklichen Zahlen sind anders. Allerdings hatten wir falsch taktiert und die Lage falsch eingeschätzt. Vor Rostock dachten wir, daß es möglicherweise sogar eine Mehrheit geben könnte für den einen oder anderen Antikriegsantrag. Dieser Eindruck hat getrogen.

KONKRET: In der Tat.

Ströbele: Für einen der Antikriegsanträge in Rostock gab es fast 40 Prozent Zustimmung, in Bielefeld waren es etwas über 40 Prozent für die Position, die die Nato-Bombardierungen abgelehnt hat. Weil ein Antrag von Ralf Fücks, der das Tor für Kriegseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich aufmacht, die zweitmeisten Stimmen erhielt und am Ende 80 Prozent für den Antrag des Bundesvorstandes stimmten, hatte es den Anschein, als wäre die Antikriegsposition bei den Grünen völlig marginalisiert. Das ist aber nicht richtig. Es haben auch Linke übertaktiert und für den Fücks-Antrag gestimmt, damit der Antrag des Bundesvorstands nicht in die Endentscheidung kommt und ähnliches. Die Linken konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen. So ist ein falscher Eindruck entstanden. Aber durch die Medienrezeption sah es so aus, als hätten die Linken eine komplette Niederlage eingesteckt.

KONKRET: Noch 1999 haben Sie gegenüber denen, die damals ausgetreten sind, argumentiert, der Kosovokrieg müsse die absolute Ausnahme bleiben. Inzwischen hat Rotgrün insgesamt sieben Militäreinsätze deutscher Soldaten im Ausland zu verantworten.

Ströbele: Das ist richtig. Die Militäreinsätze sind sehr unterschiedlich zu bewerten. Es gibt auch einen, dem ich zugestimmt habe. Es ist schon ein ganz gravierender Unterschied, ob deutsche Soldaten in einen veritablen Krieg ziehen oder ob sie ins Ausland geschickt werden, um im UNO-Auftrag Waffen einzusammeln, wie im Fall Mazedonien, oder wie jetzt in Kabul, um die Verwaltung und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, aber nicht Krieg zu führen. Außerdem hat sich die Situation auf der Welt insgesamt grundlegend verändert – nicht nur bei den Grünen.

Kosovo war wohl ein Türöffner, Kosovo war aber auch ein Ausnahmefall insoweit, als dort eine ganze Reihe von grünen Essentials einfach nicht eingehalten worden sind. So gab es kein Uno-Mandat. In der Zwischenzeit hat sich das verändert. Für den Militäreinsatz gegen Afghanistan, gegen den ich aus anderen Gründen dennoch gestimmt habe, gab es wenigstens die Billigung der Uno und für den Friedenseinsatz in Kabul sogar ein eindeutiges Uno-Mandat. Militäreinsätze sind selbstverständlicher und häufiger geworden. Das ist schlimm genug. Aber mittlerweile werden einige einschränkende Kriterien berücksichtigt.

KONKRET: Ihre eigene Position hat sich da also auch verschoben – vor zwei Jahren haben Sie sich noch gegen jeden Militäreinsatz nach Kapitel VII der UN-Charta ausgesprochen und insbesondere gegen eine Beteiligung deutscher Truppen.

Ströbele: Ich habe die Pazifisten immer hoch geachtet und mit ihnen innerhalb der Grünen auch Bündnisse geschlossen. Aber ich selbst war nie Pazifist. Das muß ich immer wieder betonen, um nicht Mißverständnissen Vorschub zu leisten. Die Unterscheidung zwischen Kapitel VI- und Kapitel VII-Einsätzen in der grünen Programmatik hatte für mich die

Bedeutung, den Sack möglichst zuzuhalten. Militäreinsätze mit Waffengewalt mit UN-Mandat gegen Völkermord, wie zum Beispiel in Ruanda, konnte und wollte ich nicht ausschließen.

KONKRET: Welche Konsequenzen hat das, wenn man jahrelang die entscheidenden Abstimmungen in der Kriegsfrage verliert, ob bei den Grünen oder in der Rot-Grünen Koalition?

Ströbele: Ich habe mich mit meinen Positionen nie als Außenseiter bei den Grünen gesehen, auch wenn wir in der Fraktion nur eine kleine Minderheit sind. Der Berliner Landesverband hat sich bisher stets großmehrheitlich gegen die Kriegseinsätze ausgesprochen. Auch andere Landesverbände haben solche Beschlüsse gefaßt. Erst dann, wenn auf Parteitagen oder im Bundestag die Abstimmungen mit der Vertrauensfrage, der Koalitionsfrage oder mit der Fischerfrage verknüpft wurden, waren die Gegner der Kriegseinsätze unterlegen. Viele haben nur zähneknirschend zugestimmt. Trotzdem vertrete ich meine Positionen weiter am besten bei den Grünen. Die Wirkung, wenn ich solche Kriegseinsätze problematisiere und öffentlich Gegenpositionen beziehe, ist größer und nützt der Sache mehr, wenn ich es als Bundestagsabgeordneter und als Mitglied der Grünen tue, als wenn der Rechtsanwalt und politische Demonstrant Ströbele dazu eine Presseerklärung abgibt.

KONKRET: Der Nutzen wiegt den Schaden auf?

Ströbele: Ja. In der Bundesrepublik sehe ich keine Partei oder Bewegung außerhalb der Grünen, in der ich mehr bewirken könnte gegen imperialistische Kriege und gegen Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung. Die öffentliche Auseinandersetzung zu dem Afghanistankrieg bei den Grünen und im Bundestag war richtig, wichtig und notwendig. Ohne diese öffentlichen Skrupel hätte man doch viel mehr Grund gehabt zu sagen: Armes Deutschland. Friedensdemonstrationen, die die Polarisierung in der Gesellschaft zur Frage von Krieg und Frieden sichtbar machen und damit auch wirksam werden lassen, fehlen weitgehend.

Auch ist es nicht so, daß die Kriegsgegner ganz ohne Einfluß in der Koalition sind. Joschka Fischer hat nach dem Kosovokrieg darauf gedrungen, daß Militäreinsätze in Zukunft nur noch mit UN-Mandat stattfinden. Das hat auch damit zu tun, daß dies in der eigenen Partei und in der grünen Wählerschaft immer wieder heftig gefordert wurde.

KONKRET: Die Entsendung deutscher Truppen nach Kuwait und nach Berbera vollzieht sich ohne UNO-Mandat. Es sieht doch ganz danach aus, daß sich Deutschland am nächsten Krieg mit oder ohne UNO-Mandat beteiligen wird.

Ströbele: Warten wir’s ab. Es gibt die eindeutige Positionierung aus der Koalition, daß Deutschland sich an einem neuen Irakkrieg nicht beteiligen wird. Ich würde sicher dagegen stimmen und eine größere Anzahl von Abgeordneten aus der Koalition auch. Ich weiß nicht, was die Kriegsschiffe und deutschen Soldaten vor der afrikanischen Küste überhaupt sollen. Und gegen wen soll die weltweite Kriegskoalition in Somalia eigentlich Krieg führen? Vieles scheint nur symbolischen Charakter zu haben oder militärische Kraftmeierei zu sein. Was schlimm genug ist. Den USA wird wohl uneingeschränkte Solidarität signalisiert. Ich gehe davon aus, daß Deutschland Krieg in Afrika nicht mitmacht. Übrigens tun die USA alles, um die Nato immer mehr beiseite zu drücken und überflüssig zu machen – wogegen ich nichts habe. Die Nato stört, weil sie den USA vorschreibt, die Nato-Partner im Krieg zu informieren und zu konsultieren. Nun gibt es die Chance, in Zukunft etwas mehr zur US-Kriegspolitik auf Distanz zu gehen.

KONKRET: Sie haben also weiterhin großes Vertrauen in den deutschen Außenminister.

Ströbele: Fischer hat sich vehement für die UN-Mandatierung beim Afghanistaneinsatz eingesetzt, obwohl Deutschland nicht im UN-Sicherheitsrat vertreten ist und Franzosen und Engländer ein solches Mandat nicht wollten.

KONKRET: Wir haben einmal geschrieben: Weil Ströbele so schön weint, hat Fischer so gut lachen.

Ströbele: Das sind Verschwörungstheorien.

KONKRET: Nicht im Sinne einer Absprache von Ströbele und Fischer, aber im Sinne einer gemeinsamen Vermittlung grüner Kriegspolitik.

Ströbele: Ich vermittele niemandem grüne oder sonst eine Kriegspolitik. Ich bekämpfe sie, wenig erfolgreich im Parlament, früher erfolgreicher auf grünen Parteitagen. Allerdings sehe ich auch, daß die Kriegsgegner bei den Grünen eine ambivalente Funktion haben, die mir auch zu schaffen macht. Mit dem klaren Antikriegsstandpunkt ist es manchmal schwer zu vereinbaren, die grüne Partei zu stabilisieren und ihr bei Wahlen zu Erfolgen zu verhelfen, wenn diese mehrheitlich Militäreinsätzen zustimmt. Da muß man abwägen, was noch zu vertreten ist und es gibt Grenzen, wo ich sage, da mache ich nicht mehr mit.

KONKRET: Hat die rot-grüne Außenpolitik für die schwarz-gelbe Koalition, die sich vermutlich im Herbst durchsetzen wird, die Tür in bezug auf Kriegseinsätze deutscher Soldaten geöffnet?

Ströbele: Fakt ist, daß die Kohlregierung keine Kriegseinsätze deutscher Soldaten durchgesetzt hat, auch nicht während des Golfkrieges. Kohl hat solche Ansinnen lange abgelehnt, bis kurz vor seinem Abgang. Aber die Tür zu Kriegseinsätzen einen Spalt aufgemacht hat die alte Koalition mit Zustimmung der SPD und vieler grüner Abgeordneter gleich nach der

Wahl 1998 mit der grundsätzlichen Zustimmung zur Beteiligung am Bombenkrieg gegen Serbien. Hinzu kommt, daß die Weltsituation sich sehr verändert hat, nicht erst mit dem 11. September. Jede andere Regierung in Deutschland hätte sich nur schwer verweigern können. Der Spielraum deutscher Außenpolitik ist nur äußerst gering. Das muß jeder, auch ich, zur Kenntnis nehmen. Jede deutsche Regierung wird sich schwertun, den US-Amerikanern zu sagen, da machen wir nicht mit. Wie will man das durchhalten, wenn dann die Aktienkurse fallen und wenn die deutsche Exportwirtschaft einbricht.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich will damit nicht sagen, es gab im Herbst 1998 keine andere Möglichkeit, und auch ich hätte als Außenminister zugestimmt. Nein. Aber eine deutsche Regierung, die 1998, als von Clinton die ultimative Forderung kam, deutsche Soldaten müßten beim Kosovokrieg dabei sein, beim Nein geblieben wäre, ist schwer vorstellbar. Deshalb würde auch die Außenpolitik einer neuen Regierung in Fragen der Kriegsbeteiligung heute kaum anders aussehen.

KONKRET: Andere Interpretationen, auch gerade aus dem Auswärtigen Amt, sprechen der deutschen Außenpolitik in der Vorbereitung des Kosovokrieges eine sehr aktive Rolle zu. Sagen Sie, Deutschland sei durch den Druck der USA in diesen Krieg hineingeschlittert?

Ströbele: Deutschland ist nicht geschlittert, aber es gab Druck. Ich glaube, wenn die rot-grüne Regierung es sich hätte aussuchen können, den Kosovokrieg mitzumachen oder nicht, hätte sie es nicht gemacht. Ökonomische Zwänge der deutschen Exportindustrie, die auf den US-Markt angewiesen ist, haben wohl eine Rolle gespielt bei der Entscheidung, dies doch zu tun.

KONKRET: Sollte deutsche Außenpolitik sich den USA weltweit entgegenstellen?

Ströbele: Die Bundesrepublik muß auf eine wirkliche Weltinnenpolitik hinwirken, in der das Gewaltmonopol eindeutig und ausschließlich bei der Uno liegt. Daß nicht die deutsche Bundesregierung oder das deutsche Parlament entscheidet, sondern daß Entscheidungen über Krieg und Frieden oder Gewaltanwendung delegiert werden auf die Weltgemeinschaft, daß die Uno gestärkt und demokratisiert wird und auch selbständige Entscheidungen fällt, daß ein deutsches Kontingent, mit vielen anderen der Uno unterstellt, eingesetzt wird. Ich bin für die Aufgabe von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten und ich werde alles tun, um zu verhindern, daß ökonomische und imperiale Interessen noch einmal mit deutschen Soldaten durchgesetzt werden.

KONKRET: Ist für Sie jetzt erst mal Schluß bei den Grünen?

Ströbele: Angesichts des vielen Zuspruchs, den ich bekommen habe, ist es eine verlockende Überlegung zu sagen, na ja, dann frag ich doch mal die Bevölkerung direkt, ob der Ströbele im nächsten Bundestag sitzen soll. Der Einzug in den Bundestag als direkt gewählter Kandidat würde mir auch eine größere Unabhängigkeit geben. Bisher waren das, was ich im Parlament vertreten habe, auch immer Programmpositionen der Grünen.

KONKRET: Auch das wird sich jetzt ändern.

Ströbele: Möglicherweise. Aber in dem Augenblick, wo ich ein Mandat direkt von der Bevölkerung erhalten würde, wäre ich dieser auch direkt verantwortlich.

Das Interview führte Martin Hantke

Konkret 03/02, S. 25

Zu Protokoll

Als Gast bei Sandra Maischberger hat der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel eine Lehrstunde in Parlamentarischer Demokratie gegeben: Wenn die Oppositionspartei Regierung wird, bleibt alles, wie es war

Wir wollen ein bißchen Klarheit bringen in das, was geäußert wurde von Edmund Stoiber vor und nach der Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union. Wenn Sie bitte mal einfach nur zunächst mit Ja und Nein antworten. Wird Edmund Stoiber die Ökosteuer abschaffen wollen?

Da kann man nicht Ja und Nein antworten, weil die Ökosteuer insgesamt ein Bestandteil unserer Steuereinnahmen ist, die die Bundesregierung an anderer Stelle kompensiert hat, durch Rückgabe von Geld. Das muß dann gemeinsam ausgeglichen werden. Die Einzelfrage ist nicht zulässig.

Aber früher hat er einfach »Ja« gesagt.

Das ist das Konzept, das man nach der Wahl selbstverständlich im Oppositionsbahnhof, aus dem der Zug leider nicht abfährt, auch so artikuliert. Wir sind absolute Gegner der Ökosteuer, weil sie die Menschen betrügt, vom Titel her, und weil sie in der Summe ihnen nicht hilft.

Gut, aber das Ja von vorher ist jetzt ein »So nicht«.

Wenn ich also im anderen Bahnhof abfahre, dann muß ich das unter den neuen Bedingungen bewerten. Darum bitte ich.

Dasselbe gilt für die Homoehe? Die Homoehe abschaffen, ja oder nein?

Das ist nicht mein Problem. Es ist eine Frage, wie wir in der Summe mit den Prinzipien umgehen. Die Frage, ob gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der Familie gleichzusetzen sind, wird abgeschafft. Das kann nicht sein. Familie ist eine andere Identität. Die Frage, sie gleich zu behandeln, weil sie vergleichbare Lebensumstände haben, muß in anderen Gesetzen geregelt werden. Das ist mit uns jederzeit zu machen.

Das heißt aber auch hier, dieses »Wir schaffen sie ab« kann nach der Wahl so nicht eingehalten werden?

Die differenzierte Darstellung eines Problems, wenn man Regierungsverantwortung unternimmt, ist was anderes, als wenn ich als Opposition mich melde.

Okay. Atomausstieg dasselbe? Zuerst hat Herr Stoiber gesagt, wir werden den Atomausstieg rückgängig machen. Jetzt sagt er, können wir gar nicht so.

Ja, den von Herrn Trittin werden wir so nicht lassen. Und dieses war eigentlich der Inhalt.

Inwiefern?

Trittin steigt aus, ohne die Alternativen aufzuzeigen. Eine Regierung, die einfach sich aus etwas entfernt und auf die Nachbarn setzt, ist für meine Begriffe nicht seriös unterwegs und ist bei den Energiepreisen bald in der Bredouille.

Das heißt aber, Sie schalten nicht die Atomkraftwerke wieder ein, sondern Sie entwickeln dann die alternativen Energien?

Wir entwickeln Alternativen, bei denen die Atomkraft wahrscheinlich eine gestreckte Rolle spielt, aber dabei eben nicht in dem Umfang und so schnell und so rabiat abgeschaltet wird, wenn Ersatz nicht da ist. Sobald Ersatz da ist, weg.

Vorziehen der Steuerreform? Ja oder nein?

Im Prinzip ja, aber ... Ja, es geht halt nicht anders. Das ist ein Unterschied. Sie nehmen doch die Opposition, alle in der Gesellschaft nehmen die Opposition wahr, wenn sie eine Alternative zur Regierung darstellt. Und das geht in der Regel nur mit dem Ja oder Nein, sonst wird es nicht diskutiert. Was man nicht verwirklichen kann, braucht man nicht zu begründen.

Sie können zum Beispiel jetzt dem Schröder – vor den Wahlen hat er gesagt, was er in der Arbeitslosigkeit tun will. Er hat es nach den Wahlen noch gesagt, was wahrscheinlich ein taktischer Fehler ist, aber daran zu messen ist natürlich etwa dasselbe, was Sie jetzt ...

Das ist ein Unterschied. Ob man es realisiert hat oder nicht realisieren konnte, obwohl man die Macht hatte, oder ob man insgesamt in der Oppositionsdiskussion steckt. Aber ich will sagen, das Problem ist, wir haben hier in der Steuerreform von 2000 eine Reihe von dicken Fehlern, die korrigiert werden müssen. Ein Teil der Entwicklung, die inzwischen eingetreten ist, läßt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Da muß ich ein Konzept dazu parallel vorlegen, muß andere Veränderungen vornehmen. Insoweit ist der Steuerreformvorzug als generelles Ja nicht möglich, aber die Teile, die wir für zwingend halten, Mittelstandsentlastung etc., ja.

Neuverschuldung dafür in Kauf nehmen, ja oder nein?

Da bin ich eher der Meinung, nein, weil die Summe, die wir zusammen nicht mehr übersteigen dürfen, diese berühmten 0,3 Prozent, diese Summe ist so klein, daß wir eher in anderer Weise in die Zukunft hinein planen müssen. Es kommt hinzu, daß der Herr Eichel ja jetzt gerade in diesen Tagen den Ländern und Gemeinden vorwirft, sie hätten ihn schlampig werden lassen. Wer den Ländern und Gemeinden in drei Jahren täglich durch neue gesetzliche Vorschriften neue Aufgaben zuordnet und kein Geld gibt und sich nachher beschwert, daß sie Schulden gemacht haben, muß schon ein ganz eigenartiger Vogel sein.

Am Wochenende haben die Amerikaner es auf der Nato-Sicherheitskonferenz in München nicht an Deutlichkeit mangeln lassen, daß sie als nächstes Ziel der Angriffe in diesem Kampf gegen den Terrorismus den Irak sehen. Gehen Sie mit oder nicht?

Wir sind jedenfalls nicht so unvorsichtig wie der Bundeskanzler, den Amerikanern als erstes uneingeschränkte Solidarität zuzusagen, wenn man mit ihnen noch gar nicht diskutiert hat, was sie vorhaben. Wer mit den Amerikanern nicht genug redet, kann auch ihre Linie nicht beeinflussen. Und wer einfach hinfährt, um seine Bereitschaft zu erklären, ihnen zu Füßen zu liegen, darf sich nicht wundern, wenn anschließend der Ärger groß wird. Wir gehen anders mit den Amis um. Das sind unsere Freunde. Wir Bayern kennen sie besonders gut. Sie waren 40 Jahre bei uns im Land. Sind es heute noch.

Gehen Sie mit den Amis in den Irak, wenn Sie es zu entscheiden hätten oder nicht?

Wenn es eine gute Begründung gibt und wir das gemeinsam vor der Welt vertreten können, ja. Aber das ist vorweg zu klären.

Die Begründung der Amerikaner lautet, in Bagdad sitzt ein Terrorist.

Ja. Die Begründung reicht aber sicherlich nicht aus, um Krieg anzufangen. Sie reicht dann aus, wenn der Angriffspunkt wie in Afghanistan ausdrücklich dort ausgemacht ist. Dazu muß man reden. n

Konkret 03/02, S. 26

Georg Fülberth

Deutsche Lösung

Die derzeitigen Turbulenzen um das Eigentum von Leo Kirch sind unterhaltsamer als alles, was seine Medien senden oder drucken lassen. Sie sind zugleich ein Beitrag zur Sozialkunde

Der zeitgenössische Kapitalismus ist grundsätzlich (und nicht etwa nur dann und wann einmal) schuldenfinanziert. Sonst hätten die vielen Erörterungen über das Verhältnis zwischen Diskontsatz einer- und Konjunkturentwicklung andererseits keinen Sinn. Bonität heißt nicht Bargeld, sondern Kreditwürdigkeit.

Nicht die sogenannte schöpferische Unternehmerpersönlichkeit (Schumpeter) und auch nicht ausschließlich der unmittelbare Ausbeuter fremder Arbeitskraft (Marx) ist die zentrale Figur des aktuellen Kapitalismus, sondern der Gläubiger. Ob einer ein großer Mann wird oder bleibt, hängt davon ab, wie genau die Bank bei der Kreditvergabe hinsieht (Dr. Jürgen Schneider) und ob sie seinen Faden sich verlängern läßt oder ihn doch irgendwann einmal abschneidet (Herstatt und wieder Schneider). Das ist Herrschaft, die sich allerdings auch einmal umkehren kann, indem der Insolvente die bis dahin so mächtigen Leihgeber in Verlegenheit bringt.

Doch auch da besteht noch eine Hierarchie, nämlich die zwischen simplen Außenständen und Großkrediten. Im Fall Schneider zum Beispiel hatten die Handwerker und kleinen Zulieferer, die auf ihren Rechnungen sitzen blieben und deshalb ihre eigenen Schulden nicht bedienen konnten, nichts davon, daß sie zugleich Gläubiger waren, während in der Deutschen Bank bekanntlich von Peanuts gesprochen werden durfte.

Macht beruht nicht darauf, daß man tun kann, was man muß, sondern was man will. Wenn jetzt also von dem Straucheln Kirchs zu handeln ist (er hat 5,6 Milliarden Euro Schulden), sind zugleich die Interessen seiner Gläubiger zu bedenken, die nicht nur von wirtschaftlichen Erwägungen (und gar nicht von eigener Not) bestimmt sind, sondern ebenso von ihrer Freiheit, entweder so zu handeln oder anders. Auch ein paar nichtpekuniäre Rechnungen könnten dabei beglichen werden.

Zum Beispiel im Axel Springer Verlag, der einerseits eine Verkaufsoption von Kirch-Aktien über 767 Millionen Euro hat und das Geld bald haben will, andererseits zu über 40 Prozent in den Händen des bayerischen Partners ist. Vor einigen Jahren ist beklagt worden – auch von fortschrittlicher Seite – , daß sich der reiche Mann über das Erbe des großen Axel Cäsar hergemacht habe und dort auch direkten publizistischen Einfluß ausüben konnte, zum Beispiel auf Personal und Kurs der »Welt«.

Dabei ist allerdings nicht ganz klar, wieso das schlimmer sein soll als das Treiben des Erfinders der »Bildzeitung« selbst. Für diesen könnte allenfalls sprechen, daß er sein verlegerisches Wirken mit laut proklamierten Maximen verband: Antikommunismus, Deutsche Einheit, Freundschaft mit den USA, Verzicht auf Antisemitismus, durch welch letzteren Grundsatz der von ihm dirigierte Teil der Massenpresse nun allerdings wirklich einen gewissen zivilisierenden Einfluß auf die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft ausgeübt haben mag.

Im Vergleich zu Springer wirkt Kirch eher als reiner Geschäftemacher. Wenn er einmal direkt politisch in den Betrieb einzugreifen versuchte und die Absetzung eines Chefredakteurs herbeiführte, wirkte das vor allem plump, als vereinzelte operative Aufwallung einer sonst eher privat vorhandenen stockreaktionären Gesinnung. Anders als Berlusconi wurde Kirch nicht zum Parteigründer, wobei der Unterschied beim näheren Hinsehen auch wieder nicht so groß ist. Den italienischen Kollegen trieb es erst dann endgültig in die Nonprofit-Politik, als dies ein Mittel gegen seine Gläubiger zu sein schien. So kam es zur – auch vom Heiligen Vater begrüßten – Erneuerung Italiens durch einen Kampf gegen die Filzokratie und das Staatsfernsehen RAI. Kirch begnügte sich in erster Linie mit seiner Freundschaft zu Helmut Kohl und wirkt nun manchmal ebenso überständig wie dieser.

Sein Springer-Aktienpaket liegt inzwischen größtenteils als Pfand bei der Deutschen Bank (eine kleinere Portion wohl auch bei der Bayerischen Landesbank). Anfang Februar sah es so aus, als ob der Frankfurter Anteil zum Medienkonzern der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« (»WAZ«; neuer Geschäftsführer: Bodo Hombach) weiterwandern könnte. Diese ist Miteigentümerin von RTL (den größeren Brocken hält Bertelsmann) und machte sich vielleicht sogar Hoffnungen, dem konkurrierenden Sender Sat.1 (Kirch) das Licht auszublasen – ein schwerer Schlag für die Medienzwiefalt bei den Privaten, die im Grundgesetz zu verankern leider vergessen wurde.

Dann ist da noch die Sachen mit Rupert Murdoch, dem australischen Unternehmer mit US-amerikanischem Paß und viel Medienmacht in Großbritannien (»Times«, »Sun«). Für seinen 22-Prozent-Anteil (1,3 Milliarden Euro) an Kirchs »Premiere World« hat er zum 1. Oktober eine Verkaufsoption, will offenbar seinen bisherigen Partner, der kaum zahlen kann, damit in Schwierigkeiten bringen und auf den deutschen Markt expandieren.

Ob das Springer-Unternehmen und Murdoch ebenfalls irgendwo in der Kreide stehen und bei wem, wäre des Nachforschens wert. Gedenken wir bei dieser Gelegenheit des einstigen Medienzaren Robert Maxwell, der 1991 überschuldet unter ungeklärten Umständen über die Reling seiner Yacht ging. Und über die Verlegerwitwe und -erbin

Friede Springer schreibt die »Financial Times Deutschland«: »Wegen der angespannten Finzlage des Konzerns bringt ihre Dividende höchstens genug zum Bedienen der alten Kredite ein.«

In erster Linie Gläubiger zu sein, ist aber auch kein reines Vergnügen. Das spüren jetzt die Banken, bei denen Kirch seine Miesen hat. In welchem Ausmaß diese beigetrieben werden können, hängt unter anderem vom Aktienkurs seiner Vermögenswerte ab, die ja die Sicherheiten bieten sollen. Das heißt: Der Kredit treibt zwar die Börse und die dort gehandelten Unternehmen, diese beeinflussen umgekehrt aber auch wieder ihn. Die Verkaufsoptionen von Springer und Murdoch sind ihrerseits unter anderem Spekulation: Wetten von gestern auf den Aktienkurs von morgen.

Die Kirch-Krise wurde durch eine Ankündigung des derzeitigen Chefs der Deutschen Bank, Breuer, verschärft: Er gehe davon aus, daß die Geldinstitute nichts mehr an ihren Großschuldner geben. Der bayerischen Landesbank hilft das nicht, im Gegenteil: Es vergrößert die Gefahr für sie. Bei ihr ist nämlich Kirch mit etwa zwei Milliarden Euro am stärksten verschuldet. Fällt er, ist der Schaden für sie besonders schlimm – und damit auch für den Ministerpräsidenten Stoiber.

Eine Insolvenz Kirchs – also eines bayerischen Unternehmers – wäre schädlich für den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, insbesondere dann, wenn die Landesbank überdies in Mitleidenschaft gezogen werden sollte.

Auch der deutsche Fußball könnte Schaden nehmen. Die Vereine der ersten und mehr noch der zweiten Bundesliga hängen nämlich – vertreten durch ihre Verwertungs-gesellschaft, die »Deutsche Fußball-Liga« (DLF) – am Tropf von »Premiere World«. Falls der alte Pate blank ist und sich keine neuen finden, darf noch einmal an eine Empfehlung erinnert werden, die den Clubs vor Jahren die Deutsche Genossenschafts-Bank gab und der diese zumeist doch nicht so recht folgen wollen: Sie sollten an die Börse gehen und sich dort Geld holen. Natürlich ist dies mit neuen Risiken verbunden, und nicht nur auf den Spielfeldern, sondern auch in den Vereinsvorständen herrscht, wie man weiß, Beamtenmentalität. Man wäre jetzt wohl sogar froh, wenn die bislang so schofel behandelten Öffentlich-Rechtlichen einspringen würden. Die haben aber nicht die Mittel, um Kirchs bisherige Rolle zu übernehmen – es sei denn, sie erhöhen die Gebühren. Daß mit dem DFB-Präsidenten Mayer-Vorfelder eine weitere Kohl-Kirch-Figur Probleme bekommen hat, paßt ins Bild und freut doch sehr.

Wie immer wird in Zusammenhang mit der Krise des Medienkonzerns auch von Arbeitsplätzen, die gerettet werden müssen, gesprochen (unter anderem von der wortgewaltigen Bayern-SPD), aber das ist das übliche Gerede: Selbstverständlich wird es auch bei einer Sanierung Entlassungen geben.

Ein vollständiger Zusammenbruch Kirchs aber wird wahrscheinlich nicht stattfinden. Die Gläubiger und sonstigen Partner können anderes besser brauchen als seine Insolvenz: Axel Cäsars Erben wollen ihn – egal, ob er pleite geht oder nicht – als Aktionär aus ihrem eigenen Unternehmen kippen, Murdoch, Bertelsmann, die »WAZ«-Gruppe (und vielleicht Burda) hätten gern intakte Teile des Konzerns, die Deutsche Bank muß wünschen, daß die bei ihr deponierten Anteile nicht in den Keller gehen. Weiche Landung wäre also besser. Bei einer Hauruck-Sanierung in letzter Minute – wie bei Holzmann – hätte Stoiber zu fürchten, daß Schröder daraus einen Wahlkampfschlager für sich selbst macht.

Und siehe da: Schon ist bekannt geworden, daß sich Kirch Ende vergangenen Jahres mit dem Kanzler getroffen hat. Und im Februar 2002 kolportierte der »Spiegel«, daß danach in Hannover eine Art Geheimkonferenz Schröders mit Breuer (Deutsche Bank), Middelhoff (Bertelsmann) und dem starken Mann der »WAZ«-Gruppe, Schumann, stattgefunden habe.

Der Kanzler wollte diesen Bericht nicht bestätigen lassen. Die vorzeitige Bekanntgabe konnte ihm nicht recht sein: Ein Rettercoup mit Ansage ist keiner mehr. Geht es schief, steht Schröder gar mit als Verlierer da. Sein Engagement, bei dem über das Haus Springer immerhin zu vierzig Prozent mitverfügt werden sollte, erklärt vielleicht, weshalb ihn die »Bildzeitung« derzeitig besonders stark wegen seiner Verwandtschaft und der vier Millionen Arbeitslosen piesackt.

Wir sehen also: der Staat ist schon mit drin im Spiel. Es geht inzwischen wieder einmal um Deutschland. Wenn Fritz Pleitgen von der ARD jetzt eine Kirch-Rettung befürwortet, ist das wohl keine Heuchelei und nicht nur Bosheit gegen die Springer-Familie, die alte Feindin der Öffentlich-Rechtlichen. Ziel ist eine »deutsche Lösung« (Werner Schmidt, Bayerische Landesbank, laut »FAZ«): Sicherung des Luftraums vor den angelsächsischen medialen Bombenteppichen (die, kämen sie wirklich, aber nach wie vor weitgehend von denselben deutschen Redaktionspiloten placiert würden wie bisher). Der Feind heißt Murdoch.

Schröders Leute aus dem Umfeld der »WAZ«-Gruppe bliesen Werner Schmidts Wort von der »deutschen Lösung« noch ein bißchen auf. Es heißt jetzt« »nationale Lösung«. Am liebsten wäre ihnen wohl eine Neuorganisation des deutschen Medienmarktes und seines Verhältnisses zur Politik. Die jüngere Geschichte von Volksaufklärung und Propaganda im bürgerlichen Deutschland könnte dann so geschrieben werden: Hitler/Goebbels = Volksempfänger; Adenauer = Springer; Brandt/Schmidt = ARD/ZDF; Kohl = Kirch, Schröder = Bertelsmann/

»WAZ«.

Aber das war dann doch nur eine kurze Träumerei an sozialdemokratischen Kaminen, zumal Friede Springer ein Vetorecht beim Verkauf des 40-Prozent-Anteils hat. Am zweiten Februar-Wochenende ist sogar wieder eine bayerische Karte gespielt worden. Die Hypovereinsbank, das größte Geldinstitut des Südstaats, bot Kirch für seine Springer-Aktien 1,1 Milliarden

Euro an – das liegt weit über dem gegenwärtigen Börsenwert. Damit schien zumindest ein sofortiges Ende abgewendet. Kirch konnte frech werden und erklären, er wolle ein bißchen warten und zusehen, ob noch ein höheres Gebot kommt.

Hier wollen wir abbrechen. Die Nachrichten mögen sich weiter überschlagen, aber sie bleiben auf dem (fliegenden) Teppich des Schulden-und-Gläubiger-Kapitalismus. Das ist, wenn Sie mich fragen, wichtiger als der Meinungsaustausch darüber, ob es zu einer deutschen, einer bayerischen oder irgendeiner sonstigen national, regional oder personal maskierten Lösung kommt.

Georg Fülberth erklärte in KONKRET 2/02, wie Außenpolitik funktioniert

Konkret 03/02, S. 28

Michael Schilling

Spy vs. Spy

Konspirationstheoretiker! Wer sich den Vorwurf einfängt, darf ausgelacht werden. Anstatt dem Regierungssprecher und seinen Leitartiklern zu glauben oder, wenn er partout nicht glauben will, die sozialökonomischen Interessen des Weltgeists dialektisch-materialistisch zu analysieren, wittert er überall Dunkelmänner und finstere Verschwörung. Das ist komisch.

Ein bißchen komischer vielleicht ist, daß Verschwörungen, die der Regierungssprecher und seine Leitartikler bekanntgeben, mit ernstesten Mienen entgegengenommen werden. Es scheint eine Konspirationstheorie auszuzeichnen, daß sie nur dann eine ist, wenn sie von den falschen Leuten verbreitet wird, zum Beispiel von einem abgehalfterten Staatssekretär des Verteidigungsministers, nicht aber, wenn ein amtierender Präsident fünf Minuten nach einem Anschlag und noch ohne jedes Beweismittel den Täter mit Vor- und Familiennamen nennt. Das jüngste Amendment der demokratischen Welt lautet demgemäß: Konspirationstheoretiker sind immer die andern. Da aber, ist der Ruf erst ruiniert, es sich ganz ungeniert theoretisieren läßt, woll'n wir mal:

Und äußern den Verdacht, daß die paar zehntausend offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der deutschen Geheimdienste für ihre paar hundert Millionen Euro pro Legislaturperiode auch anderes tun als nur Zeitungsausschnitte abzuheften. Vorgänge, die im Verlauf des Verfahrens gegen die NPD bekanntgeworden sind, scheinen das zu bestätigen. In fast jedem Fall, da ein Funktionär genug braunen Dreck verzapft hat, um als Zeuge für die Verfassungswidrigkeit der Nazipartei zu taugen, stellt sich heraus, daß er zugleich Mitarbeiter des Bundesamts oder eines Landesamts für Verfassungsschutz war oder ist. Einen alten Konspirationstheoretiker könnte das auf die Idee bringen, daß es sich bei der NPD um eine Bündnis-Vorfeld- oder Tarnorganisation des Verfassungsschutzes handelt, und auf die andere, daß bei dem sehr viel größeren Interesse, das deutsche Dienste an der Linken haben, einige der kommunistischen Parteien aus den siebziger Jahren geradezu Gründungen des Verfassungsschutzes gewesen sein dürften. Es ließen sich einige kommunistische Karrieren dann noch besser verstehen.

Zum Beispiel die des Volksgenossen Horst Mahler. Wer hatte den Burschenschaftler mit dem Mundwerk eines Fuchsmajors erst in den SDS, dann in den Republikanischen Club und schließlich zur RAF geschickt? Wer hat ihn aus dem Gefängnis geholt und wieder Anwalt werden lassen? Wer hat ihn bei der NPD eingeloggt? Fragen eines Konspirationstheoretikers. Hätte er recht, könnte es in Karlsruhe noch lustig werden.

Konkret 03/02, S. 29

Rainer Trampert

Ein herzloser Schwiegersohn

Warum die US-Regierung den Energiekonzern Enron hat pleite gehen lassen. Und ob das der RWE in Deutschland auch passieren könnte?

Die Enron wurde mit Erdgas und Strom in nur 15 Jahren siebtgrößter US-Konzern, dann ging sie baden, obwohl sie viele Freunde in der Regierung hatte. Wie ist das möglich? Der Chef, Kenneth Lay, war der größte Sponsor von George W. Bush. Der Präsident nannte ihn zum Geburtstag »Kenny-Boy«. Ganz schön alt sei er geworden, »wow! Aber Gott sei Dank hast du ja ein junge, hübsche Frau.« Jedes zweite Mitglied im Repräsentantenhaus und drei Viertel der Senatoren kassierten Enron-Spenden.

Von »Crony Capitalism« ist die Rede. Crony ist ein Kumpel. Bush kommt aus der Ölbranche und seine Regierung ist tatsächlich voller Kumpel. Von Enron holte er Robert Zoellick (Handelsbeauftragter), Thomas White (Armeeminister) und Lawrence Lindsey, seinen Wirtschaftsberater. Vice-Präsident Cheney war Manager bei Chevron-Texaco, dem zweitgrößten Energiekonzern der Welt, und besitzt mit »Haliburton« einen Pipelinebau-Konzern. Sicherheitsberaterin Rice war im Aufsichtsrat der Chevron. Der größte Tanker des Konzerns wurde auf ihren Namen getauft. Von den beiden mußte man nicht erwarten, daß sie den Konkurrenten retteten. Aber warum rührten die Enron-Freunde keine Hand?

Als Enron wackelte, verkaufte das leitende Personal klammheimlich seine Firmenaktien und bat die Freunde in der Regierung um Hilfe. Aber die waren plötzlich keine mehr. Als Clifford Baxter, der Vizechef von Enron, mit einem Kopfschuß in seinem Mercedes tot aufgefunden wurde, sagte Bush: »Ich bin außer mir. Meine eigene Schwiegermutter kaufte letzten Sommer für 8.000 Dollar Enron-Aktien, und nun sind sie wertlos.« Lindsey sprach gelassen vom »Tribut des amerikanischen Kapitalismus« und Finanzminister O'Neill winkte ab: »Firmen kommen und gehen.« Das Geniale am Kapitalismus sei eben: »Menschen dürfen gute oder schlechte Entscheidungen treffen und müssen dafür zahlen.« Die einen mehr, die andern weniger. Die Chefs haben aus dem Verkauf ihrer Aktien über eine Milliarde Dollar herausgeholt, die Angestellten verloren ihre Altersrenten.

Der »Crony Capitalism« hat schon bessere Zeiten erlebt. Bill Clinton war bereit, für seinen Sponsor »Chiquita Bananas« einen Handelskrieg mit Europa anzufangen. Jimmy Carter griff Lee A. Iacocca, der gerade von Ford zu Chrysler gewechselt war, mit vier Milliarden Dollar unter die Arme, woraufhin Iacocca sagte: Bei Ford, als »die Geschäfte gut gelaufen sind«, habe er »die Republikaner favorisiert«, aber »seit ich zu Chrysler gekommen bin, tendiere ich mehr zu den Demokraten«. Waren die Demokraten die besseren Kumpels des Kapitals? Nein, auch mit ihnen wäre Enron wohl untergegangen.

Überhaupt sollte dem »Crony Capitalism« der Mythos genommen werden. In den USA wird häufiger als bei uns von der Wirtschaft in die Politik gewechselt. Robert McNamara zum Beispiel, der Präsident des Ford-Konzerns, wechselte im Vietnamkrieg auf den Stuhl des Kriegsministers. Konzerne und Staat bilden eine Einheit. Die herrschende Klasse teilt sich zwar auf in eine Abteilung, die das Kapital vermehrt, und in eine andere, die die dazu passende Politik macht. Aber warum soll der Ford-Chef nicht einen Krieg und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht die Jenoptik managen können?

Warum dann wurde Enron fallengelassen? Das Schiff schlug zur falschen Zeit leck. Der Präsident führt gerade Krieg und durfte seine Heldenrolle nicht durch den Verdacht mafioser Handlungen beschädigen. Vielleicht auch versteht die Regierung etwas von Wirtschaft und weiß, daß eine Rezession zu jener schöpferischen Zerstörung da ist, von der Schumpeter sprach. Ein Staat, der Geld aus profitablen Sektoren in schwache Firmen steckt, dehnt den maroden Teil der Ökonomie aus und trägt so zur Verlängerung oder Vertiefung der Krise bei. Statt mit Enron das Defizit zu pflegen, überläßt man den Kadaver lieber solchen Unternehmen, die sich als profitabel erwiesen haben. Das steigert den Gesamtprofit. Auf den ersten Blick scheint es unlogisch, daß die US-Regierung den Staat wieder verschuldet, um das Waffenarsenal aufzustocken. Doch die Produktion von Waffen ist dann kein falscher Keynesianismus, wenn sie eingesetzt werden, um woanders Profitmasse und Produktionen mit niedrigerer organischer Zusammensetzung zu rauben.

So vernünftig der Ruin für die Krisenbereinigung ist, man kann sich nicht vorstellen, daß die deutsche Regierung etwa den Stromriesen RWE pleite gehen ließe. Das deutsche Modell unterscheidet sich vom amerikanischen nicht im Wesen, aber manchmal überlagert das nationale Pathos den ökonomischen Darwinismus. Die Wiedervereinigung Deutschlands war derart über alles, daß die DDR, die mit offener Konkurrenz und D-Mark auf das Niveau der spanischen Estremadura zurückgeworfen wurde, aus nationaler Verantwortung durchgefüttert werden mußte. Das belastete die profitablen Sektoren im Westen. Schon dem in der Hitliste unwichtigen Laden »Holzmann« wurde geholfen.

Mit einem eher sozialen Kapitalismus hat das aber nichts zu tun. Deutschland hat Nachholbedarf bei der Beseitigung dessen, was an der Front zum »Bösen« gewährt worden war: Lohnfortzahlung, kürzere Arbeitszeiten, längerer Urlaub. Firmenrettungen fördern die Akzeptanz. Es gibt sie ausnahmslos nur im Paket mit der Beseitigung der Sozial- und

Tarifleistungen. Der Osten wird alimentiert, ist aber zugleich Modell für die 60-Stunden-Woche – 12 Stunden unbezahlt. Beim VW-Modell »5.000 mal 5.000« übernehmen die Arbeiter für 20 Prozent weniger Lohn das Unternehmerrisiko. Sie müssen Mängel in der Verarbeitungsqualität ohne Lohn beheben. Bei Holzmann wurden verlängerte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich vereinbart. Die Arbeiter sangen begeistert nach der Melodie des Deutschlandliedes: »Holzmann, Holzmann, über alles« und jubelten: »Gerhard, Gerhard, Gerhard«. Diese Symbiose aus Opferbereitschaft und Führerkult beschleunigt die Rückverteilung von Wert aus dem Sozialen in den Profitsektor, und selbst das, was den Kapitalismus vorübergehend belastet, könnte sich in der volksgemeinschaftlichen Endabrechnung auszahlen.

Konkret 03/02, S. 30

Oliver Tolmein

Grunds□ t□ lich □ bern Rubikon

Die Abgeordneten aller Parteien haben sich unterm Beifall der Leitartikler □ ieder einmal best□ tigt, eine Debatte □ auf hohem Niveau□ gef□ hrt □ u haben. Sie □ ar danach

Während die meisten Redner im Bundestag über Menschenwürde und Gewissen philosophierten, nutzte der bündnisgrüne Abgeordnete Schmidt (Hitzhofen) am 30. Januar die Gelegenheit, Redefreiheit der besonderen Art zu praktizieren und die Forschung übers Wasser zu schicken: »Mit der Forschung an embryonalen Stammzellen wird ein ethischer Rubikon überschritten.« Klassische Bildung hin, Pisa-Studie her – auf den rechten Glauben kommt es an, und so konterte Christoph Matschie (SPD) gelassen: »Ich glaube nicht, daß es von vornherein verwerflich ist und daß der Rubikon überschritten wird.« Eine Auffassung, die seinen Fraktionskollegen Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) zu einem Parforceritt über den Metaphernparcours anspornte: »Wir brauchen einen starken Standpunkt, damit aus dem, was wir als Anker des Embryonenschutzgesetzes haben, kein Treibanker wird, der uns absichtlich unabsichtlich über den Rubikon führt.«

Der Treibanker als Führer, an einem 30. Januar und eingedenk des Bürgerkrieges, den Cäsar mit seinem Heerzug über den Rubikon auslösen wollte – das ist unabsichtlich-absichtlich klar gesprochen. Daß die deutschen Abgeordneten des Bundestags in der Debatte über den Import menschlicher embryonaler Stammzellen sich nicht nur aus Fraktionsdisziplin lösen, sondern auch von Grammatik und Semantik befreien würden, stand zu befürchten. Es stürzt den Leser aber nicht zuallererst in eine gedankliche Krise, wenn Monika Knoche formuliert: »Wir haben die Aufgabe, eine menschenrechtlich relevante Frage in einem werteprogressiven Sinn zu beantworten« – der Weg vom äußerst allgemein gehaltenen Bedenken führt nur nicht zur Auseinandersetzung mit dem, was das Besondere am heftig umstrittenen, nunmehr vom Parlament beschlossenen Antrag ausmacht, der den geradezu idealtypischen Ja-Aber-Titel trägt: »Import humaner embryonaler Stammzellen grundsätzlich verbieten und nur unter engen Voraussetzungen zulassen« (Drucksache 14/8102).

Der Antrag des Dreigestirns Böhmer (CDU), von Renesse (SPD) und Fischer (Grüne) ist nicht nur unsinnig, weil schon eine etwas gründlichere Beschäftigung mit den Forschungsvorhaben, über die nun seit Monaten diskutiert wird, deutlich macht, daß die vorhandenen Stammzellinien keinesfalls für das ausreichen können, was die Wissenschaftler, wenn sie dieses Experimentierfeld betreten wollen, machen müssen. Auch die in den Mittelpunkt des Antrags gestellte Behauptung, »kein Embryo wird durch unsere Regelung geschädigt, sondern wir nutzen das Vorhandene« (von Renesse), kann es an vorstellungsarmem Pragmatismus mit dem evangelikalen Flachsinn eines Peter Hintze aufnehmen, dem alles recht ist, wenn es sich nur als »Ja zur Heilung des Gegenüber« verkaufen läßt. Weitaus bedenklicher aber ist die in den Beschluß eingerückte, möglicherweise als hohe Hürde für den Import begriffene Bedingung, daß die Stammzellen aus dem menschlichen Embryo nur gewonnen werden dürften, wenn das »Einverständnis der Eltern« vorliege. Diese Klausel birgt, blickt man über die aktuelle Debatte hinaus, gesellschaftspolitischen und bioethischen Sprengstoff der besonderen Art.

Dabei klingt die Bedingung beim ersten Hören durchaus sinnvoll: Der Embryo ist aus Ei und Sperma seiner Eltern erzeugt; wenn er nicht implantiert wird, muß irgend etwas mit ihm geschehen, und da er selbst nicht entscheiden kann – warum sollen es nicht der Mann und die Frau entscheiden, die seine Erzeugung veranlaßt haben. Bei gründlicherer Überlegung allerdings erscheint, was als eine Bedingung formuliert worden ist, die Experimenten mit Embryonen Einhalt gebieten soll, als Ermächtigung: Die Erzeuger des Embryos entscheiden hier nicht irgend etwas, sie beschließen nicht, den Embryo, bis bessere Zeiten kommen, ins Eis zu schicken oder ihn, weil sie ihn nicht mehr brauchen, wegzuspülen. Sie wollen, daß er, wenn er denn seinen eigentlichen guten Zweck nicht erfüllen kann, dann doch für weitere gute Zwecke zur Verfügung steht. Die letzten D-Mark für Unicef, die überzähligen Embryonen für die Grundlagenforschung ... Eltern können damit Kinder nicht mehr nur zur Fortpflanzung zeugen, sie können die Embryonen auch zur sonstigen Nutzung herstellen. Damit, das ist die Essenz dieser Passage, können sie auch bestimmen, daß der Embryo fremdnützig verbraucht wird. Er wird zum Material.

Diese Verfügungsmacht ist im deutschen Recht beispiellos. Bislang hatte allenfalls die in körperlicher Einheit mit dem Embryo lebende schwangere Frau das Recht, dessen Leben durch den Abbruch der Schwangerschaft zu beenden. Jetzt wird die Verfügungsmacht von der Schwangerschaft entkoppelt, ausgeweitet und zusätzlich auf den Mann übertragen. Es wird nicht nur entschieden, daß es zu keiner Schwangerschaft kommt, sondern welchen Nutzen dieser Embryo sonst noch bringen soll. So viel Macht qua biologischer Verbundenheit war nie: Weder das Familien- noch das Betreuungsrecht gewähren auch nur annähernd vergleichbare Rechte, und auch dem Medizinrecht sind so weitreichende Ermächtigungen unbekannt. Eltern ist es versagt, für ihr Kind die Einwilligung zur Teilnahme an fremdnützigen Forschungsvorhaben zu geben, sie dürfen es nicht sterilisieren lassen und sie haben auch kein Züchtigungsrecht. Nun ist der Embryo kein Kind, er ist aber auch kein Nichts – und vor allem war er bislang, in welchem Stadium auch immer, kein Eigentum, das seine Eltern anderen zur Nutzbarmachung überantworten durften.

In der bioethischen Debatte gibt es die Tendenz, den Angehörigen weitgehende Verfügungsrechte über menschliches Leben zuzugestehen. Mütter sollen im Zuge der Pränataldiagnose entscheiden, ob ein Kind mit bestimmten Behinderungen zur Welt kommen soll; die Präimplantationsdiagnose ermöglicht Eltern aus einer Mehrzahl von Embryonen den auszuwählen, der ihnen, aus welchen Gründen auch immer, am geeignetsten erscheint; etliche Bioethiker wollen Eltern auch nach der Geburt eines Kindes noch ein Entscheidungsrecht über Leben und Tod gewähren; weitgehend anerkannt ist, daß Angehörige das Recht haben sollen, den Abbruch der Ernährung oder sonstiger Behandlungsmaßnahmen bei Menschen im Wachkoma zu entscheiden; nach Auffassung vieler Bioethiker sollen Angehörige auch entscheiden, ob nach der Hirntod-Diagnose Organe für Spenden entnommen werden können.

Die Rede von der »sanften Macht der Familie« erhält so im bioethischen Kontext ihre ganz eigene Bedeutung. Die Familie soll als Keimzelle der Gesellschaft funktionieren, die sich ohne Einsatz direkter staatlicher Gewalt optimal organisiert. Der Staat sichert durch seine Verlagerung sozialer Lasten in die Familie – bei gleichzeitiger Garantie der Nichteinmischung – , daß hier die Entscheidungen getroffen werden, die sich als politische Entscheidungen kaum durchsetzen ließen.

Die Entscheidung, die den Import der Stammzellen zuläßt und die Verfügungsbefugnis über die Embryonen den biologischen Eltern zuweist, ist in diesem Kontext zu verstehen. Es geht um weitreichende Entscheidungsbefugnisse über Leben, Entscheidungsbefugnisse, die über die sonst im bioethischen Diskurs üblichen Notstandsszenarien bei Gefahr und Rettung durch Instrumentalisierung eines anderen deutlich hinausgehen. Es ist nicht anzunehmen, daß das schwarz-rot-grüne Dreigestirn seinen Antrag als Verwirklichung eines solchen geheimen Plans verstanden hat. Wahrscheinlicher ist, daß ihm die Brisanz der vorgeschlagenen Regelung gar nicht bewußt war. Das aber zeigt deutlicher als die schwulstigen Redebeiträge, in denen keine Minute ohne einen Appell an die Menschenwürde verging, was die Stunde geschlagen hat und wem.

Die Debatte fand, Zufall oder nicht, am 30. Januar statt. Und sie stand, wie viele deutsche Debatten über Bioethik, auch im Zeichen der Befreiung von der eigenen Geschichte. Einer Befreiung durch Verschweigen, denn mit keinem Wort wurde der Medizin im Nationalsozialismus gedacht, die Menschen grausam und rücksichtslos wie niemals zuvor und niemals danach zum Mittel der Forschung gemacht hat. Wirklich kein Wort? Margot von Renesse, hat den Exkurs in die Vergangenheit, die vergehen soll, gewagt. Billigen Abgeordnete, die jetzt der Nutzung von vorhandenen Stammzellinien das Wort reden, die durch die Zerstörung von menschlichen Embryonen gewonnen wurden, diese Zerstörung nachträglich? Der Abgeordneten fiel kein Argument und keine Antwort ein, aber eine Gegenfrage: »Billigen wir die KZ-Menschenversuche, weil auch bis heute – im übrigen klägliche – Erkenntnisse aus der damaligen Zeit verwendet werden?«

Bemerkenswert gefragt, geriet so doch die Debatte über die Nutzung der menschlichen embryonalen Stammzellen in den Kontext, in den sie gehört. Nicht weil das eine und das andere gleichzusetzen wäre – aber neben vielen Unterschieden gibt es auch Gemeinsamkeiten. Überdies wäre ja interessant zu wissen, warum Frau von Renesse die Antwort auf ihre Frage nicht einfiel: Ja. Wir hätten wenig verloren, wenn die Ergebnisse dieser Medizin, in der Heilen und Vernichten so eng verkoppelt waren, verschlossen und vergessen und worden wären. Denn daß die Ergebnisse der KZ-Menschenversuche kläglich waren, hängt ja nicht mit der falschen weltanschaulichen Gesinnung der Wissenschaftler, sondern unter anderem mit ihrem reduktionistisch-mechanistischen Bild vom Menschen zusammen. Das aber ist es wohl, das in viel zu vielen Labors und Kliniken überdauert hat und dazu führt, daß sich Forschung heute noch auf klägliche Erkenntnisse aus dieser Zeit beruft.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 1/02 über das Kind als Schadensfall

Konkret 03/02, S. 32

Philipp Thiée

Das Recht des Stärkeren

Der »Satanistenprozeß« zeigt, wie die Justiz von Resozialisierung auf Feindstrafrecht umstellt

»Gibt es den Teufel wirklich?« fragte die »Bildzeitung«. Und wußte die Antwort: »Heute nach Hitler, Stalin und Pol Pot, Millionen Drogenopfern und den Terroranschlägen vom 11. September beschleicht auch Nicht-Christen der Verdacht, daß der Teufel lebt ... Der Teufel 2002 ... steht als Drogendealer im Park und mit dem Baseballschläger vor dem Asylantenheim. Er stiftet ... Irrgläubige zu Satansmorden und Strenggläubige zu Terroranschlägen an ... Als Philosoph macht er den Mensch zum Maß aller Dinge.«

Was war geschehen? Die Staatsanwaltschaft hatte Manuela und Daniel R. vor dem Landgericht Bochum angeklagt, einen Arbeitskollegen umgebracht zu haben. Die Gutachter erklärten die Angeklagten, die sich für Krieger des Satans halten, für beschränkt schuldfähig. Ein kriminologischer Fall, der es in seiner gesellschaftlichen Irrelevanz nur noch mit Sexualmorden an Kindern aufnehmen kann. Und der doch beispielhaft zeigt, wohin Strafprozesse mehr und mehr tendieren: zur Befriedigung von Rachebedürfnissen und der Selbstbestätigung der Rechtstreuen.

Im legendären Jahr 1968 schrieb der »Spiegel«-Gerichtsreporter Gerhard Mauz (in *Die Gerechten und die Gerichteten*): »Vom Straftäter wird gesagt, er habe sich aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Der Gerichtsberichterstatter muß daran erinnern, daß alle Taten und Täter von der Gemeinschaft umschlossen sind ... Strafrecht und Strafprozeßordnung mögen wie auch immer beschaffen sein: Nur wenn sie keine Kluft zwischen den Gerechten und den Gerichteten öffnen, sind sie erträglich ... Unsere sogenannten Gesetze sind nur Übereinkünfte ... Doch wo die Gerechten in den Übereinkünften mehr als Übereinkünfte sehen, muß er protestieren.«

Mauz markierte einen Aufbruch in der Strafrechtspflege, welche die Rechtfertigung von Strafe nicht mehr im Ausschluß aus der Gesellschaft, in Rache und Abschreckung suchte. Wenn auch nur zögerlich und unter heftigen Widerständen setzte sich in den siebziger Jahren Resozialisierung als Strafzweck durch. Wenn der Staat auf eine Übeltat reagieren durfte, indem er dem Täter ein Übel zufügt, so sollte am Ende doch etwas Gutes herauskommen.

Dieser Strafzweck war eingebunden in bestimmte Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit. Die Grundannahme bürgerlicher Rechtsideologie war die Privatautonomie des Individuums, welches sich selbst reguliert. Als sich diese Idee in Wirklichkeit zu oft blamierte, erkannte man die Notwendigkeit, das Individuum sozialstaatlich zu stabilisieren. Autonomiedefizite des einzelnen sollten gesetzlich ausgeglichen werden, ökonomisch Abhängige beispielsweise durch Arbeits- oder Mietrecht geschützt werden. Auch der Straftäter war nicht mehr bloß der unerklärlich Böse, sondern auch ein Produkt sozialer Verhältnisse. Daß man ihn als jemanden begriff, der letztlich die gleichen Hoffnungen und Ziele wie der gerechte Bürger hatte, sie nur auf krummen Wegen verfolgte, machte sein Handeln erklär- und therapierbar: Man mußte ihm nur die Möglichkeit wiedergeben, seine Freiheit normkonform zu gebrauchen. Es schien theoretisch möglich, Strafe als Übelzufügung abzuschaffen und durch ein soziales Interventionsrecht zu ersetzen.

Zwar ist – in einer inhumanen Gesellschaft – die Vorstellung, man könne den einzelnen humanisieren, reichlich absurd, und Gefängnis wie Therapie bleiben in der Praxis eher eine erzwungene Verbeugung vor den herrschenden Normen denn Quelle neu errungener Willensfreiheit. Doch immerhin wurde der Täter damals als Mensch und der Mensch als soziales Wesen wahrgenommen.

Wie vorherzusehen, schaffte die Resozialisierung das Verbrechen nicht ab. Und so fing man an, von einer Krise des öffentlichen Strafanspruches zu sprechen. Heute muß man Studenten der Rechtswissenschaften nicht mehr erklären, warum man straft, sondern warum man nicht viel öfter straft, stellt der Bundesverfassungsrichter Winfried Hassemer fest.

Strafe soll nicht mehr auf den Straftäter wirken, sondern auf den Gerechten, den Rechtstreuen, dessen Normstabilität und Normvertrauen sie stärken soll. »Integrationsprävention« ist das neue Ziel, statt resozialisierender Spezialprävention. Die Rechtstreuen sollen durch die Bestrafung des Täters darin bestätigt werden, daß ihre Normen noch Bestand haben.

Der konservative Bonner Rechtstheoretiker Günther Jakobs erklärt, die Strafe müsse die Identität der Gesellschaft bestätigen. Die postmoderne Gesellschaft habe keine wirklich wirksamen verbindlichen und Gemeinschaft stiftenden und damit dem einzelnen Schutz bietenden Maßstäbe wie Religion oder auch Nation mehr. Um so dringender brauche der einzelne heute Vertrauen in das Bestehen von Normen. »Wer als Person behandelt werden will«, meint Jakobs, »muß seinerseits eine gewisse kognitive Garantie dafür geben, daß er sich als Person verhalten wird. Bleibt diese Garantie aus oder wird sie sogar ausdrücklich verweigert, wandelt sich das Strafrecht von einer Reaktion der Gesellschaft auf die Tat eines ihrer Mitglieder zu einer Reaktion gegen einen Feind.«

Wer ist dieser Feind? »Der Feind ist ein Individuum, das sich in einem nicht nur beiläufigen Maß in seiner Haltung (Sexualdelikte) ... oder seinem Erwerbsleben (Wirtschaftskriminalität, organisierte Kriminalität, insbesondere auch Rauschgiftkriminalität) oder, hauptsächlich, durch seine Einbindung in eine Organisation (Terrorismus, organisierte

Kriminalität, abermals Rauschgiftkriminalität) ... vermutlich dauerhaft vom Recht abgewandt hat und insoweit die kognitive Mindestsicherheit personellen Verhaltens nicht garantiert und dieses Defizit durch sein Verhalten demonstriert« (Jakobs).

Was so akademisch klingt, ist längst praktisch geübt – im polizeilich-juristischen Kampf gegen die KPD in den fünfziger Jahren, gegen die RAF in Siebzigern, gegen die »Rauschgiftkriminalität« in den Achtzigern, gegen die Organisierte Kriminalität und »Perverse« in den Neunzigern und derzeit gegen die Schläfer der Al-Qaida. Jakobs liefert nur die Analyse hinterher. Drei Punkte sind es, die das Feindstrafrecht von heute ausmachen.

1. Vorverlagerung der Strafbarkeit bei sogenannten Gefährdungsdelikten (129,129a StGB, Betäubungsmittelgersetz, Ausländerrecht, Umweltstrafrecht usw.). Kriminalisiert werden die Vorbereitung und Situationen, aus denen heraus Straftaten begangen werden könnten, die vielleicht noch nicht einmal geplant sind. So impliziert der Besitz einer nicht geringen Menge an Drogen die Wahrscheinlichkeit des Handels und wird entsprechend bestraft. Straftaten werden »nicht als Güterverletzung« verstanden, sondern »als Verletzung der Rechtlichkeit« (Jakobs).

2. Übergang vom Strafgesetz zu Bekämpfungsgesetzen, zum Beispiel dem Gesetz zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität von 1992 und dem Sicherheitspaket von 2002.

3. Abbau prozessualer Garantien und weitere Eingriffsmöglichkeiten in Grundrechte.

Zu diesem Gesang von der Dämonisierung der Täter paßt das Klagelied vom Täterschutz. Eines hat die alte Law-and-Order-Politik mit dem, was sich früher neue soziale Bewegungen nannte, gemein. Es geht beiden formal darum, die Rechte des einzelnen zu schützen vor allerlei verdinglicht begriffenen sozialen Problemlagen, die als individuell zugeschriebene Verbrechen wahrgenommen werden.

Für Jan Philipp Reemtsma, der seit seiner Entführung ein »Recht des Opfers auf die Bestrafung des Täters« propagiert, erscheint es so, daß für »das Opfer eines Verbrechens ... die Bestrafung des Täters keine Wiedergutmachung (ist), sondern die Abwendung weiteren Schadens. ... Das Recht des Opfers auf die Bestrafung des Täters erwächst aus der Pflicht des Staates, den sozialen Schaden, den ein Verbrechen anrichtet, zu begrenzen. Für das Opfer ... besteht der hier zur Debatte stehende Schaden in den psychischen Folgen erlebter Orientierungslosigkeit aufgrund plötzlich erfahrener Rechtlosigkeit.« So kehrt eine voraufklärerische Rachemythologie ins Recht zurück.

»Der Schutz der Schwächeren durch das Recht wird einen Schwerpunkt meiner Arbeit bilden«, erklärte die sozialdemokratische Justizministerin Herta Däubler-Gmelin anläßlich des Inkrafttretens des Zeugenschutzgesetzes 1998. Der Schwächere ist freilich nicht der, der dem staatlichen Gewaltmonopol gegenübersteht, sondern der diesem ergebene Bürger. Recht erscheint nicht mehr als etwas, was der Macht und den Herrschenden in langen historischen Kämpfen abgerungen wurde, sondern primär als etwas, was die Obrigkeit garantiert.

Im rechtsstaatlichen Strafverfahren spricht man, um Racheatavismen auszuschalten, von einer Neutralisierung des Opfers. So soll ein rationales, auf die Zukunft gerichtetes Ergebnis gefunden werden, in dessen Mittelpunkt der Täter und dessen Humanisierung stehen. Wie sinnvoll es immer sein mag, Einrichtungen zu schaffen, die den Bedürfnissen des Verbrechensopfers gerecht zu werden versuchen – im Strafverfahren, welches mit aller Macht des Staates über den einzelnen hereinbricht, hat es nichts zu suchen. Die unterschiedlichen Ansätze von Feindstrafrecht und Opferschutz wirken hier zusammen und stellen den vermeintlichen Täter rechtlos.

Nicht zufällig sind es gerade vermeintlich Linke, die im Windschatten des Opferschutzes die Abwehrrechte gegen den Staat und damit den Täterschutz, der als rechtsstaatliche Errungenschaft in der Strafprozeßordnung Einzug fand, zurückdrängen: Der Zerfall in Teilbereichskämpfe und der Verzicht auf Kritik der politischen Ökonomie führte zur rein phänomenologischen Wahrnehmung von Konflikten, bei denen Schwache von Stärkeren aus purer Bosheit unterdrückt werden.

Dem Staat und seinem billigsten Herrschaftsmittel, dem Strafrecht, wird die Aufgabe zugewiesen, die Monade Mensch gegen alles zu schützen, was als bedrohlich erscheint: Satanisten, Umweltzerstörung, Insiderhandel an der Börse, Mädchenhändler, ungezügelte Sexualität, die organisierte Kriminalität, Sport- und Polithooligans, Schläfer. In allen diesen Bereichen dehnte sich in den letzten zehn Jahren das Strafrecht aus. Und in keinem Bereich hat es an den realen sozialen Problemen auch nur einen Deut geändert. Satanismus ist meistens eine pubertäre Spinnerei. Jährlich gibt es etwa zwanzig Sexualmorde. Die Zahl ist seit Jahren gleich. In der Strafjustiz aber ist der Teufel los.

Philipp Thiée schrieb in KONKRET 1/02 über die Kompetenz der Bundesregierung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden

Konkret 03/02, S. 33

Michael Rudolf

Schlit augen und Schlit ohren

Wie gut, daß es Sebnitz gegeben hat. Da kam die Wahrheit über die betrügerischen irakischen Neger und ihre naseweisen Gattinnen ans Licht. Nicht auszudenken, was unser gesundes Gemeinwesen sonst alles inklusive progressiver Vernegerung (Köhler/Roth) ertragen müßte. Den rassisch Minderwertigen fallen ja immer perfidere Strategien ein, um uns zu provozieren.

Die malayische Negerin Muthama Köhler etwa will zunächst nur harmlos Veronica gerufen werden, bald darauf schon fährt sie am hellichten Tag frech mit dem Rad durch Schildow bei Berlin. Nun müßte man annehmen, daß sich endlich ein anständiger Deutscher findet, der sie vom Rade tritt. Schön wär's. Das hat die schlitzäugige Negerin uns nur vorgeschwindelt. Aber wer Streit sucht, soll ihn haben. Am 25. Januar 2001 hat sich die feine Dame sogar selbst entführt, mißhandelt und gefesselt, nur um den Hunger der Medien nach fremdenfeindlichen Gewalttaten zu befriedigen. Doch unsere gute deutsche Polizei wäre nicht unsere gute deutsche Polizei, wenn sie nicht schon vor der Befragung geahnt hätte, wie und wohin hier der Hase läuft. In ein zweites Sebnitz nämlich. Wer dann noch »wenig kooperativ« (Polizeipräsidium Oranienburg) darüber meckert, es seien keine richtigen Ermittlungen vorgenommen, ja nicht einmal die Nachbarn als Zeugen vernommen worden, den soll es nicht wundern, wenn jetzt gegen ihn selbst ermittelt wird wegen Vortäuschung einer Straftat. Wo kämen wir sonst hin?

Kaum anders am 27. Januar 2002 in Jena. Da lassen sich die feinen Herrschaften Negerdozenten reihenweise einfach krankenhausreif schlagen, nur um hinterher über das fremdenfeindliche Klima in der mitteldeutschen Provinz klagen zu können. Fälle wie aus der Kommunistenfibel. Nun müßte man annehmen, daß etwa ein Russenbotaniker völlig zu Recht zusammengetreten wird, wenn er nachts in der Jenaer Havanna Bar frech behauptet, sein Großvater habe bei Stalingrad nicht genug Nazis abgestochen. Wenn dann der unaufmerksame Herr Türsteher nur mit Mühe dazu bewegt werden kann, das freche Schlitzohr des Lokals zu verweisen, dann ist das schon Skandal genug für die deutsche Stadt Jena. Und nicht wenn sich wenig später ein anständiger Deutscher so unglücklich bückt, daß dem angetrunkenen (!) russischen Gastneger die Nase blutet und ein Zahn abbricht oder was da alles hinterher gemunkelt wurde.

Weder Schlitzauge noch Schlitzohr haben sich bis jetzt für den Image-Schaden, den sie bei uns angerichtet haben, entschuldigt.

Konkret 03/02, S. 34

Carsten Otte

Wieder zu Hause?

Bericht über ein Gespräch mit Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, über seine Autobiographie

Das Buch ist von einer Person, aber von zwei Autoren geschrieben worden. Der eine ist der Privatmann Paul Spiegel, der andere ist der Vorsitzende des Zentralrats. Schon der Titel des Buches deutet an, welche Relevanz die persönliche Lebens- und Leidensgeschichte für die öffentliche Aufgabe bedeutet.

»Als ich gebeten wurde, meine Erinnerungen zu verfassen, habe ich mir natürlich auch Gedanken über den Titel gemacht. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte wurde mir immer wieder die Frage gestellt, ob ich mich hier zu Hause fühle. Und die Frage wird ja klar beantwortet: Daß meine Eltern und ich hier wieder zu Hause sind. Aber das ist nicht normal. Es ist ja nicht selbstverständlich, daß jemand wie ich, der gezwungen war, seine Heimat zu verlassen, und wieder zurückgekehrt ist, der gezwungen wurde, wieder zurückzukehren, nämlich von seinen Eltern, daß der sich hier auch wieder zu Hause fühlt.«

Ja, sagt der Zentralratsvorsitzende, ich fühle mich wieder zu Hause. Aber, sagt der Privatmann Spiegel, ich möchte erzählen, wie schwer es gewesen ist, diese Antwort zu geben. Und so berichtet er von seiner Familie, die seit Generationen in Westfalen lebte, er berichtet von den ersten Übergriffen der Nationalsozialisten in seiner Heimatstadt Warendorf, von dem Leid, das seinem Vater Hugo widerfuhr, als er, Paul Spiegel, noch nicht mal ein Jahr alt war. Er berichtet von der Gewalt in der Reichsprogromnacht:

Die SA-Männer zerrten meinen Vater an das Ufer der durch Warendorf fließenden Ems. Am Fluß prügelten sie stundenlang auf ihn und andere Warendorfer Juden ein. Im Morgengrauen schleppte sich Vater nach Hause zurück. Sein Körper war voller Blutergüsse und klaffender Wunden.

Hugo Spiegel glaubte, daß der »braune Spuk bald vorbei« sein werde. Doch die Repression gegen die Juden nahm zu, und als ihm der Gewerbeschein als Viehhändler aberkannt wurde, floh er nach Brüssel. Dort bekam Vater Spiegel eine Stelle als Fleischergeselle. Seine Familie mußte er zunächst in Deutschland zurücklassen. Und damit beginnen die ersten Erinnerungen des Sohnes Paul: Es sind die Erinnerungen an einen Abschied. Erst im Frühjahr 1939 folgte auch der Rest der Familie Spiegel nach Belgien. Ein SS-Offizier aus Aachen schleuste sie über die Grenze, indem er mit Mutter und Kind einen Nebenarm des Rheins überquerte.

Meine Mutter erzählte mir später, daß mich in der Mitte des Wassers die Strömung von seinem Rücken riß und ich forttrieb. Ohne zu zögern, schwamm mir der SS-Mann hinterher und fischte mich heraus. Dann führte er Mutter und Sohn sicher ans andere Ufer. Wenn ich später als Kind mit mir oder meinen Mitmenschen haderte, gab mir Mutter einen aufmunternden Klaps und verkündete: »Ein SSler hat dir das Leben gerettet, Paul. Dich wird der Herrgott nicht fallenlassen.« Bis jetzt hat sie recht behalten.

Der SS-Offizier, so heißt es in Spiegels Erinnerungen, habe eine »exorbitante Summe« für die Fluchthilfe verlangt. Doch mit Geldgier allein läßt sich wohl nicht erklären, warum der Mann sich in die Fluten stürzte, um das Kleinkind vor dem Ertrinken zu bewahren. Bis heute läßt Paul Spiegel die Frage nicht los, was ein Mitglied der Waffen-SS dazu bewogen hat, jüdischen Familien zu helfen, was später dann, als die Familie sich in Belgien vor den anrückenden Nazis versteckte, die eine oder andere Bauernfamilie dazu trieb, den Befehlen der Besatzer nicht zu gehorchen.

»Diese Bauernfamilie, die hat nie einen Pfennig Geld verlangt, im Gegenteil. Diese Bauersleute waren einfach Menschen, die wollten auch kein Dankeschön. Die haben jemand gerettet, der in Gefahr war, und was diese Menschen geleistet haben, das kann man nicht von jedem erwarten. Und auch ich frage mich oft: Was hätte ich getan, damals? Wenn ich kein Jude gewesen wäre? Hätte ich die Kraft gehabt, Juden zu verstecken, unter Einsatz meines eigenen Lebens? Das muß man sich fragen, und wenn man in Yad Vashem die Allee der Gerechten entlanggeht und die Namen der Deutschen liest, die Juden gerettet haben, das muß man sich mal vorstellen, was Menschen geleistet haben, einfach aus Nächstenliebe und aus Verachtung eines verbrecherischen Regimes.«

Den wenigen glücklichen Flucht- und Versteckgeschichten stehen Millionen Schicksale gegenüber, die anders verlaufen sind. Zuweilen teilte Glück und Unglück die Familien. So auch die der Spiegels. Während Mutter und Sohn den Nazi-Schergen entkommen konnten, wurde Vater Hugo festgenommen, ins KZ Buchenwald verschleppt, dann nach Auschwitz deportiert. Auch seine Tochter Rosa wurde verhaftet.

Wir lebten in Brüssel in der Illegalität, als das Schreckliche geschah. Meine Mutter mußte Rosa oft aus dem Haus schicken, um Besorgungen zu erledigen, denn Mutter sprach kein Französisch. Rosa dagegen lernte wie jedes Kind die neue Sprache sehr schnell. Seit Anfang 1942 veranstalteten Polizei und SS zunehmend Razzien, um Juden festzusetzen. So warnte sie ihre Tochter, sich von Uniformierten fernzuhalten. Würde ein Polizist oder ein Soldat in grauer oder schwarzer Uniform

auftauchen, dann sollte sich Rosa als Brüsseler Mädchen ausgeben. Als meine Schwester aber von einem Mann in einem Ledermantel auf Französisch gefragt wurde, ob sie Jüdin sei, ließ Rosa ihre Vorsicht fallen und sagte die Wahrheit: »Ja.« Der Mann nahm meine Schwester auf der Stelle mit.

Vater Hugo überlebte das KZ Buchwald, das Vernichtungslager Auschwitz, den sogenannten Todesmarsch zurück nach Deutschland und schließlich die letzten Tage des Konzentrationslagers Dachau. Damit war das Leiden aber keineswegs beendet. Denn das Schicksal seiner Tochter Rosa blieb weiterhin ungeklärt, und das Ehepaar Spiegel sollte zu Lebzeiten auch nicht mehr erfahren, welche Qualen das Mädchen erleben mußte. Wenn Paul Spiegel heute darüber spricht, warum die nationalsozialistische Vergangenheit bis in seine Gegenwart hineinreicht, erzählt er von seiner Schwester.

»Ein Beispiel war, daß ich erst im vorigen Jahr erfahren habe, daß meine Schwester auch vergast worden ist, in Auschwitz. Denn ich hatte bis dahin immer noch die Hoffnung – da war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens – daß sie ihr Gedächtnis verloren hat. Nun gut, die Hoffnung war dann nicht mehr gegeben, war brutal beendet worden ...«

Eine andere Hoffnung haben die Spiegels nie aufgegeben: Daß sie in ihrer westfälischen Heimat wieder in Frieden leben könnten. Eigentlich wäre Mutter Spiegel lieber in Amerika geblieben. Dorthin war sie mit ihrem Sohn im Sommer 1945 ausgewandert. Doch auf Wunsch des Vaters kehrten sie nach Warendorf zurück. Der Sohn wurde wieder auf eine deutsche Schule geschickt, und langsam richtete sich die Familie wieder in ihrer alten Heimat ein.

Paul Spiegel verließ nach der zehnten Klasse das Gymnasium, weil er glaubte, auf der Schule das Leben zu verschlafen. Er volontierte bei der »Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland«, wurde Redakteur des Jüdischen Pressedienstes, übernahm 1973 die Chefredaktion der Zeitschrift »Mode & Wohnen«. Er arbeitete als Pressesprecher des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und baute eine Künstleragentur auf. Viele Jahre wirkte er im Zentralrat der Juden, erst als Stellvertreter von Heinz Galinski und Ignatz Bubis, schließlich als Vorsitzender. Das sollte auch das Leben des Privatmanns Spiegel schlagartig verändern.

Seit ich Präsident des Zentralrates der Juden bin, werde ich fast rund um die Uhr von Sicherheitsbeamten bewacht. Ich habe mich daran gewöhnt, weil ich weiß, daß dies leider notwendig ist. Wenn man frei bleiben und seine Meinung äußern will, muß man bereit sein, den Preis dafür zu zahlen. Das gilt natürlich nicht nur für Juden, sondern für alle Bürger einer freien Gesellschaft.

Paul Spiegels Autobiographie müßte seine Landsleute beschämen. Womit haben sie diesen um Versöhnung bemühten Mann verdient? Spiegel hatte den Vorsitz des Zentralrates unter anderem mit dem Ziel übernommen, den Blick vom Vernichtungstrauma auf die wachsenden jüdischen Gemeinden zu lenken. Doch dann wurde im Bundestag über deutsche Leitkultur und nationale Identität gestritten, in den Feuilletons über die »Holocaust-Industrie« oder die »Instrumentalisierung der Schande« debattiert, und Paul Spiegel mußte sich gegen die geistige Vorhut wehren, die den braunen Schlägern Stichworte liefert. Nach zwei Jahren als Zentralratsvorsitzender denkt Spiegel immer häufiger an seinen Vorgänger Bubis, der kurz vor seinem Tod gesagt hatte, daß seine jahrelange Versöhnungsarbeit kaum etwas gebracht habe.

»Mittlerweile muß ich feststellen, daß er so ganz unrecht nicht hatte. Es passieren Dinge in Deutschland, von denen wir glaubten, daß sie nie wieder passieren würden. Auch in einem Ausmaß, wie wir es uns nicht haben vorstellen können. Ich bin zwar nach wie vor optimistisch, und ich lasse mir auch meinen Humor nicht nehmen, aber ich gebe zu, daß mein Optimismus ein paar Dellen bekommen hat.«

Die kursiv gesetzten Passagen sind Zitate aus Paul Spiegels Buch *Wieder zu Hause? Erinnerungen*. Ullstein Verlag, Berlin 2001, 295 Seiten, 19,90 Euro

---

Carsten Otte schrieb in KONKRET 10/01 über die Salzburger Festspiele

Konkret 03/02, S. 35

Thomas von der Osten-Sacken

Rudolf von Arabien

Am Tag nach der Nato-Sicherheitskonferenz von München war Rudolf Scharping der Held der arabischen Presse. Er habe klargemacht, daß Deutschland als einziges westliches Land sich mutig und engagiert gegen einen Krieg der USA mit dem Irak stelle. Den Minister, dessen Stern hierzulande längst erloschen ist, dürfte gefreut haben, daß seine Kritik an den USA, die er zuletzt wohl so heftig in seinen Zeiten als Juso formuliert hatte, ein so schönes Echo fand.

Seit der Irak ins Visier der USA geraten ist, schließen sich die Reihen der Landsleute vor Saddam Husseins Regime, und niemand mehr scheint abseits stehen zu wollen. Ob Ludger Vollmer, Jürgen Möllemann, Ludger v. Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie oder die Friedensbewegung – in der Sorge um Saddam sind sie sich einig.

Den wirklichen Bösewicht in der Region durfte, in bewährter Arbeitsteilung, die Opposition benennen. Doch in der Stunde der Not konnte die Aufgabe unmöglich unsicheren Kantonisten wie der PDS oder der »jungen Welt« überlassen werden, deshalb mußte der außenpolitische Sprecher der CDU an die Front: »Die gegenwärtige Politik Israels«, erklärte Karl Lamers, »die mit unserer Vorstellung von der Achtung der Menschenrechte in vielen Fällen nicht vereinbar ist, diskreditiert den Westen und seine Ordnung.« Der deutsche Mob, nämlich der Wähler, ertrage das Tabu, das jüdische Zumutungen umgebe, nicht länger: »Wenn festzustellen ist, daß die Kritik an der israelischen Politik quer durch alle Fraktionen des Bundestages, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung wächst, stellt sich die Frage, ob es richtig ist an diesem Tabu festzuhalten.« Lamers Antwort: Nein, der Bundestag könne sich sein Schweigen »nicht länger leisten«. Eine Nahostdebatte tue not.

Ermutigt von Scharpings Erfolg in den arabischen Medien, wollen die Deutschen mit klaren Tönen in Richtung Israel ihren alten neuen Alliierten in der Region einmal mehr verdeutlichen, daß sie die US-amerikanische Kriegspolitik ablehnen. In Bagdad wurde der Ruf der »edlen Seelen«, wie Saddam Hussein die gesamtdeutsche Friedensbewegung 1991 genannt hatte, umgehend verstanden: Während Saddams Vize den USA drohte, sollten sie sein Land angreifen, würde etwas geschehen, was den 11. September noch in den Schatten stellte, schickte der Chef eine hochrangige irakische Delegation, die mit dem EU-Ratspräsidentschaft in Spanien gemeinsame Wege aus der Krise suchen soll.

Konkret 03/02, S. 36

Erwin Riess

Titanic auf der Donau

Haiders Volksbegehren, die Sudetendeutschen und die Lust am Untergang

Zwei Jahre Wenderegierung in Wien. Zwei Jahre diplomatischer Isolation in Europa und frostiger Beziehungen mit den Nachbarn. Und die hundertste Donnerstagsdemonstration. Wir gehen, bis *sie* gehen! Die Regierenden erfreuen sich des Zuspruchs der Öffentlichkeit. Die Demonstranten freuen sich, wenn sie nicht von Passanten angepöbelt werden. Vor zwei Jahren noch wurden die Regierungsmitglieder auf dem Weg zur Vereidigung mit faulen Eiern beworfen. Und die Demonstranten genossen das Interesse der in- und ausländischen Fernsehteams.

Noch am Tag der Vereidigung erläßt die EU diplomatische Sanktionen gegen Österreich. Die Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei versetzt Europa einen Schock. Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman schließt sich den Sanktionen an. Achtzehn Monate später handelt Zeman mit dem Kanzler dieser Regierung eine Regelung aus, derzufolge Tschechien laufend über die Arbeit im Kernkraftwerk Temelin berichtet und Sicherheitsauflagen österreichischer Experten erfüllt.

Gegen Temelin, von dem es heißt, es sei das modernste AKW an den Grenzen Österreichs und viel sicherer als die älteren Anlagen im slowenischen Krsko, im slowakischen Bohunice und im tschechischen Dukovany, wird mit Unterstützung der ÖVP und kirchlicher Gruppen schon seit Jahren protestiert. Manchmal kommt es zu Grenzblockaden, die von den Tschechen gelassen hingenommen werden. Die FPÖ hält sich fern, sie braucht ihre Kräfte zur Förderung des Fremdenhasses.

Während die Protestanten an den Grenzen den Weltuntergang beschwören, importieren die Energieversorger Atomstrom. Obschon selber Stromexporteur, muß das mit Wasserkraft verwöhnte Österreich in wasserarmen Monaten Strom zukaufen. Auch Kärnten bildet keine Ausnahme. Landeshauptmann Haider hilft, daß sich die deutsche RWE an Kärntens Energieversorger beteiligen kann. Die Antiatompolitik Österreichs, das als erstes europäisches Land auf die friedliche Nutzung der Kernkraft verzichtet hat, ist nicht frei von Heuchelei.

Unter Aufsicht der EU-Kommission wurden sich Österreich und Tschechien in Brüssel einig: Österreich wird Tschechiens EU-Beitritt unterstützen, die Tschechen erkennen die Sonderrechte Österreichs hinsichtlich der Sicherheitsstandards in Temelin auch im Rahmen des EU-Rechts an. Daß ein souveräner Staat einen anderen bei der Gestaltung seiner Energiepolitik mitreden läßt, war noch nicht da. Daß es sich bei diesem Staat um einen sogenannten Erzfeind handelt, machte die Überraschung nur größer.

Seit der Niederschlagung der Hussitenbewegung und der physischen Vernichtung des tschechischen Adels in der Schlacht am Weißen Berg 1620 waren Österreich und Böhmen getrennte Wege gegangen. Die Habsburger bildeten die Speerspitze der katholischen Gegenreformation, die österreichische Bourgeoisie versteckte sich hinter der Dynastie, in Tschechien behauptete sich schon früh ein aufgeklärtes Bürgertum. Mozart feierte seine größten Triumphe, wenn er von Wien nach Prag flüchtete. Der Antislawismus der Habsburger führte zur Blockade der Monarchie; während mit dem agrarischen Ungarn 1867 der staatsrechtliche Ausgleich in der Doppelmonarchie gesucht wurde, blieb das wesentlich höher entwickelte tschechische Reichsgebiet, das den Großteil der Schwerindustrie beherbergte, ohne angemessene Vertretung.

Es war nur folgerichtig, daß sich nach 1918 die Tschechoslowakei als bürgerliche Antithese zum postmonarchistischen Restösterreich entwickelte, das sein Heil im Anschluß an Deutschland sah. In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde die CSR zu einem der führenden Staaten der Moderne, in den Künsten wie in der Wissenschaft. Eine kampfstarke und selbstbewußte Arbeiterbewegung, in der die Kommunisten ähnlich einflußreich waren wie die KPI im Italien der siebziger Jahre, sorgte für soziale Stabilität. 1934 retteten sich die Überlebenden des Februaraufstandes der österreichischen Arbeiter nach Brünn, vier Jahre später flüchteten verfolgte Juden und Linke nach Prag und von dort weiter nach England und in die USA.

Nach dem Kriegsende wurden die Sudetendeutschen, die in den Randgebieten der CSR siedelten, vertrieben. Die Masse dieser Deutschstämmigen hatte die Nazis wie Erlöser empfangen und sie bei ihren Verbrechen an Juden und Regimegegnern zumindest passiv unterstützt. Der aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Edvard Benes regierte per Dekret. Im Rahmen seiner Gesetzgebung wurden drei Millionen Sudeten-, Karpaten- und Banatdeutsche ausgewiesen. Neunzig Prozent von ihnen ließen sich in Bayern nieder, rund 300.000 blieben in Österreich und gliederten sich dort in die Nachkriegsgesellschaft ein. Die meisten Vertriebenen engagierten sich in der ÖVP und in der FPÖ, wobei letztere Heimstatt für die extrem rechte und revanchistische Fraktion war.

Viele österreichische Politiker outen sich jetzt, da die Benes-Dekrete wieder zur Diskussion stehen, als Kinder und Kindeskinder von Vertriebenen. Schluchzend erzählen sie vom Elend ihrer Vorfahren, und Haider sagt, er wisse nicht, was schlimmer gewesen sei: die Vertreibung der Sudetendeutschen oder der Holocaust.

Die Osterweiterung der Europäischen Union sei, hieß es in der Regierungserklärung, ein Hauptziel der österreichischen Bundesregierung. Aber wann immer vom EU-Beitritt Tschechiens die Rede war, verlangte die FPÖ, daß zuerst Temelin und die Benes-Dekrete weg müßten. System bekam das Zetern jedoch erst, als Haider merkte, daß mit ordinärer Ausländerfeindlichkeit nichts mehr zu gewinnen war, weil Österreich durch äußerst strenge Einwanderungsgesetze, schikanöse Asylverfahren, bei denen auch mal »Schüblinge« in Flugzeugen erstickten, und eine Anerkennungsquote von nur rund 800 Asylanten im Jahr längst zur Alpenfestung geworden ist.

Da brachte die FPÖ, mit Unterstützung der »Kronen-Zeitung«, ein Volksbegehren ein, das den Beitritt Tschechiens an die Abschaltung Temelins koppeln sollte, und verlangte außerdem die nachträgliche Aufhebung der Benes-Dekrete. Der geduldige Milos Zeman nannte Haider daraufhin einen »postfaschistischen Führer«, dessen Verschwinden aus der Politik nicht nur für Österreich ein Segen wäre. Haider erwiderte, Zeman sei ein »kommunistischer Wendehals«.

Der Wahlkampf, der 2003 (vielleicht aber auch früher) stattfindet, war eröffnet, die Arbeitsteilung in der Koalition klar: Der eine Regierungspartner gibt sich seriös und europäisch, der andere kämpft bis zum letzten Blutstropfen gegen Kommunisten, Atomgefahr, Verkehrsbelastung, Lohndumping, organisierte Kriminalität und was sonst noch aus dem Osten kommt. So kann die Regierung von Anhängern wie von Gegnern der Europäischen Union und ihrer Osterweiterung gewählt werden.

Die sozialdemokratischen Softies und linkskatholischen Zweifler haben in Österreich vorerst ausgespielt. Die Politik der FPÖ ist hart, schnell, kompromißlos. Und erfolgreich:

Österreich hat dank etlicher budgettechnischer Tricks endlich ein Nulldefizit, dafür aber eine steigende Arbeitslosigkeit. Überall wird privatisiert, ausgegliedert, entlassen. Hunderte Postämter und Gendarmerieposten werden geschlossen, Bahnfahren ist teurer denn je, behindertengerechte Waggons werden ebenso wie Speisewagen nur mehr nach dem Zufallsprinzip geführt. Die Sozialausgaben sinken, Spitäler verlangen Selbstbeteiligung der Kranken, Patienten werden für das Aufsuchen von Ambulanzen mit Strafgebühren belegt. Täglich finden regierungsnahe Experten neue Einsparungsnotwendigkeiten.

Die Geldaristokratie erfreut sich der Segnungen der Wende. Vor allem die deregulierten Arbeitsmärkte erleichtern das Leben der Unternehmen. Ein Drittel der Beschäftigten werkt im ungeschützten, prekären Bereich, davon wiederum sind 90 Prozent Frauen, die von Gewerkschaften und Arbeiterkammern ebenso schlecht vertreten werden wie behinderte oder ältere Lohnabhängige.

Wer von der SPÖ eine linke Opposition erwartet hatte, ist enttäuscht. Andere, die aus der Geschichte wissen, daß eine kämpfende Sozialdemokratie so selten vorkommt wie die Titanic auf der Donau, werden verbal radikal: »Die Republik wird brennen«, schrie der Handelsgewerkschafter Kaske (SPÖ) – und schwieg, als der Postgewerkschafter Dörflinger (SPÖ), während Tausende Postler gekündigt wurden, sich von der FPÖ-Vizekanzlerin eine Gehaltserhöhung ausbat.

Die FPÖ, die von den EU-Abgesandten als »rechtspopulistische Partei mit extremen Elementen« bezeichnet worden war, gilt in Österreich mittlerweile als Partei der Mitte. Die freiheitlichen Minister regieren unangefochten, sei es Verteidigungsminister Scheibner, der sich über den Ankauf neuer Abfangjäger und eine Erhöhung des Heeresbudgets freuen kann, sei es Infrastrukturministerin Forstinger, die Kärnten und dessen Landeshauptmann mit den Ausbauplänen der Südbahn eine Freude machte, sei es Justizminister Böhmdorfer, Haiders langjähriger Anwalt und Freund aus Burschenschafterzeiten, der den »Spitzelskandal« – FPÖ-Politiker bedienten sich jahrelang diverser Polizeidateien – niederschlug, sei es Sozialminister Haupt, der gleichzeitig als Frauenminister fungiert und seine Tätigkeit mit der Einrichtung einer Abteilung für Männerfragen begann oder sei es Vizekanzlerin und Sportministerin Riess-Passer, die Haiders Wünsche dem Kanzler rapportieren darf und die österreichische Fußballnationalmannschaft zu jedem Bluttest begleitet – sie alle stellen sich gegenseitig das Attest regierungstauglich aus und berauschen sich an der wachsenden Anzahl von Adoranten und Glücksrittern, die mit der FPÖ Karriere machen wollen.

Aber auch Kanzler Schüssel und die ÖVP sind glücklich. Der österreichische Medienbischof Kurt Krenn ist glücklich, weil er im Kampf um die Durchsetzung abendländischer Werte nicht mehr alleine steht. Die Medien sind glücklich, weil Jörg Haider ihr Geschäft belebt. Die Sozialarbeiter sind ebenso glücklich wie die Damen und Herren von Caritas, Volkshilfe und Diakonie, denn sie können jetzt unter mehr Kunden als je zuvor die sozial am besten angepaßten auswählen.

Schließlich sind auch die verschiedenen Fraktionen der Linken glücklich. Die analysierende Linke um Rudolf Burger und Robert Menasse ist froh über das Ende der Großen Koalition und der damit verbundenen politischen und gesellschaftlichen Blockade und erkennt in der forschen Rechtspolitik einen Schritt in die europäische Normalität. Die sozialdemokratische Linke hat zu ihrer wahren Bestimmung gefunden: im trauten Kreis über die Untaten der Regierung zu klagen und sich gegenseitig zu versichern, daß dagegen nichts unternommen werden könne. Die kirchliche Linke inszeniert mit den Grünen und Teilen der Gewerkschaften ein Volksbegehren, das die Verankerung des Sozialstaats zum Ziel hat und betont bei jedem Auftritt, das sich dieses Unterfangen keineswegs gegen die Regierung richte. Und die autonome Linke lernt auf immer neuen Latschdemos Wien immer besser kennen und übt solcherart fürs spätere Berufsleben als Fremdenführer.

Im allgemeinen Glück war nur einer unzufrieden und verbittert, und sein Zorn wuchs mit jedem Tag: Jörg Haider. Er mußte mitansehen, wie im ruhigen Regierungsalltag die ÖVP an Beliebtheit gewann, während die Freiheitlichen fast ein Drittel ihrer Wähler verloren und kaum noch 20 Prozent erreichten. So hatte Haider sich die Wende nicht vorgestellt. Sie sollte die Basis für seine Kanzlerschaft erarbeiten, nicht dem listigen Schüssel einen Kanzlerbonus gewähren.

Haider mußte was tun. Und er tat das Richtige: Er hysterisierte die Bevölkerung und die Medien mit Angstmache vorm Atom und den Slawen. Und siehe da: Auf dem Höhepunkt der Temelin-Debatte, nach der Beschimpfung des Verfassungsgerichtshofs und der Kampagne um die Benes-Dekrete, lag die FPÖ wieder mit der ÖVP gleichauf bei 27 Prozent.

Der Erfolg verdammt Haider, immer neue Temelins und Benes-Dekrete zu finden. Wir sehen in ihm einen verzweifelten Mann, der nicht verstehen will und kann, daß er längst am Ziel ist. Er ist ein Gefangener seines mittlerweile sechzehn Jahre währenden Amoklaufs. Wäre er nur ein Rechtspopulist, wie viele behaupten, er würde sich in Ruhe seiner Erfolge erfreuen. Dem historischen Wiedergänger aber bleibt diese Möglichkeit verwehrt. Er muß immer weiterlaufen. Sein Ziel ist und bleibt: der Untergang.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 8/91 das erste Haider-Porträt. Titel: »Der Aufstieg des Goiserers«

Konkret 03/02, S. 38

Schafscheiß und Sudeten

Dokumentation
Lehrstunde im Bundestag: über deutsche Geschichte, die Trauer um alte Nazis und worin sich alle deutschen Parteien so gar nicht unterscheiden

1938 haben die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen mit 91,44 Prozent die Nazi-Partei des Adolf Henlein gewählt und damit die Voraussetzung für die Besetzung, Ausplünderung und Arisierung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren« geschaffen, an denen die Henleindeutschen nach Kräften mitwirkten. 1945 haben die Tschechen unter ihrer bürgerlichen Regierung Benes die sudetendeutschen Kollaborateure aus dem Land geschafft.

Am 20. Januar 2002 hat der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman in einem Interview der österreichischen Zeitschrift »Profil« die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers bei der Zerstörung der tschechischen Demokratie genannt. Nach damaligem Recht hätten sie »Landesverrat begangen, ein Verbrechen, das durch die Todesstrafe geahndet wurde. Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.« Zemans Interview führte am 23. Januar zu einer Debatte im Deutschen Bundestag. Auszüge:

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Ich darf für meine Fraktion feststellen, daß aus unserer Sicht diese Aussagen des tschechischen Ministerpräsidenten gegenüber den sudetendeutschen Opfern der Vertreibung herablassend, beleidigend und ehrverletzend sind und auch in keiner Weise der historischen Wahrheit entsprechen.

Gert Weisskirchen (SPD): Der Kollege Zeman hat in der Tat etwas gesagt, was ich – ich sage das in aller Klarheit – nicht teile.

Ulrich Irmer (FDP): Leider muß ich feststellen, daß der tschechische Ministerpräsident etwas gesagt hat, was ich zutiefst mißbillige. Er hat sich schwer vergriffen; er sollte sich dafür entschuldigen.

(Beifall im ganzen Hause)

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen, daß bei uns großes Entsetzen in den Reihen der Sudetendeutschen entstanden ist, weil Herr Zeman eine Äußerung gemacht hat. Sie wissen aber genauso, daß immer und immer wieder in der Tschechischen Republik großes Entsetzen und große Ängste entstanden sind, wenn es Äußerungen auf den sudetendeutschen Tagen gegeben hat, die nicht Geist und Inhalt der Deutsch-Tschechischen Erklärung ausgedrückt haben. So ist es immer wieder gewesen. Die Angst, die dahintersteckt, hat für die Sudetendeutschen letztendlich keine Folgen, während die Tschechen immer wieder die Angst haben müssen, daß es ein Veto gegen ihren Beitritt in die EU geben könnte.

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Entschuldigung, das ist doch absoluter Quatsch! Sie haben doch keine Ahnung! Erzählen Sie keinen Schafscheiß!)

Wolfgang Gehrcke (PDS): Sicherlich ist das Interview von Zeman in vielen Fragen nicht besonders durchdacht und nicht besonders solide formuliert, um es milde auszudrücken. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben.

Erika Steinbach (CDU/CSU, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen): Als ich am Sonntagabend das Interview mit dem tschechischen Ministerpräsidenten in meinen Händen hielt, habe ich es drei Mal durchgelesen. Ich konnte und wollte nicht glauben, daß ein europäischer Regierungschef, der Ministerpräsident eines Landes, das Mitglied der Europäischen Union werden möchte, solche rassistischen Töne anschlägt. Das habe ich für unvorstellbar gehalten.

Die Äußerungen Zemans sind ganz einfach skandalös. Sein Name wurde ja von fast keinem der Debattenredner von der linken Seite dieses Hauses in den Mund genommen. Er wurde umgangen, als ob ein Niemand, ein Nobody, diese Äußerung getan hätte. Bis zum heutigen Tage entschuldigt Zeman die Rassenpolitik Edvard Benes' gegenüber den tschechoslowakischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit; denn das waren die Sudetendeutschen 1945. Er findet kein Wort des Mitleids, des Beileids, kein Wort der Reue für diese Verbrechen, die damals geschehen sind.

Wer heute, im Jahre 2002, die Vertreibung der Sudetendeutschen – wie Zeman es schriftlich getan hat; er hat es auch nicht stockbetrunken und nebenbei getan, sondern schriftlich abgesegnet – als milde Strafe bezeichnet und die gesamte deutsche Volksgruppe der damaligen Tschechoslowakei schuldig spricht, der hat von Menschenrechten, der hat vom Wertefundament Europas rein gar nichts begriffen. Da gibt es große Defizite.

Es ist ein Skandal, daß bis zum heutigen Tage in der Tschechischen Republik Mörder von Sudetendeutschen mit Billigung des tschechischen Gesetzgebers frei und ungestraft herumlaufen dürfen. Das ist mit dem Wertekanon der Europäischen

Gemeinschaft nicht zu vereinbaren.

Markus Meckel (SPD): Auch ich halte für falsch, was Ministerpräsident Zeman gesagt hat. Ich halte es für falsch, in dieser Weise kollektiv und allgemein von den Sudetendeutschen zu sprechen. Dies entspricht auch nicht den historischen Tatsachen, auf die man klar hinweisen muß.

Erika Reinhardt (CDU/CSU): Solange solche ehrverletzenden Äußerungen im Raume stehen, kann es keine Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU geben.

Deshalb fordere ich die Regierung auf, dem Ministerpräsidenten nahezulegen, daß er sich entschuldigt und daß er seine Aussage zurücknimmt. Es ist die moralische Pflicht einer deutschen Regierung, dies zu tun.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Meine Eltern waren in den Dreißigern, meine Schwestern waren vier beziehungsweise neun Jahre alt – ich war noch nicht auf der Welt – , als es 1946 nach 200 Jahren plötzlich hieß, die Heimat in Ungarn zu verlassen und in eine ungewisse Zukunft aufzubrechen.

Meine Mutter hat mir viel über diese Zeit erzählt. Sie hat mir über das Unrecht der Vertreibung und über viele andere schlimme Dinge erzählt.

Ich selbst war als Kind oft auf Tagen der Heimatvertriebenen, der Donauschwaben. Ich kann heute sagen, daß das Verhältnis von Ungarn zu seinen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern, zu den Donauschwaben, sehr gut ist – gründend auf der Versöhnung und wissend um die Vergangenheit und um die Verantwortung.

Christian Schmidt (CDU/CSU): Wenn es irgend jemand gewesen wäre, hätte man es damit abtun können. Wenn es aber der Ministerpräsident dieses Landes ist, dann muß er sich schon gefallen lassen, daß man ihm bei diesen Fragen sagt: Mein Lieber, sehr verehrte Exzellenz, so bist du für Europa nicht reif!

Karl Lamers (CDU/CSU): Herr Minister, ich verstehe, daß Sie sich als Mitglied der Regierung einer gewissen Zurückhaltung befleißigen müssen. Aber bitte sagen Sie Ihren Kollegen, daß Herr Zeman die Sache irgendwie in Ordnung bringen muß.

Konkret 03/02, S. 39

Kurt Pätzold

Besiegte lernen rascher

Auch im Krieg hören die Kapitalisten der feindlichen Staaten nicht gern auf, Geschäfte miteinander zu machen. Hat es also wirklich einen »Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt« gegeben? Oder nimmt ein Verlag zu Werbezwecken das Maul ein bißchen zu voll?

Aufwendige Ausstellungen wie die Wehrmachtsausstellung (zweite Fassung), die noch in Bielefeld zu sehen ist, demnächst in der Heldenstadt Leipzig gezeigt werden wird, und die des Deutschen Historischen Museums über den »Holocaust«, die in Berlin besichtigt werden kann, signalisieren »Deutschland lernt« – vor allem aus den »dunklen Jahren« seiner Geschichte – und sie besitzen ihre Nebeneffekte. Sie verstellen mitunter den Blick darauf, daß zwischen Rhein und Oder seit Jahren eine Auseinandersetzung um die geschichtliche Erinnerung in öffentlichen Räumen geführt wird. Örtliche und andere Initiativen sind bemüht, überfällige Aufräumungsarbeit zu leisten.

Sie stoßen dabei auf Barrieren. So gilt nach wie vor: Die Ausstellungen öffnen und schließen, die nach Heinrich von Treitschke benannte Straße, in Berlin ehemals West gelegen, bleibt und erinnert an jenen Universitätsprofessor, der die Deutschen für ihre Fundgrube nationalistischer und rassistischer Parolen mit »Die Juden sind unser Unglück« belieferte, geschrieben im Aufsatz »Unsere Aussichten«, den 1879 die »Preußischen Jahrbüchern« veröffentlichten.

Nicht nur, daß Altes nicht getilgt wird. »Neues« ist nach dem Jahre 1945 hinzugekommen. Die bundesrepublikanische Armee kann gut mit dem Namengeber Werner Mölders leben, der schießend half, einer Republik – der spanischen – den Garaus zu machen. Das ist nicht an ein Ende gekommen und nach der »friedlichen Revolution« ostwärts geschwappt. So ins südwestthüringische Städtchen Zella-Mehlis. Dort erhielt ein Gymnasium kürzlich den Namen eines Rüstungsindustriellen, der vordem bereits an den Ort einstigen Wirkens wieder heimgeholt worden war. Sein Konterfei – es fand sich und bezeugte, daß der kommunistische Bildersturm mit dem der Reformation nicht annähernd in Konkurrenz treten konnte – hatte im Rathaus wieder einen Ehrenplatz gefunden, und auch eine Straße war inzwischen erneut nach ihm benannt. Der Mann, ein erfinderischer und kaufmännisch versierter Kopf, wurde reich und von Paris bis nach Petersburg bekannt durch die Fabrikation von vielerlei Kriegsgerät, mit dem er nicht nur das Deutsche Kaiserreich versorgt hatte, sondern teils durch Verkauf seiner Fabrikate, teils durch Vermarktung seiner Patente auch nahezu alle Staaten, mit denen Deutschland 1914 in den Weltkrieg geriet.

Die Schultaufe geschah nicht ohne Widerspruch aus Kreisen der Lehrer, der Schüler und deren Eltern, aber sie erfolgte. Der Segen der Vogel-Regierung in Erfurt war unschwer zu erhalten gewesen. Die Episode wird hier berichtet, um den Platz zu bestimmen, den ein eben erschienenes Buch beanspruchen kann, das sich mit der Fortsetzung jener Traditionslinie befaßt, an deren Anfang mit anderen der Zella-Mehliser Rüstungsfabrikant steht.

Es hat »Geschäfte mit dem Feind« zum Gegenstand, namentlich jene, die nach dem Ersten Weltkrieg zwischen dem geschlagenen Deutschland und den USA permanent getätigt wurden. Das Thema ist nicht neu und auch für ähnliche Beziehungen zu anderen Staaten, die 1939 und später zu Deutschlands Kriegsgegnern wurden, mehrfach erörtert. Besiegte lernen in der Geschichte gewöhnlich rascher als Sieger.

Das galt für die deutschen Militärs nach 1918 und auch für das Gebiet der Kriegstechnik. So kaufte die britische Regierung schon zu Weimarer Republikzeiten aus deutscher Produktion Stabilisierungskreisel für ihre Kriegsschiffe, damit deren Artillerie beim nächsten Mal besser treffen konnte als im Skagerrak 1916. Die Deutschen waren derweil in ihrer Staatskasse noch etwas klamm, die Aufrüstung, wie die Auseinandersetzung um den Bau des Panzerschiffers A im Jahr 1928 zeigte, wurde umstritten, und Bestimmungen über Rüstungsbegrenzungen ließen sich aus außenpolitischen Rücksichten noch nicht brüsk ignorieren.

1933 trat ein Wandel ein. An Deutschlands Aufrüstung konnte zunehmend verdient werden. Ganz unkompliziert von jenen, die vor Ort waren und denen in ihre Geschäfte mit den Waffenämtern der Wehrmacht niemand hineinzureden vermochte. Dazu gehörten im Reichsgebiet befindliche Firmen in ausländischem Besitz. Die Adam Opel Werke (Hauptsitz Rüsselsheim) und die Fordwerke zählten zu den namhaftesten unter ihnen und zu den leistungsstärksten.

Ob sich die Beziehungen jener Vorkriegsjahre, die Ulrich Völklein zunächst darstellt, als »Geschäfte mit dem Feind« bezeichnen lassen, kann bezweifelt werden. Die Entscheidung, wer in der kommenden kriegerischen Auseinandersetzung, deren Konstellation keiner Gesetzmäßigkeit entsprang, Freund, wer Feind sein würde, war noch nicht gefallen. Es ließen sich diese Geschäfte – was sie nicht sympathisch macht – für eine gewisse Zeit auch als Beihilfe zum erwarteten Krieg gegen den »Bolschewismus« ansehen, der dann aber erst verspätet und nicht in den vorgedachten geschichtlichen Koordinaten begann.

Die Situation änderte sich nach dem 15. März 1939, wenn auch nicht abrupt. Der Einmarsch in Prag und die Liquidierung der Tschechoslowakei zeigten, daß die Londoner und Pariser Lenkungsmechanismen gegenüber den deutschen

Machthabern versagten. Der »Krieg im Westen« mußte als eine Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Wenn auch nicht damit zu rechnen war, daß er unter Beteiligung der USA beginnen würde, so war – wie 1917 geschehen – seine Ausweitung über den Atlantik nicht auszuschließen. Wie sollten sich dann die kooperativen, vertraglich fundierten Beziehungen entwickeln, die zwischen der IG Farben AG und der Standard Oil of New Jersey segensreich bestanden? Wie sich die Tätigkeit US-amerikanischer Firmen in Deutschland gestalten? Wie konnte deren Behandlung als Feindvermögen verhindert oder zumindest abgefedert werden?

Wie das geschah und mit welchem (Teil)erfolg, wie die Zeit zwischen Kriegsbeginn am 1. September 1939 und der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 genutzt wurde, um Firmen, Aufsichtsräte und Vorstände zu »entamerikanisieren«, andere in den Staaten oder im Falle von Schweizer Töchtern auch zu »entdeutschen«, wie vor dem Beginn des Krieges bereits die Zeit nach dessen Ende vorbedacht und für sie vorgesorgt wurde – das kann auf den Seiten dieses Bändchens kompakt nachlesen, wer weder Zeit hat noch Lust verspürt, sich in das reichliche Dutzend hochspezialisierter Monographien zu vertiefen, aus denen der Autor seine Kenntnisse weitgehend oder ausschließlich geschöpft hat.

Mit dem Erscheinen des Buches verbindet sich ein doppeltes Ärgernis. Das eine geht zu Lasten des Autors, der nicht eine Fundstelle seiner vielen Zitate benennt. Das andere betrifft den Verlag und dessen irreführende Buchreklame, die mit einem »Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt« operiert und sensationell neue Einsichten, geschöpft aus bislang unzugänglichen Archivbeständen, verspricht (worüber das Vorwort nichts mitteilt und auch keinen einzigen Bestand angibt). Geschäftsschädigend ist solches Klappern inzwischen nicht mehr. Denn: Cosi fan tutti.

Ulrich Völklein: *Geschäfte mit dem Feind. Die geheime Allianz des großen Geldes während des Zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten der Front.* Europa Verlag, Hamburg/Wien 2002, 160 Seiten, 17,90 Euro

---

Kurt Pätzold stellt den von ihm und Manfred Weißbecker herausgegebenen Band »Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte« am 21. März auf der Leipziger Buchmesse vor

Konkret 03/02, S. 40

Hannes Hofbauer

König Otto und die Großungarn

Budapest destabilisiert mit seiner Volkstumspolitik die Nachbarstaaten – Schily leistet Hilfestellung

Seit Jahresanfang ist ein neues ungarisches Gesetz in Kraft, das die Nachbarstaaten mit Recht als Bedrohung ihrer Integrität auffassen. Schon im Mai 2001, als die rechte Budapester Regierung, unterstützt von der links-liberalen Opposition, den Entwurf dieses »Vergünstigungsgesetzes für Ungarn im Ausland« einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte, hatte es Proteste aus Bukarest, Bratislava und Belgrad gehagelt.

Im Vertrag von Trianon 1920 hatten die habsburgischen Nachfolgestaaten Territorien aus der Konkursmasse Großungarns zugesprochen bekommen: An Rumänien gingen Transsilvanien und das Banat, Jugoslawien bekam die Vojvodina, die Slowakei die alten nördlichen Komitate und Österreich das Burgenland. Seither ist der Revanchismus eine Konstante der ungarischen Politik. Zur Zeit des Horthy-Regimes und nach 1989 war er besonders virulent, doch auch während der kommunistischen Epoche trübten großungarische Reminiszenzen das Verhältnis insbesondere zwischen Budapest und Bukarest. Der erste postkommunistische Ministerpräsident, Joszef Antall, drängte sich mit seinem legendären Ausspruch von der Zuständigkeit seines Amtes für 15 Millionen Ungarn in die nationalen Geschichtsbücher – innerhalb der heutigen Staatsgrenzen leben nur 10,5 Millionen Menschen.

Die Schätzungen über das madjarische Minderheitenpotential in den Nachbarländern gehen auseinander: In Rumänien reklamieren die ungarischen Revanchisten etwa 1,6 Millionen Bürger für sich, in der Slowakei 600.000, in Jugoslawien 350.000 und in Österreich 15.000. Das Statusgesetz entspringt dem Geist des Ius sanguinis, nach seinem teutonischen Vorbild wurde im letzten Jahrzehnt vor allem in Rumänien Politik gemacht. Allerdings weniger von den verschiedenen rumänischen Regierungen, sondern vom Bonner Staatssekretär Horst Waffenschmidt: In Transsilvanien und dem Banat gelang eine einmalige »Rückholaktion« von etwa 500.000 sogenannten Volksdeutschen, also Siebenbürger Sachsen und Schwaben.

Schwerpunkt des 29 Paragraphen umfassenden Stautsgesetzes ist die Gleichstellung der madjarischen Minderheiten in Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei mit ungarischen Staatsbürgern im Bildungs- und Kulturbereich – Aufnahme in ungarische Schulen und Universitäten – , bei der medizinischen Versorgung sowie ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt. Noch im Mai 2001 lehnte Rumäniens Staatschef Ion Iliescu den ungarischen Gesetzesentwurf rundweg ab und bezeichnete ihn als »Untergrabung der Autorität des rumänischen Staates«; sein Ministerpräsident Adrian Nastase bündelte die Empörung in einer noch härteren Charakterisierung: »krypto-revisionistisch«.

Auftritt: Otto Schily

Die von Budapest provozierte Ethnisierung der Politik rief die in solchen Konflikten mittlerweile geübte Europäische Union auf den Plan. Eine rasch unter EU-Patronanz gegründete »Kommission von Venedig« erkannte prinzipiell die ethnischen Grundsätze des ungarischen Statusgesetzes an, wollte sie allerdings zunächst auf die Ebenen von Kultur und Bildung begrenzt wissen. Deutschlands Innenminister Otto Schily packte die Chance beim Schopf und bot Rumäniens sozialdemokratischer Regierung Erleichterung auf einem scheinbar ganz anderen Politikfeld an: im Visaverkehr mit EU-Europa. Gegen den Widerstand aus Österreich und Griechenland machte Schily aus der territorialen Grenze zwischen EU-Festung und Randeuropa eine soziale. Seit 1. Januar 2002 dürfen Rumänen visafrei ins Schengenland ihrer Träume, wenn sie mindestens 500 Euro im Portemonnaie oder eine gültige Kreditkarte vorweisen können. Deutsche Zollbeamte werden ihren rumänischen Kollegen bei der Durchführung der neuen Ausreisebestimmung unter die Arme greifen. Bei einem Durchschnittslohn von 100 Euro im Monat können sich 90 Prozent der rumänischen Bevölkerung eine solche Reisefreiheit nicht leisten. Schilys Schachzug war meisterhaft, die soziale Indikation einer grenzüberschreitenden Mobilität könnte für das Schengenregime zukunftsweisend sein.

Vor dem Hintergrund der selektiven EU-Visafreiheit für Rumänen akzeptierte Bukarest am 22. Dezember 2001 das ungarische Statusgesetz, nachdem Budapest davon Abstand genommen hatte, auch seinen Arbeitsmarkt nach ausschließlich ethnischen Kriterien zu öffnen. Rumänische Privatisierungsgewinner und Intellektuelle feierten zum Jahreswechsel ihren ganz persönlichen Anschluß an Europa, während kurz zuvor in den Straßen von Bukarest Zigtausende Gewerkschafter für einen monatlichen Mindestlohn von 100 Euro und eine erweiterte Fleischmarkenausgabe demonstriert hatten.

Der ungarisch-rumänische Handschlag kurz vor Weihnachten irritierte die Regierungen in Belgrad und Bratislava, wo man davon ausgegangen war, gemeinsam Front gegen die ethnische Intervention aus Budapest zu machen. Während der stellvertretende jugoslawische Vizepremier Belgrads seinen Protest allerdings nur noch zurückhaltend vortrug, bekräftigte der slowakische Ministerpräsident Mikulas Dzurinda die Absicht, die Verteilung der »Ungarnausweise« in seinem Land behindern zu wollen.

Schengen-Schily kann zufrieden sein. Sein Junktim einer sozial indizierten Visafreiheit für Rumänen mit dem ungarischen Statusgesetz hält den Druck Brüssels und Berlins auf Bukarest aufrecht und nimmt gleichzeitig Budapests großungarische Politik unter deutsch-europäische Fittiche. Während Schily in Sachen Schengenvisa gegenüber der rumänischen Seite den »good guy« spielt, gibt sein österreichischer Amtskollege Strasser den bösen Buben. Anläßlich eines Arbeitsbesuches in Bukarest warnte Strasser am 9. Januar 2002 die rumänische Seite, Brüssel werde sich die Effizienz der sozialen Grenzziehung genau ansehen und beim ersten Anzeichen einer Massenmigration Einspruch erheben. Gegenüber den moldawischen Nachbarn im Osten hat Nastase bereits reagiert und verstärkte Kontrollen eingeleitet, was zu einem massiven Rückgang der Grenzübertritte geführt hat. Die Sicherung der rumänischen Westgrenze richtet sich gegen die Unter-500-Euro-Bürger. Zudem laufen Werbespots im rumänischen TV, die den Reisewilligen erklären, wie man sich im Westen zu verhalten habe.

In Ungarn regt sich erster Protest gegen das modifizierte Statusgesetz; der den Arbeitsmarkt betreffende Kompromiß mit Bukarest gefällt weder den Sozialdemokraten noch den Rechtsradikalen, impliziert er doch, daß theoretisch jeder rumänische Staatsbürger für drei Monate im Jahr in Ungarn Arbeit annehmen kann. Ministerpräsident Orban beruhigte die Gemüter zum Jahreswechsel mit der Zusicherung, das »breite Feld administrativer Maßnahmen« zu nutzen, um einen Zustrom rumänischer Arbeiter zu verhindern. Mit der Ausgabe der »Ungarnausweise« in Transsilvanien, auf denen die alten ungarischen Ortsbezeichnungen neu aufleben, wird demnächst begonnen.

Hannes Hofbauer schrieb in KONKRET 2/01 über die Osterweiterung der EU

Konkret 03/02, S. 42

Kunst & Gewerbe

Kultur fürn Arsch 2

Volker Panzer ist ein Mann wie aus Beton, von außen wie von innen. Sein schwarz-schwarz-dunkelschwarz kombiniertes Outfit signalisiert dem Zuseher, daß es um »Kultur« gehen soll, sobald er mit seinem »Nachtstudio« im TV-Gerät erscheint, und der kleine Heiligenschrein, den Panzer im Studio errichtet hat, liefert ein weiteres eineindeutiges Indiz: Niklas Luhmann, Oscar Wilde und Karl Kraus stehen Spalier zwischen Büchern unter anderem der wechselnden Studiogäste. Man sieht und soll sehen: Volker Panzer ist ein Liebender, und wer liebt, hat recht, und wer die Kunst liebt, hat auch dann recht, wenn er keine Ahnung davon hat. Und Volker Panzer hat keine Ahnung: Sein begrifflicher, sein analytischer und sein Wahrnehmungsapparat sind vor ca. zwanzig Jahren einfach stehengeblieben, sein TV-Apparat jedoch läuft weiter wie eine Eins. Panzer sieht alles, versteht jedoch nichts. Egal, ob er rührend naiv MTV-Videoclips nacherzählt wie ein Zehnjähriger auf dem Schulhof die letzte Folge seiner Lieblingsserie vom Vorabend, ob er Richard Wagner zum »Bob Dylan seiner Zeit« erklärt oder ob er wie zuletzt anläßlich der Gaga-These von der »Pornographisierung der Gesellschaft« die Zuschauer daheim wie die Gesprächspartner im Studio mit Erkenntnissen überrascht wie »Es ist ja doch oft so, daß dieser Markt an Pornofilmen ein riesiges Geschäft ist« beziehungsweise »in diesen Filmen wird doch tatsächlich die Frau sehr erniedrigt« – in Volker Panzer finden das absolute Streben nach Aufklärung und die gleichzeitige absolute Unfähigkeit, dies zu erreichen, zusammen, und das heimelt extrem an. Offensichtlich auch seine zahlreichen und gut sortierten Studiogäste, die seine periodisch auftretenden Einwürfe meist gelassen ignorieren, richtigstellen oder einfach ungerührt mit dem fortfahren, was sie, sehr im Unterschied zum Moderator, tatsächlich können, nicht zuletzt auch weil sie’s hier mal dürfen: sich unterhalten, sich (auch selbst) widersprechen, kurz: öffentlich reflektieren und also viel Wind um sehr wenig machen. Es ist dies aber ein überaus angenehmer Wind. Volker Panzers Anteil am Gelingen besteht letztlich in seiner (ihm unbewußten) Überflüssigkeit: Nur mit ihm – und das heißt: ohne ihn – ist das »Nachtstudio« so singulär gut. Und genau dafür muß man ihn eigentlich liebhaben.

Konkret 03/02, S. 42

J□rgen Roth

Kunst & Gewerbe

Kultur fürn Arsch 1

Im Rahmen des kurrenten »Karnevals der Kulturen« (»Gala«) lud, den Livestart des »Philosophischen Quartetts« »Im Glashaus« (ZDF) am 20. Januar flankierend, der Suhrkamp-Programmberater und Rektor der Karlsruher Hochschule für Gestaltung, Prof. Peter Sloterdijk, zur ersten von jährlich sechs Teilnahmen an der Verfeinerung der eigens entdeckten »Kultur der offenen Rede« ein. Und er warb zugunsten jener TV-»Totalsimulation von Leben«, weil er »glaubte«, daß es von der Kultur der offenen Rede und des offenen Arsches »gar nicht zuviel geben« könne. »Wir wollen«, so der »BZ«-Sokrates zum »Tagesspiegel«, »Sprachkultur.«

»Ich glaube nicht an das philosophische Gespräch«, erläuterte Sloto simultan der »FAZ« und liebäugelte »mit einer sprachmusikalischen Form«. Er gedenke, »die Musikalität für Probleme (zu) wecken« und »in Tonarten (zu) reden«, faselte der Rotweinfan fort, und »wenn wir Glück haben«, skizzierte er das kommende Unheil an der Seite des heidegger- und nietzschebauchnabelnden Komoderators Rüdiger Safranski, »dann sind interessante Passagen dabei«. Kürzer: »Wir machen Kammermusik.«

Küchenkatzenmusik auf der Klaviatur der »kulturell völlig unterschätzten« Talkshow macht man mit: dem interessanten Thema »Angst« und den interessanten Gästen Fr. »Schorle« Schorlemmer und »Meisterdenker (Reinhold) Messner, der, wahrscheinlich mit freundlicher Unterstützung von Klosterfrau Melissengeist, die Welträtsel auf einen Schlag löst: □Die Welt war noch nie so brüchig wie heute□« (Willi Winkler in der »Süddeutschen Zeitung«, 22. Januar).

Und so am Arsch. Just Muskelmessner, der sich für Peters Pommesbude durch »mittlere Zeitenthobenheit«, »Mitbetroffenheit« (Slo.) und die hochberatene Edition-Suhrkamp-Publikation *Reinhold Messners Philosophie □ Sinn machen in einer Welt ohne Sinn* schröderdeutsch qualifiziert hatte, triumphierte über den »weichen« (»Freitag«) Pastor und den totalirren »TV-Philosophen« (»Taz«) als genuinen »Atmosphärenverbrecher« (Slotodick) qua hyperheideggerischer Schaumbildung. Messners »Hinausgeworfenheit« an und in den »Berg« konterte Sloti zwar per Befund, wir Medienmenschen seien »mal Fluchttiere gewesen, bevor wir Standhaltetiere wurden«, doch der Luis-Trenker- oder -Trinker-artig vermessene Messner bröckelte aus dem Jesusbart: »Angst ist tierisch, das geht auch ohne Intellekt. Angst steht am Anfang des Intellekts.« Was im maliziösesten aller mäeutischen Dialoge gipfelte: »Sloterdijk: Sie sind ein Sinnsucher. Messner: Ein Sinnerfinder. Safranski: Ein Sinnstifter.«

Angst vor solchem Arschgerede steht am Anfang der Vernunft, die das Ende des Anguckens solchen Arschgeredes vor den Anfang des Anguckens setzt.

Konkret 03/02, S. 43

Benjamin Schiffner

Kunst & Gewerbe

Der neue Handke

Was ist bloß mit Handke los? Nicht nur hat er, obwohl man derart dicke Bücher »heutzutage« »eigentlich« »nicht mehr« schreiben, ganz gewiß aber nicht mehr lesen kann, 759 Seiten Roman (*Der Bildverlust oder Durch die Sierra de Gredos*, Suhrkamp) vollgeschrieben, und zwar mit Bleistift auf einer Waldlichtung, was sicher seine Sache ist – sondern dies und mehr auch gleich dem »Stern« vorgeplaudert. Wozu eigentlich? Um Teile der lobotomisierten »Stern«-Leser als Buch-Leser zu gewinnen? Die schaffen ja gerade die paar Seiten Interview, schon lechzen sie nach einem schönen Glas Titten. Auch Publicity-Geilheit scheidet bei einem notorisch so scheuen Peter wie Handke aus. Geld? Vielleicht Langeweile? Man weiß es nicht; dafür weiß der »Stern« um so genauer, was er von Handke einzig wissen will: »Wie haben Sie reagiert, als Sie in der ›Bunte‹ lasen: ›Katja Flint liebt Peter Handke‹?« Handke antwortet (semantisch nicht ganz, politisch mehr als) korrekt: »Was soll denn das jetzt? Gehen Sie sich doch ficken!«, doch angesichts der knallharten Beweise (»Sie wurden vergangenen Sommer beim Pasta-Essen beobachtet«) nützt leugnen nichts. Statt einfach ein passendes Alibi zu ersinnen (z. B. »Das war nicht ich, das war mein lyrisches Ich!«), tritt Handke eine seltsam stolprige Flucht nach vorn an: Flüche (»O Himmel!«, »Mama mia!«) wechseln mit Witzen (»Ich finde eher die Frauen intelligent und mich schön«), Philosophisches (»Der Mensch denkt, und irgendwas lenkt«) steht neben Polemik (»Was für eine bescheuerte Theorie!«), ja, der Epiker stülpt sich nach außen wie eh, packt über »die genannte Frau« Flint und ungefragt sogar über seine Exfrau aus (»Ihr Ungeschick ist manchmal einfach unglaublich!«), kurz: Die gute alte Innerlichkeit ist im Vierfarb-Fun-Föhlitong angekommen. Und gehört sie da nicht eigentlich auch hin? Ist das vielleicht überhaupt die einzige noch mögliche Form von Literatur? Ist es nicht vielleicht so, daß dies Interview der eigentliche »neue Handke«, Buch und Flint dagegen nur die geschickt inszenierten Anlässe sind? Doch, so ergibt alles einen Sinn. Ein Fuchs, dieser Handke; ein Name, den man sich merken muß.

Konkret 03/02, S. 43

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Bullshit for beginners

News von der German-Language-League: Nun hat auch der Dramatiker Rolf Hochhuth bei der Entgegennahme des ersten »Jacob-Grimm-Preises« in Kassel seine »Angst um das deutsche Wort« nach allen Regeln des Bühnenfaches live on stage herausposaunt: »Steht man am Grabe der beiden Grimms ..., so kann man nur mit einem Stoßgebet die Verpflichtung erneuern, nach Kräften, so schwach die auch sind, diese bedrückende Voraussage von der kommenden Weltherrschaft des Englischen zu sabotieren ... Ein ungleicher Kampf, machen wir uns nichts vor! Aber einen Versuch, womöglich den letzten, muß unsere Generation doch machen, nach dem Vorbild der Französischen Akademie dagegen gesetzliche Maßnahmen zu fordern. Viele verlachen das als Überfremdungsängste. Ich kann’s nicht komisch finden, weil mir nichts anderes einfällt, wie sonst die fortwährende Sprachverhunzung einzudämmen ist.« Mr. Highhat ist sehr happy über das positive Feedback: Günter Grass, Peter Wapnewski und viele andere haben bereits ihre Cooperation zugesichert. Und Georg Kofler, der neue Chief von Premiere World, hat als eine seiner ersten Rettungsmaßnahmen veranlaßt, daß der defizitäre Pay-TV-Sender künftig wieder nur »Premiere« heißt. Warum? »Ich hasse Anglizismen. Das ist alles Bullshit.«

Konkret 03/02, S. 43

Gert Ockert

Kunst & Gewerbe

Scheitels Himmelfahrt

Wenn einer so redet: »Ja, die tollen Karnevalstage sind vorbei, die Narren schlafen ihren Kater aus, nun haben die Politiker wieder das Sagen«; wenn einer so redet, um solche Pointen zu erzwingen: »Heute, bei den traditionellen Aschermittwochsveranstaltungen der Parteien, war von Katerstimmung allerdings nichts zu spüren«; wenn einer so redet und solche Witze reißt und dabei ein Gesicht macht wie reserviert für Ohrfeigen, aber nur mit Handschuhen, bitte dann hat er sich einiges verdient, den Job des stellvertretenden Chefs der RTL-Nachrichtenredaktion z. B. oder den Titel »nach Ulrich Wickert ... und Wolf von Lojewski ... der dienstälteste Anchorman im deutschen Fernsehen« (»FAZ«, 31.1.02) oder auch den Adolf-Grimme-Preis.

Peter Kloeppel, dessen betongelierter Scheitel Seriosität, dessen eingebautes falsches Grinsen Objektivität, dessen sägemehlsteife Gesten Gravität simulieren sollen, ist der Darsteller eines Nachrichtenmoderators, und nicht mal ein guter. Genau darum halten ihn die Juroren des Grimme-Institus für preiswürdig. Sie haben nämlich ins Statut geguckt und dort gelesen, es seien zumal Sendungen auszuzeichnen, welche »die spezifischen Möglichkeiten des Mediums Fernsehen auf hervorragende Weise nutzen und nach Form und Inhalt Vorbild für die Fernsehpraxis sein können«. Die News-Show »RTL Aktuell«, in der Kloeppel sein Muster-Musterschülergesicht werkabendlich ausstellt, beherrscht in der Tat die spezifischen Möglichkeiten des Fernsehens ganz hervorragend: Hier wird Lüge zur lauteren Wahrheit, Nichtigkeit zur Sensation, Dummheit zur Ideologie. Und dazu gluckst und pausbackt perfekt Peter Kloeppel: »Aus dem heißen Rio direkt ins kalte Salt Lake City.«

Der Grimme-Orden gebührt der vollends witz- und sympathiefreien Lemure von RTL nicht weniger als ehedem solchen Schwerstzumutungen wie Roger Willemsen oder Bettina Böttinger. Verbitterung über die Selbstzerstörung eines Medienpreises, der vor Zeiten eine gewisse politische Bedeutung besaß, wäre verschwendete Emotion. Gleichwie dem Fernsehen alles egal ist, was sich nicht senden läßt, und was sich senden läßt, erst recht, darf auch der Jury, die den Kloeppel ehrt, alles wurscht und piepenhagen sein. Es nimmt ja kein Mensch mehr ernst, was im TV stattfindet. Und darum gehört auch der renommierteste Preis, mit dem die Emanationen und Inkarnationen des Fernsehens sich hierzulande schmücken können, von jeglichem Renommee befreit. Mit Peter Kloeppel wird s gerichtet.

Konkret 03/02, S. 43

Benjamin Schiffner

Kunst & Gewerbe

Das ZDF als Medium

Es ist zwar schon ein Stück her, doch darf man vielleicht trotzdem kurz auf eine mediale Merkwürdigkeit hinweisen: Der ZDF-Jahresrückblick »Album 2001« illustrierte die Meldung »Gerhard Stoltenberg ist tot« mit einer Archivaufnahme, die Gerhard Stoltenberg hellauf begeistert einen Blumenstrauß schwenkend zeigte, wie aus Freude über sein eigenes Ableben. Warum das? Er wird halt auch froh sein, es hinter sich zu haben. Nur: woher weiß das ZDF das?

Konkret 03/02, S. 45

Christian Y. Schmidt

□ Bild□ regiert

Kultur-Kolumne

Gegen die »Bildzeitung« kann niemand in Deutschland regieren. Noch nicht einmal ohne sie. Wer es dennoch versucht, wird schnell eines Besseren belehrt. Jürgen Trittin zum Beispiel. Der ist zwar ein politischer Opportunist, glaubte aber zunächst, sich auch als Regierungsmitglied einen Hauch von persönlicher Würde bewahren zu dürfen. Eine Zeitlang verweigerte er sich dem Blatt, speziell ihrem Klatschkolumnisten Graf Nayhaus. Dafür wurde er von »Bild« bestraft. Das Blatt brandmarkte Trittin so lange als verkappten Linksradikalen, verbohrten Ökologen, Versager und Verlierer, bis er schließlich aufgab und sich der »Bildzeitung« rituell unterwarf. Dafür genügte eine einfache Postkarte, die Trittin im Juli 2001 von der Klimakonferenz in Bonn »an die □Bild□-Leser« schrieb. Seitdem hat man in »Bild« über den grünen Umweltminister nichts Negatives mehr gelesen. Im Gegenteil: »Ist Trittin der neue Liebling des Kanzlers?« fragte »Bild« bereits in derselben Ausgabe, in der sich auch das Faksimile der Postkarte fand.

Gerhard Schröder hat niemals Trittins Probleme gehabt. Dem Kanzler ist so etwas wie persönliche Würde fremd. Schröder interessiert sich nur für die Macht und deshalb von allen Medien, wie er sagt, nur für »□Bild□, □BamS□ und Glotze«. Er weiß, daß jeder, der in diesem Land Kanzler sein will, dieser Trinität auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist. Deshalb sorgte er als SPD-Kandidat bereits bei der letzten Bundestagswahl vor und ließ sich vom damaligen »Bild«-Redakteur Bela Anda (als einem von zwei Autoren) termingerecht eine Jubelbiographie schreiben. Nach dem rot-grünen Wahlsieg wurde Anda dann umgehend zum stellvertretenden Regierungssprecher befördert. Es ist kein Geheimnis, daß dieser Mann nur angestellt wurde, um den direkten Draht zwischen Kanzleramt und »Bild«-Redaktion zu pflegen.

Auch der Kandidat der Union, Edmund Stoiber, weiß, daß man ohne die »Bildzeitung« in Deutschland nicht Kanzler werden kann. Folgerichtig ernannte er im Januar Michael H. Spreng zum Chef seines Wahlkampfteams. Spreng war zehn Jahre lang Chefredakteur der »Bild am Sonntag«. Zwar wurde er im Oktober 2000 gefeuert, weil er dem Vorstand des Springerkonzerns »zu links« gewesen sein soll, doch das ist nur einer der Scherze, die heutzutage gemacht werden, wenn man nicht weiß, warum etwas passiert – oder es nicht schreiben darf. Sprengs gute Kontakte zu »Bild« werden unter dem Rauswurf kaum gelitten haben. Wäre es anders, hätte sich Stoiber sicher nicht für ihn entschieden.

Trittin, Anda und Spreng – drei Beispiele, die zeigen, wie die »Bildzeitung« (und damit der Springerkonzern) das vorhandene politische Personal beeinflußt, unter Druck setzt und ihm gegebenenfalls »Bild«-erprobtes PR-Personal zur Seite stellt. Die Liste ließe sich problemlos erweitern: Um den Ex-»Bild«-Chefredakteur Peter »Pepe« Boenisch beispielsweise, der von 1983 bis 1985 Regierungssprecher im Kabinett Helmut Kohls war, oder um den Ex-»Bild«-Chef Hans-Hermann Tiedje, Kohls Wahlkampfmanager im 98er-Wahlkampf.

Neuerdings aber scheint man sich bei Springer mit dieser Form der politischen Machtausübung nicht mehr zu begnügen. Das zeigte sich im Zuge der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl und der anschließenden Senatsbildung. Hierbei wurde das Repertoire der Einflußnahme des Springerkonzerns auf die Politik um zwei interessante Varianten erweitert.

Die erste Variante ist der neue Hamburger Innensenator. Denn mit Ronald Schill, ihrem »Richter Gnadenlos«, hat die »Bild«-Zeitung erstmals einen Politiker selbst erschaffen. Schill ist ein ebenso reines »Bild«-Produkt wie die »Bild«-Zombies Jenny Elvers, Verona Feldbusch oder Jeanette Biedermann. Im Nachhinein will es beinahe scheinen, als seien Elvers & Co. nur erste Prototypen gewesen, die »Bild« auf dem harmloseren Terrain der Unterhaltungsindustrie erprobte, um schließlich einen Schill konstruieren zu können. Wie die anderen »Bild«-Monstren ist Schill ganz und gar abhängig von den Entscheidungen der »Bild«-Redaktion. Dort hat man ihn angeschaltet und dort wird man ihn bei Bedarf auch wieder ausschalten.

Die zweite Variante ist die Ernennung der ehemaligen Leiterin des »Bild«-Kulturressorts und stellvertretenden »WamS«-Chefredakteurin Dana Horáková zur Hamburger Kultursenatorin. Erstmals stellt damit die Redaktion der »Bildzeitung« direkt ein Mitglied einer Landesregierung. Das hat besonders der liberalen Presse nicht gefallen. Ein »Stückchen Ohnsorg-Theater« nennt Christof Siemes in der »Zeit« die Senatorinnenkür, bemängelt, daß »Kritik in Horákovás publizierter Kunstwelt« nicht stattfinde und fragt entrüstet: »Prädestiniert das irrwitzige Talent zur Vereinfachung jemanden schon zur Kultursenatorin?«

Genau das, kann man Herrn Siemes nur antworten, schließlich: Was prädestiniert denn Gerhard Schröder anderes zum Bundeskanzler als sein irrwitziges Talent zur Vereinfachung, zur Lüge oder zur Phrase? Allein weil bei Frau Horáková aufgrund ihres Backgrounds die einzig benötigte Qualifikation für ein politisches Amt deutlicher zutage tritt als bei anderen, ist ihre Berufung zur Senatorin zu begrüßen. Auch daß der Springerkonzern nunmehr dazu übergegangen ist, politische Ämter direkt mit Leuten aus den eigenen Reihen besetzen zu lassen, ist nicht schlecht. Eventuell werden dem einen oder anderen »Zeit«-Journalisten dadurch bestimmte Zusammenhänge etwas klarer.

Bedenklicher als die Hamburger Senatorinnenwahl aber ist, was sich seit einiger Zeit auf den Seiten der »Bildzeitung« selbst abspielt. Schließlich ist »Bild« nicht nur ein Hetz- und Manipulationsorgan, das Politik, Politiker und Bevölkerung in diesem Land beeinflußt. Umgekehrt ist das Blatt auch so etwas wie ein Seismograph für das, was die Mehrheit der Deutschen denkt. Das heißt: Auch die Redaktion der »Bildzeitung« (oder eben der Springerkonzern) kann nicht völlig frei entscheiden, welche ideologischen Versatzstücke sie unters Volk bringt und hier erfolgreich durchsetzt. Ihren Manipulationen sind durch das, was man allgemeine Trends, Zeitgeist oder kollektives Unbewußtes nennen mag, Grenzen gesetzt.

Insofern ist es aufschlußreich, daß die Kolumne »Post von Wagner« des Ex-»BZ«- und »Bunte«-Chefs Franz-Josef Wagner zu einer der beliebtesten des Blattes gehört. Um festzustellen, daß es sich bei Wagner um einen echten Borderline-Irren handelt, muß man nur wenige dieser »Briefe« gelesen haben. Diesen zum Beispiel, aus »Bild« vom 26. 10. 2001: »Lieber 24. Oktober, liebes Vorgestern, heute schreibe ich zum ersten Mal an einen Tag, ihn mir als Mensch vorstellend. Lachend klingelte er am Mittwoch an meiner Tür, legte Zeitungen und Brötchen hin. Auf der ersten Seite von »Bild« strahlten Steffi und André als glückliches Ehepaar ... Ehe ich sagen konnte □Lieber Mittwoch, bleib noch ein bißchen□, verschmorten 20 oder mehr Menschen im Gotthard-Tunnel. Heute ist der 26. Oktober. Ich sehne mich nach dir, liebes Vorgestern. Herzlichst Franz Josef Wagner.«

Die Tatsache, daß einer so was in »Bild« schreiben darf – noch vor zehn Jahren in dieser Form undenkbar – , und sein Erfolg beim »Bild«-Publikum spiegeln nichts weniger als die allgemeine Psychopathologisierung der Gesellschaft. Sollte es »Bild« irgendwann gelingen, einen Geisteskranken vom Schlage Wagners an der Spitze der deutschen Politik zu installieren (und daß dies nicht unmöglich ist, zeigt allein das Beispiel des dementen amtierenden Verteidigungsministers), wird es Zeit, die Koffer zu packen.

Konkret 03/02, S. 46

Rayk Wieland

Polen wieder offen!

500.000 Deutsche haben in den ersten Tagen nach seinem Erscheinen das neue Buch von Günter Grass gekauft. Es ist danach

In seiner neuen »Novelle« *Im Krebsgang* ist Günter Grass endlich und zur finalen Begeisterung aller das Werk noch vor seinem Erscheinen unisono begutachtenden Rezensenten – die »Zeit« und die »Welt« druckten sogar die identische Besprechung von ein und demselben Günter Franzen ab – mit einem Thema »niedergekommen« (R. Augstein), das in seinem Werk von Anbeginn angelegt und stets präsent war, wenn es auch bisher eher peripher, verdruckst, bemäntelt und gedeckelt zur Sprache kam beziehungsweise zu dem, was Günter Grass seit Jahrzehnten dafür hält. Er widmet sich den Unannehmlichkeiten, welche die Deutschen in und nach dem letzten Weltkrieg zu erleiden hatten. *Dieses Thema*, gibt er ohne weiteres zu, *tickt bei mir schon seit Jahren,** nun ist die Bombe hochgegangen. Zwar reklamiert er nach wie vor im Interview – nicht im Buch – , die Leiden der Deutschen seien als *nachgeordnetes Unrecht* zu betrachten, ihre *Verbrechen* blieben *auslösendes Moment*, aber das muß er auch tun, um sich vom regulären Trivialnazi halbwegs abzugrenzen. Die Frage ist, ob ihm das noch gelingt. Von *nachgeordnetem Unrecht* würden die Vertriebenenverbände auch sprechen und, ähnlich wie Juden und Zwangsarbeiter auch, auf einer, wie immer *nachgeordneten*, Wiedergutmachung, das heißt Restitution von Gebieten und Eigentum, bestehen. Polen wäre wieder offen.

Polen ist wieder offen. Je deutlicher sich herausstellt, daß Deutschland Gewinner des letzten Weltkrieges ist, desto mehr legen die Deutschen Wert darauf, als seine eigentlichen Opfer aufzutreten. Geschichte wird von den Siegern geschrieben, weil sie die Macht haben, sie zu schreiben. Die Archive der verbliebenen Linken werden in dieser Situation bestenfalls als Hobbytheken Bestand haben. Für die Kritik bedeutet das, daß ihr Status sich ändert: die Kritik beginnt, sich selbst zu schaden. Sie wird unergiebig. Und sie unterhält nicht.

Wie alle Künstler, die von ihrem Unterhaltungswert ihren Unterhalt bestreiten, hat Günter Grass den Braten lange, bevor er ihn gewendet hat, gerochen. *Ich erinnere mich oder ich werde erinnert durch etwas, das mir quersteht, seinen Geruch hinterlassen hat,* sagt er in einer Rede »Über die Zukunft der Erinnerung«, die er im Jahr 2000 in Vilnius hält. *Aus dem Abseits taucht etwas auf, das nicht sogleich zu benennen ist. Sprachlose Gegenstände stoßen uns an; Dinge, die uns seit Jahren, so meinten wir, teilnahmslos umgaben, plaudern Geheimnisse aus: peinlich, peinlich! ... Merkwürdig und beunruhigend mutet dabei an, wie spät und immer noch zögerlich an die Leiden erinnert wird, die während des Krieges den Deutschen zugefügt wurden. Die Folgen des bedenkenlos begonnenen und verbrecherisch geführten Krieges, nämlich die Zerstörung deutscher Städte, der Tod Hunderttausender Zivilisten durch Flächenbombardierung und die Vertreibung, das Flüchtlingselend von zwölf Millionen Ostdeutschen, waren nur Thema im Hintergrund. Selbst in der Nachkriegsliteratur fand die Erinnerung an die vielen Toten der Bombennächte und Massenflucht nur wenig Raum. Ein Unrecht verdrängte das andere.*

Der schmierige Stil verrät den Ideologen. Wie hanebüchen, hier ein x-mal abgetatschtes Dutzendwort wie *Unrecht* zu gebrauchen. Wie dümmlich, von *bedenkenlos begonnenen Kriegen* zu phraseln, als ob bedachtsam begonnene ausgereicht hätten. Wie obszön, es *merkwürdig und beunruhigend anmuten* zu lassen, *wie spät und immer noch zögerlich an die Leiden erinnert wird, die während des Krieges den Deutschen zugefügt wurden*, als wäre da mehr als nur die Schmauchspur, die an der Hand des Schützen kleben blieb. Und wie ekelhaft, sich auf etwas zu berufen, *das seinen Geruch hinterlassen hat.*

Grass muß nicht wissen, was er schreibt und redet, er ist das Medium seiner und anderer Verdauungsorgane, sein Werk von nichts geprägt als Wurschtigkeit. Es denkt aus ihm, es steht ihm quer. *Angestiftet, Partei zu ergreifen* nennt er eine Ansammlung sogenannter *Dreinreden*. »Ich habe das Gefühl, es hat in ihm gearbeitet«, begrüßt Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenden, das neue Buch. *»Warum erst jetzt?« sagte jemand, der ich nicht bin* lautet folgerichtig der erste Satz der »Novelle«, als wäre der Erzähler ein ferngesteuerter legasthenischer Lautsprecher. Aber ist das ein Anfang für einen literarischen Text? Der mit einer Startauflage von 500.000 abgeht? Den noch vor dem ersten Erscheinungstag sämtliche überregionalen Zeitungen und Zeitschriften ernsthaft besprechen? Anstatt ihm ein: »Ruhig, Günter! Setz dich nach ganz hinten und fang noch mal an!« zuzurufen!? Offenbar ja. Wenn es noch eines Beweises für die Beobachtung bedurft hätte, daß öffentlich verhandelte Literatur nichts als der Glibber des Politischen ist, Grass sollte ihn mit seiner *Krebsgang*-»Novelle« geliefert haben.

Das Buch gibt vor, den Untergang des einstigen Kraft-durch-Freude-Dampfers »Wilhelm Gustloff« zu rekonstruieren, der mit mehr als 6.000 Flüchtlingen, U-Boot-Rekruten und Marinehelferinnen beladen im Januar 1945 von einem sowjetischen U-Boot torpediert wurde und sank. Diese »größte Seefahrts-Katastrohe aller Zeiten, schlimmer noch als der Untergang der Titanic« (»Spiegel«), steht exemplarisch für den Opfergang der Deutschen, von dem nun, nachdem genug *Bekenntnishaftes zum Thema »Nie wieder Auschwitz« geliefert* worden sei, berichtet werden müsse. Daß diese Sorte Literatur bislang nur auf den Grabbeltischen der Vertriebenenverbände und im Insertionsteil der Dr. Frey'schen »Nationalzeitung« zu finden war,

hält Grass – der in seiner »Novelle« persönlich als *der Alte, Jemand bzw. Namenloser* agiert – für die Wurzel des Übels, ja des Rechtsradikalismus. *Niemals, sagt er, hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei, schweigen, das Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen. Dieses Versäumnis sei bodenlos. ... Gleich nach dem Erscheinen des Wälzers Hundejahre sei ihm diese Stoffmasse auferlegt worden. Er – wer sonst? – hätte sie abtragen müssen, Schicht für Schicht ... Das nagt an dem Alten. Eigentlich, sagt er, wäre es Aufgabe seiner Generation gewesen, dem Elend der ostpreußischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben: den winterlichen Trecks gen Westen, dem Tod in Schneewehen, dem Verrecken am Straßenrand und in Eislöchern, sobald das gefrorene Frische Haff nach Bombenabwürfen und unter der Last der Pferdewagen zu brechen begann, und trotzdem von Heiligenbeil aus immer mehr Menschen aus Furcht vor russischer Rache über endlose Schneeflächen ... Flucht ... der weiße Tod* ... Und langsam ausblenden.

Was immer Grass umtreibt, Literarisches ist es nicht. Er ist ein Ideologe reinsten beziehunsgweise trübsten Wassers. Als zentrales Anliegen seiner »Novelle« erweist sich die Novellierung der »Dolchstoßlegende«. Die weitgehende Tabusierung der deutschen Kriegsopfer und -leiden habe, so Grass, dem Rechtsradikalismus den Boden bereitet. Das Versagen der deutschen Literatur bestehe darin, den deutschen Leidensweg nicht hinreichend beklagt zu haben. Und die Linke, zu der sich Grass trotz oder wegen seines frivolen SPD-Dauer-Engagements offenbar rechnet, sei, indem sie der Rechten das Feld der nationalen Trauer überließ, dem Vaterland in den Rücken gefallen.

Das ist zwar Nonsens, aber nicht komisch. Denn zu Zeiten, als die deutschen Kriegsleiden noch Tagesgeschwätz waren, als sich die Büchertische unter der Last der Erinnerungen wackerer Wehrmachtskameraden und ihrer gepeinigten Hausfrauen wie die Balken bogen, erzielten die Nazis bei Landtagswahlen Stimmenanteile, von denen der Verfassungsschutz heute nur träumen kann. Bis weit in die siebziger Jahre hinein saß die Mehrheit der Deutschen in der bundesrepublikanischen Kneipe »Zum Selbstmitleid« am Stammtisch. Hier trieb man ungeschützt Oralverkehr und hatte seine Kriegs-, Vertreibungs- und Bombengeschichten mit allem Drum und Dran. Wenn etwas tabusiert war und gemieden wurde wie die Sittenpolizei, dann die Erinnerung an den Holocaust, für den damals gar kein Wort zur Verfügung stand.

Grass hier Vorhaltungen zu machen, wäre verfehlt. Es lügt aus ihm, wenn er den Bart hochklappt. Das gesamte Buch besteht – kongruent zum Werk – aus Sätzen, die man mit spitzen Fingern herausheben und auf den Haufen legen möchte. *Die* Geschichte, schreibt er, *genauer, die von uns angerührte Geschichte ist ein verstopftes Klo. Wir spülen und spülen, die Scheiße kommt dennoch hoch.* Wo wäre, in dieser selbstangerührten Metapher aus dem Sanitärtrakt des Großdichterhauses, der Sinn? Wie kommt die Scheiße in den ewig verstopften Abort? Und wann kommt der Klempner?

Nobelpreis – sehr lustig, verdienter nie. Wenn's noch einen Nobelpreis für Namen gäbe, die so ein Illiterat ausknobelt, Grass hätte ihn auf Lebenszeit sicher. Als von ihm selbst höchstpersönlich eingesetzter Erzähler (ein Kunstgriff, den man noch weit vor die Erfindung des Schnürsenkels datieren muß) figuriert ein gewisser *Paul Pokriefke*, der Sohn der aus früheren Grass-Texten bereits einschlägig bekannten *Tulla Pokriefke* und Vater eines Sohnes namens *Konrad Pokriefke* ist. Es begibt sich, daß *Tulla Pokriefke*, als sie mit *Paul Pokriefke* in den Wehen liegt, sich als Flüchtling auf der »Gustloff« befindet. Die Geburt erfolgt auf die Minute genau während des Untergangs des Schiffes, die *Pokriefkes* zählen zu den wenigen Überlebenden. Während nun *Paul Pokriefke*, der als Journalist mal bei Springer, mal bei der »Taz« arbeitet, ein halbes Jahrhundert später die Geschichte der »Gustloff« aufschreibt, stellt sich heraus, daß sein von ihm getrennt lebender Sohn *Konrad Pokriefke*, angestiftet wiederum von seiner Großmutter *Tulla Pokriefke*, im Internet eine Nazi-Homepage betreibt, auf der die rechtsradikale Darstellung des Geschehens ausgebreitet wird. Erwähnung finden noch weitere Pokriefkes, doch sie werden nicht aktiv. Die Pokriefkerei grassiert beträchtlich.

Wir lesen die von Grass-Pokriefke behutsam korrigierte Version der Nazi-Homepage. Wir erfahren einiges beziehungsweise alles über *den* Wilhelm Gustloff, der ermordet, sowie über *die* »Wilhelm Gustloff«, die torpediert wurde. Wir hören, daß *der* Wilhelm Gustloff an einem 30. Januar zur Welt kam, wohingegen *die* »Wilhelm Gustloff« an einem 30. Januar sank. Mit der spökenkiekerischen Symbolik des Datums, auf das obendrein Hitlers Machtantritt fällt, treibt Grass albernsten Schabernack. Wir machen Bekanntschaft mit dem Schweizer Gustloff-Attentäter David Frankfurter und dem sowjetischen U-Boot-Kommandanten Alexander Marinesko. Wir vernehmen das Gequäke dreier Pokriefke-Generationen, wobei die Generationenfolge, mit der Grass offenbar eine Art Kausalität abbilden will, interessant ist: Mutter Pokriefke wird als Altstalinistin mit Kraft-durch-Freude-Faible, Vater Pokriefke als frustschiebender Altachtundsechziger und Sohn Pokriefke als ambitionierter Jungnazi vorgeführt.

War die Torpedierung der »Gustloff« auf der Ostsee ein Kriegsverbrechen? Grass verneint mit knapper Not. *Mit ihrem grauen Kriegsanstrich bot die »Gustloff« ein nicht eindeutig zu identifizierendes Ziel.* Es seien keineswegs nur Frauen und Kinder an Bord gewesen, sondern auch U-Bootmatrosen, Marinehelferinnen, außerdem Flakgeschütze sowie Bedienungsmannschaften. Hinzu kämen kroatische Kriegsfreiwillige. Man müsse zugeben, daß das Schiff *weder ein Rotkreuztransporter noch ein ausschließlich mit Flüchtlingen beladener Großfrachter* gewesen sei, *sondern ein der Kriegsmarine unterstelltes bewaffnetes Passagierschiff, in das unterschiedlichste Fracht gepfercht wurde.* Das sind die

Fakten, und Grass als Hüter seines »Novellen«-Personals räumt ein, *was seit Jahren gedruckt vorlag und selbst von den Ewiggestrigen kaum mehr bestritten wurde.*

Wozu aber dann die ganze Aufregung? Weshalb stehen die Zeitungen Kopf? Es leuchtet nicht ohne weiteres ein. »Der Beifall«, konstatiert etwa die »Süddeutsche Zeitung«, »gilt dem Tabubrecher«. – »Es ist wieder angebracht«, meldet der »Spiegel«, »der Toten unter den 12,5 Millionen Vertriebenen zu gedenken, die auf ihrer Flucht nach Westen zugrunde gingen.« – »Die gelungene Darstellung der Wiederkehr des Verdrängten – durchsetzt mit überraschender Kritik an der deutschen Linken – ist spannend und lehrreich zugleich«, heißt es in der »Woche«. – Die »Welt« läßt sich vernehmen: »›Wir haben die Sowjetunion mit Krieg überzogen, dem Land unendliches Leid gebracht und dann den Krieg verloren‹, resümierten Margarete und Alexander Mitscherlich 1977 in ihrem Buch *Die Unfähigkeit zu trauern.* Man muß schon mit einer erheblichen Trägheit des Herzens geschlagen sein, wenn man sich nach der Lektüre der Novelle der späten Einsicht verweigert, daß dieser mitleidlose, von mir und den Angehörigen meiner Generation jahrzehntelang befolgte Ernüchterungsappell nur die halbe Wahrheit enthält.« – »Der Untergang der ›Gustloff‹«, rekapituliert die »Zeit«, »gehört zu den entsetzlichsten Geschehnissen des Krieges. Günter Grass rühmt sich, in seinem neuen Buch *Im Krebsgang* in rechter Weise daran zu erinnern, an den kalten Wassertod von jungen Frauen und Schwerverletzten, unter ihnen über 4.000 Kinder und Säuglinge.« – »Ein politischer Tabubruch«, stellt die »FAZ« fest, »liegt nicht vor.« Also was! Also nichts? Man gewinnt den Eindruck, ein Skandal wird zwar ausgerufen, aber nicht benannt. Das Buch wird, vor seinem Erscheinen wohlgemerkt, besprochen wie *die* Sensation der letzten 50 Jahre, ohne daß auch nur in Ansätzen deutlich würde, worin sie bestehen könnte.

Es mag ja sein, daß Grass mit seiner »Novelle« erstmals in der Nachkriegsliteraturgeschichte vorurteilsfrei die deutsche Vertriebenenproblematik touchiert hat – aber dann hätte er seinen Text auf, sagen wir, vor 1953, dem Erscheinungsjahr von Arno Schmidts *Umsiedlerin,* zurückdatieren müssen. Es trifft auch zu, daß Grass nicht davor zurückscheute, Greueltaten namhaft zu machen, welche sich die deutschen Kriegsgegner, speziell die Russen, zuschulden kommen ließen – aber die gehörig auszumalen hatte er bereits in seiner *Blechtrommel* nicht unterlassen. Es ist richtig, daß Grass sich Gedankengut angeeignet hat, welches bis dahin nur von den Kontrafaktikern der Flüchtlingsverbände und Rechtsradikalen gehegt wurde – aber das ist seit 1989 ff. Staatsräson, wie unter anderem Bundesinnenminister Otto Schily bezeugt, der 1999 der deutschen Autorenschaft, vom Rednerpult des Pfingstreffens der Vertriebenen aus, die von Grass fast wörtlich übernommene Richtlinie ausgab: »Die politische Linke hat über das millionenfache Leid hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden.« Es ist ferner möglich, daß hier ein ausgewiesener antifaschistischer Autor mit Staats- und Weltgeltung, dessen Name wie kein anderer für die demokratische Nachkriegsverfassung der Bundesrepublik zu stehen scheint, sich kummervoll den Kriegsleiden der Deutschen zuwendet – aber das sollte, wie alles andere auch, ein legitimes literarisches Thema sein.

Nein, der Skandal liegt allein darin, *wie* er den »Gustloff«-Untergang durchnimmt. Die Feuilletons, die fast komplett Grass' literarisches Vorgehen abqualifizieren, loben ebenso einhellig die »Ausgewogenheit« der Schilderung. Hier schlägt der politische Opportunismus durch, denn von »Ausgewogenheit« – die im übrigen eine »Novelle«, wenn sie eine wäre, durchaus nicht bräuchte – kann gerade nicht die Rede sein. So vergißt Grass zu erhellen, warum die Deutschen in heller Panik Richtung Westen flohen. Seine Darstellung ist vielmehr die: *Als wenige Tage nach dem Vorstoß der sowjetischen II. Gardearmee die Ortschaft Nemmersdorf von Einheiten der deutschen 4. Armee zurückerobert wurde, war zu riechen, zu sehen, zu zählen, zu fotografieren und für alle Kinos im Reich als Wochenschau zu filmen, wie viele Frauen von russischen Soldaten vergewaltigt, danach totgeschlagen, an Scheunentore genagelt worden waren. T-34-Panzer hatten Flüchtende eingeholt und zermalmt. Erschossene Kinder lagen in Vorgärten und Straßengräben.* Was die *russische Armee* – es war die sowjetische – überhaupt in Deutschland zu suchen hatte, bleibt ganz unerwähnt. Den sowjetischen U-Boot-Kommandanten Alexander Marinesko stellt Grass als Hallodri, Trunkenbold und Hurenbock vor, der allein aus Angst vor Vorgesetzten, übertriebener Ehrsucht und makabrem Diensteifer gehandelt habe: *Nicht nur die letzte Sauftour und sein den Landurlaub überschreitendes Verweilen in finnischen Hurenhäusern konnten ihm angelastet werden; er stand unter Spionageverdacht ... Allenfalls konnte ihn ein unübersehbarer Erfolg retten ... Späteren Aussagen nach wollte er die »Faschistenhunde«, die sein Land überfallen und verwüstet hatten, treffen, wo er sie fand; das war ihm bisher nicht gelungen. Seit zwei Wochen lief die Suche nach Beute ergebnislos ... Wie ausgehungert wird er gewesen sein.* Kokett entwendet Grass, das Elend deutscher Flüchtlinge und den Tod der »Gustloff«-Passagiere zu beschreiben, Stilfiguren, wie sie in der Holocaustliteratur sich ausgeprägt haben. *Ich kann es nicht beschreiben. Niemand kann das beschreiben ... Da es mir ohnehin nicht gelinge, das tausendmalige Sterben im Schiffsbauch und in der eisigen See in Worte zu fassen, ein deutsches Requiem oder einen maritimen Totentanz aufzuführen...*

Grass' »Novelle« hat aber auch eine Art Handlung. Im Chatroom seiner Nazi-Homepage streitet sich *Konny Pokriefke* heftig mit dem Philosemiten David, der als Jude auftritt und in Grass' Figurenschema als Linker firmiert, also immer mal wieder *seine antifaschistische Gebetsmühle in Gang setzt.* Grass zeichnet ihn mit wenig Sympathie. Zwischen Konny und David entsteht eine Haßfreundschaft, und sie verabreden sich schließlich am 20. April 1997 (Achtung, Datum!) am Ort des zerstörten Gustloff-Denkmals, bei dem der Nazi den Juden mit einer Pistole erschießt. Es kommt zum Prozeß, bei dem sich

herausstellt, daß der Ermordete gar kein Jude gewesen sei, sondern sich lediglich als Jude ausgegeben habe. Im Gerichtssaal kommen die Eltern des Täters und seines Opfers ins Gespräch. Worüber unterhalten sie sich? Über die »Gustloff«. Grass läßt die Mutter des eben Ermordeten das Schicksal der deutschen Flüchtlinge beweinen. *»Irgendwie schrecklich, was damals beim Untergang geschehen ist. Die vielen Kinder. Man wußte davon rein gar nichts. Selbst mein Mann nicht, dessen Hobby die Erforschung der jüngsten deutschen Geschichte ist. Auch ihm hat es an Wissen, was den Fall Gustloff betrifft, leider gefehlt, bis schließlich ...« Sie weinte.* Das ist nun tatsächlich eine »unerhörte Begebenheit«. Grass läßt die (sich als Juden ausgebenden) Opfer des aktuellen Rechtsradikalismus die deutschen Kriegstoten betrauern – ein wahrlich karthatisches Finale.

Und was für eine Katharsis! 1990 tönte Grass noch: *Wer jetzt an Deutschland denkt, muß Auschwitz mitdenken*. »Auschwitz mitdenken«, das war schon damals eine Obszönität ersten Ranges. Heute will uns der ehemalige Hitlerjunge und Wehrmachtssoldat hingegen sagen: wer an Auschwitz denkt, muß die deutschen Opfer mitdenken. Brav, Günter. Ruhig, Brauner!

---

*kursiv gesetzte Passagen sind Zitate von Günter Grass

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 2/02 über die Logik der Fernbedienung

Konkret 03/02, S. 49

Aleksandar Tisma, Kurt Köpruner

Die Serben müssen sich unterwerfen

Aleksandar Tisma hat mit seinem Roman »Der Gebrauch des Menschen« literarischen Weltruhm erlangt. Mit dem jüdisch-serbischen Schriftsteller sprach Kurt Köpruner

Köpruner: War das ehemalige Jugoslawien als Vielvölkerstaat nicht schon zum Zeitpunkt seiner Gründung (1918) zum Scheitern verurteilt?

Tisma: Ich glaube nicht. Jugoslawien hatte Chancen wie jede andere Gemeinschaft oder Familie auch. Es gibt immer zentrifugale Kräfte. Andererseits gab es daneben auch starke Kräfte, die die Einheit bewahren wollten. Immerhin hatten alle dieselbe oder zumindest eine ähnliche Sprache, Kroaten und Serben trugen oft dieselben Namen. Große Teile Serbiens waren zwar viele Jahrhunderte unter türkischer Verwaltung und Herrschaft. Doch andere Teile waren lange unter österreichisch-ungarischer Verwaltung, das verband uns mit Kroatien und Slowenien. Auf dieser Grundlage wuchs im 19. Jahrhundert die große illyrische Bewegung, die eine Einheit aller Südslawen wollte. Das hat sich durchgesetzt und konnte bestehen. Wenn nicht eine Aggression von außen gekommen wäre, wäre Jugoslawien nicht zerfallen. Von Anfang an gab es natürlich Serben, Kroaten und Slowenen, die den Jugoslawismus ablehnten. Bei den Serben allerdings war die Zustimmung noch am größten, weil sie zahlenmäßig die stärksten waren und überdies in allen Gegenden der Region lebten. Deswegen nahmen sie die jugoslawische Idee, die zuerst in Kroatien entstanden war, gerne an.

Wenn die jugoslawische Idee schon im 19. Jahrhundert in Kroatien entstanden war, warum war dann nach der Gründung des gemeinsamen Staates 1918 die Ablehnung in Kroatien so stark?

Serbien war neben Montenegro das einzige Gebiet im neuen Staat, wo es schon vorher ein Königreich gab, mitsamt einem König, mit Ministerien, einer Armee, einer Polizei. Die schon bestehenden serbischen Institutionen hatten die Tendenz, sich auf ganz Jugoslawien auszudehnen. Das hat den anderen nicht gefallen. Man muß aber auch sehen, daß das faschistische Deutschland, wie auch Italien, in den Dreißigerjahren antijugoslawische Terroristengruppen organisiert und gefördert hat. Das sind keine Phantasien, das ist historisch. Die kroatische Ustascha unterhielt in Mussolinis Italien Ausbildungslager. Ähnliches geschah in Deutschland. Trotzdem wäre es möglich gewesen, Jugoslawien zu erhalten, wenn nicht 1941 der Krieg über uns gekommen wäre. Jugoslawien hat sich nur etwa 17 Tage halten können – dann wurde es sofort aufgeteilt: Die Deutschen haben ein »freies unabhängiges Kroatien«, also den Ustascha-Staat, kreiert, Slowenien wurde teils den Italienern, teils den Deutschen gegeben, Bosnien wurde ein Teil von Kroatien, Mazedonien wurde den Bulgaren gegeben, die Vojvodina den Ungarn, das Kosovo ging an das von Italien beherrschte Albanien, Serbien und Montenegro wurden von den Deutschen okkupiert.

Wie kam es zum Putsch vom März 1941, als Jugoslawien dem Dreimächtepakt – Deutschland, Italien, Japan – beigetreten war, womit man Hitler den Grund zur Zerschlagung Jugoslawiens lieferte?

Historisch waren es zunächst nur die Serben, die Widerstand leisteten. »Lieber Krieg als Pakt«, das riefen die Menschen auf den großen Demonstrationen in Belgrad. »Lieber das Grab als Sklave zu sein!« Das war unglaublich. Ich war damals hier in Novi Sad in der 7. Klasse des Gymnasiums, und ich muß zugeben, für mich war das etwas Unverdauliches: Ich konnte nicht verstehen, daß es besser sein sollte, einen Krieg zu führen als einen Pakt zu machen oder daß das Grab besser sei. Deswegen habe ich mich damals zurückgehalten. Andererseits mußte ich später – nach Jahren – zugeben: Wenn alle so gedacht hätten wie ich, dann wäre Hitler sehr schnell Herr von ganz Europa geworden, niemand hätte sich ihm widersetzt.

Haben damals nur Serben Widerstand geleistet?

In Kroatien gab es auch Widerstand – dort war es ein kommunistischer Widerstand – und auch in Slowenien, in Mazedonien. Aber der Putsch fand nur in Belgrad statt, am 27. März 1941. Am 6. April wurde Jugoslawien von den Deutschen angegriffen und im Juni dann die Sowjetunion. Erst als Tito aus Moskau die Direktive zum Aufstand bekam, hat er – ab Juli 1941 – zu den Waffen gegriffen.

Tito war ja Kroate, konnte aber den Krieg gegen die Deutschen nur mit den Serben führen. Der Grund ist ganz einfach: Weil die Serben im Ustascha-Staat auch physisch in Gefahr waren. Wenn das Leben in Gefahr ist, dann muß man sich wehren, ganze Dörfer haben das getan. Schauen Sie sich Titos Fluchtroute während des Krieges an: Er floh mit seiner Armee nur in Gebiete, wo Serben lebten, zuerst in Serbien selbst, dann nach Montenegro, in die serbischen Gebiete Bosniens, die Krajina und so weiter. Er ist nicht nach Zagreb gegangen oder in die Umgebung von Zagreb, wo er zuhause war. Nein, er versteckte sich dort, wo er sicher war. Seine Flucht zu den Serben ist verständlich, denn diese Menschen waren in Lebensgefahr, bei ihnen war Widerstand nicht eine Frage der Ideologie. Wenn du im Ustascha-Staat Serbe warst, wurdest du einfach erschossen.

Wie bewerten Sie die geschichtliche Figur Tito?

Ich habe mich nie mit ihm befaßt, ich habe mich ja nie mit Politik befaßt. Ich bin sicher, er wäre in jedem Fall aufgetaucht irgendwo, auch wenn er nicht zufällig zur kommunistischen Partei gegangen wäre. Er wäre irgendwo anders eine führende Figur geworden. Er war ein talentierter Mensch. Er war in der österreichischen Armee ein guter Fechter mit vielen Auszeichnungen. Außerdem hatte er das, was die Amerikaner Glamour nennen. Tito hat die Potenz gefühlt, die im Volk liegt, hat gefühlt, daß sie sich wirklich erheben. Besonders in der Gegend, wo die Serben gefährdet waren, waren alle für Tito. Warum? Eben weil er kämpfen konnte, sie fühlten, daß ihr Leben davon abhing, ob gekämpft wird. Darum gingen sie mit Tito.

Titos große Erfindung war die Parole »Tod dem Faschismus« – vom ersten Tag an. Er hat es verstanden, die Energie aller jugoslawischen Völker gegen den Faschismus zu bündeln. Das Volk war zermürbt durch die Okkupation, und zwar nicht nur physisch, sondern auch moralisch. Vier Jahre in der Okkupation zu leben, da kann man nicht rein bleiben – man muß sich einschmeicheln bei den Okkupanten, es ist unmöglich, da ein stolzer Mann zu bleiben. Aber Tito hat ihnen den Stolz wiedergegeben.

Zum anderen sagte Tito: *Alle* Völker, *alle* Nationen haben in Jugoslawien den Sieg gegen den Faschismus errungen beziehungsweise waren am Sieg in gleicher Weise beteiligt. Das war großartig. Das war ganz anders als bei Stalin, der, obwohl selbst kein Russe, gesagt hat: Das russische Volk hat den Sieg errungen. Bei Tito waren alle gemeint, auch Deutsche. Es gab bei den Partisanen auch deutsche Einheiten, es gab eine »Wilhelm Pieck Brigade«, es gab die italienische »Brigade Garibaldi« – es war einfach genial. Tito hat nicht zugelassen, daß man zu trennen anfängt: Slowenen hier oder Ungarn da – nein, *alle* haben es gemacht und er hat es von Anfang an so konzipiert und das war gut und es ist gelungen. Es ist gelungen, viele Jahre und Jahrzehnte.

Und dann doch gescheitert.

Denn auch nach dem Krieg sind die Unterschiede, zwischen Serben und Kroaten zum Beispiel, geblieben, aber es war nicht so, daß man sich absolut nicht leiden konnte. Es gab immer Nationalisten: bei den Serben, bei den Kroaten, bei den Slowenen. Überall machten sie sich bemerkbar, aber es gab ein rechtliches Regulativ: Es war einfach verboten. Sie konnten Nationalisten zu Hause sein, aber sie konnten nicht in einer Kneipe nationalistische Gespräche führen – da wäre die Polizei gekommen, denn es gab den Paragraphen, daß man eine andere Nation nicht beleidigen darf, also keinen Moslem, keinen Juden, keinen Kroaten, das hätte zwanzig oder dreißig Tage Gefängnis bedeutet.

Welche Rolle spielte die Geschichte der Serben im Zerfallsprozeß Jugoslawiens? Sie stellten einmal fest, daß in Serbien eine Periode der Aufklärung fehlt und sie aufgrund der jahrhundertelangen Okkupation durch die Türkei mehr in Mythen verhaftet sind als andere Völker.

Die türkische Okkupation war sehr schlimm, die Christen waren nicht gleichberechtigt, sie konnten nur wie Haustiere vegetieren, sie konnten nicht Richter sein, sie hatten keine Schulen, keine Universitäten. Also konnten die Serben erst mit großer Verspätung beginnen, bürgerliche Positionen einzunehmen, nämlich erst als Mitte des 19. Jahrhunderts ein serbischer Staat gegründet wurde. In dieser geschichtlich kurzen Phase nach 1850 konnte sich kein Bürgertum herausbilden. Es begann sich zu entwickeln, wurde aber sehr schnell mit der kommunistischen Bewegung konfrontiert. Die Vertrautheit mit bürgerlichen Institutionen, der Einfluß des Bürgertums – das fehlt in Serbien bis heute, und das ist ein Handicap. Doch das ist manchmal auch ein Vorteil, denn die Leute sind nicht so entfremdet, sie sind ein bißchen näher am Dorf, an der Familie. Zum Beispiel während des Nato-Krieges: Es fielen die Bomben, aber die Bauern kamen weiter regelmäßig mit ihren Sachen auf den Markt, es war keine Hysterie, die Bauern sagten nicht: Jetzt bleiben wir alle zu Hause, und die anderen können Hungers sterben. Auch die Preise stiegen nicht. Kein Bauer sagte, jetzt kosten die Kartoffeln das Doppelte, weil ich mein Leben riskiere. Nein, er hat es als ganz normal angesehen, sein Leben im Krieg zu riskieren. So denkt kein Bürger.

In zwei Weltkriegen haben Deutsche und Österreicher Ihr Land verwüstet. Ein Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung hat Deutschland gegen den erklärten Willen des Restes der Welt die Anerkennung von Slowenien und Kroatien durchgesetzt, womit der Zerfall Jugoslawiens besiegelt wurde, und die Deutschen waren auch dabei, als zum dritten Mal im gleichen Jahrhundert Belgrad bombardiert wurde.

Die Völker benehmen sich wie einzelne Menschen: selbstsüchtig und egoistisch, und das geht auch bis zum Töten. Für mich als Privatmensch ist das alles so fern wie die Sterne. Wie wenn jetzt jemand in dieses Hotel käme und sagte: »Jetzt, jetzt müßt ihr aufstehen, niemand soll hier sitzen außer mir« – das wäre ebenso absurd. Aber das geschieht, das ist keine Theorie. In genau dieses Hotel ist einmal einer hereingekommen, ein aggressiver Mensch, und alle wurden still, weil sie ihn kannten, und dann hat er seine Zigarette auf dem Gesicht eines anderen, der ihm unsympathisch war, ausgedrückt und ist wieder hinausgegangen. Und der andere hat geschwiegen, weil er wußte, sein Leben ist in Gefahr. Das geschieht nur einmal in fünf Jahren im Hotel »Vojvodina«. Keine Angst, Sie sind hier sicher. Aber das geschieht. Und das ist geschehen mit Jugoslawien oder mit Serbien, von Seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands. 1914, 1941 und jetzt wieder.

Als Franz Ferdinand, der österreichische Thronfolger, 1914 nach Sarajewo kam, kam er nicht in ein österreichisches oder ein ungarisches Land, er kam in ein Land, in dem keine Österreicher waren, außer Beamte und Polizisten. Und er kam, um Manöver anzusehen, also eine Armee, die absolut nicht hierher gehörte, sie gehörte zu Österreich-Ungarn. Das war freilich eine Aggression, und ein Nationalist wie dieser Gavrilo Prinzip hat dann auf ihn geschossen. Und deswegen wurde der Krieg gegen Serbien gemacht.

Und 1941? Und 1991?

Da war es die gleiche Tendenz: Fremde Territorien erobern, die Leute dort ausnützen, anderen den eigenen Willen aufzwingen. 1991 hat man ein separates Kroatien gegründet, das ähnlich aussah, wie das, das Hitler gegründet hat, ohne daß man den Menschen, *allen* Menschen, die sich dort zu Hause fühlten, ihre Rechte garantiert hat. Kein Wunder, daß dies den Serben in der Krajina Furcht eingeflößt hat, so daß sie gleich angefangen haben, Barrikaden zu bauen. Das mußte zum Krieg führen. Die Kroaten zwangen sie schließlich zum Exodus – und zwar durch Waffen, durch Granaten und Bomben, die vom Westen kamen, vor allem aus Deutschland oder aus Ungarn, bezahlt von Deutschland.

Die Idee vom ethnisch reinen Staat, ist das eine serbische Erfindung?

Nein, Kroaten und Slowenen neigen mehr zu einer Geringschätzung der Minderheiten, die in ihren Staaten leben, als die Serben. Nie haben die Serben auf ihrem Territorium auf Kroaten oder Moslems geschossen, um sie zu vertreiben. Montenegriner und Mazedonier übrigens auch nicht. Slowenen und Kroaten stehen unter dem negativen Einfluß dieser Zivilisation auf dem jugoslawischen Gebiet, und der kommt aus dem früheren Österreich-Ungarn, aus Deutschland oder aus Italien: Die Idee vom »reinen Volk«, die kommt nicht aus dem Osten, sie kommt aus dem Westen.

Wie paßt das zum Bild, das die Welt von den Serben hat?

Die Serben haben vor diesem Krieg auf ihrem Territorium nie andere vertrieben, auf kroatische oder moslemische Leute geschossen. Das geschah nicht, auch nicht unter diesem schrecklichen Regime von Milosevic. Serben haben auch nicht auf Albaner geschossen oder Leute gequält, nur weil sie Albaner waren. Das ist einfach nicht wahr.

Wie kam es denn zu den Problemen im Kosovo, zum Exodus der Albaner?

Die Albaner verließen in den letzten Jahren das Kosovo, ebenso wie die Serben, alle wollten weg, weg von dieser Öde, von dieser Armut. Vielleicht gingen die Albaner in einem größeren Ausmaß, aber daß sie vertrieben wurden, nur weil sie Albaner waren, das ist einfach nicht wahr. Es gab vor der Bombardierung keine Vertreibung.

Die Serben haben versäumt, sich mit dem Kosovo zu befassen. Tito war hier wie immer ein Opportunist. Er hatte recht, als er sagte, alle Völker sind gleichberechtigt, die Albaner sind ebenso gute Patrioten wie die Serben, es gab auch in Albanien Antifaschisten und so weiter. Aber warum hat er den Serben, die im Zweiten Weltkrieg aus dem Kosovo verjagt worden waren, nach 1945 die Rückkehr verboten? So bildete sich im Kosovo allmählich eine große Disproportion zwischen der serbischen und albanischen Bevölkerung heraus. Angesichts der großen Übermacht der Albaner wurde es für die Serben irgendwann unmöglich, dort noch normal zu leben. Sie verkauften ihre Häuser, ihr Land und gingen in andere Gebiete. Ein Staat, der ein bißchen vorausschauend ist, hätte das reguliert. Entweder hätte Tito neue Institutionen schaffen müssen, die dann den Serben ermöglicht hätten zu bleiben, obwohl sie in der Minderheit waren, oder von vornherein verhindern, daß sie zur Minderheit werden. Und jetzt ist es zur Internationalisierung dieses Problems gekommen.

Welche Rolle spielte Milosevic, warum konnte er sich so lange an der Macht halten?

Milosevic war ein kommunistischer Apparatschik, der die nationale Krise der Serben ausgenützt hat. Als sie in anderen Gebieten gefährdet waren, hat er Kriege geführt. Aber ohne die ausländische Einmischung, ohne die Sanktionen hätten sich die Leute nicht um ihn geschart. Er war ihr Verteidiger – ein schlechter Verteidiger, das sieht man jetzt, der alles verloren hat, aber der einzige Verteidiger; sie hatten keine Wahl. Die anderen Parteien, die anderen Parteiführer waren nicht so entschlossen wie er. Außerdem repräsentierte er den Staat – man weiß ja, wie es einem ohne Staat ergeht. Wir können darüber als Intellektuelle spotten, aber nur ein Staat mit seiner Polizei und seiner Armee kann Ihnen garantieren, daß Sie heute ruhig auf der Straße gehen können und daß niemand auf Sie spuckt, nur weil Sie jemandem nicht gefallen oder weil Sie anderer Religion sind.

Wie haben Sie die Bomben auf Novi Sad erlebt?

Man weiß bis heute nicht, warum das geschehen ist. Niemand versteht, warum die Brücken von Novi Sad zerstört wurden. Das ist einfach unverständlich. Wie zu Ostern 1944: Die Deutschen waren schon weg, wir haben sie auf den Straßen wegziehen gesehen, und auf einmal kommen die Amerikaner, bombardieren Belgrad und töten einige tausend Menschen. Das hatte absolut keinen Sinn, das ist die Parallele zu damals. Doch das sind freilich Wunden, die in fünfzig Jahren wieder etwas hervorrufen können, wenn sich dann jemand darauf beruft. So etwas vergißt man nicht.

Milosevic hat den Krieg verloren. Müssen sich die Serben jetzt dem Westen unterwerfen?

In gewissem Sinn müssen sich die Serben unterwerfen. Schon daß sie auf den internationalen Konferenzen den Nato-Krieg nicht erwähnen, ist eine Unterwerfung. Eigentlich sollte man ihn jeden Tag erwähnen. Aber das wird man nicht machen können. Zoran Djindjic ist ein kluger Mensch, schärfer als Präsident Kostunica, der ein ruhiges Temperament hat. Djindjic sagt, wo man etwas nicht erreichen kann, muß man es lassen. Wenn ich den amerikanischen Präsidenten nicht stürzen kann, nützt es mir nicht, gegen den amerikanischen Präsidenten zu sprechen. Damit würde ich mir keinen Gefallen tun, denn er würde sich dafür rächen. Das müssen auch die Serben als kleines Volk akzeptieren.

Das Interview wurde von Kurt Köpruner (kkkrgb@t-online.de) bei den Recherchen zu seinem Buch »Reisen in das Land der Kriege – Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien« (Espresso Verlag) bereits im Oktober 2000 geführt, aber von Tisma, der sich nie aktuell zur Tagespolitik äußern will, erst jetzt freigegeben

Konkret 03/02, S. 51

Georg Fülberth

Hilleriana

Wer etwas von oder über Kurt Hiller (1885-1972) lesen will, wird am ehesten noch in germanistischen Bibliotheken fündig. Der Verfasser schwacher Gedichte verdankt diese Plazierung der Tatsache, daß er 1912 den Begriff »Literarischer Expressionismus« erfunden und die erste Anthologie dieser Richtung (»Kondor«) herausgegeben hat.

Bald interessierte ihn das nicht mehr. Er propagierte den auf politische Wirkung bedachten »Literarischen Aktivismus«, trat für eine Reform des Sexualstrafrechts (vor allem, aber nicht nur, des Paragraphen 175 StGB) ein, rief in der Weimarer Republik den »revolutionären Pazifismus« aus, schrieb in der »Weltbühne« und war sein Leben lang mit der Gründung elitär-sozialistischer Zirkel beschäftigt. Hiller hatte eine feine Nase für junge Talente (zu seinem Kreis gehörte in den fünfziger Jahren Peter Rühmkorf), nahm allerdings auch immer wieder einmal taube Nüsse für voll. Als alter Mann publizierte er noch in KONKRET. Sein letzter Artikel überhaupt (leider ein Wahlaufruf für die SPD) erschien dort 1972.

*Die Bewegung für die Rechte der Schwulen müßte Hiller als einen ihrer wichtigen Vorkämpfer kennen. Inzwischen ist in Berlin-Schöneberg immerhin eine Grünanlage nach ihm benannt. Daß er Jude war, ist ihm selbst ziemlich egal gewesen, nicht aber den Nazis, die ihn 1933 verhafteten, auspeitschten und ins Konzentrationslager brachten. Er war für sie der Prototyp des ihnen verhaßten Asphaltliteraten. 1934 emigrierte er in die Tschechoslowakei, 1938 nach Großbritannien. Seine Memoiren (*Leben gegen die Zeit*) blieben kaum beachtet.*

Hillers Texte sind zwar in einem klaren Deutsch verfaßt (er nannte das: »randscharf«), aber dennoch schwer zugänglich. Seine aristokratische Lehre von der »Herrschaft der Geistigen« nervt. Nach seiner juristischen Dissertation von 1908, in der er für die Straffreiheit des Selbstmordversuchs plädierte, hat er keine Monographie mehr geschrieben, sondern nur Artikel. Er sammelte sie von Zeit zu Zeit in Büchern, die aber inzwischen längst vergriffen sind. Der Nachlaß ist gesperrt.

Viel Mühe also für eine Kurt-Hiller-Gesellschaft, die sich 1998 gründete. Immerhin hat sie schon eine Homepage (www.Hiller-Gesellschaft.de). Band 1 ihrer Schriftenreihe deutet eine Forschungschance an: Hiller war ein leidenschaftlicher Briefschreiber. Seine Billetts und längeren Mitteilungen liegen verstreut und wohl noch zum größten Teil unentdeckt in irgendwelchen Postmappen und Nachlässen. 1980 und 1994 hat Klaus Hübotter einen Band mit insgesamt 136 Briefen, die ihm Hiller schrieb, veröffentlicht. Nun folgt der Gedankenaustausch des Remigranten (er war bis 1955 in London geblieben) mit dem Leipziger Literaturhistoriker Fritz Böttger. Hiller, der Dandy aus der wilhelminischen Zeit und sozialistische »Logokrat« der Weimarer Periode hält Cercle in Hamburg, Hallerstraße 5e, achter Stock. Streitsüchtig wie immer kräht er einer neuen Realität seine älteren Maximen zu – anders als sein früherer »Weltbühnen«-Kollege Erich Kästner nunmehr kaum noch mit öffentlicher Wirkung.

Harald Lützenkirchen (Hg.): *Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft. Band 1.* Verlag Martin Klaußner, Fürth 2001, 216 Seiten, 25 Euro

Konkret 03/02, S. 52

Georg Seeßlen

Von Bullerbü nach nirgendwo

Notizen während der Abschaffung der Kindheit im allgemeinen und zum Tod von Astrid Lindgren im besonderen

Vielleicht verhält es sich folgendermaßen: Das Mittelalter, nicht bloß die kunsthistorisch Interessierten unter uns wissen es, hatte keinen rechten Wahrnehmungsraum für einen speziellen Zustand von »Kindheit« im Leben des Menschen. Nicht daß es Kindheit nicht gab, es war schließlich die Zeit größter Todeswahrscheinlichkeit; Kindsein hieß paradoxerweise, dem Tode näher sein als das Alter. Vielleicht war das einer der Gründe für die Undarstellbarkeit der Kindheit. Man kleidete und malte und beschrieb Kinder nur als kleine Erwachsene (nicht allein, um ihnen den wilden Ausbruch unziemlicher Lebenslust zu verweigern, sondern auch, vielleicht, um sie zu retten, um sie gegen den ihnen so allseitig drohenden Tod zu maskieren). Jedenfalls wurde ein kulturelles Erbe daraus, aufgehoben und nicht bewältigt.

Zu den vielen Dingen, die dann von der Renaissance an mühsam und schmerzhaft, aber auch gewalttätig und dumm, zugleich entdeckt und erfunden, geträumt und verordnet wurden, gehörte also die Kindheit. Kindheit wurde dann schließlich der Schatz des Bürgertums. Wie »Volk«, »Heimat« oder »Bildung« und ähnlicher Dreck. Ein unverlierbarer Bereich von Unschuld und Schönheit. Heimat in einer Welt, die noch nicht durch die Profitrate und den Arbeitsschmerz bestimmt wäre. Rosebud. In der Kindheit ist sogar der Krieg schön. Für die Erinnerung aber ist der Frieden besser. Astrid Lindgren – das ist nicht nur eine Beschreibung (und meinethalben Verklärung) von Kindheit, sondern auch ein Teil der Erfindung und, vielleicht, wenn man so will, auch der Versuch einer Verteidigung. Das ist ein paradoxes Unterfangen, gewiß, aber dafür ist es ja auch Literatur. Und deshalb gibt es, bislang und wenn überhaupt, höchstens volldepperte Kritik an dieser großen Schriftstellerin.

Eine Frage blieb: Ist der Zustand Kindheit eine Erfindung der Geldsäcke, der Priester, der Lehrer und anderer Kleintyrannen, oder ist der Zustand Kindheit genau das, worein ihre Macht nicht vollständig reicht? Beides gleichzeitig sagen Alice, Peter Pan und Bart Simpson im Chor. Die Kinder von Bullerbü indes verstehen die Frage nicht, und Pippi Langstrumpf würde vermutlich darauf antworten, daß es darauf ankomme, was man damit macht. Als Subjekt und als sein eigenes Phantasma. Aber jede Kindheit ist eine andere, weshalb es auch keine Solidarität und schon gar keine »Macht« der Kinder geben kann.

Auf die lange Geschichte der Erfindung der Kindheit folgte wohl eine Geschichte der Zerstörung der Kindheit. Die fünfziger und frühen sechziger Jahre waren vielleicht die letzten Jahre der Kindheit in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, danach wucherte ein anderer Zustand namens »Jugend«, der von einem natürlichen oder wenigstens kulturellen Zustand zu einem des warenästhetischen Selbstdesigns wurde. Mittlerweile, so scheint es, verschwindet auch der Zustand »Jugend«, er löst sich in einer Vorform des allgemeinen Grauens auf: Kindheit und Jugend sind Zustände, die man sich leisten können muß, in den Orten, den Familien, den Produktionszusammenhängen. Es ist ein so kostbares Gut (oder scheint es zu sein), daß man Kindsein am allerwenigsten den Schwächsten, den Kindern, überlassen möchte. Die Gesellschaften, in denen wir leben müssen, sind keineswegs von Kindheit und Jugend »besessen«; sie sind im Gegenteil besessen von der Gier der Alten danach. Logische und schon wieder mainstreamkompatible Folge: Die Eltern sind kindisch, die Kinder sind vernünftig. Es sei denn, sie fangen früh mit den Drogen an, was eine ziemlich militante Art ist, sich Kindheit zu erhalten und gleichzeitig zu versauen.

Kindheit also. Ganz oben und ganz unten hat es sie nie gegeben, das Herrschen und das Dienen machten die frühen Greise kalt; in der Mitte aber waren Kinder das Zeitkapital, Voraussetzungen der Dynamisierung des Mittelstands. Wenn der Mittelstand sich selber unheimlich wurde, hat er die Kinder geprügelt und die Jugend in den Krieg geschickt. Wenn es dem Mittelstand gut ging, hat er den Zustand Kindheit möbliert. Die »neue Mitte« hat vor nichts so sehr Angst wie vor Kindern, und sehnt sich nach nichts mehr.

Kindheit ist zu einem leeren und obszönen sozialen und kulturellen Ort geworden; er lebt nur noch von der medialen Aufrechterhaltung, Kindheit ist das Kinderprogramm im Fernsehen und die Zeichenwelt der Kindermärkte. Kinder sind die kleinen Monster, die ihre Eltern ökonomisch und psychisch ruinieren. Durch unsere und ihre Träume wüten sexueller und moralischer Mißbrauch – eine neue Form des frühen Todes. Möglichst rasch hinaus und früh zu Geld kommen, damit man sich die verlorene Kindheit, die versagte Jugend zum Museum mit innerer Daueraustellung machen kann. Jugend ist eine Art Gefahrenbereich der bürgerlichen Karriere, in dem alles Mögliche lauert: Aids und Drogen, Kriminalität und Bulimie. Es ist kein Schatz der Klasse mehr, es ist das Gift. Wer mißbraucht sein Kind mehr, der Yuppie oder der Hippie? Kindheit ist der Zustand, den man erreicht, wenn man erfolgreich und korrupt geworden ist. Dann kann man mit den Objekten und vielleicht sogar mit den Menschen so spielen wie ein Kind mit seinem Spielzeug, dann kann man seine Mickymausheft-Sammlung pflegen, das Staunen hegen, sich in der Designerwohnung seine ewige Gutenachtgeschichte möblieren.

Astrid Lindgren war da immer sehr ehrlich. »Ich schreibe nicht für Kinder, ich schreibe für das Kind in mir.« Kindheit kann nur im Paradox ihrer Verschüttetheit erfunden werden. Das gilt so sehr für diese reale Dokumentation des

Kinderglücks aus den *Kindern □ on B□ llerb*wie für den Abschiedsmythos in der Trauer von *Die Br□ der L□ □ enhe*rz, für den Träumer Karlsson und die Anarchistin Pippi Langstrumpf, an der sich vielleicht nicht so sehr die Geister als die Geschmäcker scheiden mögen. Wenn Peter Pan ein autistischer Trottel ist, der sein Neverland der ewigen Kindheit nicht verlassen kann, dann ist Pippi Langstrumpf sozusagen eine geborene Hysterikerin in dieser Situation. Wir haben sie zum Engel der verlorenen Kindheit gemacht, aber erst einmal ist sie ihr Gespenst: Ein Kind wie sie, wenn sie denn eines ist, würde in der »Realität« vermutlich gerade am schnellsten die »begeisterten« Leser und Leserinnen ihrer Abenteuer in den Wahnsinn treiben. Anders als die Kinder von Bullerbü ist sie überhaupt nur Bild und Beweis, sie existiert eigentlich lediglich in den Reaktionen, die sie bei anderen auslöst. Während Michel und die Kinder von Bullerbü in einem nun tatsächlich und ohne jede Häme so bezeichneten Idyll (wörtlich: »das kleine Bild«) der Kindheit leben können, in jener Mischung aus Vertrauen und Freiheit, die wohl auch für das Paradies gegolten haben mag, ist Pippi Langstrumpf nur aus der Geste des Verlustes zu verstehen. Wenn die Kinder von Bullerbü im Paradies der Kindheit leben, gerät Michel an seine Grenzen, und Pippi Langstrumpf ist das Wesen, das aus diesem Paradies vertrieben wurde, und es in sich selbst noch einmal errichtet hat.

Gegengeschichte: Kindheit und Jugend sind in der Nachkriegsgeschichte über sich selbst hinausgewachsen, sie wollen immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens besetzen. Die Gesellschaft infantilisiert, sie wird am »Jugendwahn« verrückt. Die Verbindung von *pop□ lar c□ lt*□ und Politik degradiert die Welt zum Sandkasten; und umgekehrt soll Pippi Langstrumpf etwas höchst Bedeutendes sagen über die Verhältnisse der Geschlechter oder der Generationen. Ist sie übrigens eigentlich rechts oder links, ist sie aufklärerisch oder regressiv? Blöde Fragen.

Manchmal also mag man in Lindgrens Welt, die noch anders, handwerklicher funktioniert als die gesampelte Marshmallow-Welt der J. K. Rowling, eine Verteidigung der Kindheit auch gegen Ideologie und den »pädagogischen Zeigefinger« suchen. Michel aus Lönneberga ist nicht einmal ein Lausbub im Ludwig Thomaschen Sinn; abgesehen davon, daß wie durch einen sehr, sehr dummen Zufall immer wieder der Vater das Objekt seiner Plots ist, hat er nicht das geringste Interesse, »Streiche zu spielen«, weil es gar keine Welt gibt, die so etwas herausforderte. Wem sollte jemand wie er in einem Ort wie Lönneberga auch bewußten Widerstand entgegensetzen? Er ist vielmehr der Künstler, der experimentiert. Und Pippi Langstrumpf durch seine Augen gesehen ist dann doch wieder viel weniger Metapher als Spiel. Aber sie selbst ist so wenig entspannt und selbstverständlich, wie es der Blick ihrer Leser ist. Vielleicht liegt das ein bißchen an ihrer literarischen Geschichte.

Wenn man einmal die »Ur-Pippi« gelesen hat, das erste Manuskript von Astrid Lindgren, das in dieser Form seinerzeit nicht veröffentlicht werden durfte, ist einem schon klar: Sie ist auch die immer weiter (und noch einmal von Medium zu Medium) moderierte Sadistin: ein weiblicher Kasperl, der nichts dagegen hat, wenn sich ein Polizist, der sie verfolgt, mehr oder weniger zu Tode stürzt. Es gehört am Anfang zu aller erfolgreichen Kinderliteratur, zur medialen Reinvention der Kindheit, daß das, was da passiert, nicht zuletzt ein rückbezüglicher Rachefeldzug gegen die Erwachsenen ist. Wenn die Autoritäten nicht umgebracht werden wie in der Ur-Pippi oder halbwegs an Krokodile verfüttert wie in Peter Pan, dann haben alle Beteiligten das größte Glück, wenn die Erwachsenen nur komisch sind und die Kinder so stark und listig, daß sie ihnen nichts anhaben können. Pippi Langstrumpf ist natürlich subtiler geworden seit dieser »Urfassung«, aber nicht unbedingt ehrlicher. Das große Selbstbildnis als spielendes Kind, das die Schriftstellerin entworfen hat, erzählt nicht nur vom Traum, vom kleinen Widerstand, es erzählt natürlich auch von Anpassung.

Dabei kann das alles ja nur um einen Bruch herum inszeniert worden sein. Lindgren war vermutlich die richtige Autorin dafür, weil sie diesen Bruch selbst so schmerzhaft empfunden hat. Als sie mit 18 Jahren »unehelich« schwanger wurde, war da radikal die andere Seite dieser Geborgenheit versprechenden Welt zu spüren, die bigotte Grausamkeit, der radikale Ausschluß. Sie mußte gar ihr Kind »fortgeben«, so wenig interessierte sich ihre Welt für Menschen und ihre Schicksale, wenn sie die Regeln verletzt haben. Lindgrens Kinderwelt ist gegen diesen Bruch inszeniert: Die Kinder aus Bullerbü wissen nichts davon, daß es so etwas wie Verlust und Ausschluß gibt; Pippi Langstrumpf dagegen setzt sich trotzig über ihn hinweg. Sie braucht ihre Eltern nicht wirklich, sondern nur als Ideen, als gute Geister aus dem Himmel und als weltreisende Piraten.

Und auch umgekehrt funktioniert das: Die Welt der Astrid Lindgren ist eigentlich mehr von Kinderideen als von Kindern bevölkert. Sogar der »Lausbub« Michel ist eigentlich eher ein Traum von traurigen Erwachsenen als ein echtes Kind, und vielleicht ist Karlsson vom Dach ja schon eine Engelform. Das Kind zur falschen Zeit, darin hat sich von der bigotten Bürgerform zur neoliberalen Fitneß nichts geändert, wird selbst zum Ausdruck des Bruchs, des Bruchs in der Biographie und des Bruchs zwischen dem Subjekt und der Gesellschaft. Daß die wahren Anwohner von Bullerbü Lindgren nicht mehr kennen wollten, weil sie fürchteten, sich an der Unmoral dieser Schwangerschaft anzustecken, setzt sich nun fort darin, daß eine Frau und ihr Kind das soziale Umfeld verlieren, weil man fürchtet, sich an ihrer ökonomischen Niederlage zu infizieren. Man braucht schon einen Inselkönig zum Vater, wie Pippi ihn hat, der einem immer mal wieder eine Kiste Gold vorbeibringt, um das zu verkraften. Das Selbstbildnis als facettenreiches □ *ork in progress* der Astrid Lindgren muß beide trösten, die Kinder und die Erwachsenen, und dabei muß es wohl immer auch von ihrem Elend sprechen.

Merkwürdigerweise setzt sich diese Inszenierung um den Bruch auch in der medialen Verbreitung fort, von der gewiß gewöhnungsbedürftigen, kräftigen Vulgarität des Strichs in den Illustrationen von Walter Scharnweber geht das zu den Filmen und Fernsehserien. Regisseure wie Olle Helbom, der mit der Autorin zeitlebens eng zusammengearbeitet hat, oder Lasse Hellström, der die Neuverfilmung der *Kinder aus Bullerbü* in den achtziger Jahren übernommen hatte und nebenbei in seinen Filmen auch von den anderen Seiten von Kindheit und Familie erzählt, Tage Danielsson (Ronja Räubertochter aus dem Jahr 1984) – sie zeichnen sich gegenüber anderen Kinderfilmern dadurch aus, daß sie ihre Sujets vollkommen ernst nehmen. Astrid Lindgren ist vielleicht eine Chiffre für eine Art von »Kinderkultur«, die über die Formel »Wunscherfüllung plus moralische Belehrung« (oder umgekehrt) hinausgeht: Ihre Arbeit hat einen auch ästhetischen Eigen-Sinn entwickelt. Die Schönheit entsteht bei dem Versuch, ein Bild der Kindheit festzuhalten, obwohl es zum Verschwinden verdammt ist.

Harry Potter ist kein Kind; er flüchtet nur vor negativen Erfahrungen mit hierarchischer Wirklichkeit in eine vollkommen kindische Welt. Das hätte keine Gestalt im Astrid-Lindgren-Kosmos je getan. Mehr kann man nicht erwarten, und im Weniger leben wir jeden Tag.

Literatur:

Paul Berf/Astrid Surmatz (Hg.): *Astrid Lindgren. Zum Donnerdrummel! Ein Werkporträt*. Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 2001, 908 Seiten, 24,55 Euro

Konkret 03/02, S. 54

Magnus Klaue

Kraft durch Gesundheit

Eine Darmstädter Ausstellung gratuliert der Lebensreform-Bewegung allzu herzlich zum 100. Geburtstag

Obgleich es sich um eine bloße Koinzidenz handelt, hat es Symbolwert, daß das »Jahr der Lebenswissenschaften« dem Jubiläum der um 1900 entstandenen Lebensreform-Bewegung zeitlich so nah liegt. So sehr sich die Emphase, mit der die Lebensreformer eine Rückkehr zum »natürlichen« Dasein forderten und »soziale Hygiene« propagierten, von der Diktion der Biowissenschaftler unterscheidet – der Zynismus, mit dem der Lebensbegriff als Deckmantel für neue Formen sozialer Kontrolle und Diskriminierung eingesetzt wird, ist beiden eigen. Nur die Begründungen haben sich gewandelt. Wird heute offen ausgesprochen, daß das Interesse am »Leben« die Steuerung und Optimierung der Biomasse Mensch zum Ziel hat, versteckten sich derlei bevölkerungspolitische Intentionen um 1900 meist hinter dem blauen Dunst vulgärer Mystik und der Rhetorik kraftstrotzenden Naturburschentums. Schon den Lebensreformern ging es nie um die konkreten Leben arbeitender und denkender Menschen, sondern immer um »das Leben« als anonymen Prozeß, der sich über die Individuen hinweg vollzieht. Insofern ist das Geschwätz von »Erbmasse« und »genetischer Determination« nichts als ein neuer Aufguß des »Elan vital«, der schon vor hundert Jahren dazu taugte, »das Leben« gegen die Lebenden auszuspielen.

Die Idee des Darmstädter Instituts Mathildenhöhe, eine Ausstellung zur Lebensreform mit einem Begleitprogramm zu den aktuellen Debatten zu initiieren, ist also durchaus zu begrüßen. Schon die Popularität der Schau sollte indes zu denken geben. Besucherströme drängeln sich durch die Gänge, man bleibt vor einigen Gemälden stehen, unterhält sich und übersieht, wovon die Exponate – aber nicht die Kommentare der Aussteller – in Wahrheit sprechen. Schon damals nämlich ging es mitunter unverhüllt zur Sache. In »Kraft und Schönheit« etwa, der »Zeitschrift für vernünftige Leibeszucht«, in der sich Artikel über die »Hygiene der geistigen Arbeit« und den »Kampf gegen die Entartung der Rasse« finden. Oder in den Blättern »für volksverständliche Gesundheitspflege«, die dem Volk die »unnatürliche Lebensweise« von Alkoholikern und Bettlern verständlich machten.

Leider kann man keinen dieser Beiträge selbst lesen, nur ihre Ankündigungen auf den Titelseiten. Alle Bücher sind hinter Glas verschlossen, ohne Erklärung oder Kritik, ohne Hinweis auf die politische Provenienz der Autoren und Herausgeber. Statt dessen belehrt eine Tafel: »Die Lebensreform war die erste umfassende Protestbewegung gegen die schädlichen Auswirkungen der entstehenden Industrie- und Massengesellschaft.« So umfassend, daß kein Blödsinn ausgelassen wurde: Man pries »schlanke Körperlichkeit«, »Licht, Luft, Sonne, Frische und Helligkeit« und entdeckte »den nackten menschlichen Körper als ein Organ des Natürlich-Lebendigen«.

Leben ist, wenn der Körper nicht Organe hat, sondern selbst »ein Organ des Natürlich-Lebendigen« ist. Der Jargon der Aussteller unterscheidet sich kaum von der Phraseologie der Lebensreformer. Die Titel »Geist«, »Seele«, »Natur«, »Körper«, »Leben« und »Lebenspraxis«, nach denen sich die Schau gliedert, erlauben es, Disparates in einen Topf zu werfen, bis alle Differenzen verschwinden. Was immer man gegen Stefan George sagen mag, weder er noch Arnold Schönberg, der sein »Buch der hängenden Gärten« vertonte, haben es verdient, mit den langbärtigen Trotteln in einen Raum gesperrt zu werden, die bei heidnischen »Sonnenwendfeiern« der Selbstfindung frönten. Und wenn man in der »Natur«-Abteilung Bilder Edvard Munchs und Franz Marcs neben kunstgewerblichem Schund wie Peter Schulze-Naumburgs »Regenbogen« oder Ferdinand Hodlers »Niesengipfel von Heustrich aus« entdeckt, fragt man sich, ob den Ausstellern denn gar keine kunsthistorische Beratung zuteil wurde.

Andererseits hat das Ragoutverfahren, das die Schau praktiziert, auch Vorteile. Besonders die »Lichtbilder« des zum Klassiker inthronisierten Malers Fidus mit ihren schlanken Jünglingen, die sich vor roten und gelben Sonnen strecken, enthüllen sich, konfrontiert mit den Machwerken drittklassiger Künstler, als ebenso kitschig wie diese. Und manche Exponate kommentieren sich hinreichend selbst. Daß die »Germanische Glaubensgemeinschaft« einen »Weihehammer« besaß, sagt mehr über deren Lebensfreundlichkeit aus als jede Religionskritik.

Demjenigen aber, der zu den Ausstellungsstücken keine Distanz herstellt, werden Fehleinschätzungen untergejubelt, die an Geschichtsfälschung grenzen. Zum Beispiel über Nietzsche, dem »eine denkerische Durchdringung lebensreformerischer Kernthemen auf höchstem Reflexionsniveau gelang« und der auf solches Lob sicher gepfiffen hätte. Gepriesen werden seine »Angriffe gegen die Verwissenschaftlichung« und sein Eintreten für die »lebenssteigernde Wirkung des Wanderns und Bergsteigens«. Weshalb der Verfasser berühmter Wanderbücher auch zur »Pflichtlektüre der jugendlich-antibürgerlichen Aufbruchsgeneration« zählt. Daß kaum jemand so vehement wie Nietzsche für die Förderung strenger Wissenschaften eingetreten ist, daß er für Schlammbadapostel nur Hohn übrig hatte – wen kümmert's? Oder nehmen wir Rudolf Steiner, dessen Bilder über die Wirkung kosmischer Strahlen wie Zeichenversuche eines Dreijährigen aussehen und doch als »Werke« präsentiert werden. Kein Wort verliert die Schau über Steiners Rassismus und Antisemitismus. Das muß sich jeder anhand von Titeln wie »Nordisch-germanische Mythologie« oder »Die Menschenrassen« selbst zusammenreimen.

Eklektizismus und Ratlosigkeit im Umgang mit den Exponaten kennzeichnet auch die Rubriken »Körper« und »Leben«. Den Zucht- und Auslesekonzepten, die durchaus zu den »lebensreformerischen Kernthemen« zählten, wird eine einzelne Tafel gewidmet, die sich mit den »Schattenseiten« der Bewegung befaßt. Im Gymnasiallehrerton wird erklärt, daß die Lebensreform sich »in Bestrebungen zur Züchtung schöner Menschen verirrte«. In solch eine Giftecke wurden auch die Hetzwerke Chamberlains verbannt, obwohl die sich nur ihrer Offenheit, kaum aber ihrer Tendenz nach von den Volksgesundheitsschriften der anderen Abteilungen unterscheiden.

Die skurrilsten Funde werden in den Sektionen »Leben« und »Lebenspraxis« präsentiert. Da finden sich Ratgeber für *Gesundes Geschlechtsleben vor der Ehe*, Lebenshilfe-Handbücher wie *Gegen den Ärger* oder *Ich will! Ich kann!*, die auch von modernen »Motivationstrainern« stammen könnten, und Hilfsmittel zur Unterleibshygiene wie den »vollkommenen Frauen-Spülapparat«. Unter dem Label »Gleichberechtigung der Geschlechter« unterweist man »das Weib« in Strategien der Selbstreinigung und Körperpflege. Nicht etwa, weil Schmutz krank macht, sondern weil die Vernachlässigung von Hygiene den »Ruin des Ehelebens« bedeute: »Eine kranke Frau liebt man nicht!« Aus den Kuriosa dieser Abteilung ließe sich ein Archiv zur Kritik der sexuellen »Liberalisierung« seit 1900 anlegen und zeigen, wie – im Sinne von Foucaults Modell der »Biomacht« – die Verantwortung für soziale Disziplinierung mehr und mehr der Kreativität des einzelnen im Umgang mit sich selbst anheimgestellt wird, während der Staat sich stärker für das »Leben« als statistisch erfaßbaren und steuerbaren Prozeß interessiert. Aber solche Perspektiven liegen der Ausstellung fern. Entsprechend grob wurde die Kulturwissenschaftlerin Barbara Duden bei dem begleitenden Kolloquium »Experiment Leben« abgefertigt, als sie vorschlug, die Ideologie »genetischer Determination« als »Alltagsreligion« zu analysieren, und eine Geschichte der Verhütung und pränatalen Diagnostik skizzierte, die solche Verfahren weniger als Verbesserungen denn als Symptome eines Wandels der Strategien sozialer Kontrolle interpretiert. Sie denke mit dem Bauch, beschied sie ein Kollege, als sie für sich in Anspruch nahm, »kein DNA-Bündel« zu sein. Vielleicht hat es sie getröstet, in der Zeitung zu lesen, daß es auf deutschen Friedhöfen Probleme mit unzureichender Verwesung gibt. Es scheint Menschen zu geben, die sich auch nach ihrem Ableben weigern, zu jener Biomasse zu werden, die man schon zu Lebzeiten aus ihnen machen möchte.

Die Ausstellung »Die Lebensreform – Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900« ist noch bis zum 10. März im Darmstädter Institut Mathildenhöhe, Sabaisplatz 1, 64287 Darmstadt (Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr) zu sehen. Der gleichnamige zweibändige Katalog ist im Verlag Jürgen Häusser erschienen und über das Institut Mathildenhöhe für 46 Euro zu beziehen.

Magnus Klaue lebt in Berlin und Frankfurt/Main und schreibt vor allem über deutsch-jüdische Literatur

Konkret 03/02, S. 56

Marit Hofmann

FilmTheater

Heaven

Regie: Tom Tykwer; mit Cate Blanchett, Giovanni Ribisi; BRD/USA (X-Filme); 95 Minuten; seit 28. Februar im Kino

»Mehltau« liege über dem deutschen Film, konstatierte der neue Berlinalechef und Hobbygärtner Dieter Kosslick – und wollte mit einem »German Films«-Schwerpunkt und gleich vier deutschen Wettbewerbsbeiträgen alles besser machen. Die übliche Pannenserie überging er dann auch mit einem selbstbewußten »Sorry for the pan« (Entschuldigen Sie die Pfanne). Insbesondere in den Eröffnungsfilm von Tom Tykwer, eine deutsch-amerikanische Koproduktion, hatte der Festivalleiter große Hoffnungen gesetzt. Doch nun bleibt der Hohn der internationalen Presse nicht aus: »Der deutsche Film wird uns bis in unsere wildesten Träume verfolgen«, spottet »El Mundo«.

»Heaven«, der in Cannes nicht angenommen wurde – Tykwer hat ohnehin »keine Lust, den Franzosen hinterherzulaufen« – , basiert auf einem nachgelassenen Drehbuch von Krysztof Kieslowski. Ein Einfluß, der Tykwers Hang zum Metaphysischen noch verstärkt. Gar nichts mehr ist übrig von dem Witz, der das Pathos seiner früheren Filme erträglich machte. Ihn fasziniert »die theologische Dimension« des Stoffes, den Kieslowski als ersten Teil der Trilogie »Heaven, Hell, Purgatory« vorgesehen hatte. Der entfernte Bezug zum 11.9. – eine Lehrerin verübt ein Bombenattentat in einem Bürohochhaus, um den Drogentod ihres Mannes und ihrer Schüler zu rächen – verschwindet im »Dreieck Schuld, Vergebung, Erlösung« (Tykwer): Ein Polizist verliebt sich in die »Mörderin aus edlen Motiven« und verhilft ihr zur Flucht. Mit den Liebenden, die in der Schlußsequenz, untermalt von spirituellen Arvo-Pärt-Klängen, im Hubschrauber gen Himmel schweben, hat auch Tykwer endgültig die Bodenhaftung verloren.

Konkret 03/02, S. 56

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Collateral Damage – Zeit der Vergeltung

Regie: Andrew Davis; mit Arnold Schwarzenegger, John Turturro; USA 2001 (Tobis); 105 Minuten; seit 21. Februar im Kino

Nach dem 11. September hat's ja geklappt, daß der Staat den Terroristen den Krieg erklärt, aber der Film ist vorher gedreht, und Schwarzenegger konnte sich nicht darauf verlassen. Drum zieht er ganz allein gegen das Böse ins Feld, in diesem Fall gegen die Guerilleros in Kolumbien. Daß er der Gute ist, ist übercodiert. Erstens weil er er ist, zweitens weil er als Feuerwehrmann vom Los Angeles Fire Department mit einer Axt ausgerüstet ist, drittens weil die Terroristen in L. A. ein Hochhaus in die Luft gejagt haben, viertens weil sie dabei Schwarzeneggers Frau und Kind umgebracht haben (Kollateralschaden), fünftens weil Washington nicht in die Puschen kommt, den groben Verstoß gegen die family values zu ahnden, sechstens und siebentens weil die Terroristen Ausländer sind und in ihrer Heimat sowohl Lenin-Poster aufgehängt haben als auch Kokain produzieren.

Die Landessprache in Kolumbien kommt mit einem einzigen Wort aus. Es heißt *vamos.* Schwarzenegger geht hin und beißt einem Bösen eins der beiden Ohren ab. Er schluckt es nicht runter. Er spuckt es aus. Das flutscht. Wir bekommen das akustisch gut mit. Der Ton ist klasse. Schon wenn Schwarzenegger einen Telefonhörer auflegt, hört sich das wie eine Detonation an. Meistens aber liegt der übliche Musikschleim auf der Tonspur. Wir werden zugedröhnt, obwohl wir kein Koks genommen haben. Aber wir sind sicher, daß der Westliche-Werte-Krieger die uneingeschränkte Solidarität der Filmmusik hat.

Ja, er muß den Wasserfall runterrutschen. Das macht noch mehr Spaß als in diesen Freizeitbädern. Und dann läuft ihm noch eine Frau-mit-kleinem-Jungen zu. Jetzt wird's ernst. Will unser Killer im Feindesland seine Familie wieder komplettieren? Die Frau hat man ja im Hollywoodfilm vorher überhaupt nicht gesehen! Da stimmt was nicht! Francesca Neri hat ihre Lippen gespritzt. Das sieht verworfen, wenn nicht aufgeworfen aus. Auch ist sie nur in Italien Star. Aufgepaßt, Alter!

Grade noch rechtzeitig, bevor in Washington die Union Station in die Luft geht, greift unser Feuerwehrmann zur Axt. Er trifft. Direkt ins Herz. Er ist ein Patriot. Er hat für uns alle gesiegt. Für die Freiheit. An die stolze Brust wird ihm die Medal of Freedom geheftet, »die höchste Auszeichnung für Zivilisten«, wie wir aus dem off belehrt werden. Eine patriotische Apotheose.

Nach dem 11. September wird's für die Krieger höhere Orden geben. Die Zeit ist gekommen für zigtausend Schwarzeneggers. »Collateral Damage« ist vorauseilender Aufruf zu den Fahnen. »OUR FLAG IS STILL HERE« steht heute auf dem populärsten Folienaufkleber fürs Auto. Zu sehen sind die drei Feuerwehrmänner von Ground Zero. Einer von ihnen müßte Schwarzenegger sein.

Konkret 03/02, S. 56

Meike Röhrig

FilmTheater

Pakt der Wölfe

Regie: Christophe Gans; mit Samuel le Bihan, Marc Dacascos; Frankreich 2001 (Helkon); 141 Minuten; seit 14. Februar im Kino

Mit seinem neuen Film öffnet der französische Regisseur Christophe Gans die X-Akten des Rokoko: Zwischen 1765 und 1768 starben im Südosten Frankreichs über hundert Menschen unter bis heute ungeklärten Umständen. Die Funde ihrer grausig verstümmelten Leichen ließen unter der abergläubischen Landbevölkerung schnell das Gerücht von einer wolfsartigen Bestie entstehen. König Ludwig XV., nicht geneigt seine absolutistische Zentralgewalt mit einem Werwolf zu teilen, befahl kurzerhand, einen großen Wolf zu erlegen, und präsentierte das präparierte Tier dem schockierten Hofstaat als Bestie von Gévaudan. Damit war für Paris die Angelegenheit erledigt – aber die Morde gingen weiter.

Wie man einen historischen Kriminalfall dazu nutzen kann, die dem Zuschauer von heute nicht selten befremdliche Mentalität und Alltagswelt der Menschen im vormodernen Frankreich lebendig werden zu lassen, hat Regisseur Daniel Vigne 1982 mit seinem Film »Die Wiederkehr des Martin Guerre« meisterhaft gezeigt. Gans hingegen hat nicht ein solches Erkenntnisinteresse. Er entwirft auch kein Sittengemälde des Ancien Régimes, sondern inszeniert die historischen Begebenheiten als Actionfilm mit Kostümen. Dabei sind Anklänge an japanische Samuraifilme und Sergio-Leone-Western durchaus beabsichtigt.

Während über den nebelverhangenen Wäldern noch die Schreckensschreie des jüngsten Opfers verhallen, naht in Gestalt des weitgereisten Naturforschers Fronsac die Aufklärung, um dem ländlichen Aberglauben den Garaus zu machen. Begleitet wird er von seinem treuen Gefährten, dem Indianer Mani, an dem Gans das Motiv des edlen Wilden, der mit den Bäumen spricht und mit den Wölfen fühlt, bis zum Abwinken durchexerziert. Daß der Irokese außerdem ein Meister ostasiatischer Kampfkunst ist, liegt wohl an dem Stunt-Koordinator aus Hongkong, der für die Choreographie der Kampfszenen verantwortlich war.

Solange das Monster nur ein Gerücht ist, ist der Film erträglich. Wenn dann jedoch dank eines tiefen Griffs in die Trickkiste von Jim Hensons Creature Shop ein ausgewachsenes Untier durchs Bild springt, gleitet die Story endgültig ins Lächerliche ab.

Da aber »Pakt der Wölfe« kein historischer Horrorfilm sein soll, ringt sich Gans für das Grauen eine rationale Erklärung ab: »Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf«, wußte schon Hobbes, und so treibt auch hier die Bestie Mensch ihr Unwesen. Als sein Freund Mani bei der Verfolgungsjagd getötet wird, wirft Fronsac seine höfische Contenance über Bord und begibt sich auf den Kriegspfad, um mit Pfeil und Bogen eine Intrige offenzulegen, deren Ränke bis in den Vatikan reichen. Wer Verschwörungstheorien anhängt oder dem katholischen Klerus ohnehin jede Schandtat zutraut, kommt auf seine Kosten.

Konkret 03/02, S. 57

Peter O. Chotjewitz

Film des Monats

Taking Sides – Der Fall Furtwängler

Regie: István Szabó; mit Harvey Keitel, Moritz Bleibtreu; BRD/Frankreich 2001 (Alamode); 105 Minuten; ab 7. März im Kino

Lange Kamerafahrt durch ein hohes Barockgebäude, viel Gold und weiches Licht, andächtige Zuhörer, dann die kalten Streifen der Flakscheinwerfer, Fliegeralarm, ängstliche Blicke, dann Stromausfall, Panik, Stiefel auf Steinfußböden mit viel schwäbisch Hall: Gleich in den ersten Einstellungen zeigt István Szabó seine prunkvollen Interieurs, wie wir sie kennen aus der Adaption des »Mephisto« von Klaus Mann (1980), aus »Oberst Redl«, aus »Offenbachs Geheimnis«.

In »Taking Sides« ist es der schmetternde Auftakt, der einen umhaut, als wäre es der musikalische Urknall, der die Bilder erst erschafft, in denen die Menschen sitzen, wie in einer Blase, die an einem dünnen Fädchen von der Welt herabhängt, und es ist nicht einmal falsch, daß Szabó seinen Film über Wilhelm Furtwängler mit der »Heroischen« beginnen läßt: Tatatata!

Wenige Deutsche meiner Generation sind von den Jahren 1939 bis 1945 losgekommen, und das schicksalhafte Klopfen des Eingangsthemas scheint von jenem Geist zu stammen, der damals wirkte und nun für alle Zeiten Einlaß begehrt, wann immer ein Grass über die Toten der »Wilhelm Gustloff« zu trauern vorgibt, ein Walser über seine HJ-Zeit faselt oder die Mumie eines Viktor de Kowa eine ZDF-Gala ziert.

Die traumatischen Erlebnisse haben sich unseren Erinnerungen eingeprägt, als wären auch jene Jahre eine große Zeit gewesen, wie die napoleonischen Kriege oder die Revolution der Bolschewiki, und nie können wir uns entscheiden, ob wir damals Opfer waren oder Mittäter.

Szabó läßt denselben Satz sogar zweimal spielen: Lieutenant David Wills (Bleibtreu), Offizier der US-Army, legt die Schellackplatte noch einmal auf, um seinen Chef zu übertönen, Major Arnold (Keitel), der Davids Idol (Furtwängler) mit seinen aggressiven Fragen nach dessen Rolle im Dritten Reich zusetzt. Er erschlägt ihn förmlich mit der »Eroica«. Die Nazis haben seine Familie erschlagen, David hat in den USA überlebt, aber auf seinen Furtwängler läßt er nichts kommen.

Er ist nicht der einzige, der es für unstatthaft hält, den großen Somnambulen mit dem Wasserkopf zu beleidigen. Wo immer der Stardirigent (Stellan Skarsgard) in dekorativ abgetragenen Klamotten auftritt, verfällt die Menge in andächtiges Schweigen.

Szabó hat also – ohne es zu wollen – einen Diskurs über eine bestimmte Rezeption von Musik geschrieben, die die Gehirne vernebelt, wie eine Psychodroge – eine Nebenwirkung, auf die schon Stanley Kubrick in »A Clockwork Orange« hingewiesen hat. Auch dessen Held Alex steigert sich in seine Gewaltphantasien nicht nur mit warmer Milch, sondern auch mit Beethoven.

In der metaphysischen Zyste, die von dieser Fixermusik erzeugt wird, sitzen der nationalsozialistische Schreibtischtäter und seine potentiellen Opfer einträchtig nebeneinander, und dieselbe Hausmusik, die der KZ-Kommandant nach Feierabend mit seiner Familie dudelt, spielte die Häftlingskapelle zum Trost für ihre Mitgefangenen auf dem Weg ins Gas.

Zwischen Arnold und Furtwängler, der in Szabós Film stellvertretend agiert und argumentiert für alle anständigen Deutschen, die plötzlich entnazifiziert werden sollen und nicht begreifen wovon und wofür, steht eine Barriere. Wo »Furti« nur den humanistischen Sinngehalt seiner Musik sieht und die Ideale der Menschheit hört, denkt Arnold an die Bilder der Leichenberge in den Konzentrationslagern, die seine Vorgesetzten ihm ins zerstörte Deutschland mitgegeben haben, damit er nicht weich wird, wenn er das emphatische Geschwafel der höheren Unterhaltungskünstler zu hören bekommt.

Wo der Chef der Berliner Philharmoniker, bevor er empört in Ohnmacht fällt, mit roten Augen von den alten Werten schwärmt, die er den angeblich so gebeutelten Deutschen mit seinen Auftritten vermittelt habe, sieht Arnold den nicht so alten Film, in dem Goebbels sich von seinem Sessel in der ersten Reihe erhebt und dem echten »Furti« nach vollzogener »Eroica« die Hand schüttelt – oder er rekonstruiert jene berühmte Szene, in der Furtwängler den Taktstock in der rechten Hand behält, um sie nicht Hitler geben zu müssen: Hoch über Hitlers Haupt hebt der Dirigent das Stöckchen, so daß es scheint, als wolle er ihn segnen oder ihm zumindest den richtigen Takt eingeben, denn natürlich war jener Geiger, der Furtwängler auf diese Idee brachte, ein informeller Informant des Reichskulturministers.

Szabós Plot klingt glaubwürdig und ist angeblich authentisch: Furtwängler hat Berufsverbot und will wieder dirigieren, und Arnold soll es verhindern, aber seine Gegner sitzen schon in den eigenen Reihen. Die Entnazifizierungsbehörde in Wiesbaden möchte den Maestro rehabilitieren, der sowjetische Oberst Dymshitz hat von höchster Stelle den Befehl, ihn für die Staatsoper Unter den Linden zu engagieren, und ich gestehe, daß ich mir den Film über Furtwänglers erstes Konzert

nach dem Krieg im Westberliner Titania-Palast 1948 gleich reingezogen habe, als er nach Kassel ins Kino kam, lange vor »Eroica« mit Ewald Balser als Beethoven.

Arnold kann nicht nachweisen, daß Furtwängler ein Nazi war, denn der war, wie viele große Künstler, nur ein Scharlatan, und wie viele Scharlatane ein Opportunist. Seine Worte über das Judentum in der Musik, die überliefert sind, waren das international übliche, seit Richard Wagner abgesegnete, antisemitische Geschwätz, das die Nazis gerne hörten, wie die hirnrissige Behauptung, daß es eine deutsche Musik gebe.

Zu spät erkennt Arnold, daß »Wilhelm«, wie er ihn anredet, nicht in der Partei zu sein brauchte, um alle Privilegien zu genießen. Hundertfünfzigprozentige Nichtskönner hatten die Nazis genug. Ein maßvoll dissidenter Könner war ihnen viel dienlicher, vor allem im Ausland.

Furtwängler war, wie Gustav Gründgens, der klassische Kollaborateur. Ohne Unrechtsbewußtsein, eitel, überheblich, davon überzeugt, Schlimmeres verhindert zu haben. Arnold war vor dem Krieg Versicherungsagent. Für ihn hat Furtwängler nur verhindert, daß das zweimalige NSDAP-Mitglied Herbert von Karajan, ein übler Karrierist, am Vorabend von Hitlers fünfzigstem Geburtstag die Philharmoniker dirigieren durfte. Er versteht nicht, daß ein Mann wie Furtwängler in Deutschland blieb und sich dafür hergab, den Ruf des Regimes aufzupolieren.

Major Arnold ist erzähldramaturgisch die beste Figur. Er tobt, weil ihm alle dieselbe Geschichte erzählen: Die Nazis waren immer die anderen. Nur mühsam erkennt er, wie die Deutschen, die keine Nazis waren, sich mit den Nazis arrangierten und Augen und Ohren vor ihren Verbrechen verschlossen. »Warum«, fragt er Furtwängler, »haben Sie Juden geholfen, wenn Sie nicht wußten, daß sie in Gefahr waren?«

Das Werk ist filmästhetisch nicht auf der Höhe der Fragen, die es behandelt. Szabó kann Schauspieler nicht führen, er hält Kostüm und Maske für ausreichend. Seine Darsteller chargieren, daß es eine Last ist. Sein Furtwängler sieht stets so aus wie der unter Schlaflosigkeit leidende Kommissar aus einem besseren schwedischen »Tatort«. Szabós Effekte sind etwas zu deftig, er neigt zu albernen Wiederholungen, aus Angst nicht verstanden zu werden. Echt kitschig wird’s, wenn die Berliner Philharmoniker in einer Trümmerkneipe den Aufstand proben.

Am besten sind die Dialoge zwischen Arnold und Furtwängler, wenngleich Szabó auch hier übertreibt. Sätze wie »Sie waren ein Haufen Scheiße in einem Scheißland« finden zwar meinen Beifall, stören jedoch den Kunstgenuß. Fazit: Bedingt einsatzbereit.

Konkret 03/02, S. 58

Jürgen Roth

Der Standpunkt des Friseurs

Wenn dem Kanzler der Kopf gewaschen wird, kriegt er graue Haare – und sein Coiffeur reift zur Persönlichkeit

»Ich erwische den richtigen Takt zwischen Mensch und Haar.«

Gerhard Meir

Die Stellung des Friseurs in der Oper ist eine relativ unumstritten gute. Rossinis wundersprühender »Barbier von Sevilla« fährt einen nicht bloß schlauen Ratgeber und verschmitzten Boten, sondern einen als Buffo-Bariton und Intrigantenspezi gewaltig humanen, als Ferment des Maskeradentaumels äußerst gewieften Haarkünstler und Eheanbahner auf, einen rhetorisch und gesanglich höchstversierten Freund des Menschen und der Liebe; und eine kaum minder edle Gesinnung umflort Mozarts/Da Pontes Figaro, das halb herumkaspernde Faktotum und halb wortgewitzte, gerissen-gewandte Schlitzohr.

Eine dem Aufklärungszeitalter geschuldete selbstbewußte Deklamation wie »So nicht! So nicht! Darauf gibt Figaro sein Wort!« (Mozart/Da Ponte) atmet Widerstandsgeist. Einer muckerhaften Erklärung wie derjenigen des Berliner »Prominentenfriseurs« Udo Walz – laut alarmierender »Bildzeitung« vom 8. Februar »ein gleichbleibend freundlicher Zeitgenosse« – , er, Walz, habe dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder nie die Haare gefärbt, die nämliche Behauptung des geligen Gülleblattes »Gala« sei (Doppelpunkt, Atempause): »Eine Lüge! Ich habe an Eides Statt genau das Gegenteil erklärt! Daß seine Haare stets im natürlichen Zustand waren und sind!« – entströmt statt des Flairs des Charmeurs und Antichambrierers der chemisch-cholerische Dampf und gedankliche Gestank des schnaubenden Spießers.

Der parfümierte Standpunkt des Friseurs im Spätkapitalismus der Berliner Republik, im Mief des Milieus der Mitte, der sog. High-Society, ist, gleich dessen Meinungsstandpunkt, einer der medialen Eskalation, des schaurig blöden, tratschigen Skandalons und des hohlen Hahnenkampfgehampels – wobei nicht der Kamm schwillt, vielmehr der Schopf des – gewerblichen, politischen – Konkurrenten gepackt oder immerhin angetatscht wird.

»His hair has become the talk of Germany's beer kellers«, gackerte der britische »Mirror«, weil der Kanzler der handgenähten Pferdelederschuhe und des handgeschüttelten Rotweins contra »Gala«, für die er ein ruhmreiches Cashmeremantelshooting abgehampelt hatte, den sog. und obendrein Hamburger »Medienanwalt« Michael Nesselhauf in die Wahrheitsschlacht jagte, um dem knalligen Deppenblatt per einstweiliger Verfügung das ehrverletzende Statement zu untersagen, der Machtvolle lasse bei Walz seine prächtige Pracht tönen. Zur näheren Begründung erläuterte die »Süddeutsche Zeitung«: »Seit der Nominierung von CSU-Chef Edmund Stoiber sehe er (Nesselhauf) Artikel, in denen die Kandidaten verglichen« – vgl. »Galas« inkriminierte Synopsis zur »L-Frage« (»Welcher Lifestyle setzt sich durch?«) – »und jedesmal die Haarfarbe Schröders berücksichtigt werde ... ›Wenn das so unwichtig ist, warum taucht es dann immer wieder auf?‹«

Damit der CDU-Abgeordnete Laumann den Bundestagsdebattenbeitrag lancieren kann: »Ein Bundeskanzler, der sich die Haare färbt, frisiert auch jede Statistik«? Oder weil darob »eine Debatte von enormer Bedeutungsschwere« bzw. eine »Kampagne« (»Süddeutsche Zeitung«) ihren Lauf nimmt resp. eingedämmt sein will? Ticken sie denn alle zusammen noch halbwegs artgerecht – unter den wallenden Haupthaaren?

Während Walz das üble »Gerücht« (»Bild«) dementierte, während »Schröders Figaro in Hannover, Stephan Krause« (»Bild«), ebenfalls eine eidesstattliche Erklärung zugunsten der farblichen Authentizität der niedersächsischen Wallachmähne laichte und die Nachrichtenagentur DDP eine einstweilige Verfügung des Hamburger Landgerichts kassierte, schoß Schröders »Umfeld« weitere, nicht mal nach US-amerikanischen Maßstäben wahlkampfrelevante Kommuniqués ab: »Die Behauptung, er färbe sich die Haare, tauchte zum erstenmal im letzten Bundestagswahlkampf auf. Inzwischen kommt sie in jedem Schröder-Porträt vor. Immer mit herabsetzender Tendenz. Jetzt reicht's.«

»Liefert der Kanzler bald eine Haarprobe ab?« fragte René Martens in der »Süddeutschen Zeitung«, dergestalt die herabsetzende, gleich geschnittenem Haar bodenlos zu Boden fallende Tendenz des Arbeitsmarktes und seiner Bundesanstalt auffangend? Nein, zur nicht bloß im Fußballtrainerbereich modischen Haaranalyse tendierte eher Hamburgs Senatskracher Ronny Schill (wegen Kokslüge etc.), und unterdessen Kanzler-Doris Köpf »sich erregte« (»Hamburger Morgenpost«), meldete abermals »Gala« (6/02), Udo Walz sei Sabine Christiansens neuer »Fels in der Brandung«, weshalb »das ungleiche Society-Pärchen« plane, eine »WG« zu gründen – der freundschaftlichen Gespräche halber.

»Ich interessiere mich nicht für die Probleme anderer Leute. Ich bin sehr auf mich bezogen. Und die meisten Frauen spüren, daß ich weder reden noch zuhören will«, offenbarte Walz anläßlich des Erscheinens seiner Memoiren *Waschen, Schneiden, Legen* einst dem »Stern«, und derselbe »Kanzlerfriseur« (»Stern«), dessen Karriere am Kopf der Ulrike

Meinhof begann (»Als ich fertig war, ging sie in den Untergrund«), wies nicht nur *nicht* die von ihm betreute Inge Meysel in die Schranken, sondern schuf als properer Partybock des Geld- und Politgeschwörls (Motto: »Ich bin nur Friseur und nehme mich selbst nicht wichtig«, ach nein) das Realbild des – immer schon die olle Sabine Chr. ondulierenden – »Star-und-Sternchenfigaros der Hauptstadt« (»Stern«).

Dem nun allerdings – trotz PR-erstklassigen Kanzler-»Haarwehs« (Manzoni) – in der Funktion des »zweiten Friseurs« (Marit Hofmann) der Hamburg-Münchner und teilzeitmäßig Berliner Bombenbarbier Gerhard Meir den hart erfochtenen öffentlichen Rang abrennt, und zwar durch einen tatsächlich »Roman« genannten Schleimdreck des Titels *Der Salon*, in dem der – man kotzt bald Haar-und-Knochen-Gewölle wie der gemeine Greifvogel – »Regisseur der High-Society dieses Landes« (»Taz«) den »Aufstieg und Fall eines Figaros« unter Mithilfe einer »Philosophin« namens Christine (und nicht Christianse?) Eichel erzählt. Erzählt?

»Sie warteten. Sie hatten schon immer gewartet. Ein Leben lang. Auf die Verwandlung, auf die Erlösung, auf den magischen Moment, in dem alles anders wird.« Meir – the new long-haired Jesus? Der Erbe Horkheimers und Statthalter des »ganz anderen«?

Oder ein mediokres VIP-Arschloch? »Sanft und beharrlich tropfte es aus den feuchten Strähnen«, spermatisiert der Erzähler, das Meir-Alter-ego »Julian«, und eilends schmiert der Rasierpinsel – das Dreamduo Meinhof & Meysel abstechend – der gloriosen Schnackselfürstin von Thurn-Taxis (hier »Alexa« getauft) den Sabber in die Steck- und Stopfelfrisur: »Er hatte bei Alexa das sichere Empfinden, daß er einfach nur das Innen nach außen stülpen mußte, daß er einen edlen, aber faden Cashmere-Mantel wendete und seinen bunt schillernden Futterstoff zutage förderte.«

Der Stoff des Meir-Julian ist dies: »Ich bin eine Figur, die durch die Medien gemacht wurde«, verklickerte er dem »Kulturspiegel« (2/02). Die Eichel bewertete das papierene Dokument der Feldbusch-Folgeflaschen-Fiktionsfigur im Sinne des bürgerlichen Bildungsromans und bescheinigte Meir: »Er hat einen fast Flaubertschen Blick für die Vexierspiele der gesellschaftlichen Mikrokosmen.«

Julian jedoch, der Udo Walz in Gestalt eines »Bodo Lansky« basht (»immer häufiger floh er nach New York, um seine leicht ramponierte Aura mit dem Fluidum der Weltläufigkeit aufzuladen«), beherrscht – die impertinente Frechheit der Flaubert-Nobilitierung rasch beiseite – lediglich »die geschmeidige Bewegungslogik des Profis«, der ohne Strafandrohung und einstweilige Verfügung herumklotzen darf, er »definiert, was diese Gesellschaft ist« (Meir über Meir).

Alessandro Manzonis Romanwunderwerk *Die Brautleute* erwähnt eine ehrenwerte Funktion des Figaros im Italien des 17. Jahrhunderts, als von der adeligen Upperclass gedungene Schläger und Mörder (die sog. Bravi, die hinterhältigen Zopfträger) ihr brutales, barbarisches Wesen trieben. Der Marquis de la Hynojosa befahl deshalb »den Barbieren, bei Strafen von hundert Scudi oder dreimaligem öffentlichem Aufziehen mit dem Folterseil oder noch höheren leiblichen Strafen nach Gutdünken wie oben, daß sie denen, die sie scheren, keinerlei Arten von Zöpfen, Schöpfen, Locken, noch Haare von ungewöhnlicher Länge stehenlassen«.

Im *Salon* steht: »Dann wurde ihm schlecht. Er spurtete zum Badezimmer, schaffte es noch gerade zum Bidet mit den goldenen Armaturen und erbrach sich.« Wahrheiten haben kurze Haare. Ungefärbte.

Gerhard Meir: *Der Salon*. Hoffmann &_Campe, Hamburg 2002, 256 Seiten, 19,90 Euro

---

Jürgen Roth hat gerade zusammen mit Peter Köhler die Würdigung »Edmund G. Stoiber – Weltstaatsmann und Freund des Volkes« (Eichborn) veröffentlicht

Konkret 03/02, S. 60

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Ultra-red: La Economia Nueva (Operation Gatekeeper). 3-Inch-CD. Fat Cat/Hausmusik

Die Frage, ob es so etwas wie den typischen Soundtrack der Anti-Globalisierungsbewegung gibt, muß verneint werden. Sowenig von einer homogenen Bewegung gesprochen werden kann, so unterschiedlich sind die musikalischen Vorlieben, die von Rage Against The Machine bis Ethnopop und HipHop reichen. Das ist auch erst einmal gar nicht bedauerlich. Bedauerlicher ist hingegen, daß der Musik- und Künstlergruppe Ultra-red (die Bezeichnung Band würde in die Irre führen) aus Los Angeles innerhalb der Linken bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Und dies, obwohl Ultra-red auf ihren Veröffentlichungen so ziemlich alles von Urbanismuskritik, Migrantenpolitik, Kontrollgesellschaft bis Neoliberalismus zum Thema machen.

Ihre »Second Nature«-CD von 1999 behandelte die Geschichte des Griffith Park in Los Angeles, eines ehemaligen Schwulentreffs, den die Stadtverwaltung von Homosexuellen »gesäubert« hatte, und fragte danach, inwieweit Begriffe wie »Natur« und »natürlich« stets Konstrukte zum Machterhalt bestimmter Interessengruppen sind. »Structural Adjustments« befaßte sich ein Jahr später mit der architektonischen Ausgrenzung von Migranten in Los Angeles – akustische Ergänzung zu Mike Davis' Buch *City of Quartz*. Auf ihrer neuesten CD schließlich, in schmuckem 3-Inch-Mini-Format herausgegeben, befinden sich Aufnahmen von einer Demonstration an der mexikanischen Grenze anläßlich des United Nations International Right Day. Die Demonstration richtete sich gegen die »Operation Gatekeeper«: »This massive militarization of the border ... has had the practical effect of regulating the flow of cheap labor while capital and jobs freely cross.«

Der Grund, warum Ultra-red trotz ihres Gespürs für »heiße« Themen bislang so unbekannt geblieben sind, liegt an ihrer Musik selbst, die aus reinen Field Recordings, also Alltagsgeräuschen, besteht und mit Rock- oder Popmusik nichts gemein hat. Im Bereich zwischen Klangkunst und Musique Concrète angesiedelt, fordern ihre Arbeiten, ihnen wie einem Hörspiel zu folgen. Ihre nur sachte nachbearbeiteten und collagierten Aufnahmen von Stimmen, Radio-, Fernseh-, Verkehrs- und Baustellengeräuschen zielen nicht auf ästhetische, sondern politische Auseinandersetzung mit dem akustischen Material. Das schmälert nicht ihre Bedeutung, sehr wohl aber den Kreis der Käufer.

Konkret 03/02, S. 60

Michael Klarmann

Melodie & Rhythmus

High Mud Leader: Same. Tuba Reckorz

»Die Kapelle High Mud Leader umfaßt« laut Bandinfo »ca. drei aktive Musiker. High, Mud und Leader.« In echt verfügen die Kerle über ebenso kuriose Namen: Alf Ator, Stumpen und Buzz Dee. Unter dem Namen Knorkator karikierten sie bislang den Teutonenrock des R-Rollkommandos Rammstein und die »Neue Deutsche Härte«. High Mud Leader selbst favorisieren Alte Deutsche Werte: »Mit Blasmusik macht´s Spaß im Krieg«, heißt es zum schneidigen Marsch, denn »mit Pauken und Trompeten / Läßt sich´s besser töten / Wie lieblich klingt ein Flötenton / Zu einer Bombenexplosion«.

Schamlos im Revier des Schlager und der Heimatmusik zu wildern ist nicht neu, man höre etwa Die Angefahrenen Schulkinder oder Helge Schneider. High Mud Leader stibitzen ihr hochkonzentriertes Imitat aus der heilen Welt des Ballermannpop, der Schützenfeste, des Herzschmerzes oder der Blasmusik mittels Orgel und Keyboard. Und der hehre Wert ihrer »digitalen Langspielplatte« schlummert wohl auch da, wo es sich ergibt, sie Menschen vorzuspielen, die Schlagerpartys oder TV-Kuriositäten mögen, wie etwa Karl Moiks musikalische Brauchtumspflege. Wäre in einer – angeblich! – verstorbenen Spaßgesellschaft die Ironieklingel vonnöten?

Das Trio hat nach Eigenangaben »künstlerisches Neuland« betreten. Das erlaubt es ihm auch, Scorpions »Still loving you« als schnulzige Coverversion zu verbraten. Auch der blutbodenständige Schlager müßte beim HML-Klamauk knallrot vor Scham werden. Aber schon bei der Deutschland-Auswahl zum Grand Prix Eurovision de la Chanson scheiterten Knorkator einst mit ihrer Blödelei an der Ernsthaftigkeit der Gaudi. Dabei kann Volksverdummung so gut klingen.

Alf Ator und Stumpen haben auch ein Buch gemacht. In diesem »Volkssport für Wichtigtuer« gelte es nur, Quatsch »zusammenhanglos in ein Buch zu stecken, und trotzdem zu behaupten, es hätte einen Sinn«. Eben das ist ihnen mit *Des Wurzels Zweig* (Du hast Dich verlegen Verlag) und den enthaltenen abstrusen Erzählungen, absurden Cartoons und präpubertären Rüttelreimen gelungen: zusammenhangloser Quatsch, aber fast noch intelligenter als aus Jenny Elvers' Mund.

Konkret 03/02, S. 60

Jonathan Scheiner

Melodie & Rhythmus

Div.: Vorbei ... Dokumentation jüdischen Musiklebens in Berlin, 1933-1938. 11-CD-Box/1 DVD mit 516seitigem Buch. Bear Family Records

Auf den ersten Blick vermittelt die Edition »Vorbei« den falschen Eindruck, daß Juden in Deutschland nach 1933 ungehindert Kunst ausüben konnten, wenngleich auf den Jüdischen Kulturbund beschränkt. Das etwa sechs Kilo schwere Werk enthält auf ganzen elf CDs und einer DVD 250 Musikstücke und einen Film. Allein das Hören der CDs dauert 14 Stunden. Dabei handelt es sich um Musik aus den dreißiger Jahren, angefangen von Jazz, Swing und Kabarettchansons über klassische Musikstücke wie Madrigale oder Serenaden bis hin zu zionistischen Liedern und Kantorengesängen. Dazu kommt noch ein üppig bebilderter 500seitiger Katalog.

Trotz der Materialfülle kann von freier Kunstausübung keine Rede sein. Schon die Definition jüdischer Kultur bereitete sowohl den Gründern des Kulturbundes als auch deren nationalsozialistischen Kontrolleuren Kopfzerbrechen. Auch die Frage nach dem Sinn einer aus der Gesellschaft ausgegrenzten Kunst wurde heftig debattiert. Kurt Tucholsky etwa hat vor einer »Ghettoisierung« gewarnt: »Sie spielen in streng geschlossenen Theatern, isoliert wie Leprakranke. Sie hören nichts, sie sehen nichts. Sie merken nichts.«

Dabei dominierte anfangs noch ein deutsch-bürgerliches Programm. Ab 1935 wurden Wagner, Beethoven, Mozart und Händel verboten. Bald durften nur noch jüdische oder ausländische Komponisten gespielt werden. Diese Entwicklung spiegeln auch die CDs, wobei die letzte Aufnahme von 1938 stammt, drei Jahre vor der Auflösung des Kulturbundes.

Der Walzer »Vorbei« von der umjubelten Schauspielerin Dora Gerson lieh dem Projekt den Namen. Für die Qualität des Katalogs spricht, daß er neben Fotos, Songtexten und biographischen Angaben auch die Aufnahmesituation vor Augen führt. So mußte nicht nur der Sänger Willy Rosen, sondern das komplette Tanzorchester »Sid Kay’s Fellows« 1935 im Keller einer Synagoge musizieren.

Unter den klassischen Werken sticht die »Hebräische Melodie« von Joseph Achron heraus, die in Form eines Films erhalten geblieben ist. Neben Unterhaltungsmusik und Klassik liefert die Ausgabe eine große Reihe an kantoralen Gesängen. Doch der Gebrauchswert des Hörbuchs geht über den einer vielgestaltigen Liedersammlung hinaus: Es dokumentiert einen Teil deutsch-jüdischer Geschichte, die ihrem Ende nur knapp entronnen ist.

Konkret 03/02, S. 61

Jonathan Scheiner

Platte des Monats

Le Cinéma de Serge Gainsbourg – Musiques de Film 1958-1990. 3 CDs. Emarcy Records/Universal Jazz

In Frankreich gilt Serge Gainsbourg als unumstrittener König des Pop. Außerhalb des Landes kennen ihn die meisten höchstens wegen seiner Stöhn- und Hechel-hymne »Je t'aime ... moi non plus«, die sich weltweit zwei Millionen Mal verkaufte. Dabei hat der 1991 gestorbene Musiker, Komponist und Schauspieler mit den Hauptfächern Provokation und Kettenrauchen ein ungemein vielschichtiges Werk hinterlas-sen, das erst jetzt auch für den Nichtfranzosen zu überblicken ist. Nach den 16 Originalalben wurden nun auch seine Soundtracks als Dreifach-CD aufge-legt.

Der Sohn russisch-jüdischer Emigranten wurde 1928 als Lucien Ginzburg in Paris geboren. Als die Deutschen Frankreich besetzten, konnte die Familie mit gefälschten Papieren im Süden des Landes überleben. Obwohl er Maler werden wollte, spielte der junge Mann nach dem Krieg als Barpianist, bewunderte Billy Holliday und Django Reinhardt und hörte Boris Vians Chansons. Es dauerte bis 1958, ehe er selbst mit der LP »Du chant à la une!« ins Rampenlicht trat, die mit einer neuartigen Kombination aus Chanson, Jazz und lyrischen Texten aufwartete.

Parallel zu seinem Aufstieg als Komponist, der Songs für Juliette Greco, France Gall oder Petula Clark, aber auch für Nana Mouskouri, Dalida und Mireille Mattieu am Fließband schuf, trat er als Filmschauspieler auf, erstmals 1959 ausgerechnet an der Seite von Brigitte Bardot in »Voulez-vous danser avec moi?« – damals ohne einen einzigen Ton zu sagen. Das änderte sich mit »L'eau à la bouche« (1960), dem ersten von drei Dutzend Soundtracks und Filmauftritten neben Gérard Depardieu, Jean-Claude Brialy und Anna Karina.

Das dreieinhalbstündige Opus »Le Cinéma de Serge Gainsbourg – Musiques de Film 1958-1990« bietet mit seinen 73 Songs einen Überblick über ein Schaffen, das synchron zur Arbeit als Songschreiber entsteht, aber es handelt sich dabei um alles andere als leichten Tobak. Neben Gassenhauern und präzise instrumentierten Soundtracks gibt es grauenhafte Nummern, die jedem B-Porno zur Ehre gereichten. Entsprechend stehen neben der dümmlichen Pionier-Erotik-Schmonzette »Goodbye Emmanuelle« (1972), der die apostrophierte sexuelle Revolution auf männlichen Lustgewinn einschnürte, Filme wie »Tapage Nocturne« (1979) der »Romance«-Regisseurin Cathérine Breillat, der wegen seiner post-feministischen Lesart nach wie vor aktuell ist. Neben dem Klamauk »Çe sacre grand-père« (1968) tauchen die cineastischen Perlen »Manon 70« (1968) oder »Melancholy Baby« (1979) auf. Für Gainsbourgs Arbeit galt dabei das oberste Prinzip: »Filmmusik sollte, erstens, ein Kontrapunkt sein und, zweitens, nie ein Pleonasmus.«

Dadurch daß Gainsbourg musikalisch auf beiden Hochzeiten getanzt hat, überwindet er nicht nur die Grenze zwischen Kunst, Kitsch und Kommerz, sondern liefert den Beweis, daß eine Trennung dieser Bereiche heutzutage unsinnig ist. Angesichts seiner eklektizistischen Arbeitsweise ist es auch nicht erstaunlich, daß Gainsbourg durch die New Yorker Avantgarde um John Zorn entdeckt wurde, auf dessen Label Tzadik die CD »Great Jewish Composers – Serge Gainsbourg« zusammen mit Würdigungen von Marc Bolan und Burt Bacharach veröffentlicht wurde.

Die Qualität seiner Musik offenbart sich nicht zuletzt darin, daß Gainsbourg seine Zuhörerschaft spaltete. Seine blindwütigen Verehrer erhoben auch noch den billigsten Werbe-Clip für Maggi, Palmoliv oder Danone zum Kunstwerk. Oder sie begleiteten selbst jenen abgeschmackten TV-Auftritt mit Applaus, bei dem er Whitney Houston vor laufender Kamera mit dem unmißverständlichen Satz »I want to fuck you« die Schamröte ins Gesicht trieb. Zu seinen Gegnern gehörten neben Moralaposteln und Gralshütern »seriöser« Musik vor allem jene Neider, die an der Beantwortung der Frage verzweifelten, wie ausgerechnet ein derartig unappetitlicher Typ mit abgewetzten Klamotten und versoffener Fresse solchen Er-folg bei den Frauen haben kön-ne.

An vorderster Feindesfront stand der ewige Antisemit, der in Gainsbourg die Inkarnation des kapitalistischen und brunnenvergiftenden Juden ausgemacht hatte. Zum Beispiel 1967, als der Komponist dem Staat Israel aus Anlaß des Sechs-Tage-Kriegs den Marsch »Le sable et le soldat« gewidmet hatte. Mehr noch 1979, als die Reggae-Version der französischen Nationalhymne mit dem Titel »Aux armes et cetera« Rechtsextremisten und Kriegsveteranen auf den Plan rief. Gainsbourgs Reaktion bei einem Konzert in Straßburg ließ keinen Zweifel am Maß seines Patriotismus: Nach dem Solovortrag der Marseillaise, deren Originalmanuskript er für teures Geld just zu diesem Anlaß gekauft hatte, um den exakten Wortlaut wiedergeben zu können, reckte er den Zuhörern den gestreckten Mittelfinger entgegen.

Während ihm außerhalb Frankreichs die Unfähigkeit zu singen attestiert wurde, konnten sich dem Landsmann durch seinen speziellen Sprechgesang die textlichen Nuancen erschließen. Es lohnt sich, die Texte dieser gallischen Spielform eines Singer-Songwriters zu lesen – wenngleich sich vieles erst bei genauer Übersetzung offenbart. Selbst die Französin France Gall, die mit ihrer Interpretation von »Poupée de cire, poupée de son« 1965 den Grand Prix gewann, begriff erst Jahre später, daß das profane Liedchen auch als Huldigung an den Oralsex verstanden werden kann. »Serge mochte solche Zweideutigkeiten«, schwärmt Gainsbourgs Geliebte Jane Birkin noch heute.

Über die amourösen Beziehungen zu den Schaupielerinnen, für die er komponierte – neben Birkin Cathérine Deneuve und Brigitte Bardot – , zerriß man sich natürlich das Maul. Rückblickend ist es allerdings um so erstaunlicher, mit welchem Kalkül Gainsbourg bereits damals Liebesleben, Biographie und Kommerz vermischte. So inszenierte er medienwirksam einen skandalumwobenen Fernsehauftritt, bei dem er sich mit Brigitte Bardot in sexy Hotpants, hohen Schaftstiefeln und einer Harley Davidson schmückte. Und als Birkin und Gainsbourg »Je t'aime« ins Mikrophon stöhnten, wurden sie gefragt, ob denn unterm Bett ein Tonband gestanden habe. Dabei war die Entstehung des Hits alles andere als intim: »Tatsächlich standen wir in je-nem Studio wie in zwei Telefonzellen«, berichtet Birkin. »Er dirigierte mit beiden Händen, voller Angst, ich könnte bei meinem Stöhnen die Kontrolle verlieren.« Und Gainsbourgs dahingehauchte Erwiderung auf Birkins »Ich liebe dich« ist schließlich auch nicht gerade romantisch: »Moi non plus – Ich auch nicht.«

Konkret 03/02, S. 62

Meike Röhrig

Die Bewältigung der Bewältigung

Die erste Holocaust-Ausstellung steht ganz im Dienste deutscher Normalisierung

Der Holocaust ist museumsreif. Es war ohnehin nur eine Frage der Zeit. Nachdem andere Länder in den achtziger und neunziger Jahren eigene Holocaust-Museen errichtet und überblicksartige Ausstellungen zur Shoa veranstaltet hatten, gibt es nun auch in Deutschland die erste zentrale Holocaust-Ausstellung. Und weil sich die Deutschen in ihrem Bewältigungseifer nicht lumpen lassen, wird dort mit gewohnt deutscher Gründlichkeit nicht nur im ersten Teil der über 800 Quadratmeter großen Ausstellung der Weg von der sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung und Entrechtung der Juden bis in die Vernichtung penibel nachgezeichnet, sondern bei dieser Gelegenheit in einem zweiten Teil die juristische, gesellschaftliche und künstlerische Auseinandersetzung mit dem Holocaust nach 1945 gleich miterledigt.

Was man von einem solchen Ausstellungsprojekt mit umfassendem Anspruch hätte erwarten können, hat vor Ausstellungseröffnung der Historiker Hans Mommsen in der »Süddeutschen Zeitung« formuliert: Sie solle »die sozialpsychologischen Mechanismen und politischen Bedingungen aufzeigen, die es ermöglichten, daß normale Bürger sich zu Vollstreckern des Massenmords machten oder machen ließen«. Sie dürfe »keine monokausalen Erklärungen für die Entstehung und Durchführung der ›Endlösungs-Politik‹ liefern«, sondern müsse »die gesamteuropäische Dimension des Geschehens deutlich machen«. Schließlich solle sie mit der Vorstellung aufräumen, »der Holocaust habe sich ›fern im Osten‹ abgespielt, ohne daß die Masse der deutschen Bevölkerung davon gewußt hätte, und die Verantwortlichen seien kleine fanatische Zirkel vor allem aus Kreisen des SD und der SS gewesen«.

All diesen Anforderungen wird die Ausstellung im Berliner Kronprinzenpalais nicht gerecht. Sie verzichtet weitgehend auf multimediale und interaktive Elemente zugunsten des traditionellen Schaukastenprinzips. Sie zeigt her, erklärt aber wenig. Es bleibt bei der neutralen »Schau«, der Fernsicht auf die präsentierten Exponate. Die Vitrinen schaffen Distanz. Das ermöglicht dem Besucher den Rückzug in die sichere Beobachterperspektive. Die Hoffnung der Ausstellungsmacher, daß die Objekte sich selbst erklären und in einen Dialog mit dem Betrachter treten, erfüllt sich, insbesondere angesichts der vielen Textquellen, nur selten. Viele der Dinge hinter Glas bleiben fremd und sind, gerade für historische Laien oder Nachgeborene, nicht durch eigene Assoziationen mit Leben zu füllen. Was etwa erklärt die Zurschaustellung einer SA-Uniform darüber, mit welcher Attitüde sie getragen wurde oder welchen Terror ihr Träger verbreitete? Genausowenig erzählen ein paar Lebensmittelmarken von Hunger und Entbehrung. Ein vergilbter Reisepaß ist ein Symbol – aber wofür?

Der Andrang vor den wenigen Stationen, an denen Ton- und Filmaufnahmen zu hören und zu sehen sind, zeigt, was den mehrheitlich jugendlichen Ausstellungsbesuchern fehlt. Insbesondere bei der Wiedergabe des Vernichtungsprozesses versagt das Konzept der Ausstellungsmacher. Die hier gewählte Präsentation eines Gipsmodells des polnischen Künstlers Mieczyslaw Stobierski, das, einer Playmobil-Stadt gleich, die Stationen der Vernichtung von der Rampe bis zu den Öfen veranschaulicht, kommt über einen makabren Voyeurismus nicht hinaus und gibt dem französischen Regisseur Claude Lanzmann noch einmal recht, der in der Diskussion um »Schindlers Liste« für ein Bilderverbot hinsichtlich der Darstellung der Vernichtungsaktionen plädiert hatte.

Was im ersten Teil der Ausstellung noch befremdet, wird im zweiten Teil ärgerlich: die willkürliche Auswahl der Themen und die mangelnde Verweiskraft der Exponate. Zwar hat man sich die Mühe gemacht, eine Originalbank aus dem Nürnberger Gerichtssaal sowie die Mütze des sowjetischen Chefanklägers herbeizuschaffen, dafür erfährt man jedoch weder Einzelheiten aus der Anklageschrift gegen die Hauptkriegsverbrecher noch Details über die zum Teil haarsträubenden Verteidigungsstrategien der Angeklagten, mit denen sie zu Stichwortgebern einer ganzen Generation von Nicht-Wissern und Nur-Befehlsempfängern wurden.

Warum der Historiker-Streit von 1986 um die Frage der Singularität der NS-Verbrechen keine Erwähnung findet, bleibt ebenso ein Geheimnis der Ausstellungsmacher wie die Gründe für die Unterschlagung der Bitburg-Affäre, des Skandals um die Aufführung des Fassbinder-Stückes »Der Müll, die Stadt und der Tod« oder der Proteste von Juden aus aller Welt anläßlich der Errichtung eines Einkaufszentrums auf einem jüdischen Friedhof in Hamburg-Altona, um nur einige Beispiele zu nennen. Vernachlässigt wird außerdem der gesamte Bereich privater Nachgeschichte des Holocaust, d.h. die seelischen Spätfolgen der Opfer und die Auswirkung der Traumatisierung auf deren weiteres Leben und das ihrer Familien, aber auch das seit den achtziger Jahren öffentliche Ringen einiger Täterkinder mit der Schuld ihrer Eltern.

Ein Abschnitt über den legendären Aufstand der 68er gegen ihre Naziväter hätte aber nur dann Sinn, wenn die Täter und Mitläufer selbst ein Thema der Ausstellung wären. Doch wer den Völkermord plante, wer ihn ausführte, wer davon profitierte und wer die gleichgültigen Zuschauer waren, davon schweigt sie. Zwar ist das Gedenken an die Opfer löblich, aber nötig ist das Nachdenken über die Täter. Allein über die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz erfährt man Biographisches. Und prompt beschleicht einen – das einzige Mal in der gesamten Ausstellung – ein Grausen, wenn man

erfährt, daß Heinrich Müller, damals Chef der Gestapo, seit 1945 als verschollen gilt. In welcher deutschen Reihenhaussiedlung er wohl seinen ungestörten Lebensabend verbracht haben mag?

Einige Glanzpunkte hat die Ausstellung doch zu bieten: das Tagebuch von Adam Czerniaków etwa, des Vorsitzenden des Judenrates im Warschauer Ghetto, der bei Beginn der Deportationen Selbstmord beging, oder die Aufzeichnungen von Oskar Rosenfeld aus dem Ghetto von Lodz – viel zitierte und längst edierte Dokumente, die im Original zu sehen noch tiefer berührt. So gelingt einigen Exponaten dann doch noch der wortlose Dialog mit dem Betrachter: Eine entweihte Thora-Rolle, die von einem Wehrmachtssoldaten als Malgrund für das Porträt einer Frau benutzt wurde, zeigt das ganze Maß an Ignoranz und stummen Einverständnis, mit dem die deutsche Bevölkerung der Vernichtung ihrer jüdischen Mitbürger gegenüberstand. In Kontrast dazu zeugt ein aus Fallschirmseide selbstgenähtes Brautkleid aus einem Camp für Displaced Persons vom Überlebenswillen der Davongekommenen.

Zu erwähnen sind einige besonders perfide Kuriositäten, z. B. *Baedekers Reisehandbuch für das Generalgouvernement* von 1943 oder die in ihrer Komplexität völlig undurchsichtige Tabelle zur Veranschaulichung der Nürnberger Gesetze, die, wäre ihr Inhalt nicht von tödlichem Ernst für die Betroffenen gewesen, in keiner Sammlung verstiegener Schaubilder fehlen dürfte.

Eine gute Idee war es auch, die weltweit bedeutendsten Holocaust-Museen, nämlich die Gedenkstätte Auschwitz selbst, den israelischen Gedenkort Yad Vashem sowie das Holocaust Memorial in Washington D. C., mit ihren jeweiligen Ausstellungen und Konzepten vorzustellen.

Woran die Gemeinschaftsproduktion des Deutschen Historischen Museums, der Topographie des Terrors, der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz und der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen sowie des deutsch-russischen Museums Berlin-Karlshorst – dennoch insgesamt krankt, ist ihr Rückzug in eine angeblich wissenschaftliche Neutralität. Diese Haltung überrascht um so mehr, als die Ausstellung nach Angaben ihrer Macher als Antwort auf den dramatischen Anstieg rechter Gewalt im Jahr 2000 entstand und sich somit als später Beitrag zum »Aufstand der Anständigen« versteht, den der Kanzler damals ausgerufen hatte. Merkwürdig nur, daß dieser aktuelle Anlaß in der Ausstellung nicht vorkommt, wie überhaupt der Neonazismus fast völlig ausgespart wird.

Statt dessen bezeichnet der Direktor des Deutschen Historischen Museums Ottomeyer die Ausstellung als einen »Indizienbeweis für den historischen Prozeß«. Als ob da allen Ernstes noch etwas bewiesen werden müßte. Daß und wie der Holocaust stattgefunden hat, ist bekannt und hinreichend belegt. Wer »Indizien« ausstellt, muß sich nicht wundern, wenn sein Gästebuch von Artigkeiten wie »Wir sind die 10a, und wir haben hier viel gelernt« platzt. Was für ein Unterschied zum Gästebuch der ersten Wehrmachtsausstellung, das sich unter den Exponaten der Holocaust-Ausstellung befindet und aus dem einem die gesamte Bandbreite deutscher Verdrängungsmechanismen entgegenschreit. Gerade dieses Stück dokumentiert den Unwillen der meisten Deutschen, sich freiwillig mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen – ein Unwille, der durch diese Ausstellung jedoch in keiner Weise tangiert wird.

Die Holocaust-Schau tut, im Gegensatz zur ersten Wehrmachtsausstellung, niemandem weh, und das macht sie belanglos. Ein Erfolg ist die Ausstellung dennoch. Thomas Lackmann hat sie im »Tagesspiegel« als eine »Präambel der Berliner Republik« und ein »Schaufenster deutscher Einsichten« charakterisiert. Sie zeigt, was sie zeigen soll: Die Bewältigung ist ein Meister aus Deutschland. Fünfzig Jahre lang steckte die Erinnerung an den Holocaust wie ein Stachel im Fleisch der Deutschen und meldete sich immer dann, wenn deutsche Politiker allzu offensichtlich nach der Rückgewinnung alter Größe strebten. Dieser Stachel ist nun gezogen.

Bis 9. April, Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, Eintritt frei, Katalog 24 Euro

---

Meike Röhrig lebt und arbeitet in Hamburg

Konkret 03/02, S. 64

Peter Kratz

Im Dienst der Volkskultur

In Berlin regiert jetzt die »Neue Rechte« mit. Ihr Vorarbeiter ist der Kultursenator. Ihn stellt die PDS

Die PDS hat noch viel vor mit Deutschland. Im Februar 2002 traf sich ihre Parteivorsitzende Gabi Zimmer mit dem Nationalsozialdemokraten Tilman Fichter (SPD) und anderen nationalen Sozialisten in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, um die »Frage der Nation« aufzuwerfen, »gerade auch für die Formulierung neuer, alternativer Politikansätze, wie sie die PDS für sich in Anspruch nimmt«. Für Berlins PDS-Kultursenator Thomas Flierl ist das Brandenburger Tor ein »nationales Symbol«, das nicht durch Event-Kultur »entwertet« werden dürfe. Auf dem Berliner Schloßplatz sieht er die Chance, das arbeitslose »Wir sind das Volk«-Volk mit der »Erinnerung an das verlorene Stadtschloß« der Hohenzollernkaiser zu trösten. Eine neue Hauptstadtkultur, so Gregor Gysi, solle »das ganze Land nach oben ziehen«. Auch diese Idee ist von Flierl, dessen Wahl deshalb auch die »Frankfurter Allgemeine« einen »Glücksfall für Berlin« nannte.

Flierl ist Kulturwissenschaftler. Die »Kulturwissenschaft« war eine DDR-Spezialität. In ihr sammelte sich die Ostversion jener Strömung, die sich im Westen »Neue Rechte« nannte. Sie entdeckte vermeintliche Arbeitertraditionen wie Trachtenvereine oder Sonnenwendfeiern und vollführte allerlei ideologische Turnübungen im Geiste des Turnvaters Jahn. Aus Elementen deutscher Unkultur bastelten die Kulturwissenschaftler der DDR Brücken zwischen Nation und Sozialismus. Sie orientierten sich eher am Mief kaiserzeitlicher Gesangvereine als an der Frechheit kommunistischer Avantgarde-Kultur. Der dem völkischen Brauchtum aufgesetzte Marxismus war nach 1989 leicht abzutakeln; übrig blieben konservative Kulturkritik, Antiamerikanismus, Heimatgefühl, germanische Naturreligion, kurz: der im Westen schon bekannte »Antikapitalismus« von rechts.

Genau dafür steht Thomas Flierl, dessen DDR-Dissertation von Kritik an der westlichen »Kulturwarenproduktion« nur so strotzt. »Die Linke, der ich angehöre«, sagt er, »ist Teil der bürgerlichen Kultur«; er vertrete »östliche Bildungsschichten« mit »Anknüpfungspunkten zum Bildungsbürgertum«. Die »FAZ« präsentierte ihn freudig als konservativen Revolutionär und politischen »Aktionskünstler«, quasi als Rembrandt-Deutschen, dessen Politik im Sinne Julius Langbehns ein deutsches Kunstwerk ist, »Mittel und Ziel einer Bürger-Selbstermächtigung eigener Art«, deren Vision schon die völkische Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts beseelte.

Die Realität dieser Ermächtigung ist seitdem immer dieselbe. Vor zehn Jahren schon wickelte Flierl den Antifaschismus ab, »reibungslos« und »ohne Rücksicht auf die eigene Wählerklientel« (»FAZ«). Als Kulturdezernent des Stadtbezirks Prenzlauer Berg zerstörte er das erst 1986 eröffnete kommunale Museum »Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstand in Prenzlauer Berg«. Es war Teil des Thälmann-Parks gewesen (eines Stadterneuerungsprojektes mit Wohnhäusern, Kultureinrichtungen, Thälmann-Denkmal) und hatte neben der politischen und rassischen Verfolgung im Stadtbezirk den dortigen, überwiegend kommunistisch geführten Widerstand gegen die Nazis und den Kampf exilierter »Prenzlberger« in den Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkriegs dokumentiert. Die Zerstörung der ständigen Gedenkausstellung durch Flierl erfolgte schrittweise, Teile wurden gänzlich vernichtet oder landeten auf dem Müll, private Leihgeber konnten nur einige wenige Originalstücke retten.

In dem Buch »Mythos Antifaschismus« von 1992 begründete Flierl sein Vorgehen: Das Museum sei »exemplarisch« für den »staatserhaltenden antifaschistischen Mythos« der DDR gewesen, der immer noch »im Thälmann-Denkmal inkarniert« sei. Es habe nur dem Machterhalt der SED-Clique gedient (der Flierl freilich bis 1989 als Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur selbst angehörte). Um die Stoßrichtung seines Eifers zu verdeutlichen, ließ er die »Schwurhand von Buchenwald« auf den Titel des Buches drucken, das er auf Kosten des Bezirks im Stasi-Verwertungsverlag von Christoph Links herausbrachte. »Grotesk« und »absurd« sei die Arbeit der Widerstandsveteranen im Thälmann-Park gewesen, den Flierl insgesamt zur »kulturellen Drohung gegenüber der sich entfaltenden Szene vom Prenzlauer Berg« erklärte. Noch 1990 hätten die Widerständler versucht, hier eine zentrale Berliner Mahn- und Gedenkstätte gegen den Faschismus zu errichten. Bis Flierl kam und die antifaschistische Gedenkstätte in ein »Heimatmuseum« verwandelte.

Flierls Freund und Lehrmeister Horst Groschopp, ebenfalls »Kulturwissenschaftler«, Mitarbeiter des DDR-Kulturministeriums und durch sein Buch *Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914* ein ausgewiesener Fachmann für den altdeutschen Stammtisch, bekam nun vom Kulturamt den Auftrag, im gewendeten »Heimatmuseum« eine Ausstellung über die Geschichte der Berliner Freireligiösen vorzubereiten. Groschopp war Chef des Berliner »Humanistischen Verbandes Deutschlands« (HVD), in dem sich Flierl und seine Lebensgefährtin Carola Freundl (stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus) als Vorstandsmitglieder engagierten. Der HVD versteht sich als Erbe der Freireligiösen, die selbst Teil der völkischen Bewegung der Kaiserzeit waren und ihre Hochzeit zur Führerzeit hatten, als sie Adolf Hitler zum Gott ausriefen; auch manche Ideen, Riten und Feiern des HVD erinnern an die germanentümelnde Weltanschauung der »Deutschgläubigen« (vgl. KONKRET 1/1998 und 7/2001).

Die Alternative zum antifaschistischen Traditionskabinett sollte freilich noch nicht allzu deutlich werden, und so sparte die von Flierl angeregte und von Groschopp konzipierte Ausstellung die Zeit von 1933 bis 1945 aus der Geschichte der Freireligiösen und »Humanisten« kurzerhand aus. Statt dessen wurde die Nazi-Sekte als Teil der Arbeiterbewegung des Stadtbezirks präsentiert. Wer jedoch den Fußnoten im Ausstellungskatalog geduldig nachging und die zugrundeliegende Freireligiösen-Literatur aus Bibliotheken beschaffte, erkannte den großen Schritt weg vom Gedenken an die Opfer des Faschismus hin zur Verherrlichung seiner Vordenker, den das Museum seit Flierls Machtergreifung gegangen war. Im Katalog des Kulturamts berief man sich sogar auf einen bekennenden Nationalsozialisten, der die Schriften Alfred Rosenbergs als Teil der eigenen »freigeistigen Kultur« vorstellte.

In der so sanierten »Szene vom Prenzlauer Berg«, die keine Drohung mit Thälmann-Traditionen mehr zu fürchten hat, flanieren heute Nazi-Glatzen und sprühen »Zecken-Opa, wir kriegen Dich!« an Hauswände. Und Ruhe ist eingekehrt vor den großen Sozialetatkürzungen.

Peter Kratz schrieb in KONKRET 10/01 über den Zweck der »Biopolitik«

Konkret 03/02, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Es giebt bereits welche: Von Damaso Alonso die »Elegie an eine blaue Schmeißfliege«, von Miroslav Holub »Die Fliege« und von Christian Morgenstern die einsichtsvolle Amnestyinternationaladresse »An eine Fliege« (»Du bist so oft der wundersame Trost / von Eingekerkerten gewesen / So denk ich, wenn dein Treiben mich erbost«). Nun hat der Büchner-Preisträger Durs Grünbein seins abgeliefert. Es heißt »Die Winterfliege«, wurde am 26. Jänner diesen Jahres im Zentralorgan der Hungernden, Bombardierten, Gedumpten, Siechen, Beleidigten und Erschöpften (der »FAZ«) abgedruckt und geht so:

Spät im Jahr noch setzt sie sich aufs Buch
Müde, müde ihres Fliegenlebens.
Kam im Sommer – als Pilotin – zu Besuch,
Stürzte ab und blieb am Tischtuch kleben.

Seither irrt sie nun umher, die letzte Fliege,
Die Gewohnheit hier und Wohnung kennt.
Bös zerzaust, die Veteranin vieler Kriege,
Flügel eingeknickt und Beine abgetrennt.

Soviel Leere ist um sie. So rauh
Ist dieselbe Luft in ihrer Schreckenswelt.
Unverständlich wird, was sie berührte, grau –
Schrift, auf die ein Fliegenschatten fällt.

Als an Sinn und Form von Gedichten rücksichtslos Intressierter

Sowie als infolge der Lektüre dieses Gedichtes nicht nur verwunderter, sondern verwirrter

Frage ich Sie, Herr Grünbein, ganz konkret in KONKRET

Ob hier die Leber über die Laus läuft oder ob der Schlauch auf dem Reifen steht

Denn, Herr Grünbein: Muß die im Sommer (auf was um Himmels Willen für ein Buch?) in Ihre Räumlichkeiten hereingeschneite Fliege nicht bloß Pilotin, sondern, in Sach/Person-Union nicht auch eine Art von Boeing sein

Und wer von Ihnen (Sie, Herr Grünbein? Oder war es Ihre Frau??) semm ellte dem besungnen Tiere derart eine rein
Daß die Besucherin von diesem Hieb

Damaged am Tischtuch kleben blieb

Und war das Tischtuch mit Pattex, Uhu oder einem andern Markenleim bestrichen

Oder lieferte die Fliegerin den Klebstoff selbst durch ihr (von Ihr’m oder dem Schlag der Frau hervorgerufnes) Innereinveröffentlichen

Und wie gelingt es einer am Tischtuch klebenden Fliege, die eine Wohnung inklusive der Vorortgewohnheiten kennt (!)

Herumzuirrn (!) und noch dazu mit eingeknickten Flügeln und mit Beinen, die (wie BRD von DDR bis Neunadachzg) von ihr getrennt

Und möcht man nicht am liebsten die von Ihnen als veteranenhaft deskribierte Fliege praktisch persönlich fragen: Sie, Frau

Fliege

Die, in die Sie da laut Auskunft von Herrn Grünbein involviert warn, Sie, was warn denn das für Kriege

Aber was solln die Fragen, Herr Grünbein, Sie geben ja e keine Antwort. Sondern lassen sich lieber von der »FAZ«, die ihren Redaktören seit November den Lohn schuldet und illegal zugewanderte weibliche Minderjährige halbnackt und für ein Trockenbrot im Morgengraun auf den Zustellstrich schickt, soo einen Schiß von Fliegengedicht in Goldrubel aufwiegen.

Konkret 03/02, S. 66

Hermann L. Gremli□ a

Gremli□ as express

Ein Mensch, der Zeitung liest, erfährt: Die Lage völlig ungeklärt. Da dies seit Adam so gewesen – wozu denn da noch Zeitung lesen? fragt der Kalenderblattdichter Eugen Roth und hat aber sowas von recht. Leser, die ein Leben lang ihrem Lieblingsblatt vertraut haben und in ihm zum ersten Mal einen Vorgang beschrieben finden, an dem sie beteiligt waren, wollen es nicht glauben. Daß da nichts stimmt, kein Datum, kein Faktum, kein Name, halten sie für ein Malheur. Am nächsten Morgen schon wieder glauben sie sämtlichen Meldungen von allen Kriegsschauplätzen aufs Wort. Daß das Malheur die Regel und ein richtig geschriebener Nachname die Ausnahme ist, merken sie noch im dritten oder vierten Wiederholungsfall nicht. Selbst dem Kenner des Gewerbes gelingt es nicht, das natürliche Vertrauen zum Gedruckten gänzlich loszuwerden – bis ihn ein weiteres Mal das Malheur trifft, Gegenstand journalistischer Tätigkeit zu werden:

Unter dem Motto »Deutschland führt Krieg, gestern, heute, morgen« stand ein Kongreß des Monatsmagazins KONKRET am Sonnabend in Hamburg. Fast 800 Menschen folgten der Einladung in ein eher tristes Nebengebäude der Hamburger Universität, das – passend zum Thema – dereinst von Edmund von Siemens zur Verwendung als »Kolonialinstitut« gestiftet worden war.

Mit diesen beiden Sätzen begann der Bericht der Tageszeitung »Junge Welt« am 28. Januar. Das triste Nebengebäude der Universität, das zufällig das »Hauptgebäude« ist und auch so heißt und den schönsten Hörsaal hat, wurde keineswegs vom Mitglied einer Elektrodynastie gestiftet, sondern von einem Edmund Siemers, mit r statt n und ohne von. Und so geht es vom tristen Anfang bis zum fröhlichen Ende, an dem der Bericht den Redner Jürgen Elsässer zitiert:

Vielleicht ist die Arbeiterbewegung ja doch ein nicht ganz so toter Hund, wie uns die Antideutschen immer einreden wollen.

In Wahrheit hatte Elsässer gesagt:

wie uns die Achtundsechziger haben einreden wollen.

Aber die Verwechslung von Achtundsechzigern und Antideutschen, von großartigen Haupt- und tristen Nebengebäuden, von Siemens und Siemers ist bloß, was herauskommt, wenn Journalisten tun, was sie nicht können. Schrecklicher ist, wenn einer mehr will, als er nicht kann, und sich in geistige Unkosten stürzt wie der Matthias Küntzel in der Wochenzeitung »Jungle World«:

Betrachten wir zunächst Gremlizas neues Faible für die Verschwörungstheorie. In der Januar-Kolumne gilt es ihm als »schwer vorstellbar«, daß die Anschläge »ohne jede Mitwirkung aus den einschlägigen Diensten vorbereitet und durchgeführt« worden seien, würden doch die USA erfahrungsgemäß von Kräften regiert, die »zu Verbrechen aller Art und jeden Ausmaßes bereit sind«.

Was war geschehen? Ich hatte aus einem Hollywoodfilm von 1996 eine Passage zitiert, in der die CIA ein Massaker an 4.000 Amerikanern vorbereitet und ein CIA-Mann sagt, man werde es »natürlich den Moslems in die Schuhe schieben«. Ich habe geschrieben, die Szene sei »eine Nachricht davon, was die für die US-Gesellschaft so wichtige Medienindustrie ihren Konsumenten am Ende des 20. Jahrhunderts als hinreichend plausibel hat darstellen können: daß die USA von Kräften regiert werden, die für Geld zu Verbrechen aller Art und jeden Ausmaßes bereit sind.«

Ich beschreibe also eine Tatsache, nämlich daß *die US-Medienindustrie* es ihren Konsumenten als plausibel hat darstellen können, daß die USA von den genannten Kräften regiert werden. Küntzel macht daraus: *Gremliza* sagt, die USA werden von dieses Kräften regiert. Vielleich bin ich ja der Ansicht, gesagt habe ich es nicht und ganz gewiß nicht am zitierten Ort. Aber das ist eine Kleinigkeit, gemessen an der Fälschung, die Küntzel im zweiten Satz vorgenommen hat:

In der Januar-Kolumne gilt es Gremliza als »schwer vorstellbar«, daß die Anschläge »ohne jede Mitwirkung aus den einschlägigen Diensten vorbereitet und durchgeführt« worden seien.

Was habe ich geschrieben? »Schwer vorstellbar nach der Rolle der US-Agenten beim ersten Anschlag auf die Twin Towers, *aber doch möglich,* daß der zweite ohne jede Mitwirkung aus den einschlägigen Diensten vorbereitet und durchgeführt worden ist.« Küntzel hat den Grund, der die Nichtbeteiligung von US-Diensten so schwer vorstellbar macht, nämlich die vor einem US-Gericht erwiesene, in dem US-Film und von mir darauf zitierte Beteiligung von US-Diensten am ersten Anschlag von Islamisten auf das World Trade Center, aus meinem Zitat hinausgefälscht. Er hat aus »Schwer vorstellbar *nach der Rolle der US-Agenten beim ersten Anschlag, aber doch möglich«,* das Zitat manipuliert: »Es gilt Gremliza als □schwer vorstellbar□, daß die Anschläge □ohne jede Mitwirkung ...□« Daß ich die schwer vorstellbare Nichtbeteiligung einschlägiger Dienste »doch möglich« genannt und den Folgen dieser Möglichkeit meine ganze Kolumne gewidmet hatte, muß Küntzel hinwegschwindeln, um meinem Faible für die Verschwörungstheorie keinen Schaden zuzufügen.

Ich weiß, daß Küntzel nicht gerne fälscht. Es bleibt ihm, wie jedem schwachen Polemiker, keine Wahl. Er muß, will er recht behalten, sich den Gegner zurichten: seine Sätze verkürzen, Satzfetzen in einen ihnen fremden Kontext stellen und so fort. Ließen solche »Feuilletonschlampen mit mehr oder weniger Talent« (Karl Kraus) ihren Gegner einen einzigen vollständigen Satz sagen, müßten sie ihre Siege im Kampf gegen den Volontär vom »Büsumer Wattboten« suchen. Im fünften Teil seiner Polemik gegen Alfred Kerr, die mit dem Aufsatz »Der kleine Pan ist tot« beginnt, kann Kraus Kerrs Erwiderung komplett abdrucken, um sie mit dem Satz zu erledigen: »Es ist das Stärkste, was ich bisher gegen den Kerr unternommen habe.« Hätte der Küntzel gewagt, meine zwei Sätze unverstümmelt wiederzugeben, hätte er sich seinen ganzen Artikel in die Fuge streichen können.

Aus der weiten World der Fälschung heim ins engere Reich der Wahrheit des »Neuen Deutschland«. Die Berichterstatterin des demokratischen Sozialismus war hin- und hergerissen – zwischen ihrer Neigung zu unbewußter Ironie und einer landestypischen Einstellung bezüglich der Juden. Zunächst das Unbewußte:

So wurde der Kongreß zur antideutschen Nabelschau, auf dem wenig Neues zu hören war, geschweige denn bahnbrechende Antikriegsstrategien entwickelt wurden.

Aber das war der Redaktion des Zentralorgans, das die bahnbrechenden Strategien und anderen Käse vom Parteidenker Brie servieren läßt, denn doch ein bißchen heftig. Sie strich ihrer Birgit Gärtner den ganzen Absatz heraus, der deshalb nur in dem bahnbrechenden Zirkular »Lokalberichte Hamburg« zu lesen war. Beide Redaktionen, die des Zentral- wie die des Lokalorgans, fanden jedoch nichts dabei, ihrer schreibenden Genossin den folgenden Satz abzunehmen, den sie einer türkischen Kongreßbesucherin in den Mund gelegt hatte:

Die Antisemitismusphobie vieler deutscher Linker habe sie zutiefst erschreckt ...

Daß man in Berlin, dem beliebten Spree-Athen, nicht deutsch kann, war bekannt. Aber sogar griechisch scheint man – Suflaki hin, Sirtaki her – nicht zu können, und weiß also nicht, daß *phobós* die Furcht ist, weshalb man es für erschreckend hält, wenn deutsche Linke sich vor Antisemitismus fürchten. Oder irre ich? Weiß die Redaktion des demokratischen Sozialismus um den *phobón* ihrer Volksgenossen nur zu genau und will gerade deshalb von dieser Furcht nichts wissen? Ich fürchte, so ist es.

Nach diesem Ausflug in die geistlosen Kämpfe der Zeit kehrt die Reporterin des »Neuen Deutschland« in die junge World des journalistischen Handwerks zurück:

Thomas Ebermann, einst Bundessprecher der Grünen, zitierte aus einem Artikel der Monatszeitschrift »Bahamas«,

die, weil der demokratisch-sozialistische Einjahresplan vier Monate hat, viermal im Jahr erscheint, während Ebermann, planmäßig verspätet, seinen Freund Trampert, der tatsächlich Sprecher der Partei war, im Zentralorgan ablösen muß, das aus Gremliza, dessen Namensschild seine Berichterstatterin gerade zwölf Stunden lang gegenüber gesessen hatte, eher natur- als plangemäß, weil nämlich schon mehr Namen richtig geschrieben sind, als die Berufsgenossenschaft erlaubt, einen

Gremlitza

macht. Was aber den Journalismus angeht, so hilft nichts anderes, als den Dichter vom Kopf auf die Füße zu stellen: Es gibt nichts Gutes, außer man läßt es.